

**Neunter Beteiligungsbericht
2006
der Stadt Brandenburg
an der Havel**



Herausgeber: Stadt Brandenburg an der Havel
Die Oberbürgermeisterin

Redaktion: Amt für Finanzen und Beteiligungen

Titelgestaltung: Amt für Finanzen und Beteiligungen

Redaktionsschluss: 31.07.2008

Brandenburg an der Havel im Dezember 2008



Inhaltsverzeichnis

I.	Zielsetzung des neunten Beteiligungsberichtes.....	1
I.1	Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Brandenburg.....	2
I.2	Rechtsformen der wirtschaftlichen Betätigung.....	5
I.3	Übersicht über städtische Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften.....	6
I.4	Verflechtung mit dem städtischen Haushalt.....	8
I.5	Übersicht über die Abschlussprüfer der Eigenbetriebe sowie Eigen- und Beteiligungsgesellschaften.....	10
I.6	Übersicht über die Eigenbetriebe sowie Eigen- und Beteiligungsgesellschaften der Stadt Brandenburg.....	11
II.	Die Beteiligungen.....	17
II.1	Eigenbetriebe.....	17
II.1.1	Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel.....	17
II.1.2	Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement.....	25
II.1.3	Baubetriebshof der Stadt Brandenburg an der Havel.....	33
II.2	Eigengesellschaften.....	40
II.2.1	WOBRA Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH....	40
II.2.1.1	Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH.....	52
II.2.2	Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.....	65
II.2.2.1	KSC Klinik Service Center GmbH.....	80
II.2.2.2	Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH.....	90
II.2.3	Brandenburger Theater GmbH.....	96
II.2.4	Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH (TWB).....	107
II.2.4.1	Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH.....	117
II.2.4.2	Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH.....	127
II.2.4.2.1	BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel.....	141
II.2.4.2.2	BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH.....	153
II.2.5	BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH.....	163
II.2.6	PEK Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH.....	174

II.3	Beteiligungsgesellschaften.....	180
II.3.1	Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH.....	180
II.3.2	MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.....	189
II.3.2.1	Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH.....	199
II.3.3	VBB Verkehrsbund Berlin-Brandenburg GmbH.....	206
II.3.4	HWG Havelländische Wasser Beteiligungs-GmbH.....	219
III.	Abkürzungsverzeichnis.....	VI
IV.	Erläuterungen.....	IX

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Entwicklung der Mitarbeiterzahlen kommunaler Unternehmen.....	4
Abbildung 2	Investitionen kommunaler Unternehmen.....	4
Abbildung 3	Organigramm Stadtkonzern.....	6
Abbildung 4	Geldflüsse zwischen dem Stadtkonzern und der Stadt.....	9
Abbildung 5	Wirtschaftsprüfer kommunaler Unternehmen.....	10
Abbildung 6	Übersicht über die Eigenbetriebe sowie Eigen- und Beteiligungsgesellschaften der Stadt Brandenburg an der Havel.....	11
Abbildung 7	Marienbad in Zahlen	22-23
Abbildung 8	GLM in Zahlen	29-31
Abbildung 9	BBH in Zahlen	37-38
Abbildung 10	WOBRA in Zahlen	43-50
Abbildung 11	WOFÜ in Zahlen	56-63
Abbildung 12	Städtisches Klinikum in Zahlen	68-79
Abbildung 13	KSC in Zahlen	82-86
Abbildung 14	Gesundheitszentrum in Zahlen	94
Abbildung 15	Brandenburger Theater in Zahlen	98-102
Abbildung 16	TWB in Zahlen	111-115
Abbildung 17	VBB in Zahlen	120-125
Abbildung 18	StWB in Zahlen	131-138
Abbildung 19	BRAWAG in Zahlen	146-151
Abbildung 20	BDL in Zahlen	157-161
Abbildung 21	BAS in Zahlen	167-172
Abbildung 22	PEK in Zahlen	177-179
Abbildung 23	TGZ in Zahlen	185-188
Abbildung 24	MEBRA in Zahlen	194-197
Abbildung 25	RPB in Zahlen	202-205

Abbildung 26	VBB in Zahlen	212-216
Abbildung 27	HWG in Zahlen	202-205

I. Zielsetzung des neunten Beteiligungsberichtes

Mit diesem neunten Beteiligungsbericht soll, neben den Quartalsberichten, eine größere Transparenz über die wirtschaftliche Tätigkeit der städtischen Unternehmen geleistet werden. Somit liegt ein Nachschlagewerk über die Entwicklung und den Stand der kommunalen Beteiligungen und Eigenbetriebe für das Wirtschaftsjahr 2006 vor.

Rechtliche Grundlage für die Erstellung sowie jährliche Fortschreibung ist § 105 Abs. 3 Gemeindeordnung (GO) für das Land Brandenburg.

Der vorliegende neunte Beteiligungsbericht stellt ein weiteres Instrumentarium zur Steuerung und Kontrolle der städtischen Unternehmen und Beteiligungen dar. Die Anforderungen des Gesetzgebers zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes werden mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht erfüllt.

Neben wichtigen gesellschaftlichen und ökonomischen Daten wird insbesondere auch auf die Erfüllung des öffentlichen Zwecks eingegangen.

Dem Beteiligungsbericht liegt eine Übersicht über die prüfenden Unternehmen und Abschlussprüfer der kommunalen Unternehmen und Beteiligungen bei.

Im Punkt I.4 wird ausführlich auf die finanziellen Verflechtungen der städtischen Unternehmen und Beteiligungen mit dem Haushalt der Stadt eingegangen.

Der Beteiligungsbericht wendet sich zunächst an die Entscheidungsträger in der Stadtverordnetenversammlung, wengleich diese durch die seitens der Verwaltung erstellten, nichtöffentlich zu behandelnden Quartalsberichte zeitnaher und detaillierter informiert werden.

Darüber hinaus soll der Beteiligungsbericht aber auch interessierten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Brandenburg an der Havel und außenstehenden Dritten fundierte Einblicke in die wirtschaftliche Betätigung der Stadt ermöglichen.

Für konstruktive Kritik und Anregungen aus dem Kreis der interessierten Leser sind wir jederzeit offen und dankbar.

I.1 Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Brandenburg an der Havel

Rechtliche Grundlagen

Auf Grund § 105 Abs. 3 GO sind die Gemeinden verpflichtet, einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen und jährlich fortzuschreiben. Der Bericht soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die Beteiligungsverhältnisse und die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft enthalten.

Als wirtschaftliche Betätigung definiert § 100 Abs. 1 GO das Herstellen, Anbieten oder Verteilen von Gütern, Dienstleistungen oder vergleichbaren Leistungen, die ihrer Art nach auch mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnten.

Voraussetzung für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde ist demnach, dass ein *öffentlicher Zweck* dies rechtfertigt und die Betätigung nach Art und Umfang in einem *angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit* der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht.

In weiterer Anwendung des § 100 Abs. 3 GO hat die Gemeinde im Interesse einer sparsamen Haushaltsführung dafür zu sorgen, dass Leistungen, die von privaten Anbietern in mindestens gleicher Qualität und Zuverlässigkeit bei gleichen oder geringeren Kosten erbracht werden können, diesen Anbietern übertragen werden, sofern dies mit dem öffentlichen Interesse vereinbar ist.

Die Gemeindeordnung, insbesondere § 101 GO, ermöglicht der Gemeinde die Gründung von Unternehmen zur wirtschaftlichen Betätigung oder die Beteiligung an solchen Unternehmen.

Die dazu notwendigen Voraussetzungen sind in § 102 GO definiert.

Die wirtschaftlichen Daten der Unternehmen basieren auf den Jahresabschlüssen des Geschäftsjahres 2006. Die Zeitreihenvergleiche beziehen sich im Wesentlichen auf die Jahre 2003-2006.

Aktuelle Entwicklungstendenzen

Wie in anderen Kommunen auch werden in der Stadt Brandenburg an der Havel eine Vielzahl von Aufgaben durch kommunale Unternehmen wahrgenommen, die ihr entweder zu 100 % gehören oder an denen die Stadt Brandenburg an der Havel zusammen mit anderen Gesellschaften beteiligt ist.

Die Beteiligungen sind aus der unter Punkt 1.3 befindlichen Übersicht zu entnehmen.

Vor der Tatsache der Verschlechterung der europäischen und nationalen Rahmenbedingungen steht auch die wirtschaftliche Betätigung der Städte und Gemeinden zunehmend auf dem Prüfstand.

Insgesamt stellt sich den Kommunen zunehmend die Frage, durch wen und wie die ihnen obliegenden Aufgaben der Daseinsvorsorge bürgernah und kostengünstig erfüllt werden können. Es ist wohl unabdingbar, dass die Qualitätsstandards ein hohes Maß aufzeigen und dabei kostenoptimal zu wirtschaften ist. Dieses haben die Kommunen sicherzustellen und ist angesichts der gesamtwirtschaftlichen Lage immer schwerer zu erfüllen. Es ist daher die Zeit des „kundenorientierten Dienstleisters“ gekommen. Die hoheitlichen Aufgaben der Kommunen rücken daher immer mehr in den Hintergrund.

Neben dem öffentlichen Zweck ist der Örtlichkeitsgrundsatz bei der Aufgabenerfüllung durch die öffentlichen Unternehmen zu beachten. Dieser besagt, dass eine wirtschaftliche Betätigung grundsätzlich nur innerhalb der Stadtgrenzen möglich ist. Dieser Grundsatz schränkt die Unternehmen in ihrer Entwicklung nachhaltig ein. Gleichzeitig müssen sie sich anders als früher dem Wettbewerb mit Konkurrenzunternehmen stellen.

Einzufordern sind Regelungen, die eine Wettbewerbsteilnahme unter fairen Bedingungen erlauben. Kommunale Unternehmen dürfen gerade nicht durch die Gemeindeordnungen, wie auch im Land Brandenburg, durch das Örtlichkeitsprinzip gehindert werden, sich an überörtlichen Ausschreibungen zu beteiligen, somit im gleichen Maße am Marktgeschehen teilzunehmen, wie ihre Wettbewerber.

Wirtschaftlichkeit kommunaler Unternehmen

Wie Eingangs bereits erwähnt, fordert § 100 Abs. 2 GO als Voraussetzung für die wirtschaftliche Betätigung einer Gemeinde neben dem öffentlichen Zweck auch die Verhältnismäßigkeit zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde insgesamt, da eine öffentliche Aufgabenwahrnehmung ein kostendeckendes Wirtschaften kaum zulässt.

Unter der Voraussetzung, dass hierfür geeignete Indikatoren gefunden werden, werden sich zukünftig alle Entscheidungsträger einer Gemeinde verstärkt mit diesen Anforderungen auseinandersetzen müssen.

Diese Auseinandersetzung wird vor dem Hintergrund unausgeglichener Haushalte dann vor allem im Bereich der freiwilligen Leistungen geführt werden müssen, da gerade in diesem Bereich vermehrt Subventionen erforderlich sind.

Eine regelmäßig wiederkehrende Überprüfung der Erforderlichkeit öffentlicher Wirtschaftstätigkeit erscheint somit geboten, wobei es einheitliche Lösungen für alle nicht geben kann.

Bedeutung der kommunalen Unternehmen

Die Wahrnehmung von Aufgaben der Stadt Brandenburg an der Havel durch kommunale Unternehmen, Unternehmensbeteiligungen und Eigenbetriebe hat deutliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft unserer Stadt und stellt einen erheblichen Wirtschaftsfaktor dar. Folgende Übersichten sollen das nochmals verdeutlichen.

Entwicklung Beschäftigte des Stadtkonzerns				
	2003	2004	2005	2006
Marienbad	11	10	10	10
WOBRA	76	68	54	42
Klinikum	938	939	964	942
BT	102	101	98	103
TWB	4	4	4	5
VBBr	181	183	171	152
BRAWAG	100	78	65	49
Wofü	19	17	18	17
StWB	135	124	141	139
BAS	13	13	13	13
MEBRA	155	83	81	120
RPB	30	33	30	25
GLM	0	84	78	75
BBH	0	59	56	45
TGZ	4	4	4	4
BDL	39	39	41	42
PEK	5	5	5	6
KSC	302	304	292	296
MVZ	3	3	11	16
Gesamt	2.106	2.141	2.126	2.091

Abb. 1 - Entwicklung Beschäftigte per 31.12. des Geschäftsjahres

Investitionen des Stadtkonzerns				
	2003	2004	2005	2006
Marienbad	2.923	859	14	12
WOBRA	388	3.259	3.375	2.891
Klinikum	12.946	1.554	1.756	2.370
BT	79	86	136	291
TWB	5.022	3	7	14
VBBr	1.471	1.904	1.312	149
BRAWAG	2.720	2.580	1.607	3.772
Wofü	2.669	1.558	38	45
StWB	2.921	2.975	3.767	3.658
BAS	110	61	107	130
MEBRA	600	573	361	585
RPB	2.643	141	231	1.696
GLM	0	55	63	38
BBH	0	221	104	176
TGZ	25	25	3	10
BDL	80	82	119	92
PEK	14	34	8	3
KSC	74	78	81	33
MVZ	0	0	203	67
Gesamt	34.685	16.048	13.292	16.032

Abb. 2 - Investitionen kommunaler Unternehmen (Angaben in T€)

I.2 Rechtsformen der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Brandenburg an der Havel

Eigenbetrieb

Der Eigenbetrieb stellt ein aus der Verwaltung ausgegliedertes Sondervermögen dar, ohne eigene Rechtspersönlichkeit, ist damit ein unselbstständiger aber organisatorisch abgegrenzter Teil des Gemeindevermögens. Die Gemeinde haftet für den Eigenbetrieb unmittelbar und unbeschränkt.

Es ist ein kaufmännisches Rechnungswesen unter Beachtung der Eigenbetriebsverordnung zu führen, bestehend aus Wirtschaftsplan, Kosten- und Leistungsrechnung, Jahresabschluss und Jahresbericht.

Oberstes Kontrollorgan des Eigenbetriebes ist die Gemeindevertretung. Weitere Organe sind der Werksausschuss, sofern ein solcher gebildet wird, und die Werkleitung. Wird kein eigener Werksausschuss gebildet, nimmt dessen Funktion der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung wahr. Dies entspricht der Verfahrensweise in der Stadt Brandenburg an der Havel.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die GmbH ist eine Kapitalgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, selbst un-

beschränkt mit ihrem Vermögen haftend. Die Haftung der Gesellschafter ist begrenzt auf die Höhe des Stammkapitals. Es ist ein kaufmännisches Rechnungswesen unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches zu führen. Zum Jahresende ist ein Jahresabschluss aufzustellen.

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, die Gesellschafterversammlung und fakultativ der Aufsichtsrat. Daneben können Beiräte eingesetzt werden.

Die Stadt Brandenburg an der Havel nutzt hauptsächlich die Rechtsform einer GmbH, wenn sie sich zur Erfüllung ihrer pflichtigen oder freiwilligen Aufgaben an wirtschaftlichen Unternehmen beteiligt.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat als Gesellschafterin privatrechtlicher Unternehmen auf die Ausgestaltung der Gesellschaftsverträge und Satzungen Einfluss genommen, um sich somit relativ umfassende Einflussmöglichkeiten zu sichern. Das Recht, bindende Weisungen durch die Gesellschafterversammlung zu erteilen ist hierbei eingeschlossen.

I.3 Übersicht über städtische Unternehmen und Beteiligungsgesellschaften

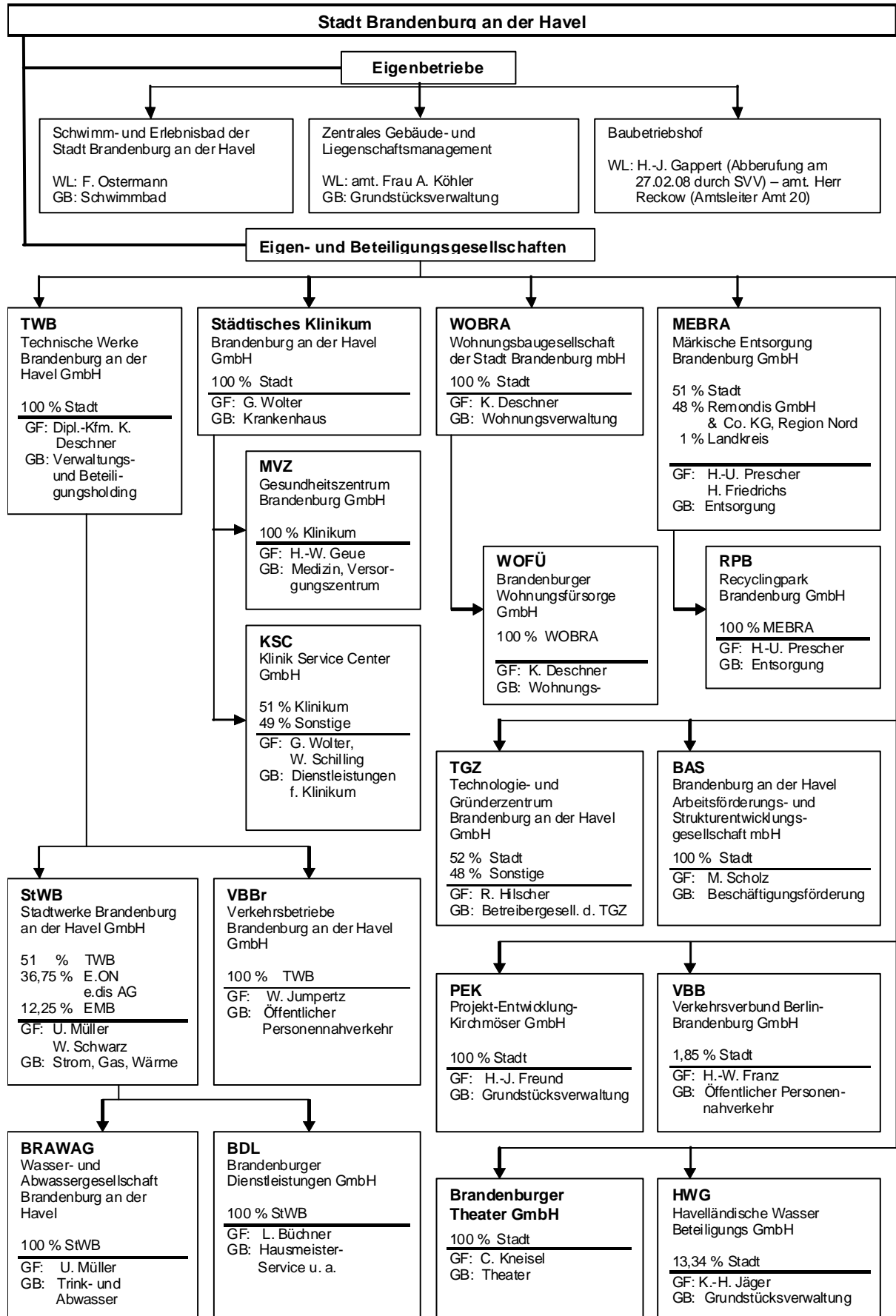


Abbildung 3 – Organigramm Stadtkonzern (Stand 31.10.2008)

Eigengesellschaft

Eigengesellschaften sind Unternehmen der Gemeinde in der privaten Rechtsform einer GmbH oder AG, deren Anteile in ihrer Gesamtheit einem Gesellschafter, hier der Stadt, gehören.

Rechtsform einer GmbH oder AG, an denen diese mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen, jedoch unter 100% beteiligt ist.

Beteiligungsgesellschaft

Beteiligungsgesellschaften sind Unternehmen der Gemeinde in der privaten

Direkte und indirekte Beteiligungen der Stadt Brandenburg an der Havel

Direkte Beteiligungen

Direkte Beteiligungsgesellschaften sind insbesondere die TGZ GmbH, die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH, die HWG Havelländische Wasser Beteiligungs-GmbH und die VBB GmbH, wobei die TGZ GmbH und MEBRA mbH zum 31.12.2006 Mehrheitsbeteiligungen darstellen.

Die Stadt Brandenburg an der Havel ist neben ihrer unmittelbaren Gesellschafterfunktion auch mittelbar an den Töchtern ihrer Beteiligungsgesellschaften beteiligt.

Indirekte Beteiligungen

Mittelbar ist die Stadt Brandenburg an der Havel über die WOBRA GmbH an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH beteiligt.

Weiterhin ist die Stadt über die TWB GmbH an der VBBr GmbH und an der StWB GmbH beteiligt.

Die Stadt ist über die StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH an der BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH und an der BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel beteiligt.

Über die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH ist die Stadt an der KSC Klinik Service Center GmbH und an Gesundheitszentrum Brandenburg GmbH beteiligt.

Des Weiteren ist die Stadt über die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH an der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH beteiligt.

I.4 Verflechtung mit dem städtischen Haushalt

Die Nutzung der Möglichkeit, verschiedene Aufgaben aus der Verwaltung auszugliedern und diese Aufgaben durch die Unternehmen ausführen zu lassen, zieht dennoch erhebliche Wechselwirkungen zwischen den Unternehmen und dem Haushalt der Stadt nach sich.

Die Unternehmen haben einen öffentlichen Zweck zu erfüllen und müssen oftmals auch den politischen Vorgaben Rechnung tragen. Somit ist ein kostendeckendes Wirtschaften oft nicht möglich und die Unternehmen sind auf Zuschüsse seitens der Stadt angewiesen. Die Bezuschussung erfolgt in der Regel als Ertrags- oder auch Investitionszuschüsse.

In den letzten Jahren wurde der Zuschuss für den Stadtkonzern kontinuierlich gesenkt, so dass der Haushalt der Stadt dadurch weiter entlastet wurde.

Es ist jedoch auch zu erwähnen, dass einige kommunale Unternehmen auch ohne Gefährdung des öffentlichen Zwecks oder des kommunalen Auftrages grundsätzlich in der Lage sind, Überschüsse zu erwirtschaften. Nach Beschlüssen in den Gesellschafterversammlungen können diese dann in voller Höhe oder teilweise ausgeschüttet werden.

Darüber hinaus kann die Stadt von ihren Unternehmen Einnahmen in Form der Konzessionsabgaben generieren.

Es gilt nach wie vor das Ziel zu erreichen, dass die Unternehmen den Finanzbedarf weitgehend selber erwirtschaften. Jedoch ist man zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon noch weit entfernt.

Abflüsse aus dem Haushalt

a) Ertragszuschüsse

Die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben, die oft aus politischen oder rechtlichen Gründen nicht kostendeckend wahrgenommen werden können, begründet in der Regel die Zahlung von Zuschüssen. Da die Aufgabenverantwortung letztlich bei der Stadt verbleibt, hat diese die Fehlbeträge der Gesellschaften anteils-

mäßig oder in Gänze auszugleichen. In diesen Fällen kann die Stadt lediglich darauf hinwirken, dass die Unternehmen möglichst wirtschaftlich arbeiten und die Kostendeckung erhöht wird.

Der größte Bedarf an Zuschüssen besteht nach wie vor bei der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBR) und der Brandenburger Theater GmbH (BT).

b) Investitionszuschüsse

Neben der Fehlbetragsfinanzierung besteht seitens der Stadt auch die Möglichkeit kommunale Unternehmen bei fehlender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit direkt bei der Realisierung größerer Bauvorhaben oder Investitionen durch finanzielle Zahlungen zu unterstützen.

Zuflüsse zum Haushalt

a) Gewinnausschüttungen

Auf Beschluss der Gesellschafterversammlung können die durch Unternehmen erwirtschafteten Gewinne, an denen die Stadt beteiligt ist, in voller Höhe oder teilweise ausgeschüttet und dem Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel zugeführt werden.

b) Konzessionsabgaben

Konzessionsabgaben bilden eine der Haupteinnahmequellen der Stadt aus dem Stadtkonzern.

Aufgrund gestiegener Umsätze bei den Unternehmen sind auch die Konzessionsabgaben als eine der Haupteinnahmequellen leicht gestiegen.

Bürgschaften

Für Darlehen der beschränkt haftenden Beteiligungsgesellschaften verlangen die Darlehensgeber fallweise vom Gesellschafter Ausfallbürgschaften zur zusätzlichen Absicherung Ihres Risikos.

§ 86 GO verbietet der Kommune zwar grundsätzlich das Eingehen von Sicherheiten zugunsten Dritter, lässt jedoch Ausnahmen durch die Kommunalauf-

sichtsbehörde zu. Bürgschaften bedürfen daher neben eines Beschlusses der SVV

auch der Genehmigung des Innenministeriums.

Geldflüsse zwischen Unternehmensverbund und Stadt				
Zuschüsse der Stadt an die Gesellschaften in T€	2003	2004	2005	2006
Technische Werke Brandenburg	6.148	6.032	6.304	5.268
Brandenburger Theater	4.967	4.959	4.708	3.681
GFG-Mittel Theater	1.425	1.500	1.500	1.475
BAS Arbeitsförderung- und Strukturanpassungsgesellschaft	1.226	1.026	923	544
Technologie- und Gründerzentrum	173	176	179	150
Eigenbetrieb Marienbad	795	872	875	875
Fähre Neuendorf	28	39	33	48
Stadt Info Tour	44	0	0	0
WOBRA (Altschuldendienst/Leistung BAVARIA)	2.639	3.700	2.839	3.151
Abflüsse aus dem Haushalt insgesamt:	17.445	18.304	17.361	15.192
Zuwendungen Land in T€	2003	2004	2005	2006
Zuwendungen Land für Vbbr	896	903	1.985	2.192
Landesmittel Theater (direkte Zuweisung an Theater)	1.650	1.872	1.559	1.560
GFG-Mittel Theater	1.425	1.500	1.500	1.475
Zuwendungen Land gesamt	3.971	4.275	5.044	5.227
Rückflüsse von den Gesellschaften in T€	2003	2004	2005	2006
Gewinnausschüttungen	0	0	0	0
Verkauf von Beteiligungen	2	0	0	0
Einnahmen aus Gewinnbeteiligung	0	150	550	2.044
Kapitalentnahmen aus Beteiligungen			7.440	6.024
Konzessionsabgaben in T€				
StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	1.906	1.930	2.014	2.012
E.dis	64	145	128	133
EMB	0	8	12	8
Zuflüsse zum Haushalt insgesamt in T€	4.293	4.636	13.629	13.888
Differenz Zuflüsse/Abflüsse in T€	-13.152	-13.668	-3.732	-1.304

Unterdeckung der Zu-/Abflüsse vom Haushalt in den Unternehmensverbund

Jahr	Differenz (T€)
2003	-13.152
2004	-13.668
2005	-3.732
2006	-1.304

Abbildung 4 – Geldflüsse zwischen dem Unternehmensverbund und der Stadt

1.5 Übersicht über die Abschlussprüfer der Eigenbetriebe sowie Eigen- und Beteiligungsgesellschaften

Wirtschaftsprüfer kommunaler Unternehmen							
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
GLM					WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG
Baubetriebshof					Scherbath,Hergaden & Partner GbR	Scherbarth,Hergaden& Partner GbR	Scherbath, Hergaden& Partner GbR
Marienbad	Knauff&Feldhausen	Knauff&Feldhausen	Knauff&Feldhausen	Scherbath,Hergaden & Partner GbR	Scherbath,Hergaden & Partner GbR	Scherbarth,Hergaden& Partner GbR	Scherbath, Hergaden& Partner GbR
Hafen	KPMG	KPMG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	aufgelöst 30.06.05
WOBRA	KPMG	WIKOM AG	DOMUS REVISION	DOMUS REVISION	DOMUS REVISION	BPG Berlin	BPG Berlin
Klinikum	Dres. Bönner Treuhand Revision GmbH	Dres. Bönner Treuhand Revision GmbH	Dres. Bönner Treuhand Revision GmbH	Dres. Bönner Treuhand Revision GmbH	KPMG	KPMG	KPMG
BT	WIBERA AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	DOMUS Revision
PEK				Knauff&Feldhausen	Knauff&Feldhausen	Knauff&Feldhausen	Knauff&Feldhausen
TWB	WIBERA AG	Arthur Andersen	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	FPS Schmidt&Kollegen
VBBr	WIBERA AG	WIBERA AG	WIBERA AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	FPS Schmidt&Kollegen
BRAWAG	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	PwC AG
Wofü	WIBERA AG	WIBERA AG	WIBERA AG	WIKOM AG	WIKOM AG	WIKOM AG	BPG Berlin
StWB	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	PwC AG
BAS	Sabine Murschall	Dres. Bönner Treuhand Revision	Dres. Bönner Treuhand Revision GmbH	Dres. Bönner Treuhand Revision GmbH	Dres. Bönner Treuhand Revision	Dres. Bönner Treuhand Revision	Beil,Baumgart&Kollegen
MEBRA	Vestische Treuhand	Vestische Treuhand	Vestische Treuhand	Vestische Treuhand	Vestische Treuhand	Dr.Röhricht-Dr.Schillen OHG	Dr. Röhricht-Dr. Schillen OHG
RPB	Vestische Treuhand	Vestische Treuhand	Vestische Treuhand	Vestische Treuhand	Vestische Treuhand	Dr.Röhricht-Dr.Schillen OHG	Dr. Röhricht-Dr. Schillen OHG
TGZ	Dr. Peter Kunz	Dr. Peter Kunz	Dr. Peter Kunz	Dr. Peter Kunz	Dr. Peter Kunz	Knauff&Feldhausen	Knauff&Feldhausen
BDL	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	PwC AG
KSC	Dres. Bönner Treuhand Revision GmbH	Dres. Bönner Treuhand Revision GmbH	Dres. Bönner Treuhand Revision GmbH	Dres. Bönner Treuhand Revision GmbH	KPMG	KPMG	KPMG
VBB	KPMG	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	PwC Deutsche Revision	MDS Möhrle GmbH
HWG GmbH&Co.KG	Dr. Wolfgang Stangier	Dr. Wolfgang Stangier	Dr. Wolfgang Stangier	Dr. Wolfgang Stangier	Dr. Wolfgang Stangier	Dr. Wolfgang Stangier	Dr. Wolfgang Stangier
HWG Beteiligungs GmbH	Dr. Wolfgang Stangier	Dr. Wolfgang Stangier	Dr. Wolfgang Stangier	Dr. Wolfgang Stangier	Dr. Wolfgang Stangier	Dr. Wolfgang Stangier	Dr. Wolfgang Stangier

1.6 Übersicht über die Eigenbetriebe sowie Eigen- und Beteiligungsgesellschaften der Stadt Brandenburg (Stand 31.10.2008)

Beteiligung	Geschäftsführung	Aufsichtsrat / Beirat / Werksausschuss	Gesellschafter / Eigentümer	Anteil in % (Nennwert in €)
<u>Eigenbetriebe</u>				
Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel	Fred Ostermann (Werkleiter)	<u>Hauptausschuss:</u> Dr. Dietlind Tiemann Friedrich von Kekulé Walter Paaschen (Vorsitzender) Martin Simon Thomas Krüger	Stadt Brandenburg an der Havel	100% (25.564,59 €)
Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel	Herr Fellenberg (01.01.2004 bis 30.06.2008) amt. Frau Köhler (ab 01.07.2008) (Werkleiter)	Ralf Holzschuher Hubert Borns Alfredo Förster Elisabeth Scholz Herbert Nowotny	Stadt Brandenburg an der Havel	100% (50.000,00 €)
Baubetriebshof der Stadt Brandenburg an der Havel	Herr Gappert (01.01.2004 bis 27.02.2008) amt. Herr Reckow (Amtsleiter Amt 20 ab 28.02.2008) (Werkleiter)	Peter Reimann Anette Lang (Grundmandat)	Stadt Brandenburg an der Havel	100% (50.000,00 €)
<u>Eigenesellschaften</u>				
WOBRA Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH	Klaus Deschner (seit 14.01.2004)	<u>Aufsichtsrat:</u> Herr Michael Brandt (Vorsitzender) Herr Wolfgang Liebig (stellv. Vorsitzender) Herr Walter Kriegs Herr Georg Riethmüller	Frau Heidi Hauffe Herr Joachim Hoffmann Herr Carsten Hagenau	100% (25.564.600,00 €)
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	Gabriele Wolter (seit 19.12.1996)	<u>Aufsichtsrat:</u> Herr Steffen Scheller (Vorsitzender) Herr Hansgeorg Wendt (stellv. Vorsitzender, Arbeitnehmervertreter Klinikum) Herr Dr. med. Wolfgang Haacke (Arbeitnehmervertreter Klinikum) Herr Dr. med. Frank Stolle (Arbeitnehmervertreter Klinikum) Herr Thomas Krüger Herr Georg Riethmüller Herr Klaus Schomann Frau Elisabeth Scholz Herr Mathias Mischker	Stadt Brandenburg an der Havel	100% (25.600,00 €)

Beteiligung	Geschäftsführung	Aufsichtsrat / Beirat	Gesellschafter / Eigentümer	Anteil in % (Nennwert in €)
Brandenburger Theater GmbH	Christian Kneisel (seit 01.07.2001)	<u>Aufsichtsrat:</u> Frau Dr. Dietlind Tiemann Herr Friedrich von Kekulé (Vorsitzender) Herr Dr. Hans-Peter Jung (stellv. Vorsitzender) Herr Stephan Falk (bis 16.04.2007) Frau Birgit Patz Herr Christian Griebel (bis 06.09.2007) Herr Jörg-Ingo Weber Herr Dr. Waldemar Bauer (ab 16.04.2007)	Stadt Brandenburg an der Havel	100% (25.600,00 €)
TWB Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH	Dipl.-Kfm. Klaus Deschner (seit 29.06.1992)	<u>Aufsichtsrat:</u> Frau Dr. Dietlind Tiemann (Vorsitzende) Herr Herbert Nowotny (stellv. Vorsitzender) Herr Walter Paaschen Herr Friedrich von Kekulé Herr Manfred Otto	Herr Klaus Schomann Herr Steffen Scheller Herr Gerhard Zapf Herr Andreas Martin	Stadt Brandenburg an der Havel 100% (102.400,00 €)
BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Struktur- entwicklungsgesellschaft gGmbH	Dipl.-Ing. Ök. Margitta Scholz (seit 15.01.1999)	<u>Beirat:</u> Frau Scholz (BAS) Herr Prof. Dr. Janisch (FH Brandenburg) Frau Boritzki-Rilla (FH Brandenburg) Herr Rohde (Vorsitzender; Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege) Herr Dr. Morio (Bundesverband mittelständischer Wirtschaft) Herr Schwinzert (Tourismusverein Brandenburg an der Havel) Herr Krause (Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e. V.) Frau Hofmann (Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH) Herr Simon (Vorsitzender Jugendhilfeausschuss; Stellv.: Frau Spürkmann) Frau Schönwälder (Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel) Herr Arndt (Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel) Frau Schöbe (Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel) Frau Dr. Tiemann (Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel; Stellv.: Herr Reckow)	Herr Meier (IHK) Herr Windeck (HWK Potsdam) Herr Baer (dt. Gewerkschaftsbund)	Stadt Brandenburg an der Havel 100% (25.564,59 €)
PEK Projekt-Entwicklungs- Kirchmöser GmbH	Hans-Joachim Freund (seit 24.07.2003)	Die Aufgaben des Aufsichtsrates werden von der Gesellschafterversammlung wahrgenommen.	Stadt Brandenburg an der Havel	100% (25.600,00 €)

Beteiligung	Geschäftsführung	Aufsichtsrat / Beirat	Gesellschafter / Eigentümer	Anteil in % (Nennwert in €)
VBB Verkehrsverbund Berlin - Brandenburg GmbH	Hans-Werner Franz (seit 01.11.2003)	<u>Aufsichtsrat:</u> Vertreter der Stadt Brandenburg an der Havel: Steffen Scheller <u>Beirat:</u> Vertreter der Stadt Brandenburg an der Havel: Dietlef Reckow (ab Mai 2001)	Stadt Brandenburg an der Havel	1,85% (6.000,00 €)
			Landkreis Oberhavel	1,85% (6.000,00 €)
			Landkreis Oberspreewald-Lausitz	1,85% (6.000,00 €)
			Landkreis Oder-Spree	1,85% (6.000,00 €)
			Stadt Frankfurt (Oder)	1,85% (6.000,00 €)
			Landkreis Ostprignitz-Ruppin	1,85% (6.000,00 €)
			Stadt Cottbus	1,85% (6.000,00 €)
			Landkreis Potsdam-Mittelmark	1,85% (6.000,00 €)
			Landeshauptstadt Potsdam	1,85% (6.000,00 €)
			Landkreis Barnim	1,85% (6.000,00 €)
			Landkreis Dahme-Spreewald	1,85% (6.000,00 €)
			Landkreis Elbe-Elster	1,85% (6.000,00 €)
			Landkreis Havelland	1,85% (6.000,00 €)
			Landkreis Spree-Neiße	1,85% (6.000,00 €)
			Landkreis Teltow-Fläming	1,85% (6.000,00 €)
			Landkreis Uckermark	1,85% (6.000,00 €)
			Landkreis Märkisch-Oderland	1,85% (6.000,00 €)
			Landkreis Prignitz	1,85% (6.000,00 €)
			Land Berlin	33,34% (108.000,00 €)
			Land Brandenburg	33,34% (108.000,00 €)

Beteiligung	Geschäftsführung	Aufsichtsrat / Beirat	Gesellschafter / Eigentümer	Anteil in % (Nennwert in €)
StWB Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH	Dipl.-Kfm. Uwe Müller (seit 01.10.1998) Wolfgang-Michael Schwarz (seit 01.10.2006)	<u>Aufsichtsrat:</u> Frau Dr. Dietlind Tiemann (Vorsitzende) Frau Heike Friedrichs Herr Klaus Deschner Herr Peter Reimann Herr Alfredo Förster Herr Bernd Dubberstein (E.ON edis AG, stellv. Vorsitzender) Herr Dr. Eberhard M. Richter (EMB Beteiligungsgesellschaft mbH) Herr Stephan Gothe (E.ON edis AG) Herr Michael Söhlke (E.ON edis AG)	<u>Ersatzmitglieder:</u> Herr Dettlef Delfs Herr Sebastian Pöttinger Herr Klaus Schomann	TWB 51% (4.172.142,75 €) E.ON e.dis AG 36,75% (3.006.396,26 €) EMB 12,25% (1.002.132,09 €)
VBBr Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH	Dipl.-Volkswirt/Dipl.-Verwaltungswirt Werner Jumpertz (seit 23.09.1998)	<u>Beirat:</u> Hans Meuer (Vorsitzender) Joachim Hahn Frank Schwarz	Gerd Walter Hans-Jürgen Arndt	TWB 100% (1.971.100,00 €)
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel	Dipl.-Kfm. Uwe Müller (seit 07.01.2003)	Die Aufgaben des Aufsichtsrates werden von der Gesellschafterversammlung wahrgenommen.		StWB 100% (3.389.865,14 €)
Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH	Klaus Deschner (seit 23.01.2007)	Die Aufgaben des Aufsichtsrates werden von der Gesellschafterversammlung wahrgenommen.		WOBRA 92,30% (306.775,12 €) WBG "Einheit" 7,70% (25.564,59 €)
BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH	Lars Büchner (seit 01.03.2007)	Die Aufgaben des Aufsichtsrates werden von der Gesellschafterversammlung wahrgenommen.		StWB 100% (434.600,00 €)
RPB Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH	Dr.-Ing. S. Sarp (01.10.2006 bis 30.09.2007) Hans-Ulrich Prescher	Die Aufgaben des Aufsichtsrates werden von der Gesellschafterversammlung wahrgenommen.		MEBRA 100% (510.000,00 €)
KSC Klinik Service Center GmbH	Gabriele Wolter Walter Schilling	Die Aufgaben des Aufsichtsrates werden von der Gesellschafterversammlung wahrgenommen.		Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH 51% (12.750,00 €) Peter Dussmann GmbH 25% (6.250,00 €) Gebäudereinigung Brandenburg GmbH 14% (3.500,00 €) Caritas Krankenhaus Berlin e. V. 10% (2.500,00 €)
MVZ Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH	Hans-Wilhelm Geue			Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH 100% (25.000,00 €)

II.1.1 Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel

Marienbad
freizeit erleben



Fotos: Schwimm- und Erlebnisbad

Geschäftsbereich

Betreibung Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel

Firmensitz

Sprengelstraße 1
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/32 27 80
Fax: 03381/32 27 811

e-mail: fred.ostermann@stadt-brandenburg.de
Internet: www.info@marienbad-brandenburg.de

Gründung

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel beschloss am 26.11.1997 (Vorlagen Nr. 459/97) die Gründung des kommunalen Eigenbetriebes „Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel“, die mit Inkrafttreten der Satzung am 23.12.1997 wirksam wurde.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.564,59 €

Der Eigenbetrieb wird als wirtschaftlich selbständiger Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und der Satzung zu 100 % als Sondervermögen der Stadt Brandenburg an der Havel geführt.

Unterbeteiligungen

Der Eigenbetrieb verfügt über keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Gesellschaftsvertrag

Die Betriebssatzung für den Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad Brandenburg an Havel wurde durch die Stadtverordnetenversammlung am 26.11.1997 beschlossen (Nr. 459/97) und im Amtsblatt Nr. 17 vom 23.12.1997 veröffentlicht.

Organe der Gesellschaft

- Werkleitung

Herr Fred Ostermann

- Betriebsführer

Die Betriebsführung wird durch die Gesellschaft für Management und Entwicklung von Freizeitsystemen mbH & Co.KG, Neuried (GMF) wahrgenommen.

- Betriebsleiter

Herr Jens Grosser

- **Hauptausschuss**

Da von der Stadtverordnetenversammlung kein Werksausschuss gebildet wurde, nimmt gemäß § 8 Abs. 3 Eigenbetriebsverordnung der Hauptausschuss die Befugnisse wahr.

Originäre Aufgaben des Ausschusses sind neben den satzungsmäßig übertragenen Entscheidungsbefugnissen die Vorbereitung und Vorberatung der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegenden Angelegenheiten und die Überwachung der Werkleitung.

Der Hauptausschuss setzte sich im Wirtschaftsjahr 2006 wie folgt zusammen:

Hauptausschuss 2006	
<u>Mitglieder</u>	<u>Ersatzmitglieder</u>
Frau Oberbürgermeisterin Dr. Tiemann	Vertreter im Amt
Herr Friedrich von Kekulé	Herr Sebastian Pöttinger
Herr Walter Paaschen	Herr Martin Simon
Herr René Kohl	Herr Georg Riethmüller
Herr Thomas Krüger	Frau Heike Friedrichs
Herr Klaus Schomann	Frau Dr. Christa-Maria Engst
Herr Dr. Hans-Peter Jung	Herr Manfred Otto
Herr Alfredo Förster	Frau Elisabeth Scholz
Herr Klaus Knetsch	Herr Matthias Osterburg
Herr Herbert Nowotny	Herr Jan Penkawa
Herr Peter Reimann	Frau Erika Marszalek
Grundmandate:	
Herr Magnus Hoffmann	Herr Tobias Dierich
Frau Anette Lang	Herr Klaus Hoffmann

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand

Die Betriebsführung des modernisierten und erweiterten Schwimm- und Erlebnisbades auf dem Marienberg. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte betreiben.

Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck des Schwimm- und Erlebnisbades besteht in der Absicherung des öffentlichen Badebetriebes und des Schul- und Vereinsschwimmens mit dem Ziel, die Lebensqualität der Brandenburger Bevölkerung und die Attraktivität Brandenburgs für seine Besucher zu erhöhen.

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2006 waren durchschnittlich 9 städtische Mitarbeiter und 40 Angestellte des Betriebsführers GMF im Eigenbetrieb beschäftigt.

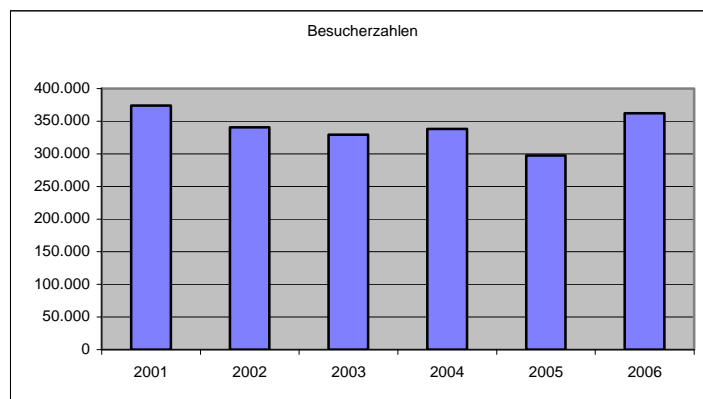
Beschäftigte (städt. Mitarbeiter)	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>
gesamt	10	10	9

Verlauf des Geschäftsjahres

Im Geschäftsjahr 2006 wurden 362.052 Besucher empfangen. Somit konnten die geplanten Besucherzahlen (360.200) für das Geschäftsjahr um 0,5 % gesteigert werden.

Der Freibadbetrieb wurde am 13.05.2006 aufgenommen. Im Berichtszeitraum gab es keine vergleichbaren Angebote in einem Radius von 100 km. Somit war auch das Besucheraufkommen dem gegenwärtigen Einzugsbereich entsprechend. Als Investition in die touristische Infrastruktur der Stadt hat sich der 2004 abgeschlossene Schwimmbadneubau bewährt, da z. B. Besuchergruppen von Berlin und Potsdam, von Rathenow bis Genthin das Bad besucht haben. Hotellerie und besonders die Campingplätze sind Partner des Bades geworden (Tagestrip oder Schlechtwettervariante).

Um gerade Familien mit Kindern für das Marienbad zu begeistern, wurden durch den Betriebsführer in Abstimmung mit dem Betreiber entsprechende Veranstaltungen durchgeführt. Gleichzeitig wurden die bewährten und bei den Gästen beliebten Veranstaltungen weitergeführt. Das Hauptinteresse galt weiterhin dem Abbau der Schwachlastzeiten.



Jahresrückblick 2006

2006 war das 6. Geschäftsjahr nach der Eröffnung des Bades am 01.03.2000 (Hallenbereich) bzw. am 14.07.2000 für den Freibadbereich. Hierbei ist festzustellen, dass dieses Berichtsjahr das erste Betriebsjahr war ohne Betriebsausfälle oder erhebliche Baueinschränkungen. Erinnert sei an dieser Stelle an die Baueinschränkungen für die Überdachung der 50 m Halle (Inbetriebnahme am 06.03.2004) oder an die Sperrung des Funbades vom 10.10.2004 bis zum 09.07.2005 wegen eines Fliesenschadens.

Die Besucherentwicklung kann als erfolgreich gewertet werden, da nach dem Jahr 2001 mit 373.815 Besuchern das Jahr 2006 mit den zweithöchsten Besuchern (362.052) war.



Im Geschäftsjahr 2006 hat die gute Wetterlage in den Hauptsommermonaten Juli, August dazu geführt, dass die geplanten Besucherzahlen leicht übertroffen werden konnten.



Um gerade Familien mit Kindern für das Marienbad zu begeistern, wurden für diese Zielgruppe entsprechende Veranstaltungen (u.a. Halloween Gruseltime, Hits for Kids) durchgeführt. Gleichzeitig blieben die bewährten und bei den Gästen beliebten Veranstaltungen wie die Nacktbadeabende oder die vielfältigen Kursangebote im Eventplaner.

Technische Probleme wie der Sanierungsbedarf am Parkhaus wurden deutlich für jeden Besucher sichtbar. Das Fliesenbild in der 25 m Halle musste vollständig wieder aufgebaut werden. Viele technische Neuerungen fanden hinter den Kulissen statt. Das Beweissicherungsverfahren zum Fliesenschaden aus dem Vorjahr wurde vorangetrieben, jedoch fehlen abschließende rechtliche Entscheidungen.

Auf der Seite der städtischen Mitarbeiter waren 9 Beschäftigte im Marienbad tätig. Der Betriebsführer GMF beschäftigte 40 Mitarbeiter, wobei 23 davon als Pauschalzeitmitarbeiter eingesetzt sind.

Der Kommunale Eigenbetrieb Schwimm- und Erlebnisbad der Stadt Brandenburg an der Havel ist als Einrichtung der kommunalen Infrastruktur nicht in der Lage, seine Aufwendungen vollständig zu erwirtschaften. Dem gemäß sah der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für das Jahr 2006 einen Ausgleich des finanziellen Fehlbedarfs durch Ertragszuschüsse der Stadt Brandenburg an der Havel in Höhe von 875 T€ vor.



Der finanziellen Situation der Stadt Brandenburg an der Havel entsprechend kann dem Wertverzehr der Anlagen in Form der Abschreibungen (2006: 1.022,5 T€; i.Vj. 1.045,5 T€) nicht Rechnung getragen werden. Unter Gegenrechnung der entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der geförderten Anlagen ertragswirksam aufzulösenden Sonderposten ergibt sich daraus ein jährlicher Fehlbetrag (2006: 645 T€, i.Vj. 639,0 T€), der planmäßig mit den allgemeinen Rücklagen verrechnet wird. Investitionen kann der Eigenbetrieb daher aus eigener Kraft nicht refinanzieren.

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die nachhaltige Sicherung des Vermögens und der Bestand des Eigenbetriebs direkt von der Leistungsfähigkeit der Stadt Brandenburg an der Havel zur Erbringung der erforderlichen Betriebskostenzuschüsse und (im Bedarfsfall) der erforderlichen Mittel für Ersatzinvestitionen und Instandhaltungen abhängig sind.

Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
Bilanz	2003	2004	2005	2006
Aktivseite				
A. Anlagevermögen	18.969	18.817	17.786	16.771
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2	1	0	0
II. Sachanlagen	18.967	18.816	17.786	16.771
B. Umlaufvermögen	241	388	411	532
I. Vorräte	29	24	22	20
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	49	55	61	103
III. Kassenbestand, Guthaben	162	309	328	408
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	5	3	3
Passivseite				
A. Eigenkapital	11.837	12.100	11.461	10.817
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25	25
II. Rücklagen	12.232	13.094	13.094	12.075
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-420	-1.019	-1.658	-1.283
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	7.127	6.770	6.385	6.008
C. Rückstellungen	24	105	88	233
D. Verbindlichkeiten	220	235	266	247
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	0	0
Bilanzsumme	19.210	19.210	18.200	17.305

Nach Abschluss des 2. Bauabschnittes (Cabriodach) im Jahr 2004 wurde die Investitionstätigkeit 2006 auf unabweisbare Ersatz- und Ergänzungsinvestitionen beschränkt. Der Investitionsplan wurde mit 13,4 T€ (Plan: 25,0 T€, Ist 11,6 T€) aus haushaltstechnischen Gründen nicht vollständig realisiert.

Das Eigenkapital reduzierte sich aus dem Jahresfehlbetrag von 645 T€ von 11.461 T€ im Vorjahr auf 10.817 T€ zum 31.12.2006.

Die Rückstellungen erhöhten sich von 88 T€ im Vorjahr auf 233 T€ zum 31.12.2006. Sie wurden insbesondere für Aufwendungen von Jahresabschluss- und Steuerberatungskosten, Personalaufwand aus noch nicht genommenem Urlaub und Mehrarbeit und für unterlassene Instandhaltungen gebildet. Im Geschäftsjahr 2004 gebildete Rückstellungen für Gerichts- und Anwaltskosten aus dem noch nicht abgeschlossenen Beweissicherungsverfahren für die Geltendmachung von Regressansprüchen aus den Fliesenschäden im Funbad in Höhe von 20,9 T€ wurden beibehalten.

Die Liquidität war im Geschäftsjahr 2006 gesichert. Die vorsorglich geplante Kassenkreditlinie in Höhe von 100 T€ musste nicht in Anspruch genommen werden.

Ertragslage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
GuV	2003	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse	1.289	1.406	1.061	1.323
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.087	1.282	1.280	1.268
3. Materialaufwand	-679	-772	-670	-806
4. Personalaufwand	-226	-265	-256	-241
5. Abschreibungen	-808	-1.038	-1.046	-1.023
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.060	-1.190	-988	-1.145
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	0	0	0
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-398	-577	-617	-622
9. Sonstige Steuern	-22	-22	-22	-22
10. Jahresergebnis	-420	-599	-639	-645

Der Eigenbetrieb schloss das Geschäftsjahr 2006 mit einem Jahresfehlbetrag von 645 T€ ab.

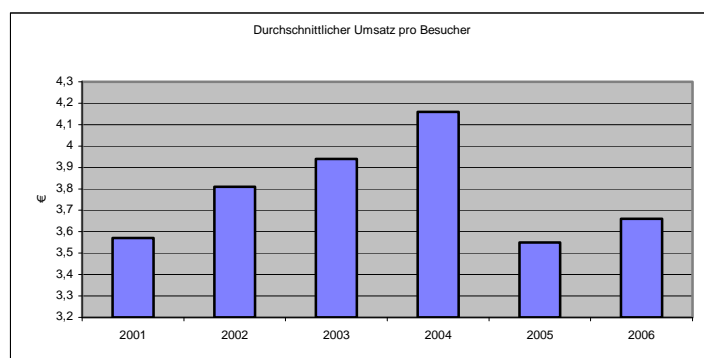
Die Umsatzerlöse betragen 2006 1.323 T€. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um 24,7 % erhöht.

Aufgliederung der Umsatzerlöse

Tarifbereiche	2006 €	2005 €	2004 €	2003 €	2002 €	2001 €
Bad	894.417,43	659.902,56	722.929,78	669.282,41	696.102,81	749.102,04
Restaurant	0,00	0,00	242.032,49	239.687,11	240.757,63	246.695,23
Sauna	344.972,37	329.252,29	345.984,49	321.612,48	318.410,97	292.976,36
Sonne	8.900,59	8.511,95	14.304,80	15.475,85	18.302,84	21.469,64
Massage	9.330,63	13.612,01	48.202,42	16.784,99	14.692,52	13.236,26
Verleih	436,79	279,74	357,13	423,81	451,08	683,60
Sonstige*	66.094,13	40.280,38	5.361,12	3.142,52	3.629,97	2.305,03
Shop	7.528,08	5.230,05	5.588,53	7.493,13	4.995,80	5.666,17
Parkhaus	0,00	0,00	21.330,00	22.536,47	1.706,40	2.433,05
Bestandsänderungen	-8.274,46	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamt	1.323.405,56	1.057.068,98	1.406.090,76	1.296.438,77	1.299.050,02	1.334.567,38

Umsatz pro Bereich in %

Tarifbereiche	2006	2005	2004	2003	2002	2001
Bad	67,58	62,43	51,41	51,62	53,59	56,13
Restaurant	0,00	0,00	17,21	18,49	18,53	18,49
Sauna	26,07	31,15	24,61	24,81	24,51	21,95
Sonne	0,67	0,81	1,02	1,19	1,41	1,61
Massage	0,71	1,29	3,43	1,29	1,13	0,99
Verleih	0,03	0,03	0,03	0,03	0,03	0,05
Sonstige*	4,99	3,81	0,38	0,24	0,28	0,17
Shop	0,00	0,49	0,40	0,58	0,38	0,42
Parkhaus	0,00	0,00	1,52	1,74	0,13	0,18
Gesamt	100	100	100	100	100	100



Der Personalaufwand wurde im Geschäftsjahr 2006 gegenüber dem Vorjahr um 25 T€ gesenkt.

Die planmäßigen Abschreibungen sind um 23 T€ zum Vorjahr gesunken. Dem steht eine Minimierung der zahlungsunwirksamen Erträge aus Auflösung von Sonderposten für die Landesförderung um 8 T€ (2006: 377 T€; 2005: 385 T€) gegenüber.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe betragen 2006 781 T€ gegenüber 633 T€ im Vergleichszeitraum 2005. Die Abweichung von 23,4 % beruht im Wesentlichen darauf, dass im Geschäftsjahr 2005 das Funbad nicht ganzjährig geöffnet war und somit geringere Aufwendungen für Elektroenergie, Fernwärme und Wasser bzw. Abwasser angefallen sind.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens

Mit dem Abschluss des 2. Bauabschnitts (Cabriodach) im Geschäftsjahr 2004 wurde der Aufbau des Schwimm- und Erlebnisbades in der Stadt Brandenburg an der Havel abgeschlossen. Weitere Investitionen, die zu einer nachhaltigen Erweiterung der Geschäftstätigkeit führen, sind nicht geplant. Die geschaffenen Angebote des Geschäftsjahres 2006, welche sehr gut angenommen wurden, werden weiter ausgebaut, gerade auch im Hinblick der sich bietenden Möglichkeiten durch die 50m-Halle, um die Einnahmesituation weiter zu stabilisieren und auszubauen. Zur Verbesserung der Einnahmesituation wird angestrebt, die Verweildauer auszubauen und diesbezüglich die

Entgeltordnung zu überarbeiten. Um die Unternehmensziele (Absicherung des öffentlichen Badebetriebes, Absicherung des Schul- und Vereinsschwimmens, Durchführung von Veranstaltungen) in den kommenden Jahren auf hohem Niveau zu halten, muss der finanziellen Situation der Stadt Brandenburg an der Havel Rechnung tragend dem alterungsbedingten Verschleiß der technischen Anlagegüter durch gezielte, die Nutzungsdauer erhöhende Instandhaltungsmaßnahmen begegnet werden.

II.1.2 Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel



Fotos: Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Die strategischen Ziele des Eigenbetriebes sind vor allem die Optimierung der Bewirtschaftungskosten für die Immobilien der Stadt Brandenburg an der Havel.

Der Eigenbetrieb hat zu diesem Zweck die Aufgabe, alle infrastrukturellen Immobiliendienstleistungen zu erbringen und die Bauträgerfunktion für die Liegenschaften der Stadt zu übernehmen. Grundlage für die Arbeit des Eigenbetriebes ist die Vereinbarung eines umfangreichen Nutzungsrechts an Liegenschaften und Gebäuden der Stadt Brandenburg an der Havel. Das Nutzungsrecht erstreckt sich über den Zeitraum vom 01. Januar 2004 bis 31. Dezember 2013.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Eigenbetriebes ist es, die Gebäude und Liegenschaften der Stadt Brandenburg an der Havel nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zentral zu bewirtschaften, hiermit verbundene infrastrukturelle Leistungen zu erbringen, Bauunterhaltung, Sanierung, Um- und Ausbau, Neubau sowie Rückbau durchzuführen und ein Liegenschaftsmanagement aufzubauen und zu entwickeln. Die Überlassung von Räumen, Gebäuden und Liegenschaften erfolgt, soweit zweckmäßig, nach dem Mieter-/ Vermietermodell. Der Eigenbetrieb führt darüber hinaus im Auftrag die Verwaltung von Vermögen der Stadt Brandenburg an der Havel durch, das nicht dem Eigenbetrieb als wirtschaftliches Eigentum übertragen wird, wie z. B. von Gebäuden und Liegenschaften zum Zwecke des Denkmalschutzes. Hierzu gehört im Rahmen der Gesetze auch die Einrichtung und Unterhaltung von Neben- und Hilfsbetrieben, wenn diese wirtschaftlich mit dem Eigenbetrieb zusammenhängen und der optimalen Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebes dienen.

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Im Eigenbetrieb waren im Jahresdurchschnitt 75 Mitarbeiter beschäftigt, davon 27 Arbeiter, 43 Angestellte und 5 Beamte.

Verlauf des Geschäftsjahres

Über die Vermietung der Immobilien und Liegenschaften hat der Eigenbetrieb Nutzungsvereinbarungen mit den städtischen Ämtern geschlossen und Mietverträge mit Dritten von der Stadt übernommen bzw. geschlossen.

Außerdem bestehen zahlreiche Liefer- und Dienstleistungsverträge, z. B. über Gebäudereinigung, Strom-, Gas- und Wärmelieferungen, Winter- und Sicherheitsdienste sowie Wartung der technischen Anlagen in den Gebäuden.

Darüber hinaus führt der Eigenbetrieb für die Stadt Investitionen an städtischen Objekten durch.

In seinem dritten Geschäftsjahr, dem Jahr 2006, konzentrierte sich der Eigenbetrieb in seiner Tätigkeit nach der Aufbau- und Entwicklungsphase in den Jahren 2004/2005 auf seine vorrangigen und gleichwertigen strategischen Ziele, die:

- Optimierung der Wirtschaftlichkeit der kommunalen Immobilienwirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel
- den Erhalt sowie die Entwicklung der Vermögenswerte.

Dem GLM wurden gemäß Vereinbarung vom 01.12.2005 auf Grundlage eines zeitlich befristeten Nutzungsrechtes alle Rechte und Pflichten an den Grundstücken und Gebäuden, die für verwaltungsnotwendige, betriebsnotwendige oder öffentliche Zwecke genutzt werden und an sonstigen bebauten Liegenschaften, mit Ausnahme des Rechts zur Belastung oder Veräußerung erteilt. Das Nutzungsrecht besteht bis 31.12.2013 bzw. endet im Falle der Veräußerung von

Liegenschaften durch die Stadt. Gemäß dem Nutzungsrecht unterhält GLM die Objekte im Rahmen der bestehenden Nutzungsvereinbarungen mit den Fachämtern.

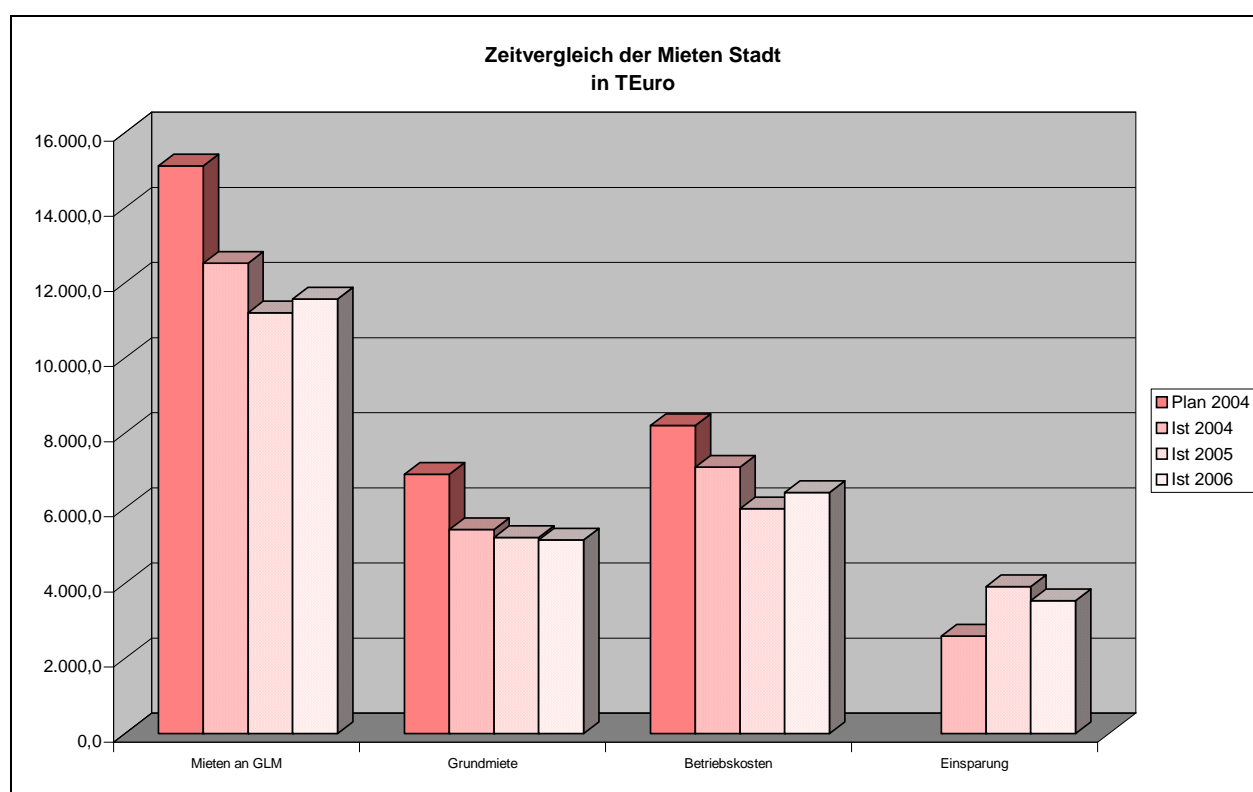
Bei den Betriebs- und Nebenkosten wirken die seit Jahren steigenden Preise den Einsparbemühungen der Nutzer und des GLM entgegen. Dieser Trend konnte durch Einsparungen bei infrastrukturellen Dienstleistungen teilweise kompensiert werden. Die im Geschäftsjahr vorgenommenen Abrechnung der Betriebs- und Nebenkosten der städtischen Nutzer für das Vorjahr 2005 hat gegenüber den Vorauszahlungen eine Reduzierung in Höhe von 777,8 T€ ergeben. Der Eigenbetrieb erwartet auch für die bevorstehende Abrechnung des Berichtsjahres 2006 im Saldo eine Erstattung von Vorauszahlungen gegenüber dem Stadthaushalt.

Bezüglich der Leistungserbringung besteht zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel und GLM Kontrahierungszwang. Dementsprechend ist die Stadt verpflichtet, Leistungen vom GLM abzunehmen und GLM verpflichtet sich, die Leistungen der Stadtverwaltung in Anspruch zu nehmen. GLM vergütete in 2006 diese Leistungen mit 208,2 T€. Dies entspricht einer Zunahme von 31% gegenüber dem Vorjahr.

Jahresrückblick 2006

Insgesamt wurden im Jahr 2006 durch den Eigenbetrieb 22,4 Mio. Euro umgesetzt, davon 5,1 Mio. Euro aus internen Mieten, 5,8 Mio. Euro Betriebskosten sowie 9,4 Mio. Euro aus Investzuschüssen der Stadt Brandenburg an der Havel.

Im Vergleich zum Basisjahr (Plan 2004) konnten im Bereich der Bewirtschaftungskosten in 2006 rund 3,5 Mio. Euro eingespart werden. Hochgerechnet auf die Jahre 2004 bis 2006 ergibt sich kumuliert in Summe eine Einsparung von 10,04 Mio. €. Im Vergleich zur bisherigen Organisationsstruktur wurden die Aufgaben im Eigenbetrieb in Folge der Konzentration mit rd. 35 Prozent weniger Stellen realisiert.



Investitionen

Die Investitionen im Hochbaubereich führt der Eigenbetrieb als Dienstleistung für die Stadt durch. Die Investitionstätigkeit war einerseits geprägt von der haushaltsrechtlichen Mittelverfügbarkeit, andererseits von der erstmaligen Realisierung von gleich zwei großen Vorhaben (Umbau

Spielwarenfabrik und Altstadt. Rathaus zum Verwaltungskomplex) im Rahmen Öffentlich-Privater-Partnerschaften (ÖPP). Die Erhaltung der durch den Eigenbetrieb zu bewirtschaftenden Grundstücke und Gebäude in einem ordnungsgemäßen und für die Nutzung zweckmäßigem Zustand ist als Vermieterpflicht vorrangige Aufgabe des Eigenbetriebes, kann jedoch nur im Rahmen der im Vermögenshaushalt eingestellten Investitionszuschüsse durchgeführt werden.

Baumaßnahmen im Bereich Hochbau im Jahr 2006

Wesentliche Schwerpunkte im Jahr 2006 waren im Rahmen der Investitionstätigkeit und auch der Bauunterhaltung:

- die Weiterführung des Umbaus des St.-Pauli-Klosters für die Errichtung des archäologischen Landesmuseums,
- die wesentliche Fertigstellung der ehemaligen Spielwarenfabrik E.P. Lehmann zum Verwaltungsgebäude
- die Fortführung des Umbaus des Verwaltungskomplexes „Altstädtischer Markt“
- die Weiterführung der Umbauarbeiten des Bürgerhauses in Hohenstücken
- die Anpassung der Ausführungsplanung an neue und erweiterte denkmalpflegerische Anforderungen für die Standsicherung der St. Johanniskirche
- der Umbau und Ausbau des OSZ „Gebr. Reichstein“
- die Vorbereitung und Durchführung der Sanierung von Sanitäreinrichtungen in Schulen und
- die Weiterführung der brandschutztechnischen Maßnahmen im Museum Freyhaus
- Abschluss der Rückbaumaßnahmen der ehemaligen Lehrlingswohnheime in der Vereinsstraße und der Thüringer Straße
- Rekonstruktion der Sporthalle Nicolaischule
- diverse Brandschutzmaßnahmen und gebäudetechnische Maßnahmen in Kindertagesstätten

Geprägt war das Jahr 2006 insbesondere von der denkmalgerechten Sanierung und Fertigstellung des neuen Verwaltungsgebäudes in der Klosterstraße 14, besser bekannt als „Spielwarenfabrik“. Die Sanierung und der Umbau als Verwaltungsgebäude wurde als ÖPP-Modell realisiert und im Wesentlichen im Dezember 2006 fertiggestellt. Die Abnahme erfolgte zum 29.12.2006. Im Ergebnis dieser Öffentlich-Privaten-Partnerschaft wurden die Gesamtinvestitionskosten für das Vorhaben im Vergleich zur herkömmlichen Beschaffung um rund 15 Prozent reduziert und damit der Vermögenshaushalt um 2,2 Mio. € entlastet. Dieser Gebäudekomplex wird einer der ersten sein, der als Vermögen des Eigenbetriebes geführt wird. Der Kapitaldienst ist ab dem Wirtschaftsjahr 2007 aus den Mieteinnahmen zu finanzieren.

Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

(Angaben in T€)			
Bilanz	2004	2005	2006
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	218	244	241
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	146	139	124
II. Sachanlagen	72	105	117
B. Umlaufvermögen	11.212	10.866	10.353
I. Vorräte	6.646	6.189	6.182
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.885	1.927	2.670
III. Kassenbestand, Guthaben	1.681	2.751	1.501
C. Rechnungsabgrenzungsposten	18	15	18
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	1.566	1.563	468
I. Gezeichnetes Kapital	50	50	50
II. Jahresüberschuss/Jahresverlust	1.516	-3	421
III. Allgemeine Rücklage	0	0	0
IV. Gewinnvortrag	0	1.516	-3
B. Rückstellungen	731	1.214	877
C. Verbindlichkeiten	9.135	8.340	9.144
D. Rechnungsabgrenzungsposten	15	7	123
Bilanzsumme	11.448	11.125	10.611

Das Vermögen des Eigenbetriebes minderte sich im Berichtsjahr um 513 T€ auf 10.611 T€.

Dies ist im Wesentlichen auf die Reduzierung der flüssigen Mittel zurückzuführen, die durch den Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie der Forderungen gegen die Stadt nicht kompensiert wird.

Beim Anlagevermögen stehen den Zugängen von 38 T€ die planmäßigen Abschreibungen von 41 T€ gegenüber.

Der Bestand der flüssigen Mittel resultiert im Wesentlichen aus den vereinnahmten Umsatzerlösen.

Der Instandhaltungsrückstau konnte in Folge der Investitionstätigkeit und der für die Instandhaltung der zu bewirtschaftenden Gebäude und Liegenschaften eingesetzte Mittel in Höhe 2,3 Mio. € reduziert werden.

Für das Wirtschaftsjahr 2006 waren Investitionen von 43 T€ geplant. Der Eigenbetrieb hat Investitionen von 38 T€ durchgeführt.

Im Berichtszeitraum waren die Finanzierungsverhältnisse geordnet und die Liquidität gesichert. Die Einlage des Nutzungsrechtes gemäß Vereinbarung vom 01.12.2005 und dessen Bilanzierung erfolgte mit einem Wertansatz von 1 €.

Der Rückgang des Eigenkapitals um T€ 1.095 ist auf die Auskehrung des Jahresgewinns 2004 in Höhe von 1.516 T€ zurückzuführen, dem der Jahresgewinn des Berichtsjahres von 421 T€ gegenüber steht. Die Eigenkapitalquote beträgt 4,5% (Vorjahr 14,1%).

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen umfassen im Wesentlichen bezogene Leistungen für Gebäudebewirtschaftung und für durchgeführte Investitionen. Sie sind stichtagsbezogen höher als im Vorjahr.

Der Rückgang der Rückstellungen um 337 T€ auf 877 T€ beruht vor allem auf im Berichtsjahr durchgeführte Sanierungen und verminderten Rückstellungen für Maßnahmen zur Erfüllung der vom Eigenbetrieb übernommenen Verkehrssicherungspflichten (389 T€, Vorjahr: 866 T€).

Der Eigenbetrieb hat im Berichtsjahr Zuschüsse der öffentlichen Hand in Höhe von 235 T€ erhalten. Es handelt sich insbesondere um Zuschüsse für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Ertragslage des Unternehmens

GuV	(Angaben in T€)		
	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse	18.838	26.248	22.386
2. Bestand an unfertigen Leistungen	6.637	-452	-8
3. Sonstige betriebliche Erträge	79	164	1.029
4. Materialaufwand	-20.471	-22.245	-19.320
5. Personalaufwand	-2.981	-2.787	-2.928
6. Abschreibungen	-30	-37	-41
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-482	-783	-644
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	13	27	49
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-14
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.603	133	510
11. Sonstige Steuern	-86	-136	-89
12. Jahresüberschuss	1.517	-3	421

Das **Jahresergebnis** hat sich um 424 T€ auf 421 T€ verbessert. Dieser Anstieg ist in Höhe von 347 T€ auf einen Forderungsverzicht der Stadt Brandenburg an der Havel und der Einsparung von Personalkosten in Höhe von 77 T€ zurückzuführen.

Zusätzlich im Wirtschaftsjahr angefallene **Aufwendungen** (z. B. für die Bauzustandserfassung der Schulgebäude, Mietnachforderungen aus Anmietung, Aufwendungen im Zusammenhang mit der Realisierung der Standortkonzentration) konnten durch entsprechende Erträge aus anderen Aktivitäten (ABM-Förderung, **Erträge** aus Fremdverwaltung, Erträge aus Auflösung nicht in Anspruch genommener Rückstellungen) kompensiert werden.

Der Rückgang der **Umsatzerlöse** um rd. 3,9 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus der Reduzierung der Erlöse aus Investitionsweiterberechnungen, da Investitionen verstärkt im Rahmen von öffentlich privaten Partnerschaften durchgeführt werden. Außerdem wurden auf Grund der Beendigung des Mietvertrages mit der Brandenburger Theater GmbH keine Mieterlöse mehr erzielt.

Aufgliederung der Umsatzerlöse in T€	2005	2006
Erlöse aus Weiterberechnung von Investitionen an die Stadt Brandenburg an der Havel	11.354,24	9.403,72
Erlöse aus Betriebskosten	6.519,44	6.140,79
Erlöse aus Vermietung an die Stadt Brandenburg an der Havel	5.218,14	5.100,11
Erlöse aus Vermittlung an Dritte	2.603,62	1.461,32
Erlöse aus Fremdverwaltung	485,33	238,42
Erlöse aus sonstigen Dienstleistungen	66,80	41,60
gesamt	26.247,57	22.385,96

Der Rückgang der **Erlöse aus Fremdverwaltung** ist darauf zurückzuführen, dass fremdverwaltete Objekte im Berichtsjahr veräußert wurden.

sonstige betriebliche Erträge in T€	2005	2006
Forderungsverzicht der Stadt Brandenburg an der Havel	0,00	347,27
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	43,70	257,41
Versicherungsentschädigungen	89,16	113,67
Personalkostenerstattungen	11,58	0,12
Erträge für Ausschreibungsunterlagen	8,92	10,41
Periodenfremde Erträge	5,30	60,51
sonstige Erträge	5,29	240,00
gesamt	163,94	1.029,39

Der Ertrag aus dem Forderungsverzicht resultiert aus dem Verzicht der Stadt Brandenburg an der Havel auf die aus dem Gründungsvorgang des Eigenbetriebes resultierende Forderung in Höhe von 347 T€.

Der Anstieg der Versicherungsentschädigungen gegenüber dem Vorjahr beruht im Wesentlichen auf Versicherungserstattungen für Leitungswasserschäden.

Die periodenfremden Erträge betreffen mit 8 T€ Erstattungen von Umsatzsteuer auf Grund einer Umsatzsteuersonderprüfung für die Veranlagungszeiträume 2002 bis 2004.

Die sonstigen Erträge umfassen mit 235 T€ im Wesentlichen Zuschüsse für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Bei den Betriebs- und Nebenkosten wirken die steigenden Preise den Einsparbemühungen des Eigenbetriebes entgegen.

Der Rückgang des **Materialaufwandes** ist im Wesentlichen auf den reduzierten Umfang der für die Stadt Brandenburg an der Havel durchgeführten Investitionen zurückzuführen. Maßgeblich für diese Entwicklung ist der Tatbestand, dass im Berichtsjahr Investitionen verstärkt alternativ, im Rahmen von öffentlich privaten Partnerschaften, realisiert wurden.

Ursächlich für die Erhöhung des **Personalaufwandes** waren die Zahlungen an Mitarbeiter in Altersteilzeit, die im Vorjahr als Verbrauch der Rückstellung für Altersteilzeitverträge erfasst wurden.

Der Rückgang der **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** ist im Wesentlichen auf die im Vergleich zum Vorjahr verminderte Zuführung zur Rückstellung für Archivierung in Höhe von 16 T€ (Vorjahr 107 T€) zurückzuführen.

Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** beinhalten u. a. übrige bezogene Leistungen in Höhe von 452 T€ (Vorjahr 140,5 T€). Die übrigen bezogenen Leistungen beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für Ingenieur- und Planungsleistungen von 377 T€ (Vorjahr 50 T€). Dieser Anstieg ist insbesondere auf die Bauzustandserfassung der bewirtschafteten Schulen zurückzuführen.

Der Anstieg der **sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge** ist insbesondere auf gestiegene Zinssätze zurückzuführen.

Bei den **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** handelt es sich im Wesentlichen um die Verzinsung der Verbindlichkeit des Eigenbetriebes gegen die Stadt Brandenburg an der Havel aus der Gründung des Eigenbetriebes in Höhe von 347 T€ mit einem Zinssatz von 1,5% für den Zeitraum 1. Januar 2004 bis zum 19. Februar 2006.

Die Abnahme der **Steuern** resultiert aus im Vorjahr für 2004 und 2005 berücksichtigten Ertragssteuern.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 28. März 2007 wurde das Vermögen des Verwaltungsstandortes Klosterstraße 14 dem Eigenbetrieb zum 01. Januar 2007 gewidmet. Damit obliegt dem Eigenbetrieb auch die Zahlung der Zinsen und Tilgungsraten für die Projektfinanzierung der Investition im Rahmen der Öffentlich Privaten Partnerschaft

Die künftige Entwicklung des Eigenbetriebes wird maßgeblich von der Höhe der mit der Stadt Brandenburg an der Havel zu vereinbarenden Mieten abhängen. Darüber hinaus ist der Eigenbetrieb hinsichtlich des Abbaus des Instandhaltungsrückstaus bei den kommunalen Liegenschaften und Gebäuden von der Bereitstellung entsprechender Mittel durch die Stadt abhängig.

Betriebsrisiken mit wesentlichem Einfluss auf die wirtschaftlichen Verhältnisse sieht man im Bereich der Verkehrssicherungspflichten für die verwalteten Gebäude und Liegenschaften.

Der GLM obliegen alle Rechte und Pflichten im Rahmen der Vereinbarung mit der Stadt Brandenburg an der Havel über die Übertragung von Nutzungsrechten zum 01.01.2004 vom 01.12.2005. Das Nutzungsrecht ist umfassend mit Ausnahme solcher Maßnahmen, die Eintragungen im Grundbuch erfordern.

Gemäß dieser Nutzungsvereinbarung unterhält der Eigenbetrieb GLM die Objekte im Rahmen der bestehenden Nutzungsvereinbarung mit den Fachämtern. Weitergehende Instandhaltungen erfolgen nach Maßgaben der durch die Stadt bereitgestellten Geldmittel. Zu darüber hinausgehenden Investitionen ist GLM nicht verpflichtet.

Die Vereinbarung zwischen dem Eigenbetrieb und der Stadt Brandenburg an der Havel über die Übertragung von Nutzungsrechten zum 01.01.2004 hat eine Laufzeit von 10 Jahren. Die wirtschaftliche Situation und voraussichtliche Entwicklung des GLM ergibt sich aus den Erlösen der jährlich zu vereinbarenden Mieten für die Überlassung der Immobilien an Ämter und ämterähnliche Einrichtungen der Stadt Brandenburg an der Havel.

II.1.3 Baubetriebshof der Stadt Brandenburg an der Havel



Fotos: Baubetriebshof

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Aufgabe des Baubetriebshof der Stadt Brandenburg an der Havel ist die Unterhaltung, Bewirtschaftung und Verkehrssicherung von öffentlichen Straßen, Anlagen, Plätzen und Friedhöfen und die Erbringung von Bestattungsdienstleistungen.

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Im Eigenbetrieb waren im Jahresdurchschnitt 45 Mitarbeiter beschäftigt.

Beschäftigte	2004	2005	2006
gesamt	59	56	45

Verlauf des Geschäftsjahres

Durch den Baubetriebshof wurden auch im Jahr 2006 folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Straßenunterhaltung
- Straßenreinigung/Winterdienst
- Betrieb und Unterhaltung der Straßenbeleuchtungs- und Lichtsignalanlagen
- Unterhaltung der öffentlichen Grünflächen und Parkanlagen
- Unterhaltung der Kinderspielplätze
- Baumpflege und Unterhaltung
- Unterhaltung und Bewirtschaftung der kommunalen Friedhöfe.

Auf Grund von Planungen des Baubetriebshofes zahlten die Auftraggeber (Amt 63) monatliche Entgelte für die Aufgabenerfüllung. Der Baubetriebshof ist verpflichtet in regelmäßigen Abständen dem Auftraggeber gegenüber Bericht zu erstatten, z.B. über Aufwendungen und die geleisteten Arbeitsstunden.

Das Geschäftsjahr war insbesondere geprägt durch Arbeiten in der Straßenunterhaltung zur Beseitigung der durch die extremen Witterungsbedingungen im 1. Quartal 2006 entstandenen Schäden. Im Bereich der Fremdleistungen wurden für die Straßenunterhaltung Mittel in Höhe von 1.483 T€ (2005: 940 T€) aufgewendet. Das Budget von 800 T€ wurde somit um 85 % überschritten. Das Ziel, das Defizit durch Einsparungen in anderen Bereichen auszugleichen, konnte mit einem abschließenden Jahresverlust von 166,7 T€ nicht erreicht werden.

Im Bereich der Grünpflege hatte der Baubetriebshof in 2006 erheblich weniger Mittel zur Verfügung. Durch die verminderte Auftragserteilung an Firmen entstand für den Eigenbetrieb ein erhöhter Arbeitsumfang. Durch die Auftraggeber wurden mehr Aufträge für Eigenleistungen erteilt, die im Vorjahr durch Firmen erbracht wurden. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Personalressourcen war der Baubetriebshof bemüht, vorrangig die Aufgaben zur Erfüllung der Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Gesamtinvestitionen wurden im Berichtsjahr in Höhe von 176 T€ getätigt.

Jahresrückblick 2006

Verkehrssicherungspflicht und Straßenunterhaltung

Im Rahmen der übertragenen Pflichten vom Baulastträger (Stadt Brandenburg an der Havel) hat der Baubetriebshof etwa 315 km Straßen, 225 km Gehwege und 100 km Radwege zu unterhalten. Die Unterhaltung beinhaltet die Baukörper der Straßen, Geh- und Radwege, das verkehrsbegleitende Grün und sämtliche verkehrstechnischen Einrichtungen, wie Verkehrszeichen, Entwässerungsanlagen usw. Dabei gilt es den vorhandenen Bestand zu warten, zu ergänzen oder auszutauschen. Aber auch die Benutzung der Verkehrswege muss jederzeit gefahrlos möglich sein. Daher gehören die Straßenreinigung und der Winterdienst ebenfalls zu unseren Pflichten, welche wir zu einem großen Teil von qualifizierten Fachbetrieben ausführen lassen. Zur Bewältigung dieser Aufgaben ist ein hohes Maß an Aufmerksamkeit erforderlich, da die Mitarbeiter erheblichen Gefahren im Straßenverkehr ausgesetzt sind.



Grünflächen der Stadt Brandenburg an der Havel



Das Bild unserer Stadt ist durch einen sehr großen Anteil von Grünflächen geprägt. Außer den Grünanlagen entlang der Verkehrswege sind weitläufige Parkanlagen und Wälder vorhanden. Zur Bewirtschaftung des Verkehrsgrüns und der Parkanlagen werden kontinuierlich Rasenmähd, Gehölzschnitte, Pflanzungen und Pflegemaßnahmen durchgeführt. Der Umfang der zu unterhaltenden Flächen summiert sich aus ca. 97,5 ha Rasenfläche und ca. 15 ha Gehölzfläche auf 112,5 ha. Hinzu kommen etwa 700 m² Fläche und 43 Pflanzschalen, die für eine Wechselbepflanzung vorgesehen sind.

Technische Einrichtungen und Ausstattungselemente

Zur Erhaltung eines angenehmen Stadtbildes gehören auch die Sauberkeit und die optische Gestaltung von Wegen und Plätzen sowie die Schaffung von Flächen zur Erholung und Befriedigung des kindlichen Spieltriebes. Daher sind im gesamten Stadtgebiet ca. 800 Papierkörbe und 320 Bänke aufgestellt worden. Diese werden turnusmäßig entleert, gereinigt oder bei Beschädigung ersetzt.

Außerdem unterhält der Baubetriebshof 50 Spielplätze. Zur Bewirtschaftung zählen die 14-tägigen



Sichtkontrollen, die monatlichen Kontrollen durch ein autorisiertes Unternehmen, die jährlichen Begutachtungen durch den TÜV sowie die Reinigung der Sandflächen, die Pflege der Grünflächen und die Reparatur bzw. der Ersatz der Spielgeräte. Die Gesamtfläche der Kinderspielplätze summiert sich auf ca. 51.700 m².

Da die Stadt Brandenburg an der Havel einen besonderen Bezug zum Wasser hat, sind in der Stadt 12 Brunnen in Betrieb. Diese sind zum Teil mit einem enormen Aufwand errichtet worden und erfordern ein hohes Maß an Sachverstand, um eine ordnungsgemäße Funktion zu



gewährleisten.

Friedhöfe

Im gesamten Stadtgebiet finden derzeit noch Bestattungen auf 10 Friedhöfen statt. Diese umfassen eine Fläche von insgesamt etwa 25.000 m². Zur Bewirtschaftung der Friedhöfe gehören die Bestattungsleistungen und deren behördliche Abwicklung, die Pflege der Grünanlagen, die Kontrolle der Grabstätten und die Wartung der technischen Einrichtungen.

Flexibilität und schnelle Einsatzbereitschaft

Da das Tätigkeitsfeld des Baubetriebshofes sehr weit gefasst ist und Unvorhergesehenes oft eintrifft, sind schnelle Einsatzwechsel erforderlich. Ob umgestürzte Bäume oder das Absichern von Gefahrenstellen auf Verkehrswegen, der Baubetriebshof ist in der Lage, dieses in den meisten Fällen zu leisten. Dazu steht moderne und vielseitig einsetzbare Technik zur Verfügung, die von dementsprechend geschultem Personal bedient werden kann.

Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

(Angaben in T€)			
Bilanz	2004	2005	2006
<u>Aktivseite</u>			
A. Anlagevermögen	2.147	2.057	1.961
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7	6	5
II. Sachanlagen	2.140	2.052	1.956
B. Umlaufvermögen	245	1.452	952
I. Vorräte	40	25	66
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	65	168	112
III. Kassenbestand, Guthaben	141	1.259	774
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7	10	3
<u>Passivseite</u>			
A. Eigenkapital	2.049	2.064	1.896
I. Gezeichnetes Kapital	50	50	50
II. Jahresüberschuss	-16	15	-168
III. Allgemeine Rücklage	2.014	2.014	2.014
IV. Verlustvortrag	0	-16	-1
B. Rückstellungen	19	426	30
C. Verbindlichkeiten	332	683	990
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	347	0
Bilanzsumme	2.399	3.519	2.916

Das Anlagevermögen betrug zum 31.12.2006 1.961 T€

Die Abschreibungen beliefen sich im Geschäftsjahr 2006 auf 180,2 T€

Das Bruttovermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen durch die Abnahme der liquiden Mittel vermindert.

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens (Immaterielle Vermögensgegenstände, Sach- und Finanzanlagen) am Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 96 T€ auf 67,3 % vermindert. Diese Minderung resultiert hauptsächlich daraus, dass die Abschreibungen auf das Anlagevermögen höher als die Investitionen ausfielen.

Die gesamten Schulden (Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen) des Eigenbetriebes „Baubetriebshof“ beliefen sich zum 31.12.2006 auf T€ 989,8 T€. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden nicht.

Rückstellungen wurden im Jahr 2006 in Höhe von 29,9 T€ gebildet. Die Verringerung der Rückstellungen beruht überwiegend darauf, dass die unterlassenen Instandhaltungen aus dem Vorjahr im Geschäftsjahr nachgeholt wurden und die Zahlung an die Stadt Brandenburg an der Havel für die Übernahme der Altersteilzeitverpflichtungen im Geschäftsjahr 2006 geleistet wurde.

Ertragslage des Unternehmens

(Angaben in T€)			
GuV	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse	7.557	6.979	6.954
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	18	49	37
4. Materialaufwand	-4.798	-4.192	-4.782
5. Personalaufwand	-1.842	-1.931	-1.598
6. Abschreibungen	-175	-184	-180
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-790	-726	-620
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	19	22
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-15	15	-168
11. Sonstige Steuern	0	0	0
12. Jahresüberschuss	-15	15	-168

Der Baubetriebshof schloss das Geschäftsjahr 2006 mit einem Jahresfehlbetrag von 167.895,90 € ab. Dies ist vor allem auf den gestiegenen Materialaufwand zurückzuführen.

Die Umsatzerlöse betragen 2006 6.954 T€ Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um -0,3 % verändert.

Aufgliederung der Umsatzerlöse in T€		
	<u>2006</u>	<u>2005</u>
Umsatzerlöse	6.954,4	6.975,3
Grünpflege (öffentliche Anlagen)	1.382,6	1.440,5
Straßenreinigung/Winterdienst	1.402,2	1.273,2
Friedhofwesen	691,6	704,5
Straßenunterhaltung	3.225,3	3.082,7
Krematorium	0,0	81,4
öffentliche Bedürfnisanstalten	23,9	49,4
Spielplätze (öffentlich)	100,0	109,3
Baumpflege	93,9	159,3
Spielplätze (Schulen, Kitas)	22,3	31,2
Grünpflege (Objekte GLM)	12,6	43,7
Gedenkstätten/Denkmäler	0,0	0,1

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge von 49,3 T€ im Geschäftsjahr 2005 auf 36,7 T€ ist darauf zurückzuführen, dass unter dieser Position im Wesentlichen die Auflösung von Rückstellungen erfasst wurde.

Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren betragen 2006 205,2 T€ und haben sich gegenüber dem Vorjahr um 22,2 % verringert.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 16,5 %. Die Erhöhung ist auf die im Wesentlichen gestiegenen Aufwendungen für den Unterhalt der Straßen, den Betrieb der Straßenbeleuchtung sowie die Unterhaltung der Friedhöfe zurückzuführen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens

Für den Eigenbetrieb gilt es weiter an einer Aufgabenoptimierung zu arbeiten. Die Task-Force-Funktion des Baubetriebshofes besteht vor allem in der sofortigen Realisation von überwiegend nicht planbaren Einzelaufträgen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht. Dabei ist die wirtschaftliche Entwicklung des Eigenbetriebes auch in Zukunft abhängig von der allgemeinen Haushaltssituation der Stadt Brandenburg an der Havel. Vorrangiges Ziel muss es daher für den Baubetriebshof sein, eine weitere Verbesserung der Arbeitsorganisation, eine Kostenoptimierung und eine hohe Ressourcenauslastung zu erreichen.

II.2 Eigengesellschaften

II.2.1 WOBRA Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH



Fotos: WOBRA GmbH

Geschäftsbereich

Wohnungsverwaltung

Firmensitz

Hauptstr. 32
14776 Brandenburg an der Havel
Tel. : 03381/ 75 70
Fax: 03381/ 75 76 41

E-Mail: info@wobra.de
Internet: www.wobra.de

Gründung

Die WOBRA (Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH) wurde auf Grund des Beschlusses der SVV vom 28.08.1991 mit Wirkung zum 19.12.1991 durch Umwandlung des VEB "Gebäudewirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel" als Eigenbetrieb der Stadt Brandenburg an der Havel gegründet.

Mit Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 03.10.1990 ist das Vermögen einschließlich der zugehörigen Schulden des ehemaligen VEB Gebäudewirtschaft Brandenburg in das Eigentum der Kommune übergegangen. Mit der Umwandlung des Eigenbetriebes in eine GmbH sind das Vermögen und die Schulden im Rahmen der Gesamtrechtsnachfolge wiederum auf die GmbH übertragen worden.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Potsdam unter der Nummer HRB 4729 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.564.600 €
Stadt Brandenburg an der Havel	100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist seit Dezember 2005 mit 92,31% an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH (Wofü) beteiligt.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag ist am 19. Dezember 1991 abgeschlossen worden. Durch den Beschluss der Gesellschafterversammlung vom März 1999 ist der Gesellschaftsvertrag neu gefasst worden. Änderungen erfolgten insbesondere im § 3 (Stammkapital) und § 15 (Geschäftsführung, Geschäftsordnung und Vertretung).

Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 18.05.1999.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Herr Dipl.-Kfm. Klaus Deschner

Der Geschäftsführer wird über einen Managementvertrag von der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH gestellt.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung der Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung nimmt Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann war.

Im Geschäftsjahr 2006 fanden 36 Gesellschafterversammlungen statt.

- *Aufsichtsrat*

Im Berichtsjahr fanden neun Aufsichtsratssitzungen statt.

Aufsichtsratsmitglieder 2006	
Herr Michael Brandt	Vorsitzender
Herr Wolfgang Liebig	stellv. Vorsitzender
Frau Petra Faderl (bis 30.11.2006)	
Herr Carsten Hagenau	
Herr René Kohl (bis 30.09.2006)	
Herr Walter Kriegs (ab 01.10.2006)	
Herr Christian Griebel (bis 30.08.2006)	
Herr Georg Riethmüller	
Herr Joachim Hoffmann (ab 30.08.2006)	
Frau Heide Hauffe (ab 01.12.2006)	

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages vorrangig die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Soweit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt und der Wohnungsversorgung dienlich, ist die Gesellschaft berechtigt, die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (Eigenheime, Mietwohnungen, Eigentumswohnungen) sowie außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu erwerben, zu belasten und zu veräußern.

Hauptbetätigungsfeld der Gesellschaft ist die Bewirtschaftung sowie Instandsetzung und Modernisierung im Rahmen einer sozialverträglichen Wohnungsversorgung des eigenen Gebäudebestandes. Die WOBRA bewirtschaftete zum Bilanzstichtag einen Bestand von insgesamt 6.699 Wohnungen und 141 Gewerbeeinheiten. Daneben werden Garagen, Stellplätze sowie sonstige Pachtobjekte betreut. Die bewirtschafteten Objekte befinden sich in den Wohngebieten Hohenstücken, Nord, Klingenberg/Quenz, Görden, Kirchmöser/Plaue, Wilhelmsdorfer Vorstadt sowie der Innenstadt Brandenburgs.

Bewirtschaftung des Hausbesitzes						
	2004		2005		2006	
	Anzahl Einheiten	Wohn-/ Nutzfläche m ²	Anzahl Einheiten	Wohn-/ Nutzfläche m ²	Anzahl Einheiten	Wohn-/ Nutzfläche m ²
<u>Eigener Bestand</u>						
Wohnungen	5.676	317.062	5338	299300	5112	284673
Gewerbeeinheiten	124	18.256	144	23375	140	23317
		335318		322675		307990
Garagen, Stellplätze	743		774		766	
sonstige Objekte	15		12		11	
	6.558		6.268		6.029	
<u>WEG-Bestand (Wohneigentum)</u>						
Wohnungen	35	1.944	35	1944	35	1944
	35	1944	35	1944	35	1944
<u>Restitutionsbehafteter Bestand</u>						
Wohnungen	209	10.647	122	6504	112	5926
Gewerbeeinheiten	4	314	2	129	0	0
		10961		6633		5926
Garagen	2		2		0	
	215		126		112	
<u>BAVARIA-Bestand</u>						
Wohnungen	1.440	73.208	1440	73208	1440	73208
Gewerbeeinheiten	1	104	1	104	1	104
		73.312		73.312		73.312
Garagen	16		16		16	
sonstige Objekte	57		57		67	
	1.514		1.514		1.524	
<u>Pachtbestand</u>						
Gewerbliche Pachtobjekte	5		5		2	
Garagen, Gärten	165		161		157	
	170		166		159	
Gesamt	8.492	421.535	8.109	404.564	7.859	389.172

Der Leerstand der betreuten Wohnungen (eigener Bestand, WEG Bestand, restitutionsbehafteter Bestand, Bestand BAVARIA) beträgt zum 31. Dezember 2006 23,59%.

Bezogen auf die Anzahl der Mietobjekte betrug der Leerstand:

bei den eigenen Wohnungen	27,30%
bei den eigenen Gewerbeobjekten	38,60%
dem restitutionsbehafteten Wohnungsbestand	98,20%
dem BAVARIA-Bestand an Wohnungen	5,00%
dem BAVARIA-Bestand an Gewerbeeinheiten	0%
dem WEG-Bestand (Wohneigentum)	14,30%

Gründe für den hohen Leerstand im Bereich des eigenen Bestandes sind zum einen nicht durchgeführte Modernisierungsmaßnahmen sowie zum anderen der nach wie vor anhaltende Bevölkerungsrückgang in und um Brandenburg an der Havel.

Im Geschäftsjahr wurden 22 Grundstücke verkauft sowie ein Grundstück an den Alteigentümer zurückübertragen.

Die WOBR A hat im Berichtsjahr fünf Grundstücke erworben.

Im Geschäftsjahr erfolgte der Rückbau von Wohnungen. Dieser Rückbau wird durch Fördermittel des Bund-Länder-Programms „Städteumbau Ost“ mit 60 € pro m² abgerissener Fläche gefördert. Die WOBR A hat im Geschäftsjahr 68 Wohneinheiten mit einer Fläche von 3.514,09 m² abgerissen. Weitere 170 Wohneinheiten mit einer Fläche von 11.609,29 m² sind zu Beginn des Jahres 2007 abgerissen worden.

Schwerpunkt für die Modernisierung sind die Tätigkeiten im Klosterkarree und in der Sankt-Annen-Straße. Das geschätzte Gesamtvolumen beträgt dabei ca. 17.000 T€. Mit der Fertigstellung wird zum Dezember 2007 gerechnet.

Die WOBR A verwaltet 112 fremde Wohnobjekte mit einer Gesamtfläche von 7.205 m² sowie 6 fremde Gewerbeobjekte mit einer Gesamtfläche von 2.612 m².

Von der Gesellschaft durchgeführte Abrisse:

Abrisse		
Jahr	Realisierte Abrisse	
2003	120 Wohnungen	5.173 m ² Wohnfläche
2004	268 Wohnungen	15.474 m ² Wohnfläche
2005	286 Wohnungen	14.093 m ² Wohnfläche
2006	68 Wohnungen	3.514 m ² Wohnfläche
2007	170 Wohnungen	11.609 m ² Wohnfläche
Gesamt	912 Wohnungen	49.863 m² Wohnfläche

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Personalentwicklung	2005	2006
Kaufmännische Angestellte	40	35
Technische Angestellte	3	4
Hauswarte / Hausmeister	8	1
Auszubildende	3	2
gesamt	54	42

Die erfolgreiche Umsetzung der neuen kundenorientierten Organisation im April 2005 sowie der Qualifikation der Mitarbeiter führten zu Zufriedenheit von Mietern und Kunden.

Verlauf des Geschäftsjahres

Der Wohnungsmarkt in der Stadt Brandenburg an der Havel ist geprägt durch ein Überangebot an Wohnungen. Der zunehmende Wohnungsleerstand führt zu einer Stagnation des Mietniveaus, zu verstärkter Mieterfluktuation und erhöhten Mietrückständen. Der Wohnungsleerstand führt zu einem erhöhten Konkurrenzdruck zwischen den Wohnungsunternehmen. Da sich der Wohnungsbestand der Gesellschaft in einem relativ schlechten Sanierungszustand befindet, ist die WOBRA von der angespannten Wohnungsmarktsituation besonders betroffen.

Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, wurde zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel und den wichtigsten Wohnungsunternehmen sowie beauftragten Dritten ein Stadtumbauplan erstellt. Schwerpunkte für die WOBRA bilden das Abrissprogramm im Plattenbaugelände Hohenstücken und die Modernisierung sowie Sanierung in der historischen Innenstadt. Durch diese Maßnahmen sollen insbesondere die hohe Leerstandsquote und die Altschulden gesenkt werden. Die Leerstandsquote soll bis 2008 auf unter 20% gesenkt werden.

Die WOBRA hat im Dezember 2005 mit der Umsetzung des Stadtumbauplans begonnen. Als direkte Folge der Abrisse und Verkäufe konnten die Altschulden abgebaut und der Leerstand verringert werden. Die Sanierung des Klosterkarrees und der Sankt-Annen-Straße wurde im Berichtsjahr fortgeführt.

Der Leerstand beschränkte sich im Wesentlichen auf die noch nicht modernisierten Wohnungen. In diesem Bereich ist eine kostendeckende Vermietung nicht möglich.

Der Bestand der WOBRA an eigenen Wohneinheiten umfasst zum 31. Dezember 2006 5.112 Wohnungen mit einer Nutzfläche von 284.673 m². Dieser Wohnungsbestand hat einen Leerstand von

1.393 Wohnungen mit einer Nutzfläche von 76.336 m². Die Leerstandsquote beträgt somit bezogen auf die Anzahl der Wohnungen 27,25% und bezogen auf die Fläche 26,82%. Die damit verbundenen dauerhaften Erlösausfälle stellen eine bestandsgefährdende Tatsache dar. Die WOBRA hat ein Sanierungskonzept erarbeitet, welches die deutliche Verringerung des Leerstandes durch Abrissmaßnahmen bis zum Jahr 2011 vorsieht, wobei der altschuldenentlastungsfähige Bestand bereits bis zum Jahr 2009 abgerissen werden soll.

Weiterhin belasten die mit den hohen Darlehen für Alt- und Neukredite verbundenen Zinszahlungen dauerhaft das Ergebnis der Gesellschaft. Im Berichtsjahr mussten 20,76% der Einnahmen aus der Hausbewirtschaftung zur Zinsleistung verwendet werden. Unter Berücksichtigung der im Geschäftsjahr geleisteten Tilgungen beträgt das Verhältnis von Zins und Tilgungen zu den Umsatzerlösen aus der Hausbewirtschaftung 40,63%. Die von der WOBRA im Rahmen des Sanierungskonzeptes erstellten Planungsrechnungen sehen zur Sicherung der mittelfristigen Zahlungsfähigkeit Liquiditätshilfen der Gesellschafterin in Höhe der jährlich anfallenden Zins- und Tilgungszahlungen für Altkredite vor. Ohne diese Unterstützung der Gesellschafterin ist die Überlebensfähigkeit der WOBRA nicht dauerhaft gewährleistet.

Der Bestand an unsanierten Wohnungen lässt sich nicht kostendeckend vermieten und ist nachhaltig defizitär. Um langfristige Überschüsse erzielen zu können, muss die Leerstandsquote deutlich reduziert sowie der Sanierungsgrad des Bestandes verbessert werden.

Nach wie vor ist in der Stadt Brandenburg an der Havel, wie auch landesweit über die Stadtgrenzen hinaus, ein Überangebot auf dem Wohnungsmarkt und bei den Gewerbeflächen festzustellen. Die eindeutige Entwicklung des Wohnungsmarktes zu einem Angebotsmarkt hat sich auch im Jahr 2006 nachhaltig fortgesetzt. Nahezu alle Städte in den neuen Bundesländern befinden sich derzeit in einer Entwicklung mit folgendem Trend:

- Bevölkerungsrückgang
- Arbeitsplatzverlust und Abwanderung in die alten Bundesländer und europäisches Ausland
- Umlandwanderung
- zunehmender Wohnungsleerstand
- existenzielle Gefährdung von Wohnungsunternehmen
- Schrumpfung der sozialen und technischen Infrastruktur

Ausdruck dieser aufgezeigten Entwicklung ist:

- stagnierendes Mietpreisniveau
- zunehmende Mieterfluktuation
- höhere Mietrückstände
- hohe Leerstandsquoten

Bereits im Jahr 2002 steuerte die Alleingesellschafterin der WOBRA mit einer Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel insoweit diesem Trend entgegen, dass die 100% städtische Wohnungsbaugesellschaft zukünftig auf die vorrangige Aufgabe des Stadtumbaus auszurichten war und die Gesellschafterin das Unternehmen dabei wirtschaftlich so unterstützt, dass die unter größtmöglicher Nutzung von Drittmitteln erforderlichen Mittel zur Realisierung von städtischerseits noch nach Qualität und Volumen zu definierenden Stadtumbaufaufgaben durch das Unternehmen erfüllt werden können.

Um dieser Entwicklung betriebswirtschaftlich gegensteuern zu können, wurde im September 2004 zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel und den wichtigsten Wohnungsunternehmen ein Vertrag über die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zum Zwecke der Erarbeitung eines Stadtumbauplanes für die Stadt Brandenburg an der Havel geschlossen. Durch Zusammenwirken aller Akteure auf dem örtlichen Wohnungsmarkt wurden die Voraussetzungen für einen durchgreifenden und nachhaltigen Stadtumbau geschaffen und in einem gemeinsamen Strategiepapier festgelegt.

Die WOBRA hat ab 2004 ihr Abrissprogramm deutlich forciert. Von 2003 bis Ende 2006 wurden 744 WE mit insgesamt 38.355 m² abgerissen. Im Jahr 2009 wird dieses Abrissprogramm mit nahezu 1.400 abgerissenen WE abgeschlossen sein.

Der Ortseingang ins Zentrum der Stadt Brandenburg an der Havel wird mit Sanierungsmaßnahmen an Objekten von der Potsdamer- und Geschwister-Scholl-Straße über die St.-Annen-Straße bis zum Ka-

tharinenkirchplatz verschönert. Weitere Sanierungsobjekte sind „Der Temnitz“ nahe dem Paulikloster, die Pauliner Straße, die Abt- sowie die Kanal- und Goethestraße. Mit der Stadtumbaumaßnahme wurde bereits in 2006 begonnen, alle Wohnungen werden voraussichtlich bis Herbst 2007 neuvermietet sein.

Die WOBRA hat ihre Tätigkeiten im Geschäftsjahr 2006 den Markterfordernissen angepasst und beschränkte sich im Wesentlichen auf die Verwaltung und Instandhaltung des eigenen Wohnungsbestandes.

Für den modernisierten Bestand besteht am Wohnungsmarkt unverändert eine ausreichende Nachfrage. Die erzielbaren Wohnungsmieten erlauben – nach der Einschätzung der WOBRA auch in der Zukunft – eine kostendeckende Bewirtschaftung.

Insgesamt stellt sich die Entwicklung für die Gesellschaft positiv dar. Auch in den nächsten Jahren wird nicht mit einer grundlegend schlechteren Entwicklung gerechnet.

Für die in 2006 und 2007 zu sanierenden Wohnungen in der historischen Innenstadt liegt bereits ohne Werbemaßnahmen eine umfangreich Nachfrageliste vor.

Jahresrückblick 2006

2006 - ein Jahr des Aufbruchs

Sanierungsprogramm „Innenstadt“

Im August 2006 startete die städtische Wohnungsbaugesellschaft WOBRA ihr bis dato ambitioniertestes Sanierungsprogramm. Bis Ende 2007 werden ca. 350 Wohnungen in der historischen Neustadt saniert sein.

Einige Fakten

Qualität	Quantität	Umwelt
Stringentes Qualitätsmanagement durch Bindung eines Projektsteuerers	ca. 350 sanierte Wohnungen werten die Eingangssituation zur Stadt Brandenburg an der Havel auf	eine Reduzierung des CO2 Ausstoßes wird durch die Verwendung von aufwändigen Wärmedämmverfahren erzielt
intensiver Vorplanungszeitraum	intelligenter Wohnungsmix (altersfreundliches Wohnen, Mehrgenerationenwohnhaus, moderne Grundrisse, preiswerter Wohnraum)	die Beheizung erfolgt größtenteils durch regenerative Rohstoffe (Pelletanlage)



Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann, Abteilungsleiter Jürgen Schweinberger (MIR) und Geschäftsführer Klaus Deschner am 25.08.2006 beim offiziellen Auftakt zum Sanierungsprogramm.



Das erste Gebäude in der Sankt-Annen-Straße wird im August 2006 eingerüstet. Dieses Vorhaben wird über die Mod/Inst Richtlinie des Landes Brandenburg gefördert.

Im Sommer 2006 wird das erste Haus (Ternitz 12) in der Neustadt im Rahmen des Sanierungsprogramms rückgebaut.



Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann, Geschäftsführer Sven Rhode (Hauskrankenpflege Jedermann gem. e.V.) und Geschäftsführer Klaus Deschner im Frühjahr 2006 bei der feierlichen Unterzeichnung des Vertrages über ein Mehrgenerationenwohnhausprojekt.

Auch im Jahr 2006 stand der Geschäftssitz der WOBRA in der Hauptstraße 32 im Zentrum der kulturellen Aktivitäten. Als Highlight sei an dieser Stelle an das Mondscheinshopping im Dezember 2006 erinnert.



Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft

(Angaben in T€)

Bilanz	2003	2004	2005	2006
Aktivseite				
A. Anlagevermögen	124.676	120.293	131.516	130.259
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	29	22	13	9
II. Sachanlagen	124.647	120.271	120.205	120.025
III. Finanzanlagen	0	0	11.297	10.226
B. Umlaufvermögen	24.400	29.709	32.403	29.022
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und Vorräte	6.900	6.881	6.998	6.426
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.119	13.714	15.264	14.437
III. Kassenbestand, Guthaben	6.380	9.114	10.140	8.159
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	270
Passivseite				
A. Eigenkapital	0	5.662	30.252	29.855
I. Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565	25.565
II. Kapitalrücklage	0	10.252	28.519	2.240
III. Gewinnrücklagen	78.191	79.550	84.523	79
IV. Verlustvortrag	-103.755	-110.262	-109.704	1.350
V. Jahresüberschuss		558	1.350	622
B. SoPo Investitionszuschüsse	1.951	629	602	575
C. Rückstellungen	7.543	6.421	6.042	5.088
D. Verbindlichkeiten	142.899	134.260	124.356	120.869
E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.190	3.030	2.666	3.165
Bilanzsumme	155.582	150.002	163.919	159.552

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,7% verringert.

Die Abnahme des Sachanlagevermögens ist durch Abschreibungen, Verkäufe und Abrisse bedingt. Die im Geschäftsjahr im Sachanlagevermögen erfolgten Zugänge (3.041 T€), Umbuchungen von 30 Eigentumswohnungen aus dem Umlaufvermögen (880 T€) und Zuschreibungen (245 T€) konnten diesen Rückgang nicht vollständig kompensieren. Der Deckungsgrad des mittel- und langfristig gebundenen Anlagevermögens durch das Eigenkapital beträgt 23,2%.

Die 30 Eigentumswohnungen der Position zum Verkauf bestimmte Grundstücke wurden unter Berücksichtigung von im Geschäftsjahr 2006 erfolgten Zukäufen zum 31. Dezember 2006 in das Sachanlagevermögen umgebucht.

Das Eigenkapital hat sich insgesamt um 414 T€ verringert. Die Veränderung der Kapitalrücklage, der Gewinnrücklagen sowie des Verlustvortrags resultiert im Wesentlichen aus der Verlustrechnung gemäß dem Gesellschafterbeschluss vom 21. Juli 2006. Im Berichtsjahr erfolgte eine Anpassung der Kapitalrücklage entsprechend der Anpassung des Beteiligungswertes an der WOFÜ (1.098 T€).

Der Anteil des mittel- und langfristigen Fremdkapitals am Gesamtkapital ist von 72,5% auf 72,2% gesunken. Der absolute Rückgang ist im Wesentlichen auf die Tilgung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zurückzuführen.

Das kurzfristige Fremdkapital hat sich um 1,2% verringert.

Aus der Entwicklung im Geschäftsjahr ist erkennbar, dass die Gesellschaft nicht in der Lage ist, die Zins- und Tilgungsleistungen für Altschulden aus der laufenden Geschäftstätigkeit zu decken. Die Bedienung der Tilgungen und des Kapitaldienstes für diese Altschulden wird zurzeit durch die Zahlungen und Einlagen der Stadt Brandenburg gesichert.

Im Geschäftsjahr 2006 ist das Bilanzvolumen insgesamt um ca. 4.368 T€ gesunken. Im Wesentlichen ist dies im Abbau der Liquidität bei gleichzeitiger Reduzierung der Verbindlichkeiten begründet.

Die Investitionstätigkeit betraf mit 2.891 T€ die Sanierungsmaßnahmen in der Innenstadt. Abgänge in Höhe von 1.325 T€ resultierten aus dem Abriss und aus Verkäufen von Wohn- und Geschäftsbauten und Rückübertragungen. Der Wohnungsbestand wurde im Geschäftsjahr durch Verkauf (73 Wohnungen) und Abriss (68 Wohnungen) um 141 Wohneinheiten reduziert.

Das kurzfristig gebundene Vermögen ging im Vergleich zum Vorjahr um 3.381 T€ im Wesentlichen auf Grund des Liquiditäts- und Forderungsabbaus zurück.

Das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital fiel im Jahr 2006 um 397 T€ Ursache hierfür war u. a. eine Korrektur einer Sacheinlage um – 1.098 T€

Die Verminderung der Verbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahr um 3.488 T€ ist im Wesentlichen auf die Veränderung der Kredite zurückzuführen.

Die Finanzlage ist zum 31. Dezember 2006 ausgeglichen. Die Gesellschaft kann ihren Zahlungsverpflichtungen stets fristgerecht unter Ausnutzung von Skontoabzug nachkommen.

Kreditaufnahmen

Neue Kreditaufnahmen erfolgten im Geschäftsjahr 2006 nicht.

Ertragslage der Gesellschaft

Im Geschäftsjahr 2006 konnte ein Jahresüberschuss von 622 T€ erzielt werden. Im Bereich der Hausbewirtschaftung wurde eine leichte Umsatzerhöhung realisiert. Die Betriebsleistung ist im Wesentlichen auf Grund geringerer Zuschüsse zurückgegangen. Der Betriebsaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Das Ergebnis ist nachhaltig durch den hohen Zinsaufwand beeinflusst.

GuV	(Angaben in T€)			
	2003	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse	21.261	20.899	20.626	21.000
2. Bestandsänderung	-164	-19	117	246
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	2.772	6.832	6.918	3.678
5. Aufwand für bezogene Lieferungen und Leistungen	-14.797	-13.489	-13.392	-13.889
6. Personalaufwand	-2.654	-2.858	-1.850	-1.920
7. Abschreibungen	-5.623	-3.103	-3.896	-3.390
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.846	-1.916	-1.957	-2.086
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	246	232	154	205
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-7.197	-5.275	-4.641	-4.349
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-12.003	1.303	2.080	-505
12. Außerordentliche Erträge	0	0	0	1.801
13. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
14. Sonstige Steuern	-649	-745	-730	-673
15. Jahresergebnis	-12.652	558	1.350	622
16. Verlustvortrag/Gewinnvortrag	-97.611	-110.262	-109.704	1.350

Die Gesellschaft investiert zurzeit erhebliche Mittel in die Sanierung der Innenstadt. Daraus ergeben sich planmäßig rückläufige Leerstandsquoten sowie Ertragsverbesserungen.

Die Betriebsleistung hat sich um 1,3% verringert. Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind dabei gegenüber dem Vorjahr um 373 T€ gestiegen. Innerhalb der Umsatzerlöse sind die Erlöse aus der Wohnungsvermietung auf Grund der erfolgten Abrisse und Verkäufe um 429 T€ gesunken. Gleichzeitig erfolgte eine Verringerung der Erlösschmälerungen wegen Leerstand. Die Umsatzerlöse aus der Vermietung von Gewerbeflächen sind wegen der im Vorjahr erfolgten Übertragungen von Gewerbemietobjekten um 323 T€ gestiegen. Die Verringerung der sonstigen betrieblichen Erträge ist hauptsächlich auf die im Vergleich zum Vorjahr geringere Abrisstätigkeit der Gesellschaft zurückzuführen (Veränderung gegenüber Vorjahr: 875 T€).

Insgesamt sind die Betriebskosten um 3,7% gestiegen.

Der Anstieg der Instandhaltungsaufwendungen ist vor allem durch die im Berichtsjahr verstärkt vorgenommene Beseitigung von Graffiti-Verschmutzungen zurückzuführen.

Die Gesellschaft erreicht ein positives Betriebsergebnis in Höhe von 2.465 T€.

Das Betriebsergebnis wird durch die hohen Zinsaufwendungen nachhaltig belastet.

Das letztlich im Geschäftsjahr erreichte Jahresergebnis ist damit vor allem durch den Zuschuss der Gesellschafterin bezüglich der Zinsen für die Altschuldenverbindlichkeiten der WOBRA erzielt worden.

Im Geschäftsjahr konnte ein Jahresüberschuss von 622 T€ (Vorjahr 1.350 T€) erzielt werden. Die Ergebnisveränderung zum Vorjahr ist mit erhöhten positiven Neutralen Ergebnis des Vorjahres begründet.

	2003	2004	2005	2006
Umsatzrentabilität	-59,5%	2,7%	6,6%	3,0%

Die Umsatzsteigerung trotz Reduzierung des Wohnungsbestandes auf Grund von Abriss und Verkauf wurde auf Grund des qualitativ verbesserten Wohnungsbestandes erzielt. Der Rückgang der Betriebsleistung ist im Wesentlichen auf den geringeren Zuschuss für Abriss 194 T€ (Vorjahr 1.070 T€) zurückzuführen.

Aufgliederung der Umsatzerlöse in T€		
	<u>2005</u>	<u>2006</u>
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	20.578	20.951
Sollmieten		
Wohnungen	17.156	16.727
Gewerberäume	790	1.113
Garagen und Stellplätze	207	209
Freiflächen	0	1
Umlagen		
Heiz- und Warmwasserkosten	2.569	2.761
übrige Betriebskosten	4.514	4.299
Aufwendungszuschüsse	173	138
Vermietung von Gästewohnungen	2	1
Erlösschmälerungen (Leerstand)		
Mieten und Pachten	-3.864	-3.464
Umlagen	-969	-834
Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit	43	40
Umsatzerlöse aus Lieferungen und Leistungen	5	9
gesamt	<u>20.626</u>	<u>21.000</u>

Durch die Modernisierungsinvestitionen in den Jahren 2006 und 2007 und das strikte Kostenmanagement wird das Betriebsergebnis weiter verbessert. Außerdem wirkte sich im laufenden Geschäftsjahr der Abriss mit - 1.078 T€ (Vorjahr - 676 T€) in der Ertragslage aus. Im Vorjahr tätigte die Stadt Brandenburg an der Havel für die Abrissobjekte einen Buchwertausgleich in Form einer Sacheinlage in die Kapitalrücklage.

Chancen und Risiken der zukünftigen Unternehmensentwicklung

Die WOBRA ist nicht in der Lage, den Kapitaldienst für die gesamten Kredite zu erwirtschaften. Für die Zins- und Tilgungsleistungen aus Altkrediten erfolgte daher durch die Gesellschafterin im Berichtsjahr ein Ausgleich in Höhe von 3.151 T€. Dabei wurde die Zahlung für die Altschuldentilgung (1.350 T€) mit den Forderungen aus dem Verlustausgleich für die BAVARIA-Objekte verrechnet. Ein Buchwertausgleich für abgerissene Objekte wurde im Berichtsjahr nicht gewährt. Daneben ist anzumerken, dass die im Vorjahr von der Gesellschafterin gewährte Einlage der Beteiligung an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH, Brandenburg, (WOFÜ) im Berichtsjahr auf den beizulegenden Wert angepasst wurde. Die WOBRA ist auch zukünftig auf die Übernahme des Kapitaldienstes für Altkredite und den Ausgleich der BAVARIA-Verluste durch die Gesellschafterin angewiesen.

Die Leerstandsquote soll durch Abriss und Verkauf unattraktiver Objekte kontinuierlich gesenkt werden. Als weiteres Mittel zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit wird die Sanierung und Modernisierung des Innenstadtbereichs gesehen. Durch diese Bau- und Modernisierungsmaßnahmen soll die Finanzlage der Gesellschaft nachhaltig verbessert werden.

Die Erlösschmälerungen aus nicht vermietetem Wohnraum müssen deutlich gesenkt werden. Das vorliegende Abrisskonzept scheint hierzu geeignet zu sein, die Leerstandsquote weiter abzubauen. Die erforderlichen Modernisierungs- und Sanierungsarbeiten können sich wegen dem relativ niedrigen Mietniveau und den hiermit verbundenen erheblichen Kosten nur langfristig positiv auswirken. Die Schwerpunktsetzung auf die Sanierung des Innenstadtbereichs erscheint daher sachgerecht.

Die Geschäftsführung rechnet auch im Geschäftsjahr 2007 mit Ertragsüberschüssen. Die Liquiditätssituation wird durch die geplanten Sanierungsmaßnahmen als leicht rückläufig eingeschätzt. Das Jahresergebnis ist erheblich durch den außerordentlichen Ertrag aus der Vereinnahmung der Altschulden-

zinsen geprägt. Da diese Altschuldenzinsen auskunftsgemäß auch zukünftig ertragswirksam vereinbart werden sollen und das Sanierungskonzept der Gesellschaft schlüssig ist, erscheint uns die Einschätzung des Geschäftsführers zur Ertragsentwicklung im Jahr 2007 als zutreffend. Ohne die Übernahme der Zins- und Tilgungsleistungen für Altkredite, den Buchwertausgleich für Abrissobjekte und den Verlustausgleich für die BAVARIA-Objekte durch die Gesellschafterin ist die WOBRA allerdings in ihrem Bestand gefährdet.

Zukünftig wird die Finanzlage der Gesellschaft durch die Bau- und Modernisierungstätigkeit in der historischen Innenstadt nachhaltig beeinflusst. Im Finanzplan für die Jahre 2006 und 2007 sind Ausgaben für Bautätigkeit von ca. 17 Mio. € und für Instandhaltung von ca. 2 Mio. € p. a. vorgesehen. Die Finanzierung wird neben dem Einsatz von Eigenmitteln durch die Aufnahme von langfristigen Mitteln in den Jahren 2006 und 2007 erfolgen.

Da sich die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft auch zukünftig im Wesentlichen auf die Vermietung des konkurrenzfähigen Bestandes sowie auf eine behutsame Instandsetzung / Modernisierung – teilweise mit Fördermitteln – in der historischen Innenstadt beschränken wird und die Vorgaben der Gesellschafterin erfüllt, sind gegenwärtig keine erheblichen Risiken zu erkennen, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage oder sogar auf den Bestand der Gesellschaft haben könnten.

Mit dem Abriss und dem Verkauf unattraktiver und somit schwierig zu vermietender Wohnungen und den in 2006 begonnenen massiven Sanierungsmaßnahmen in der Innenstadt wird die Leerstandsquote kontinuierlich gesenkt. Mit der Fertigstellung der Baumaßnahmen in der historischen Innenstadt werden ab 2007 vermietungsfähige Wohnungen vorgehalten und der Unternehmenszweck der WOBRA wird sich zukünftig im Wesentlichen auf die Vermietung von konkurrenzfähigem Wohnungsbestand beschränken.

Es wird auch im Geschäftsjahr 2007 mit Ertragsüberschüssen gerechnet. Hinsichtlich der Liquiditätssituation wird mit einem leichten Rückgang gerechnet, da die Sanierungsmaßnahmen in der historischen Innenstadt mit bis zu 30% Eigenmitteln generiert werden sollen. Trotzdem werden die zur Verfügung stehenden liquiden Mittel weiterhin eine sehr solide Basis für die Gesellschaft darstellen.

Es ist vorrangiges Ziel, dem hohen Wettbewerbsdruck auf Grund eines Überangebotes an unsanierten bzw. teilsanierten Wohnungen mit fortlaufenden und zukunftssträchtigen Modernisierungen des vorhandenen Wohnungsbestandes entgegenzuwirken, um die Wettbewerbsfähigkeit zukünftig zu erhalten bzw. zu steigern.

Grundsätzlich wird im Rahmen des Stadtumbaus in Brandenburg an der Havel von einem Abrissvolumen von ca. 4.000 Wohnungen bis zum Jahre 2015 ausgegangen. Das Konzept der WOBRA sieht bis zum Jahre 2009 ein Abrissvolumen von ca. 1.400 Wohneinheiten vor. Die Abrisskosten sind in Höhe der Abrissförderung zu decken. Der Buchverlust durch den Abriss wird in den Folgejahren in Form von Objektübertragungen der Gesellschafterin an die WOBRA kompensiert. Durch die Abrisse ergibt sich eine Altschuldenentlastung gemäß § 6 a AHG für Abrissobjekte in Höhe von rund 5,0 Mio. €. Der Antrag auf Altschuldenentlastung wurde im Juli 2003 bei der KfW eingereicht. Seit dem 02.11.2004 liegt der bewilligte Bescheid vor.

Nach Durchführung sämtlicher im beschlossenen Unternehmenssanierungskonzept geplanten Sanierungs- und Abrissmaßnahmen und Verkäufe hat die WOBRA im Jahre 2009 einen zukunftssträchtigen Bestand von ca. 4.583 eigenen und 1.440 Bavaria-Wohnungen sowie 80 eigenen und einer Bavaria-Gewerbeeinheiten.

Der Wohnungsbestand der WOBRA ist vorteilhafterweise und im Gegensatz zu unseren Wettbewerbern über das ganze Stadtgebiet von Brandenburg an der Havel verteilt.

Nach vorliegenden Stadtteilprognosen werden sich weitere jetzt schon abzeichnende Schrumpfungsprozesse vor allem im Stadtteil Hohenstücken und die prognostizierte Trendwende „zurück in die historische Kernstadt“ eine Chance für die WOBRA darstellen. Die Veränderungen der Wohnpräferenzen zugunsten der historischen Kernstadt haben dazu geführt, dass die WOBRA seit 2005 den eigenen Bestand vor allem in der historischen Innenstadt stärkt.

II.2.1.1 Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH



Fotos: Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH

Geschäftsbereich

Wohnungsverwaltung

Firmensitz

Schubertstraße 15
14772 Brandenburg
Tel.: 03381/ 72 97 0
Fax: 03381/ 72 97 22

email: wohnen@wofue.de
Internet: www.wofue.de

Gründung

Mit notarieller Beurkundung vom 03. März 1937 wurde die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH (WOFÜ) von der Stadt Brandenburg an der Havel und zwei gemeinnützigen Wohnungsvereinen gegründet.

Im Jahr 1950 gingen die städtischen Anteile am Stammkapital ins volkseigene Vermögen der DDR über. Gemäß Rückübertragungsantrag der Stadt Brandenburg an der Havel vom 06.05.1993 wurden die Kapitalanteile mit Bescheid vom 24.06.1993 wieder auf die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen.

Mit Wirkung vom 30.12.2005 wurden die Geschäftsanteile der Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH an der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH mit einem Nennwert von 600 TDM auf die Stadt Brandenburg an der Havel übertragen und von dieser zeitgleich als Einlage in die Kapitalrücklage der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel eingebracht. Damit wurde die Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mit notariellem Vertrag vom 29.12.2005 ab dem 31.12.2005 mit 92,7% Hauptgesellschafter des Unternehmens.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam unter der Nummer HRB 4074 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 332.339,72 €

Die Stammeinlagen verteilen sich auf die Gesellschafter wie folgt:

WOBRA	92,3%
WBG „Einheit“	7,7%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist mit einem Geschäftsanteil von 900 € an der GVV-Gesellschaft für Versicherungsvermittlung und Vermögensbildung mbH, Berlin, beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag wurde von der SVV mit Beschluss Nr. 555/98 bestätigt, durch die Gesellschafterversammlung am 11.03.1999 beschlossen und am 16.03.1999 unter der Nummer 0583 für 1999/b-KH notariell beurkundet.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Diplomingenieur-Ökonom Frau Ilona Friedland

- *Gesellschafterversammlung*

Im Jahr 2006 fanden zwei ordentliche und zwei außerordentliche Gesellschafterversammlungen statt.

Mitglieder der Gesellschafterversammlung 2006

Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH: vertreten durch Herrn Klaus Deschner, Geschäftsführer
--

Wohnungsbaugenossenschaft "Einheit" e. G.: vertreten durch Herrn Klaus Jokisch, technischer Vorstand und vertreten durch Herrn Peter Kreuschmer, kaufmännischer Vorstand

Gemäß Gesellschaftsvertrag der WOFÜ hat die Gesellschaft keinen Aufsichtsrat und keinen Beirat. Diese Aufgaben werden von der Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens

Nach dem Gesellschaftsvertrag ist Gegenstand des Unternehmens vorrangig die Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung. Soweit durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt und der Wohnungsversorgung dienlich, ist die Gesellschaft berechtigt, die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (Eigenheime, Mietwohnungen und Eigentumswohnungen) sowie außerdem alle im Bereich des Städtebaus, der Wohnungswirtschaft und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben zu übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte zu erwerben, zu belasten und zu veräußern. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen auf eigene oder fremde Rechnung erstellen, bewirtschaften, erwerben, veräußern oder bereitstellen. Der Erwerb oder die Gründung von Unternehmen sowie die Beteiligung an Unternehmen sind nicht Gegenstand des Unternehmens.

Öffentlicher Zweck

Entsprechend der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg sind Unternehmen so zu führen, dass sie einen öffentlichen Zweck nachhaltig erfüllen. Ein öffentlicher Zweck liegt immer dann vor, wenn Leistungen eines Unternehmens im Aufgabenbereich der Stadt liegen und eine im öffentlichen Interesse gebotene Versorgung der Einwohner zum Ziel hat. Die Gemeinde kann sich daher zur Erfüllung dieser Aufgaben eines Unternehmens bedienen, um somit die Erfüllung der Aufgabenstellung sicherzustellen.

Das Wohnen stellt eines der elementarsten Grundbedürfnisse der Menschen dar und bestimmt seine Lebensqualität. Eine wesentliche Aufgabe einer Gemeinde (in Ausübung des Wohnungsunternehmens) ist die Daseinsvorsorge. Eine Erfüllung dieser Aufgabe erfolgt über die Versorgung mit Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung.

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Durchschnittlich waren beschäftigt:	2005	2006
kaufmännische Angestellte	10	10
gewerbliche Arbeitnehmer	5	5
Beschäftigte Gesamt	15	15
Auszubildende	2	2
gesamt	17	17
+ jeweils ein GF		

Verlauf des Geschäftsjahres

Auf dem Wohnungsmarkt der Stadt Brandenburg an der Havel zeichnet sich auf Grund der Stadtumbaumaßnahmen eine Stagnation des Wohnungsleerstandes ab. Die Vermietungssituation bei saniertem Wohnraum ist positiv.

Die Lage für die WOFÜ ist auf Grund des äußerst geringen Leerstandes und der mehrheitlich sanierten Wohnobjekte deutlich besser als bei den unmittelbaren Mitwettbewerbern. Insgesamt war die Leerstandsquote für den Brandenburger Wohnungsmarkt zwar tendenziell rückläufig, aber noch immer auf einem hohen Niveau.

Hauptbetätigungsfeld der Gesellschaft ist die Bewirtschaftung des eigenen Gebäudebestandes. Die WOFÜ bewirtschaftete zum Bilanzstichtag einen Bestand von insgesamt 1.772 Wohnungen und 21 Gewerbeeinheiten. Daneben werden 15 Garagen sowie 368 Stellplätze betreut. Die bewirtschafteten Objekte befinden sich in den Gebieten Hohenstücken, Görden und Klingenberg der Stadt Brandenburg an der Havel.

Bezogen auf die Anzahl der Mietobjekte betrug der Leerstand bei den eigenen Wohnungen zum Bilanzstichtag 2,4%, bei den eigenen Gewerbeobjekten 0,0% und den Wohnungen in Fremdverwaltung 1,7%.

Grundstücksbestand

Der Grundstücksbestand ist im vorliegenden Jahresabschluss mit einem Wert von 9.258 T€ ausgewiesen. Die Gesamtfläche beträgt laut den uns vorgelegten Übersichten und Grundbuchauszügen 156.268 m².

Im Geschäftsjahr wurden keine Grundstückskäufe und keine Grundstücksverkäufe getätigt. Für das Geschäftsjahr 2007 sind allerdings umfangreiche Verkäufe geplant. Konkrete Kaufangebote liegen bereits vor.

Bau- und Modernisierungstätigkeit

Die Gesellschaft führt zurzeit neben der allgemeinen laufenden Instandhaltung keine Modernisierungstätigkeiten durch.

Am Stadtumbauprojekt der Stadt Brandenburg an der Havel ist die Gesellschaft nicht beteiligt. Gleichwohl beteiligte sich die WOFÜ an den Aufwendungen für das externe Stadtumbaumanagement (2,7 T€).

Bewirtschaftung des Hausbesitzes				
	2005		2006	
	Anzahl Einheiten	Wohn-/ Nutzfläche m²	Anzahl Einheiten	Wohn-/ Nutzfläche m²
<u>Eigener Bestand</u>				
Wohnungen	1.771	94.824	1.772	94.946
Gewerbeeinheiten	22	2.766	21	2.644
	<u>1.793</u>	<u>97.590</u>	<u>1.793</u>	<u>97.590</u>
Stellplätze	368		368	
Garagen	15		15	
	<u>383</u>		<u>383</u>	
<u>Fremdverwaltung</u>				
Wohnungen	299	20.931	295	20.569
	<u>299</u>	<u>20.931</u>	<u>295</u>	<u>20.569</u>
Stellplätze	151		139	
Garagen	0		0	
	<u>450</u>		<u>434</u>	
<u>Pachtbestand</u>				
gewerbliche Pachtobjekte	3		3	
Gärten	15		15	
	<u>18</u>		<u>18</u>	
Gesamt	<u>2.644</u>	<u>118.521</u>	<u>2.628</u>	<u>118.159</u>

Betreuungstätigkeit

Außer dem eigenen Bestand verwaltete die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH per 31.12.2006 für Dritte:

verwalteter Fremdbestand	2004	2005	2006
Wohnungen in Eigentumswohnanlagen sowie Wohnungen privater Eigentümer	332	299	295
Garagen und Stellplätze	151	151	151

Hausbewirtschaftung

Hausbewirtschaftung	2004	2005	2006
Plattenbauwohnungen in gutem Zustand	677	677	676
modernisierte Altbauwohnungen	787	786	785
teilsanierte Altbauwohnungen	309	310	311
Gewerbeeinheiten	23	22	21
Garagen	15	15	15
Stellplätze	368	368	371

Mit Ablauf des Jahres 2006 wurde folgender Ausstattungsgrad der Wohnungen erreicht:

	WE mit Ofenheizung		WE mit moderner Heizung	
	ohne Dusche / Bad	mit Dusche / Bad	ohne Dusche / Bad	mit Dusche / Bad
Alter Görden	5	131	3	917
Hohenstücken	-	-	-	676
Klingenberg	-	-	-	40
	5	131	3	1.633

Die Durchsetzung der Unternehmensstrategie auf Bestandsverbesserung unter Beachtung der Bedürfnisse der Mieter gepaart mit einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit sicherte auch 2006 bei 296 Auszügen (Vorjahr 348) und 350 Einzügen (Vorjahr 403) ein Weg- und Zuzugsverhältnis von 1:0,8.

Einzüge	2004	2005	2006
	413	403	350

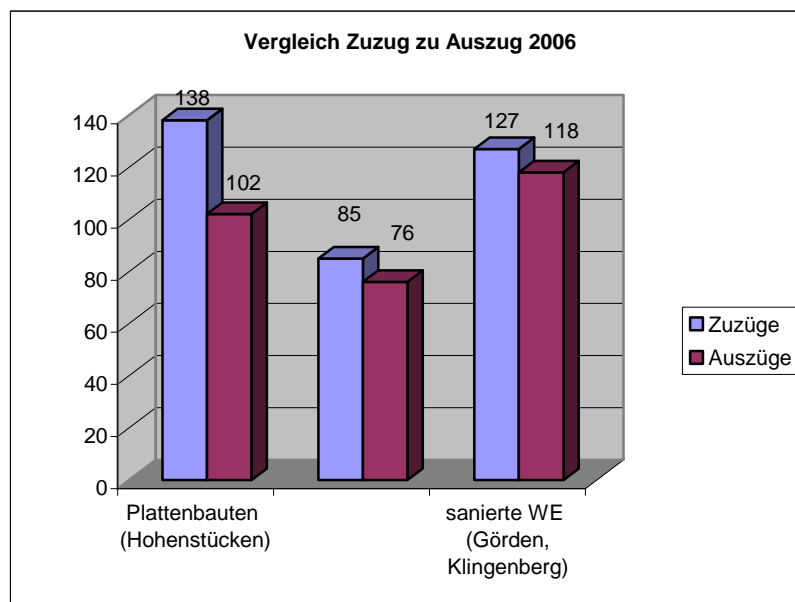
Beachtet man die Auszugsgründe, so ergibt sich folgendes Bild:

Auszüge	2004	2005	2006
Auszüge	390	348	331
davon Umzüge im Unternehmen	98	105	86
davon Eigentumsbildungen	24	14	12
davon Todesfälle	14	15	19
davon Wegzüge aus Brandenburg	77	65	70
davon Wechsel des Vermieters	123	100	109
davon Räumungen bzw. Wohnungsinbesitznahmen	54	48	35

Diese Betrachtung zeigt, dass insgesamt Zufriedenheit der Mieter mit ihrem Vermieter besteht.

Negativ zu bewerten ist der noch immer hohe Anteil an Räumungen bzw. Inbesitznahmen von Wohnungen durch das Unternehmen und den damit einhergehenden hohen Forderungen aus Vermietung, welche abgeschrieben oder einzelwertberichtigt werden.

Vergleich Zuzüge zu Auszügen in den Gebieten:



Die Nachfrage nach Wohnungen sowohl im teilsanierten Bereich als auch in Hohenstücken war mit einem Zu- und Wegzugsverhältnis von 1:0,78 bzw. 1:0,74 höher als im sanierten Bestand mit einem Zu- und Wegzugsverhältnis 1:0,93.

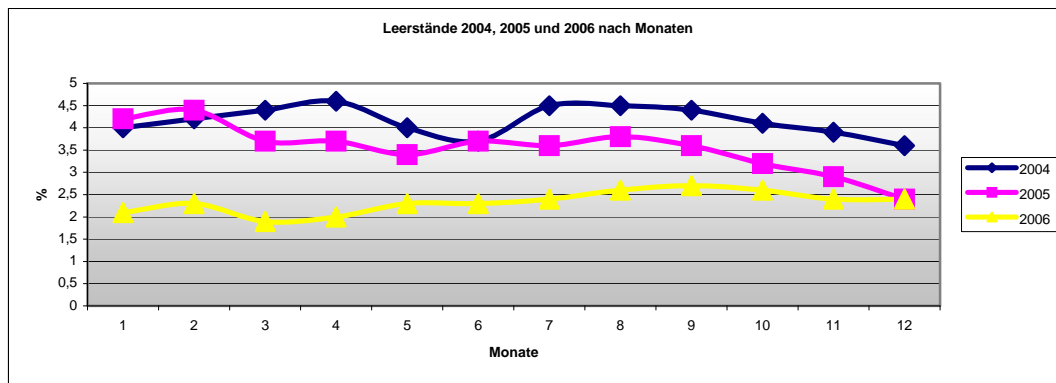
Diese Tendenz, dass die Nachfrage nach preiswerten Wohnungen stark angestiegen ist, deutete sich bereits im Vorjahr an.

Der Leerstand der betreuten Wohnungen beträgt zum 31. Dezember 2006 2,4%.

vermietungsbedingter Leerstand	2004	2005	2006
in %	3,6	2,4	2,4
in WE	64	42	43

Leerstände in den Bereichen per 31.12.2006:

Leerstände in den Bereichen per 31.12.2006						
	Gesamt ohne Sanierung und im Bau befindlich	teilsanierter Altbau (Görden)	sanierter Altbau (Görden, Klingenberg)	Plattenbauten (Hohenstücken)	sanierungsbedingt bzw. im Bau befindlich (Görden)	Gesamt
31.12.2004	63	15	27	21	1	64
31.12.2005	42	4	21	17	0	42
31.12.2006	42	8	22	12	1	43



Instandhaltung

Insgesamt wurden im Wohnungsbestand durch Fremdfirmen für 348,1 T€ Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an Gebäuden und für 1,5 T€ an Außenanlagen durchgeführt.

Im Wohngebiet Hohenstücken wurde die bewährte Strategie der laufenden Instandsetzung und planmäßigen Instandhaltung ohne nennenswerte Mieterhöhung fortgesetzt.

In diesem Wohngebiet wurden für Instandsetzungs- bzw. Instandhaltungsmaßnahmen der 679 Plattenbauwohnungen / Gewerbe durch Fremdfirmen 165,0 T€ und 0,5 T€ für Außenanlagen eingesetzt.

Die Summe teilt sich nach Gewerken durchschnittlich wie folgt auf:

Wohnungstüren und Fenster	53,1 T€
Sanitär- und Heizungsinstandsetzung	26,0 T€
Erneuerung Installationssystem Elektro	22,4 T€
Instandsetzung Gebäudehülle	30,7 T€
Schlosserarbeiten, Fahrstühle	22,5 T€
sonstiges	10,3 T€

Im Zuge der kontinuierlichen Instandhaltung des modernisierten Altbaubestandes und der Instandsetzung er teilsanierten Altbauwohnungen wurden durch Fremdfirmen insgesamt Leistungen in Höhe von 183,1 T€ und 1,0 T€ für Wohnumfeldmaßnahmen erbracht.

Für die 311 teilsanierten Altbauwohnungen wurden bauliche Maßnahmen für 76,6 T€ durchgeführt.

In diesem Bereich wurden 4 Bäder / Duschen mit einem Wert von 30,5 T€ modernisiert. Für die Umstellung von Öfen auf Erdgasheizung wurden 4,1 T€ und für den Austausch von Fenstern und Türen 7,6 T€ verwendet. Elektroleitungen wurden für 1,6 T€ instandgesetzt.

Die Regieabteilung der Wofü erbrachte insgesamt 8.322 Stunden und verarbeitete Material mit einem Wert von 73,3 T€.

Finanzierungsmaßnahmen

Auf Grund des Auslaufens der Zinsfestschreibung für zwei Kredite bei der HypoVereinsbank wurden bereits im Jahr 2005 neue Konditionen für weitere 10 Jahre ausgehandelt.

Für das zum 28.02.2006 mit einer Restschuld in Höhe von 728,1 T€ bestehende Bankdarlehen wurde ab 01.03.2006 ein Zinssatz von 4,92% bei einer Tilgung von 2% für 10 Jahre neu vereinbart.

Im Rahmen der Prolongation eines zweiten Darlehens bei der HypoVereinsbank, dessen Zinsfest-schreibung zum 31.12.2006 ausläuft, wurde eine Sondertilgung in Höhe von 442,5 T€ zum 31.12.2006 vereinbart.

Somit wird das bestehende Darlehen mit einer neuen Darlehenssumme in Höhe von 380 T€ ab 01.01.2007 mit einem Zinssatz von 4,98% bei einer Tilgung von 2% weitergeführt. Die Zinsfestschreibung beträgt auch hier 10 Jahre.

Insgesamt wurden 2006 Verbindlichkeiten gegenüber Banken / Versicherungen in Höhe von 1.168,5 T€ abgebaut.

Über die Verkaufsabsichten von Beständen des Unternehmens wurde die Geschäftsführung Anfang Dezember 2006 informiert. Die Absichten der Gesellschafter waren zum Abschluss des Wirtschaftsjahres konkret untersetzt und flossen in die Bewertung des Anlagevermögens ein. Mit Zustimmung der Stadtverordneten der Stadt Brandenburg an der Havel, werden die Bestände der Gesellschaft verkauft. Im Kaufvertrag wird die WOFÜ als Verwalter der Objekte für mindestens fünf Jahre mit einer Option von weiteren fünf Jahren vereinbart. Der Sitz der Gesellschaft bleibt erhalten.

Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
Bilanz	2003	2004	2005	2006
<u>Aktivseite</u>				
A. Anlagevermögen	51.215	51.479	50.202	46.776
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	6	4	31	21
II. Sachanlagen	51.205	51.471	50.170	46.754
III. Finanzanlagen	3	3	1	1
B. Umlaufvermögen	3.472	4.068	4.137	4.448
I. Vorräte	2.054	2.167	2.418	2.589
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	526	712	462	153
III. Kassenbestand, Guthaben	891	1.189	1.257	1.707
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7	4	6	5
<u>Passivseite</u>				
A. Eigenkapital	13.999	14.080	14.173	11.078
I. Gezeichnetes Kapital	332	332	332	332
II. Gewinnrücklagen	13.827	13.827	13.827	13.827
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-176	-160	-79	14
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	16	81	93	-3.095
B. Rückstellungen	150	214	116	1.212
C. Verbindlichkeiten	40.543	41.257	40.056	38.940
Bilanzsumme	54.693	55.551	54.345	51.229

Das langfristig gebundene Vermögen wird vollständig durch langfristig zur Verfügung gestelltes Kapital finanziert. Es wurden keine neuen Kredite aufgenommen. Die Gesellschaft ist ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit fristgerecht nachgekommen. Die Gesellschaft verfügt über eine ausgeglichene Vermögens- und Finanzlage. Durch den geplanten Verkauf des gesamten Wohnungsbestandes wird sich die Vermögens- und Finanzstruktur ab dem Geschäftsjahr 2007 deutlich verändern.

Das mittel- und langfristige Kapital setzt sich im Wesentlichen aus langfristigen Bankdarlehen zusammen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen rund 70% der Bilanzsumme.

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5,7% verringert.

Die Entwicklung des mittel- und langfristigen Vermögens ist durch den geplanten Verkauf von nahezu dem gesamten Bestand der Gesellschaft geprägt

Das Eigenkapital hat sich um das Jahresergebnis des Berichtsjahres vermindert. Die Eigenkapitalquote beträgt 21,6% (Vorjahr 26,1%).

Der Anteil des mittel- und langfristigen Fremdkapitals am Gesamtkapital ist von 66,2% auf 69,8% gestiegen. Der absolute Rückgang ist im Wesentlichen auf die Tilgung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zurückzuführen.

Das kurzfristige Fremdkapital ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben.

Aus der Entwicklung im Geschäftsjahr ist erkennbar, dass die Gesellschaft in der Lage ist, die Zins- und Tilgungsleistungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit zu decken.

Im Laufe des Geschäftsjahres entschlossen sich die Gesellschafter, sich von den Beständen der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH zu trennen. Auf Grund der zum 31.12.2006 konkret unteretzten Verkaufsverhandlungen, wurde eine Abwertung der Grundstücke mit Wohnbauten, Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten und der Grundstücke ohne Bauten auf den zu erwartenden Kaufpreis vorgenommen.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft verminderte sich im Berichtsjahr um 3.115,5 T€ auf 51,2 Mio. €.

Der Vermögensaufbau der Gesellschaft ist zum 31.12.2006 hinsichtlich der Fristigkeit von Vermögens- und Schuldschulden vollständig ausgeglichen. Das langfristig im Unternehmen gebundene Vermögen (46,8 Mio. €) wird vollständig durch langfristig zur Verfügung stehendes Kapital finanziert.

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt 21,6 % (11,1 Mio. €).

Eigenkapitalentwicklung						
	<u>2001</u>	<u>2002</u>	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>
nominal in T€	13.968,5	13.983,7	13.999,4	14.079,9	14.173,2	11.078,1
Quote in %	26,8	26,1	25,6	25,4	26,1	21,6

Die Finanzlage zum 31.12.2006 ist ausgeglichen. Die Gesellschaft kam ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit fristgerecht nach.

Entwicklung der liquiden Mittel in T€					
<u>2001</u>	<u>2002</u>	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>
793,5	1.180,0	803,6	1.188,9	1.256,8	1.706,6

Die im Berichtsjahr durchgeführten Investitionen wurden aus eigenen Mitteln finanziert.

Kreditaufnahmen

Wesentliche Kreditaufnahmen sind im Berichtsjahr nicht erfolgt.

Ertragslage des Unternehmens

GuV	(Angaben in T€)			
	2003	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse	6.283	6.509	6.694	6.953
2. Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit	64	66	64	60
3. Umsatzerlöse aus anderen Lieferungen und Leistungen	10	10	7	9
4. Bestandsänderung	105	113	251	170
5. Andere aktivierte Eigenleistungen	18	13	0	4
6. Sonstige betriebliche Erträge	448	677	466	286
7. Aufwendungen für Hausbewirtschaftungen	-2.604	-2.899	-3.022	-3.067
8. Personalaufwand	-690	-713	-720	-811
9. Abschreibungen	-1.253	-1.294	-1.311	-3.470
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-346	-408	-378	-1.430
11. Erträge aus Beteiligungen	1	2	3	10
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23	16	18	41
13. Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.805	-1.784	-1.723	-1.695
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	255	307	350	-2.940
16. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-95	-65	-107	2
17. Sonstige Steuern	-144	-162	-150	-157
18. Jahresergebnis	16	81	93	-3.095

Trotz des hart umkämpften Wohnungsmarktes war die Ertragslage stabil, die Liquidität jederzeit gesichert.

Die Betriebsleistung ist um 2,0% gesunken. Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 259 T€ gestiegen. Maßgeblich hierfür ist der im Jahresdurchschnitt geringere Leerstand im Geschäftsjahr 2006. Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge ist hauptsächlich auf die im Vorjahr geltend gemachten Ansprüche aus der Investitionszulage zurückzuführen (Rückgang gegenüber Vorjahr: 298 T€).

Insgesamt sind die Betriebskosten um 5,1% gestiegen.

Aufgliederung der Umsatzerlöse in T€		
	2005	2006
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	6.694	6.953
Sollmieten		
Wohnungen	4.508,6	4.517,4
Gewerberäume	115,8	115,5
Garagen und Stellplätze	67,7	68,4
sonstige Mieteinnahmen	5,3	9,4
Umlagen		
Heiz- und Warmwasserkosten	1.087,0	1.188,5
übrige Betriebskosten	1.206,5	1.268,8
Erlösschmälerungen		
Leerstand	295,3	213,6
allgemeine Mietminderungen	1,2	1,1
Umsatzerlöse aus Betreuungstätigkeit	63,7	60,1
Umsatzerlöse aus Lieferungen und Leistungen	7,4	9,1
gesamt	6.766	7.023

Das Betriebsergebnis war mit 988 T€ positiv. Durch die hohe Zinsbelastung bzw. das Zinsergebnis (1.654 T€) ist das ordentliche Unternehmensergebnis negativ (656 T€). Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.095 T€ resultiert in Höhe von 2.309 T€ aus außerplanmäßigen Abschreibungen (aufgrund des geplanten Verkaufs der Bestände) des Anlagevermögens.

Der Personalaufwand ist wegen der im Geschäftsjahr gebildeten Rückstellungen für das Ausscheiden der Geschäftsführerin (119 T€) und einer weiteren Mitarbeiterin (22 T€) um 12,6% gestiegen. Ohne diese Rückstellungsbildung ergäbe sich trotz der allgemeinen tariflichen Entgelterhöhung im Juni 2006 durch den Verzicht der Belegschaft auf 7,5% des monatlichen Entgeltes sowie der Urlaubsgratifikationen ein Rückgang um 6,0%.

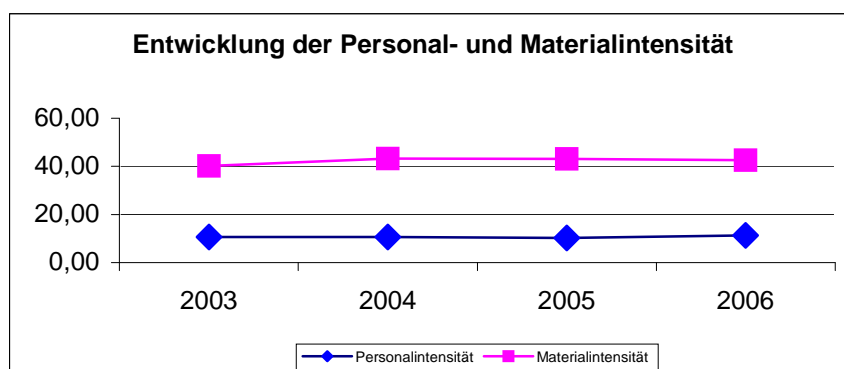
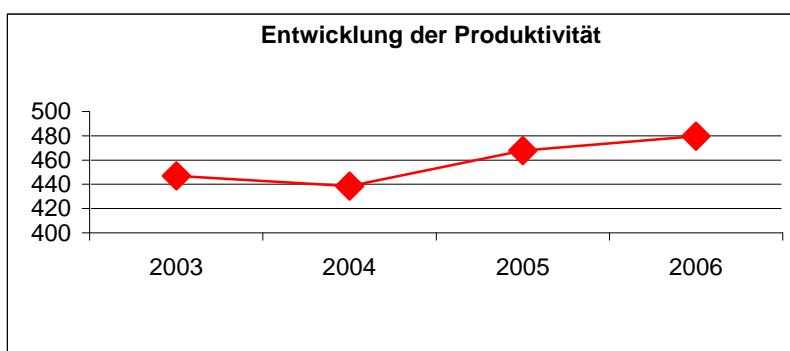
Die planmäßigen Abschreibungen sind auf Grund der geringen Investitionstätigkeit der WOFÜ um 11,4% gesunken.

Die Gesellschaft erreicht danach ein positives Betriebsergebnis in Höhe von 988 T€. Ohne die im Geschäftsjahr auf Grund des geplanten Verkaufs und der Personalfreisetzung gebildeten Rückstellungen ergäbe sich ein Betriebsergebnis auf dem Niveau des Vorjahres.

Das Betriebsergebnis wird durch die hohen Zinsaufwendungen nachhaltig belastet. Danach erreichte die WOFÜ ein negatives ordentliches Unternehmensergebnis in Höhe von 656 T€.

Durch den geplanten Verkauf der Bestände wurden Abschreibungen auf Grundstücke mit Wohn- und Geschäftsbauten, Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten und auf Grundstücke ohne Bauten in Höhe von insgesamt 2.146,6 T€ vorgenommen.

Ein unbebautes Grundstück verbleibt im Bestand der Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH. Das Grundstück ist an einen Kleingartenverein verpachtet.

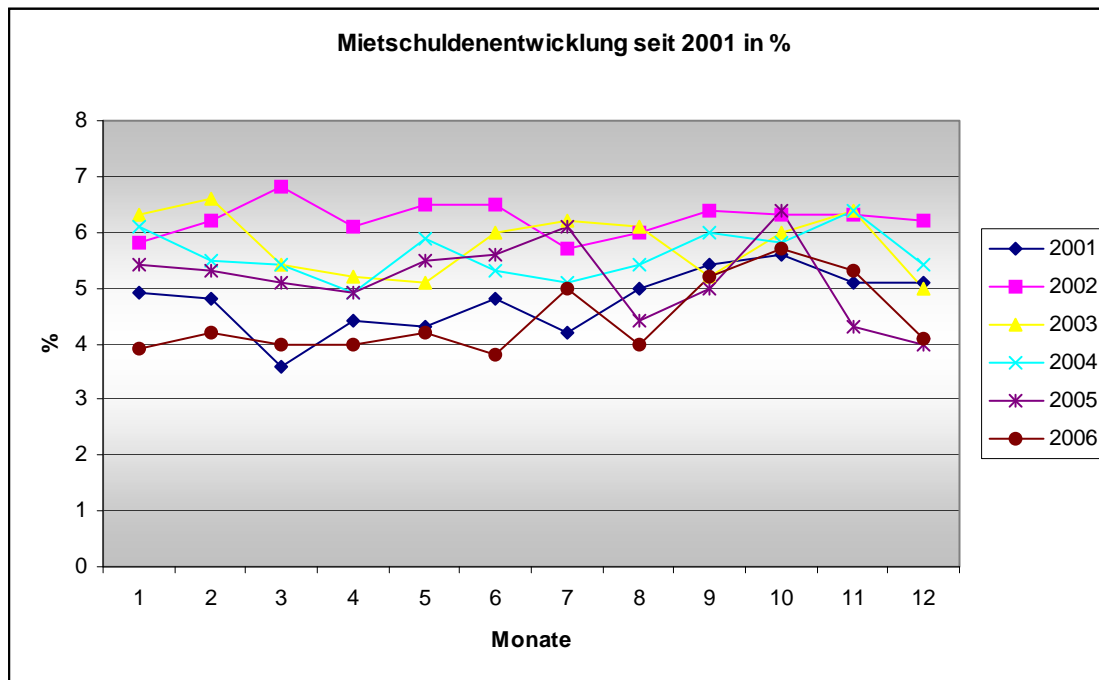


Umsatzentwicklung

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung erhöhten sich 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 258,9 T€ auf 6.953,4 T€.

Insgesamt verzeichnete die Brandenburger Wohnungsfürsorge 2006 Erlösschmälerungen infolge Leerstand in Höhe von 213,6 T€ (Vorjahr 295,3 T€). Die Leerstandsquote betrug im Jahresdurchschnitt 2006 2,3%, sie verringerte sich um 1,2% zum Vorjahr.

Von insgesamt 216,0 T€ Miet- und 80,1 T€ Umlagenforderungen sind 15,2 T€ als uneinbringliche Forderung abgeschrieben und insgesamt 243,4 T€ einzelwertberichtigt. Zum Abbau von Mietrückständen wurden Beratungen durchgeführt und Vereinbarungen zu Ratenzahlung geschlossen.



Im Jahr 2006 standen den unfertigen Leistungen in Höhe von 2.585,3 T€ Vorauszahlungen in Höhe von 2.536,3 T€ gegenüber.

Das Wirtschaftsjahr wird mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.095,1 T€ abgeschlossen, da eine Abwertung des zu verkaufenden Anlagevermögens auf den Kaufpreis vorgenommen worden ist.

Der aus dem Jahr 2005 mitgeführte Gewinnvortrag in Höhe von 14,0 T€ wurde thesauriert.

Ohne die, auf Grund des Verkaufes notwendigen, Abwertungen und Rückstellungen entwickelte sich die Ertragslage der WOFÜ ausgeglichen.

Die Umsatzerlöse konnten im Vergleich zum Vorjahr um 259 T€ erhöht werden. Im Personalbereich konnten durch Vereinbarungen zwischen der Geschäftsführung und der Belegschaft Kostenersparnisse erreicht werden.

Zuschüsse

Das Unternehmen hat keine Finanz- / Fördermittel oder Garantien der öffentlichen Hand erhalten.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die zentralen Risiken der Wohnungswirtschaft (insbesondere die Leerstandsentwicklung, die demografische Entwicklung und die Entwicklung auf dem Kapitalmarkt) werden durch die Gesellschaft kontinuierlich erfasst und ausgewertet. Bei Anzeichen von negativen Entwicklungen werden Gegensteuerungsmaßnahmen festgelegt.

Die WOFÜ wird gemäß dem Kaufvertrag für mindestens fünf Jahre als Verwalter der Objekte eingesetzt. Es ist eine Option auf weiter fünf Jahre vereinbart.

Das Geschäftsumfeld der Gesellschaft ist geprägt von einer sich verändernden Mieterstruktur (Zunahme der älteren Bevölkerung), einer anhaltenden Abwanderung der erwerbsfähigen Bevölkerung, steigenden Ansprüchen an die Wohnraum- und Wohnumfeldsqualität sowie geringen Mietsteigerungspotentialen. Der Wohnungsbestand der WOFÜ an eigenen Wohneinheiten umfasst gemäß den

Unterlagen der Gesellschaft zum 31. Dezember 2006 1.772 Wohnungen. Dieser Wohnungsbestand hat zum 31. Dezember 2006 einen sehr geringen Leerstand von 43 Wohnungen, so dass die o. g. Faktoren zurzeit nur einen geringen Einfluss auf die Ertragslage der Gesellschaft haben.

Bedingt durch das Stadtumbaukonzept der Stadt Brandenburg an der Havel, welches eine schrittweise Verringerung und Verlagerung von Wohnraum vorsieht, besteht die Gefahr, dass der Wohnungsbestand der WOFÜ mittelfristig eine deutlich erhöhte Leerstandquote aufweist und daraus empfindliche Erlösausfälle resultieren. Verbunden mit den hohen Zinsbelastungen (nahezu ein Viertel der Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung werden derzeit zur Zinsleistung verwendet) erscheint ein Fortbestehen der Gesellschaft in der jetzigen Ausrichtung als gefährdet.

Die vorgenannten Faktoren haben auch bei einem Verkauf des Wohnungsbestandes Gültigkeit, da der Verwaltungsvertrag für leerstehende Wohnungen ein deutlich geringeres Entgelt vorsieht. Die damit verbundenen Erlösausfälle würden für die Gesellschaft, die über kein weiteres wesentliches Geschäftsfeld verfügt, u. E. eine entwicklungsbeeinträchtigende Tatsache darstellen. In diesem Zusammenhang ist auch das Risiko aus einer möglichen Verlängerung des Verwaltungsvertrages zu nennen, da hieraus gemäß den heutigen Kenntnisstand jährliche Verluste in Höhe von etwa 87 T€ entstehen können.

künftige Risiken

Der Wohnungsmarkt ist weiter im Aufbruch und es ist zu erkennen, dass sich seine Entwicklung weiter regional stark ausdifferenziert.

Eine Betrachtung der künftigen Risiken ist deshalb nur noch auf regionaler Ebene sinnvoll.

Die wohnungswirtschaftliche Situation in der Stadt Brandenburg muss, auf Grund des noch vorhandenen Leerstandes, laufend analysiert werden.

Auf Grund der demografischen Entwicklung nimmt der Anteil älterer Menschen in Brandenburg beständig zu. Die Prognosen für die kommenden Jahre gehen von einem weiteren Bevölkerungsrückgang aus.

Bei der Betrachtung der zukünftigen Entwicklung darf auch die Entwicklung auf dem Kapitalmarkt nicht aus den Augen verloren werden.

Ausgehend von diesen Prognosen muss sich die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH zukünftig als Verwalter von Wohnraum auf folgende Bedingungen einstellen:

- eine weitere Zunahme der älteren Bevölkerung
- Fluktuation der erwerbstätigen Bevölkerung in strukturell stärkere Wirtschaftsregionen
- die Veränderung der Ansprüche der Wohnungsinteressenten an die Qualität, die Lage, die Größe, die Raumzahl, die technische Ausstattung, das Umfeld der gewünschten Wohnung und das mit ihr verbundene Dienstleistungsangebot
- die unterschiedliche Bereitschaft oder Fähigkeit für höhere Qualität und besseren Service auch entsprechend zu zahlen
- wachsender Druck der Mitbewerber auf dem Wohnungsmarkt
- geringere Mietsteigerungspotentiale

Die Wohnungsunternehmen und –verwalter sind langfristig nur noch wettbewerbsfähig, wenn sie marktorientiert geführt werden.

Von der kundenorientierten Produktpolitik, der Preis- und Konditionspolitik bis hin zur marktausgerichteten Vertriebsorganisation muss die Bedürfnisbefriedigung jeder Zielgruppe Ausgangspunkt aller Überlegungen sein.

Der vom Unternehmen eingeschlagene Weg der mieterorientierten Bestandspolitik in Verbindung mit einem qualifizierten Marketing ist, auch als Verwalter, konsequent weiterzuführen.

Unter dem Motto „Einfach Wohlfühlen“ kann sich die Brandenburger Wohnungsfürsorge GmbH auch zukünftig als ein konkurrenzfähiger Partner auf dem Brandenburger Wohnungsmarkt behaupten.

II.2.2 Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH



Fotos: Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Krankenhaus

Firmensitz

Hochstraße 29
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/ 41 20 00
Fax: 03381/ 30 10 76

e-mail: skb@klinikum-brandenburg.de
Internet: www.klinikum-brandenburg.de

Gründung

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 19. Dezember 1996 (notarielle Urkunde des Notars Karl-Heinz Buhmann, Brandenburg an der Havel, UR-Nr. 2796/96) gegründet und am 27. Mai 1997 ins Handelsregister des Amtsgerichts Potsdam unter HRB 10291 eingetragen.

Bis zum 31.12.1996 wurde das Klinikum als Eigenbetrieb geführt. Die GmbH hat den Eigenbetrieb zum 01.01.1997 gemäß Betriebsübernahmevertrag übernommen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.600 €
Stadt Brandenburg an der Havel	100 %

Unterbeteiligungen

Zur Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gehören zwei Tochtergesellschaften mit über 300 Mitarbeitern:

Beteiligungen	
Name:	KSC Klinik Service Center GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 12.750 (51%)
Name:	Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH
Sitz:	Brandenburg an der Havel
Stammkapital:	€ 25.000
Anteil:	€ 25.000 (100%)

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag in der derzeit gültigen Fassung datiert vom 1. Dezember 2005.

Die Änderungen betrafen § 4 (Stammkapital und Geschäftsanteile; Erhöhung des Stammkapitals auf € 25.600), § 7 (Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung), § 9 (Aufsichtsrat), § 12

(Geschäftsführung) und § 15 (Besondere Bestimmungen). Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 30. März 2006.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Frau Gabriele Wolter (kfm. Geschäftsführerin)

Herr Dr. med. Detlef Beckmann (med. Geschäftsführer)

Mit Gesellschafterbeschluss vom 21. Dezember 2006 wurde Herr Dr. med. Detlef Beckmann als medizinischer Geschäftsführer mit Wirkung zum 1. Januar 2007 abberufen und Frau Gabriele Wolter als alleinige Geschäftsführerin bestellt. Die entsprechende Eintragung im Handelsregister erfolgte am 13. März 2007.

- *Gesellschafterversammlung*

Seit dem 17.12.2003 nimmt die Vertretung Frau Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann wahr.

Die Gesellschafterversammlung hat im Geschäftsjahr 2006 sechs Mal getagt.

- *Aufsichtsrat*

Der nach der Kommunalwahl am 26. Oktober 2003 neu gebildete Aufsichtsrat hat sich am 19. Dezember 2003 konstituiert und besteht aus folgenden Mitgliedern:

Aufsichtsratsmitglieder 2006	
<u>Name</u>	
Herr Steffen Scheller (ab dem 15.12.05)	AR-Vorsitzender
Herr Thomas Krüger	
Herr Mathias Mischker	
Herr Georg Riethmüller	
Frau Elisabeth Scholz	
Herr Klaus Schomann	
Die Arbeitnehmervertreter wurden am 6. November 2003 nach den Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes gewählt. In den Aufsichtsrat wurden vor diesem Hintergrund bestellt:	
Herr Hansgeorg Wendt	stellvertretender Vorsitzender
Herr Dr. Wolfgang Haacke (ab dem 01.01.06)	
Herr Dr. Frank Stolle	

Der Aufsichtsrat kam in 2006 zu sechs Sitzungen zusammen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft verfolgt gem. § 3 des Gesellschaftsvertrages ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH ist eine privatrechtliche Einrichtung und wird nach wirtschaftlichen Grundsätzen als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt.

Die Sicherstellung der Krankenhausversorgung ist öffentliche Aufgabe des Landes, der Landkreise und der kreisfreien Städte. Nach dem Landeskrankenhausplan gibt es im Land Brandenburg fünf Versorgungsgebiete, wobei das Städtische Klinikum Brandenburg dem Versorgungsgebiet Potsdam zugeordnet ist.

Gemäß LKG Bbg (Landeskrankenhausgesetz) erfüllen die kreisfreien Städte ihre Aufgabe als Aufgabe der Selbstverwaltung, indem sie eigene Krankenhäuser errichten und betreiben, soweit Krankenhäuser nicht von freien, gemeinnützigen, privaten oder anderen Trägern errichtet und betrieben werden.

Zweck des Unternehmens ist es, auf der Basis des jeweils geltenden Krankenhausplans ein hochqualifiziertes medizinisches und pflegerisches Leistungsangebot zu gewährleisten, um eine optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung in Fortführung des gegenwärtig hohen Standards zu sichern.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist nach der Übernahme und Fortführung des in Trägerschaft der kreisfreien Stadt Brandenburg befindlichen Städtischen Klinikums Brandenburg an der Havel der Betrieb von Krankenhäusern und sonstigen Nebeneinrichtungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, sich im Ausnahmefall an anderen Gesellschaften gleichen, ähnlichen oder verwandten Gegenstands zu beteiligen und solche Gesellschaften zu übernehmen, wenn sie den Gesellschaftszweck nachhaltig fördern und zu der Erfüllung von Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft beitragen.

Geschäftsfelder

Die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH als Krankenhaus der qualifizierten Regelversorgung verfügt über folgende Kliniken:

Fachrichtungen	Planbetten	Chefarzt
Allgemein- und Viszeralchirurgie	48	Priv.-Doz. Dr. René Mantke
Anästhesiologie und ITS	18	Dr. Horst Dettenborn
Augenheilkunde	17	Priv.-Doz. Dr. Walter Noske
Gefäßchirurgie	30	Dr. Wolfgang Haacke
Gynäkologie und Geburtshilfe	50	Dr. Eberhard Beck
HNO	45	Dr. Birgit Didczuneit-Sandhop
Innere Medizin I	70	Prof. Dr. Michael Oeff
Innere Medizin II	50	Dr. Wilfried Pommerien
Kinderheilkunde	45	Dr. Hans Kössel
Neurochirurgie	30	Dr. Karl-Heinz Rudolph
Orthopädie und Unfallchirurgie	96	Priv.- Doz. Dr. Roland Becker
Urologie	20	Dr. Thomas Enzmann
Klinikum gesamt	519	

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Zum 31. Dezember 2006 waren insgesamt 942 Mitarbeiter (Vorjahr: 964 Mitarbeiter) beschäftigt.

Die durchschnittliche Anzahl der Vollarbeitskräfte bei 519 Planbetten gliedert sich wie folgt auf:

	<u>2005</u>	<u>Plan 2006</u>	<u>2006</u>
Ärztlicher Dienst	147,7	144,5	150,79
Pflegedienst	323,65	319,1	316,64
Medizinisch-technischer Dienst	76,99	78,75	76,75
Funktionsdienst	129,45	132,65	128,7
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	5,35	5,5	5,03
Verwaltungsdienst	55,63	55,3	53,82
Sonderdienst	1,75	1,75	2,92
Sonstiges u. Personal in Ausbildungsstätten	13,67	17,75	13,45
gesamt	<u>754,19</u>	<u>755,3</u>	<u>748,1</u>

Im Wirtschaftsjahr 2006 wurden insgesamt 111 Auszubildende (Vorjahr: 114) beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von rund 12% an der Gesamtzahl der Beschäftigten.

Verlauf des Geschäftsjahres

Neubau

Auf der Grundlage des Investitionsprogramms des Landes Brandenburgs wurde Ende 1996 ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben.

Im Sommer 1997 standen die Preisträger fest. Den 1. Preis erhielt das Architekturbüro Heinle, Wischer und Partner Berlin. Danach wurden alle anderen Planungsleistungen ausgeschrieben.

Das komplette Planungsteam konnte im Juni 1998 gebildet werden. Nach einer gesamten Planungs- und Prüfungszeit von 2 Jahren wurde am 1. September 1999 der Fördermittelbescheid über das Gesamtbauvolumen von insgesamt rd. 128,0 Mio. DM für den 1. Bauabschnitt übergeben.

Am 24.01.2003 wurde der Neubau West feierlich der Öffentlichkeit übergeben.

Der 2. Bauabschnitt wird überwiegend den Bau von Bettenhäusern beinhalten. Dazu ist der Abriss von einigen Gebäudeteilen notwendig. Gleichzeitig soll das Haupthaus umgebaut werden, in dem die neue Physiotherapie, Küche und das Mitarbeiterrestaurant sowie der klinische Arztendienst und die Eingangshalle mit Geschäften entstehen soll.

Im 3. Abschnitt ist die Sanierung der alten Gebäude (Herrichtung für Med. Schule und Verwaltung) vorgesehen.

Zum 31. Dezember 2006 hatte die Stadt Brandenburg an der Havel 73.783 Einwohner, wobei die Tendenz weiter leicht rückläufig ist. Die stationäre Krankenhausversorgung in der Stadt wurde durch das Städtische Klinikum Brandenburg (519 Planbetten), das St. Marienkrankenhaus (80 Planbetten) und das Asklepios Fachklinikum Brandenburg mit den Fachbereichen Neurologie und Psychiatrie gesichert. Im ambulanten Bereich waren 128 niedergelassene Ärzte (ohne Zahnärzte) tätig. Hierzu zählt auch die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH mit 6 angestellten Ärzten, als Tochtergesellschaft des Klinikums. Die Versorgung der Patienten mit medizinischen Dienstleistungen geht weit über die Grenzen der Stadt hinaus.

Das Städtische Klinikum Brandenburg hat gemäß dem Landeskrankenhausplan die Aufgabe eines Krankenhauses der qualifizierten Regelversorgung. Nach der Inbetriebnahme des ersten Bauabschnittes 2003 kann der Versorgungsauftrag weit verbessert umgesetzt werden. Trotzdem erfolgt der Krankenhausbetrieb in alter Bausubstanz, die einem modernen medizinischen Standard nicht entspricht und betriebswirtschaftlich nicht effizient gestaltbar ist. Nach der Planungsfreigabe durch das MASGF am 22. März 2007 konnte auf der Grundlage der vorhergehenden Planungen der Fördermitelantrag für den zweiten Bauabschnitt (Neubau Ost) erstellt und am 29. Mai 2007 beim Ministerium der Finanzen zur Prüfung eingereicht werden.

Planungsfreigabe für den 2. Bauabschnitt des Krankenhausneubaus erfolgt; Vorabmaßnahme über 8.376 T€ genehmigt.

Der 2. Bauabschnitt für den Krankenhausneubau wurde mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familien des Landes Brandenburg (MASGF) detailliert besprochen. Es besteht Einvernehmen über ein Gesamtvolumen von ca. 62,7 Mio. €, welches sich auf eine Vorabmaßnahme für die Errichtung einer Containerklinik von 8,6 Mio. € und der Hauptmaßnahme von ca. 67,6 Mio. € verteilt. Dabei ist ein Trägeranteil von 10%, somit 6,3 Mio. €, der Gesamtbaumaßnahme vom Klinikum zu investieren. Daneben sind Finanzierungskosten vom Klinikum Brandenburg zu tragen, weil das Land die Fördermittel nicht entsprechend der Rechnungslegungen nach Baufortschritt zur Verfügung stellen kann. Die Finanzierung der Gesamtmaßnahme soll somit vorläufig über eine Kreditaufnahme erfolgen, mit Tilgung über die Auszahlung der Fördermittel.

Gemäß Fördermittelbescheid vom 27. November 2006 wurden bereits erbrachte Planungsleistungen in Höhe von 1.965 T€ gefördert und bereits vereinnahmt. Die zugesagte Finanzierung der Vorabmaßnahme (Containerklinik) mit einem Volumen von 8,4 Mio. € wurde mit dem Fördermittelbescheid des MASGF vom 22. Dezember 2006 über 7.541 T€ (entspricht ca. 90%) beschieden. Die Auszahlung der Fördermittel erfolgt in den Jahren 2008, 2009 und 2010.

Weitere Investitionen:

Neben der Einzelmaßnahme Klinikneubau wurde die Instandsetzung einzelner Klinikbereiche fortgeführt und abgeschlossen. Im Rahmen der durchgeführten Investitionen wurde die Patientenversorgung weiter verbessert.

Zum 31. Dezember 2006 betrug der Vorgriff auf die Pauschalfördermittel des Landes für Investitionen 429,1 T€ und ist bedingt gewesen durch den notwendigen Bareinbringungsanteil im Zuge des Neubaus.

Gleichzeitig erfolgte eine jährliche Tilgung bis einschließlich 2007 aus den Pauschalfördermitteln für die teilweise Fremdfinanzierung des Bareinbringungsanteils in Höhe von 460 T€, so dass dem Haus nur 350 T€ an Pauschalfördermittel für Investitionen zur Verfügung standen. Erstmals ist es damit gelungen, den Vorgriff auf die pauschalen Fördermittel auf weniger als eine Jahresrate zu drücken. Dies eröffnet weitere Spielräume für die Folgejahre.

Bis zum 31. Dezember wurde ein Investitionsvolumen von 2.370,2 T€ realisiert, wobei die beweglichen Anlagegüter auf Grund langer Lieferzeiten unter den Planansätzen von 2006 blieben.

Die Gesellschaft erhält im Rahmen der gesetzlichen Krankenhausfinanzierung regelmäßig Einzelfördermittel für konkrete Investitionen sowie jährlich pauschale Fördermittel.

Leistungsentwicklung:

Fachabteilung	2002		2003		2004		2005		2006	
	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist	Plan	Ist
Innere Medizin	130	130	120	128	120	127	120	126	120	126
Chirurgie*	130	129	129	133	129	80	129	79	129	79
Urologie	20	23	20	25	20	23	20	22	20	22
Gynäkologie	55	53	50	49	50	48	50	43	50	43
Pädiatrie	45	50	45	45	45	45	45	45	45	45
HNO-Heilkunde	40	40	45	45	45	45	45	40	45	40
Augenheilkunde	15	20	17	19	17	12	17	10	17	10
Orthopädie / Unfallchirurgie*	45	45	45	45	45	95	45	84	45	84
Nuklearmedizin	8	7	-	-	-	-	-	-	-	-
Intensivmedizin	18	18	18	18	18	18	18	18	18	18
Neurochirurgie	30	32	30	30	30	30	30	26	30	26
Summe	536	547	519	537	519	523	519	493	519	493

* bis 2004 gehört Unfallchirurgie zur Chirurgie, ab 2004 zur Orthopädie

Die externen Fallzahlen innerhalb der Gesellschaft entwickelten sich wie folgt:

Die externe Fallzahl aus stationärer Behandlung ist mit 22.867 Fällen bis zum 31. Dezember 2006 im Vergleich zum letzten Jahr um 736 Fälle gestiegen, gleichzeitig stiegen auch die ambulanten Operati-

onen um 317 Eingriffe. Der krankenhausesindividuelle Basisfallwert ohne Ausgleich und Berichtigung betrug in 2005 2.477,85 € und im Berichtsjahr 2.545,52 €. Die Steigerung ist u. a. Folge der Angleichung an den Landesbasisfallwert in der Konvergenzphase.

DRG-Leistungsdaten	2006	
	Soll	Ist
Fälle (ganzjährig ohne Überlieger)	22.090	22.625
CMI	1,034	1,034
Bewertungsrelationen	22.841,294	23.396,994

Im Rahmen der Pflegesatzverhandlung 2006 wurde die Anzahl der vereinbarten DRG mit 22.090 leicht nach unten angepasst. Der Erfüllungsstand bis zum 31. Dezember 2006 liegt bei 102,53 Prozent und damit ein gutes Stück über dem Plan. Ebenso liegt die Erfüllung zu der mit 22.841,294 geplanten Summe der Bewertungsrelationen bei 102,60% und damit über dem Plan.

Abweichungen von den Zielwerten gibt es bei den Kurz- und Langliegern. Hier wird es notwendig sein, die Ursachen gemeinsam mit den Chefarzten der betreffenden Kliniken zu analysieren und ggf. Anpassungsstrategien zu entwickeln.

Entwicklung der externen Fallzahlen innerhalb der Kliniken							
Fachabteilung	2001	2002	2003	2004	2005	Plan 2006	Ist 2006
Chirurgie*	3.412	3.379	3.292	1.658	1.804	1.820	1.867
Allgemeine Innere	1.810	1.853	2.055	2.062	2.332	2.280	2.573
Kardiologie	3.401	3.520	3.449	3.714	4.062	4.040	4.578
Augenheilkunde	1.284	1.205	1.169	812	749	700	918
Gefäßchirurgie	983	1.066	1.085	1.121	1.193	1.230	1.137
Gynäkologie	2.570	2.414	1.982	1.786	1.791	1.830	1.824
HNO-Heilkunde	2.667	2.669	2.855	2.674	2.467	2.700	2.246
IST	381	388	354	321	378	390	372
Neurochirurgie	805	840	771	756	749	790	776
Nuklearmedizin	456	389	-	-	-	-	-
Orthopädie / Unfallchirurgie*	1.376	1.339	1.410	3.076	2.882	2.940	2.993
Pädiatrie	2.880	2.844	2.434	2.162	2.082	2.200	1.979
Urologie	1.510	1.568	1.612	1.708	1.642	1.670	1.604
Summe	23.535	23.474	22.468	21.850	22.131	22.590	22.867

Der Case-Mix-Index lag zum 31. Dezember 2006 bei 1,034 (Vorjahr 1,024) und damit exakt bei dem vereinbarten Wert.

Jahresrückblick 2006

- 21. Februar** **Gründung des Vereins „Gesund in Brandenburg an der Havel e.V.“** Aufgrund einer Initiative des Städtischen Klinikums Brandenburg gründete sich der Verein Gesund in Brandenburg mit den Zielen der Stärkung der Gesundheitswirtschaft in der Stadt und der Vernetzung einzelner Gesundheitsanbieter. Auf der Gründungsversammlung wurde Dr. Thomas Wurche als Vorsitzender und Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann zur Stellvertreterin von den 35 Gründungsmitgliedern gewählt.
- 18. März** **1. Brandenburger Ärzteball**
190 Ärzte folgten der Einladung des Klinikums Brandenburg und feierten den ersten Ärzteball im Stahlpalast.
- 13. Mai** **Bambino-Tag**
Die Kliniken für Frauenheilkunde und Geburtshilfe sowie für Kinder- und Jugendmedizin luden erstmalig zum Bambino-Tag in das Klinikum ein. Die Vorträ-

ge, Führungen und Ausstellungen befassten sich mit den Themen Schwangerschaft, Geburt, Babys und Kinder in der Altersgruppe bis 7 Jahre.

- 14. Juni** **Pflegesatzverhandlung**
In der jährlichen Pflegesatzverhandlung wurde mit den Krankenkassen eine Budgeterhöhung um 1,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr vereinbart.
- 01. Juli** **Chefarzternennung**
Dr. med. Wolfgang Haacke wurde zum Chefarzt der Klinik für Gefäßchirurgie ernannt. Er tritt die Nachfolge von Dr. med. Norbert Bamberg an.
- 10. August** **Tarifverhandlungen**
Nach den bundesweiten Tarifabschlüssen mit dem Marburger Bund für die Ärzte und mit Verdi für das nichtärztliche Personal tritt das Klinikum Brandenburg aus der Tarifgebundenheit des Kommunalen Arbeitgeberverbandes (KAV) aus. Mit der darauf folgenden Gründung der Tarifgemeinschaft der kommunalen Krankenhäuser im Land Brandenburg im Oktober 2006 nimmt das Klinikum selbständige Tarifgespräche mit den Gewerkschaften auf.
- 21. November** **Gesundheitsnetzwerk Südwestbrandenburg**
Im Rahmen einer Arbeitskonferenz stellten das St. Marienkrankenhaus, die Havelland-Kliniken, die Recura Kliniken Beelitz und das Klinikum Brandenburg das Gesundheitsnetzwerk Südwestbrandenburg Brandenburger Theater vor. Im Netzwerk soll die gemeinsame medizinische Versorgung verbessert und Größenvorteile für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit genutzt werden.
- 09. Dezember** **II. Internationales Symposium**
Mit dem Schwerpunktthema Bauchspeicheldrüsenkrebs wurde von Kliniken des Hauses ein Symposium mit hochkarätiger Besetzung durchgeführt. Diese Veranstaltung bildete den Jahresabschluss von vielen Veranstaltungen der einzelnen Kliniken des Hauses zur Weiterbildung und zur Information statt. Neben dem gefäßchirurgischen Symposium zählen hierzu u.a. die Vortragsreihe Gespräche im Klinikum, die Informationen zur Herzwoche und die Hörtests zum Tag des Lärms.
- 19. Dezember** **Verabschiedung Dr. med. Detlef Beckmann**
Mit einem großen Empfang im Brandenburger Theater hat sich das Klinikum Brandenburg von Dr. med. Detlef Beckmann als medizinischen Geschäftsführer und Chefarzt des Instituts für Radiologie verabschiedet.
- 22. Dezember** **Erhalt Fördermittelbescheid**
Das Klinikum Brandenburg erhielt vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg einen Fördermittelbescheid über 7,5 Mio. € für die Vorabmaßnahmen des Krankenhausneubaus. Zusätzlich wurden 1,96 Mio. € am 27. November für Planungsleistungen im Zusammenhang des Neubaus bewilligt. Nach monatelangen Planungen eines Bettenhauses östlich des Haupthauses und den abstimmdenden Gesprächen mit den Mi-

nisterien des Landes wurden somit die ersten verbindlichen Aussagen des Landes getroffen, so dass für das Jahr 2007 nun die Erteilung eines Fördermittelbescheides für die Hauptmaßnahme von weiteren rund 65 Mio. € erwartet wird.

31. Dezember **Deutliche Leistungssteigerung**

Im abgelaufenen Jahr wurden 22.867 Patienten im Klinikum Brandenburg stationär behandelt. Damit stieg die Fallzahl um 736 gegenüber dem Vorjahr an. Daneben wurden 4.647 Operationen (+317) ambulant durchgeführt. Weitere 21.475 Patienten wurden ambulant betreut.



Mitglied im CLINOTEL
Krankenhausverbund



Deutsches Netz
Rauchfreier
Krankenhäuser



Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
Bilanz	2003	2004	2005	2006
<u>Aktivseite</u>				
A. Anlagevermögen	84.871	81.396	76.816	73.994
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	234	629	498	345
II. Sachanlagen	77.427	84.204	76.280	73.610
III. Finanzanlagen	38	38	38	38
B. Umlaufvermögen	17.032	16.696	15.752	22.869
I. Vorräte	1.179	2.053	2.380	2.194
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.533	11.236	10.422	17.625
III. Kassenbestand, Guthaben	10.236	3.743	2.951	3.050
C. Ausgleichsposten nach dem KHG	10.456	10.801	11.140	11.473
D. Rechnungsabgrenzungsposten	5.499	5.423	5.344	5.222
<u>Passivseite</u>				
A. Eigenkapital	29.964	30.755	30.361	30.756
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	26	26	26	26
II. Kapitalrücklage	30.045	30.045	30.045	30.045
III. Gewinn-/Verlustvortrag	62	-133	684	290
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-195	27	-394	396
B. Sonderposten zur Finanzierung des AV	63.205	59.784	54.906	53.808
C. Rückstellungen	1.746	1.714	1.090	1.067
D. Verbindlichkeiten	22.944	22.064	22.695	27.926
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	2
Bilanzsumme	117.859	114.317	109.053	113.558

Die Eigenkapitalausstattung kann als angemessen angesehen werden.

Langfristig gebundene Vermögensgegenstände werden in ausreichendem Umfang langfristig finanziert. Der Zahlungseingang auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist im Wesentlichen vom Zahlungsverhalten der Krankenkassen abhängig. Die kurzfristigen Vermögenswerte sind auch kurzfristig realisierbar.

Die Liquidität des Klinikums war im Geschäftsjahr u. a. durch die unterjährige Inanspruchnahme des Kontokorrents gesichert. Sie ist jedoch insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden Baumaßnahmen weiterhin angespannt.

Zur Finanzierung eines weiteren Praxiskaufs wurde durch die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH ein weiteres Darlehen aufgenommen, welches jedoch für die Vermögenslage des Konzerns nur von untergeordneter Bedeutung ist.

Die Vermögenslage zum 31. Dezember 2006 ist geprägt von den anstehenden Investitionen. Darüber hinaus ergeben sich keine wesentlichen strukturellen und inhaltlichen Veränderungen zum Vorjahr.

Im Bereich des Anlagevermögens konnten die Investitionen, insbesondere für Planungsleistungen des 2. Bauabschnitts, die planmäßigen Abschreibungen nicht decken.

Die Erhöhung des Umlaufvermögens ist in erster Linie Resultat der auf Basis des Fördermittelbescheids des MASGF vom 22. Dezember 2006 erfassten Forderung nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht. Die vom Krankenhausneubau nicht betroffenen Bilanzpositionen weisen gegenüber den Vorjahren keine größeren Veränderungen auf.

Der Anstieg der Verbindlichkeiten in 2006 resultiert im Wesentlichen aus den ausgewiesenen Verbindlichkeiten nach dem KHG in Höhe von 8.351 T€ Diese setzten sich aus Verbindlichkeiten gegenüber den Krankenkassen (Mehrerrlöse in Höhe von 809 T€) und Investitionsverpflichtungen aus dem als Forderung erfassten Fördermittelbescheid (7.541 T€) zusammen.

Die Liquidität des Krankenhauses ist vor dem Hintergrund eines monatlichen Finanzbedarfs von rd. 6.000 T€ und den anstehenden Baumaßnahmen nach wie vor als angespannt zu bezeichnen.

Die Gesellschaft verfügt zum Bilanzstichtag über flüssige Mittel in Höhe von 3.050 T€ im Vergleich zu 2.951 T€ zum 31. Dezember 2005. Trotz flüssiger Mittel auf Vorjahresniveau konnten bei leicht gestiegenen Forderungen die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und gegenüber Kreditinstituten reduziert werden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten konnten um 1.381 T€ zurückgeführt werden. Daneben sanken die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die sonstigen Verbindlichkeiten bei gestiegenen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen.

Grund für die Entspannung der Finanzlage war neben den Mehrerrlösen auf Grund der gestiegenen Fallzahl von ca. 1,4 Mio. € die Erhöhung des Jahresbasisfallwerts auf 2.721,54 € ab dem 1. August 2006. Zusätzlich führe die nachträgliche Förderung des Sonnenschutzes im Rahmen des 1. Bauabschnitts des Krankenhausneubaus mit 400 T€ sowie die vereinnahmte Förderung der Planungskosten für den 2. Bauabschnitt in Höhe von 1.965 T€ zu einer Konsolidierung der Finanzlage der Gesellschaft.

Zur Finanzierung der Bareinbringung im Rahmen des Krankenhausneubaus erfolgte zum 31. Dezember 2006 ein Vorgriff auf pauschale Fördermittel in Höhe von 429 T€ (Vorjahr 906 T€). Der Finanzierungsspielraum für künftige Investitionen ist somit weiterhin eingeschränkt.

Die außerplanmäßigen Zuschreibungen in 2005 bezogen sich auf die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau. Die Erträge aus der Zuschreibung in Höhe von 150 T€ kompensierten eine in 2004 vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung bezüglich der elektronischen Patientenarchivierung, für die die Gründe zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2005 nicht mehr vorlagen.

Das Anlagevermögen ist wie im Vorjahr nahezu vollständig durch das angepasste Eigenkapital (abzüglich Ausgleichsposten) und den Sonderposten gedeckt. Die im Berichtsjahr getätigten Investitionen konnten die planmäßigen Abschreibungen nicht decken.

	<u>2005</u>	<u>2006</u>
Sachanlagenquote in %	78,0	72,2
Anlagenabnutzungsgrad in %	28,9	32,2

Die Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind um 12% gesunken. Die unfertigen Leistungen sind ebenfalls um 2,1% zurückgegangen.

Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht in Höhe von 7.541 T€ basieren auf dem Bewilligungsbescheid Nr. 11/2006 des MASGF vom 22. Dezember 2006 für eine Einzelförderung im Rahmen des Krankenhausinvestitionsprogramms. Der Bescheid betrifft die Vorabmaßnahme: „Errichtung eines Containergebäudes für die Aufnahme von Pflegestationen am Standort des Städtischen Klinikums Brandenburg, Beräumung des Baufelds in Vorbereitung der nachfolgend anstehenden Realisierung des Bauabschnitts „Klinik Ost“ sowie der Schaffung von Parkraumerersatzflächen“. Die Auszahlung der Fördermittel ist mit 1.800 T€ für 2008, mit 5.200 T€ für 2009 und mit 541 T€ für das Jahr 2010 vorgesehen. Die im Vorjahr ausgewiesene Forderung nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht betraf den Ausgleich von Mindererlösen des Jahres 2005.

	<u>2005</u>	<u>2006</u>
Liquidität I. Grades in %	12,4	10,5
Liquidität II. Grades in %	78,7	89,3

Bei der Betrachtung der Liquiditätsgrade ist zu beachten, dass auf Basis des Bewilligungsbescheids Nr. 11/2006 des MASGF sowohl die entsprechende Forderung wie auch die Investitionsverpflichtungen in Höhe von jeweils 7.541 T€ in die Berechnung eingehen.

Die Gesellschaft ist wie auch in den Vorjahren nicht in der Lage, das kurz- und mittelfristige Fremdkapital vollständig mit den flüssigen Mitteln und den kurzfristigen Forderungen zu decken.

Ertragslage des Unternehmens

GuV	(Angaben in T€)			
	2003	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse	61.710	62.964	64.878	68.420
2. Sonstige betriebliche Erträge	3.455	3.581	4.867	4.701
3. Personalaufwand	-36.845	-36.392	-39.171	-40.674
4. Materialaufwand	-21.564	-22.452	-24.176	-24.544
5.-7. Erträge (Zuwendungen, Ausgleichs- und SoPo)	8.601	6.425	6.933	15.540
8.-10. Aufwendungen (KHG, Ausgleichs- und SoPo)	-3.629	-1.361	-897	-10.838
11. Abschreibungen	-5.321	-5.502	-6.651	-5.192
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.984	-5.900	-5.621	-6.508
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	450	344	313	334
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-825	-881	-843	-822
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	47	825	-368	417
16. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-21	-34	-26	-21
17. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	27	790	-394	396

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 396 T€ im Vergleich zu einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 394 T€ im Geschäftsjahr 2005.

Bei den Erträgen konnten Mehrerlöse vor Erlösausgleich aus der stationären Krankenhausbehandlung in Höhe von insgesamt 1,4 Mio. € erreicht werden. Unter Berücksichtigung des daraus resultierenden Mehrerlösausgleichs konnten insgesamt Erlöse aus stationären Krankenhausleistungen in Höhe von 63.834 T€ generiert werden. Daraus resultiert derzeit ein Liquiditätsvorteil, da der Ausgleich erst nach der neuen Pflegesatzverhandlung erfolgt. Von den Mehrerlösen müssen 809 T€ an die Krankenkassen zurückgezahlt werden.

Im ambulanten Bereich konnten die Erlöse ebenso gesteigert werden. Die ambulanten Operationen erhöhten sich um 317 gegenüber dem Vorjahr. Auch trugen Steigerungen in anderen ambulanten Bereichen, wie Physiotherapie, Pathologie und Rettungsstelle zur Erlössteigerung gegenüber dem Vorjahr um 528,3 T€ bei.

Die Betriebsleistung konnte um 5,5% auf 68.420 T€ gesteigert werden. Ursächlich hierfür ist in erster Linie die Ausweitung der Erlöse aus stationären Leistungen um 5,0% . Auf Basis eines mit 1,034 im Vergleich zu 1,024 im Vorjahr nur geringfügig gestiegenen Case-Mix-Index (CMI) führte vor allem die Erhöhung der Fallzahl um 736 (+3,3%) auf 22.867 zu der Erlössteigerung. Die Summe der Bewertungsrelationen liegt deutlich über den vereinbarten Werten. Daneben trug der gegenüber dem Vorjahr um 67,67 € (+2,7%) auf 2.545,52 € gestiegene Basisfallwert ohne Ausgleiche und Berichtigungen als Auswirkung der Angleichung an den Landesbasisfallwert in der Konvergenzphase zur Steigerung der Erlöse aus Krankenhausleistung bei. Die um 528 T€ auf 3.203 T€ gestiegenen Erlöse aus ambulanten Leistungen beruhen in erster Linie auf 317 Mehroperationen gegenüber dem Vorjahr und einer positiven Entwicklung der Bereiche Physiotherapie, Pathologie und Rettungsstelle.

Der positiven Entwicklung der Erlöse steht der Anstieg der Aufwendungen für die Betriebsleistung um 2.608 T€ (+3,7%) auf 73.060 T€ gegenüber.

Die Gründe hierfür liegen insbesondere in der Steigerung der Personalaufwendungen, welche um 1.503 T€ (+3,8%) auf 40.674 T€ gestiegen sind. Hier konnte der leichte Rückgang der durchschnittlichen Vollkräftezahl um 6,09 (-0,8%) auf 748,10 insbesondere die Steigerungen im Zuge der Anwendung des Tarifvertrages BAT-Ost zum 1. Januar 2005 nicht kompensieren. Aus dem Tarifvertrag kam es u. a. zu einer direkten Steigerung aus der Anpassung an das Tarifniveau West von 1,5% zum 1. Juli 2006. Daneben trugen u. a. gestiegene Beitragssätze zur ZVK, Beförderungen und Bewährungsaufstiege, Belastungen aus Altersteilzeitregelungen sowie über den Personalaufwand erfasste, jedoch teilweise über andere GuV-Positionen kompensierte, Liquidationsberechnungen der Ärzte zur Erhöhung der Personalaufwendungen bei.

Die Personalaufwendungen stiegen um 3,8%. Dabei stiegen die Löhne und Gehälter um 3,7% und die sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung um 4,6%.

In Anlehnung an die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes 2006 belasten Liquidationseinnahmen, welche erstmals in 2006 über die Lohnabrechnung erfasst werden müssen, von ca. 200 T€ die Personalkosten. Auf Unternehmensebene ist dieser Vorgang jedoch kostenneutral, da sich die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfassten Nutzungsentgelte der Ärzte um diesen Betrag entsprechend erhöhten. Auch trägt die in 2006 notwendige Erhöhung der Rückstellungen für Altersteilzeit zur Personalkostensteigerung bei.

	<u>2005</u>	<u>2006</u>
Personalaufwand in T€	39.171,0	40.674,0
Vollkräfte	754,2	748,1
Personalaufwand je Vollkraft in T€	51,9	54,4
Gesamtleistung je Vollkraft in T€	85,6	90,8
Personalaufwandsquote in %	60,7	59,9
Fälle je Vollkraft	29,5	30,2
Personalaufwand je Fall in T€	1.793,0	1.798,0

Die in den Sachkosten enthaltenen Materialaufwendungen stiegen als Folge der eingeleiteten Sparmaßnahmen nur moderat um 367 T€ (+ 1,5%) auf 24.544 T€.

	<u>2005</u>	<u>2006</u>
Materialaufwand in T€	24.177	24.544
Materialaufwandsquote in %	37,5	36,1
Materialaufwand je Fall in T€	1.106	1.085

Der Anstieg bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen (+3,9%) resultiert in erster Linie aus gestiegenen Aufwendungen für medizinischen Bedarf (+3,2%) und den gestiegenen Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe (+10,7%).

Die Entwicklung bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und den bezogenen Leistungen ist dabei im Wesentlichen organisatorischen Veränderungen in der Beschaffung von Blut geschuldet. Ab Juli 2005 werden Blutprodukte von DRK bezogen. Hieraus resultiert ein Anstieg des medizinischen Bedarfs in Höhe von 217 T€, wohingegen entsprechende Einsparungen bei den Untersuchungen für Blut an fremden Instituten in Höhe von 332 T€ zu verzeichnen sind.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen insbesondere auf Grund von um 387 T€ gestiegenen Aufwendungen für Apothekenlieferungen an Dritte und von um 151 T€ gegenüber 2005 gestiegenen Wertberichtigungen auf Forderungen deutlich an.

Der bei den sonstigen betrieblichen Erträgen zu verzeichnende Rückgang resultiert im Wesentlichen aus Sondereffekten wie der Zuschreibung im Anlagevermögen in Höhe von 150 T€ und aus Erträgen der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 376 T€ im Jahr 2005. Diese konnten durch um Mehrerlöse in Höhe von 369 T€ aus Apothekenverkäufen nicht vollständig kompensiert werden.

Zusammensetzung der Umsatzerlöse in T€		
	<u>2005</u>	<u>2006</u>
Erlöse aus stationären Leistungen	61.056	63.860
<u>Erlöse aus Krankenhausleistungen</u>		
DRG	58.560	61.789
Basispflegesatz	0	1
Abteilungspflegesätze	7	70
Ausgleiche und Berichtigungen	-809	-1.602
Krankenhausindividuelle Entgelte	222	188
Erlöse Arzt im Praktikum	649	755
Erlöse Ausbildungsbudget	1.407	1.523
Erlöse aus vor- und nachstationärer Behandlung	348	436
Erlöse aus Ausbildungsstättenumlage	211	172
sonstige Erlöse	203	502
<u>Erlöse aus Wahnleistungen</u>	39	47
<u>Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen</u>	219	-21
Erlöse aus übrigen Leistungen	3.478	4.057
<u>Erlöse aus ambulanten Leistungen</u>	2.674	3.203
<u>Erlöse aus Nutzungsentgelten</u>	804	854
Gesamtleistung	<u>64.534</u>	<u>67.917</u>

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen setzen sich nahezu vollständig aus DRG Fallpauschalen nach dem Krankenhausentgelt-Gesetz (KHEntgG) zusammen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens

Die kurzfristige Liquidität des Hauses ist ausreichend. Zur Finanzierung des Eigenanteils am 2. Bauabschnitt (Neubau Bettenhaus) sowie zur Vorfinanzierung der geförderten Investitionen laufen gegenwärtig Verhandlungen mit verschiedenen Kreditinstituten. Die Sicherung der Liquidität setzt den Abschluss entsprechender Finanzierungsverträge voraus.

Zur Sicherstellung der mittelfristigen Liquidität ist grundsätzlich die Erwirtschaftung eines tendenziell immer positiver werdenden Betriebsergebnisses Voraussetzung, um den auf das Klinikum durch den zweiten Bauabschnitt zukommenden Zinsaufwand, insbesondere für die Vorfinanzierung der Baumaßnahmen, und das hieraus resultierende stärker negativ werdende Finanzergebnis zu verkräften. Weiterhin wird in den Liquidationsplanungen von einer Verlängerung der bestehenden mittelfristigen Darlehen bzw. insbesondere von einer Tilgung des Darlehens der Technischen Werke Brandenburg GmbH durch die beantragten zusätzlichen Mittel für den 1. Bauabschnitt ausgegangen.

Die Planungen der Gesellschaft unterliegen neben den beschriebenen Risiken aus den anstehenden und bereits abgeschlossenen Bauabschnitten auch den Risiken aber auch Chancen im Krankenhaussektor.

Erlössteigerung aus der Konvergenzphase und stabile Fallzahlen erwartet

Die Budgets der Krankenhäuser eines Bundeslandes unterliegen seit 2005 der Konvergenzphase. Ausgehend von einem einheitlichen Landesbasisfallwert werden die krankenhausesindividuellen Ist-Budgets bis zum Jahr 2009 an den jeweiligen Landesbasisfallwert angeglichen. Da der Basisfallwert des Klinikums unter dem Landesbasisfallwert liegt, ist aus der Anpassung mit einer überdurchschnittlichen Erhöhung des Budgets für das Klinikum bis 2009 zu rechnen. Die Gesellschaft geht für diese Übergangsphase von entsprechenden Budgetsteigerungen von rund 640 T€ pro Jahr aus.

Daneben geht die Gesellschaft von einer stabilen Fallzahlenentwicklung für die kommenden Geschäftsjahre aus.

Künftige wirtschaftliche Lage durch Krankenhausneubau geprägt

Mit Schreiben vom 22. März 2007 erfolgte vor dem Hintergrund der bereits in 2006 erlangten Förderbescheide für die Planungskosten und die Errichtung der Containerklinik die offizielle Planungsfreigabe für den 2. Bauabschnitt des Krankenhausneubaus. Baubeginn für die Vorabmaßnahme war der 15. Mai 2007. Der Beginn der Hauptmaßnahme ist für Anfang 2008 terminiert.

Der Fördermittelantrag für die Hauptmaßnahme wurde am 29. Mai 2007 eingereicht. Neben dem voraussichtlichen Trägeranteil von 10%, ist die Zwischenfinanzierung der Fördermittel vom Klinikum sicherzustellen, da das Land die Fördermittel nicht entsprechend der Rechnungslegungen nach Baufortschritt zur Verfügung stellen kann.

Konkrete Vereinbarungen zur Zwischenfinanzierung werden derzeit geführt. Der erfolgreiche Abschluss ist essenzielle Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung des Bauvorhabens und die mittelfristige Sicherung der Liquidität der Gesellschaft.

Neben den dargestellten Risiken können auch Überschreitungen bei den Baukosten nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Jedoch bietet die Umsetzung des 2. Bauabschnitts dem Klinikum eine langfristige Perspektive. Durch den Neubau werden Voraussetzungen für einen effizienten Krankenhausbetrieb geschaffen und die Attraktivität für Patienten und Mitarbeiter erhöht.

Positive Jahresergebnisse erwartet; Unsicherheit hinsichtlich der Entwicklung der Personalaufwendungen

Für das Geschäftsjahr geht die Gesellschaft gemäß dem vom Aufsichtsrat verabschiedeten Wirtschaftsplan von einem ausgeglichenen Ergebnis bei Erlösen von 68,1 Mio. € aus. Auch für die Jahre 2008 bis 2011 wird trotz den Belastungen durch den Krankenhausneubau von positiven Jahresergebnissen ausgegangen.

Voraussetzung für die Erreichung des Planungsziels ist der Eintritt der Budgetsteigerung sowie die erforderliche Umsetzung der vorgesehenen Kosteneinsparungen im Personal- und Sachbereich.

Trotz der fundierten Zukunftsplanung sind negative Entwicklungen und Auswirkungen, insbesondere aus den Bereichen Krankenhausneubau und Entwicklung der Erlöse und Personalkosten, auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nicht ausgeschlossen. Jedoch wird davon ausgegangen, die anstehenden Aufgaben erfolgreich zu bewältigen.

Neben den aufgezeigten Risiken und Planungsunsicherheiten eröffnet die geplante Umsetzung des 2. Bauabschnitts eine langfristige Zukunftssicherung für das Klinikum. Der Neubau bietet eine verbesserte Versorgung bei effizienteren Strukturen sowie verbesserte Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter.

Für das Jahr 2007 ist insbesondere eine Konsolidierung im Bereich der Personalaufwendungen fortzuführen. Darüber hinaus sollen im Bereich des Materialaufwands und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen weitere Einsparpotentiale gehoben werden.

II.2.2.1 KSC Klinik Service Center GmbH



Fotos: KSC GmbH

Geschäftsbereich

Dienstleistungen im Gesundheitswesen

Firmensitz

Hochstraße 29
14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 03381/ 41 27 00

Fax: 03381/ 41 27 09

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 31. August 1999 wurde die KSC Klinik Service Center GmbH (KSC), Brandenburg an der Havel, auf der Grundlage eines SVV-Beschlusses vom 21.07.1999 gegründet. Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 8. Juni 2000 unter der Nummer HRB 13766 P.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.000 €

Die KSC Klinik Service Center GmbH mit Sitz in Brandenburg an der Havel ist ein in Mehrheitsbesitz stehendes Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH. Die Gesellschaftsanteile verteilen sich wie folgt:

Beteiligungsverhältnisse	€	%
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	12.750	51%
Dussmann Beteiligungsgesellschaft mbH	6.250	25%
Gebäudereinigung Brandenburg GmbH	3.500	14%
Caritas Krankenhaus Berlin e. V.	2.500	10%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hält keine eigenen Beteiligungen.

Aktueller Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 8. Juli 2002. Die Gesellschaft wurde unter der Registriernummer HR-B 13766 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Frau Gabriele Wolter

Herr Walter Schilling

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich. Die beiden Geschäftsführer werden von den Hauptgesellschaftern gestellt.

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH wahrgenommen.

Im Berichtsjahr hat eine Gesellschafterversammlung der KSC GmbH stattgefunden.

- *Aufsichtsrat*

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat. Nach § 9 des Gesellschaftsvertrages kann die Gesellschafterversammlung die Einführung eines Aufsichtsrats beschließen, ansonsten werden dessen Aufgaben durch die Gesellschafterversammlung wahrgenommen.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Die KSC ist als Organgesellschaft der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH Dienstleister für den Organträger in den Bereichen Catering, Gebäudereinigung und Wirtschaftsdienste, Technik und Verwaltung. Die Wirtschaftsdienste umfassen den Hol- und Bringdienst, den Patiententransport und den Fuhrpark.

Gegenstand der KSC ist die Bewirtschaftung von Krankenhäusern, Seniorenheimen und anderen sozialen Einrichtungen durch die Herstellung und Lieferung von Verpflegung, den Betrieb von gastronomischen Einrichtungen und die Erbringung von sonstigen Dienstleistungen, insbesondere im Bereich der Speiserversorgung, das Gebäudemanagement und die Installation, Wartung und Instandhaltung von Elektro- und Fernmeldeanlagen und Klima- und Heizungstechnik, der Reinigungsdienst, das Betreiben von Archivräumen, das Erbringen von Schreibleistungen sowie dazugehörige Dienstleistungen. Die Gesellschaft übernimmt alle Arten von Tätigkeiten, welche zur Versorgung der in den sozialen Einrichtungen untergebrachten Personen sowie ihrer Mitarbeiter mit Dienstleistungen und Waren geeignet sind. Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Versorgung sozialer Einrichtungen mit Dienstleistungen und Waren anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, belasten und veräußern. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden, Gewerbebauten, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Einrichtungen auf eigene oder fremde Rechnung erstellen, bewirtschaften, erwerben, veräußern oder bereitstellen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten und ferner Interessengemeinschaften eingehen, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und dem Bedarf der Stadt steht.

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 305 Arbeitnehmer (inkl. Azubi), dies entspricht 257,77 Vollkräften (Vorjahr 250,39), beschäftigt.

Die Zahlen teilen sich wie folgt auf die Geschäftsfelder der KSC auf:

Mitarbeiter	2004			2005			2006		
	Arbeitnehmer	Azubi	VK	Arbeitnehmer	Azubi	VK	Arbeitnehmer	Azubi	VK
Catering	45	0	42,52	42	0	41,17	40	0	39,83
Gebäudereinigung	110	0	80,18	109	0	79,41	113	0	81,56
Wirtschaftsdienst	103	0	95,71	105	3	96,73	106	5	99,33
Technik	30	14	30,84	35	8	32,08	36	6	36,05
Verwaltung	2	0	1,75	1	0	1,00	1	0	1,00
gesamt	290	14	251	292	11	250,39	296	11	257,77

Im Durchschnitt des Geschäftsjahres setzten sich die Vollkräfte wie folgt zusammen:

Angestellte	89,99
Arbeiter	167,78

Verlauf des Geschäftsjahres

Die KSC Klinik Service Center GmbH ist ein in Mehrheitsbesitz stehendes Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und ist für die Organträger in den Bereichen Catering, Gebäudereinigung, Wirtschaftsdienste, Technik und Verwaltung tätig.

Die KSC – Klinik Service Center GmbH erbringt den größten Teil ihrer Leistungen gegenüber der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Die Leistungen im Bereich Speisensversorgung werden einzeln in Rechnung gestellt. Die regelmäßigen Reinigungsleistungen (Reinigungskräfte und Stationshilfen) werden auf der Grundlage bestätigter Kalkulationen monatlich abgerechnet. Reinigungsleistungen in größeren Zeitabständen bzw. Sonderreinigungen werden separat in Rechnung gestellt. Die übrigen Leistungen der KSC – Klinik Service Center GmbH werden pauschal abgegolten. Dies hat sich bewährt, da der Aufwand bei der individuellen Abrechnung vieler unterschiedlicher Teilleistungen das sinnvolle Maß übersteigen würde.

Die Leistungen der KSC – Klinik Service Center GmbH gegenüber anderen Partnern werden grundsätzlich einzeln kalkuliert und in Rechnung gestellt. Sie gliedern sich wie folgt auf:

<u>Partner</u>	<u>Leistung</u>
St. Marienkrankenhaus	Speisensversorgung Betrieb der Cafeteria Reinigung Technik (ab 01.04.2006)
DRK - Kinderdorf	Reinigung
Kita Schmerzke	Hausmeisterservice Reinigung
Heidelberger Druckmaschinen	Speisensversorgung Transportleistungen
Labor Dr. Wurche	Reinigung
Labor Dr. Heuer (vormals Britz)	Transportleistungen
Marta - Piter - Heim	Reinigung

Die Entwicklung der Gesellschaft ist damit stark abhängig von der Leistungsnachfrage von Anbietern im Bereich des Gesundheitswesens. Dieser Bereich ist geprägt von restriktiven Budgets, so dass Preissteigerungen oft nicht durchsetzbar sind und Einsparungspotentiale in allen Bereichen realisiert werden müssen. Sinkende Fallzahlen und Verweildauerrückgänge im stationären Krankenhausbereich lassen in der Zukunft leicht rückläufige Umsätze erwarten. Dies betrifft sowohl den Catering- als auch den Reinigungsbereich.

Auf Grund der Verbindung mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH sind die Umsätze sehr stark von der Beauftragung durch das Klinikum abhängig.

Die Geschäftsentwicklung der KSC – Klinik Service Center GmbH verlief im Geschäftsjahr 2006 positiv.

Jahresrückblick 2006

01. April

Übernahme Technik im St. Marienkrankenhaus

Die KSC hat die Leistungen des Bereichs Technik im St. Marienkrankenhaus übernommen. Die Aufgaben umfassen die Wartung, Pflege und Instandsetzung der Anlagen, Geräte, Freianlagen und Gebäude sowie die Stellung eines Brandschutzbeauftragten und die Absicherung der Fahrbereitschaft.

02. November Patientenlift für Marienbad

Ein mobiler Schwimmbadlift wurde von der KSC dem Marienbad in Brandenburg an der Havel übergeben. Der Schwimmbadlift dient dem Umsetzen von einem Rollstuhl in das Schwimmbecken. Mit dem Gerät wurde die Behindertenfreundlichkeit des Marienbads in gemeinsamer Abstimmung mit der KSC verbessert.

31. Dezember Leistungen

Durch eine Ausweitung der Leistungen für die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH und für Dritte konnte der Jahresumsatz im Jahr 2006 gesteigert werden. Zum Klinikum konnte der Umsatz um 53,8 T€ und gegenüber Dritte um 213,9 T€ gesteigert werden.

Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
Bilanz	2003	2004	2005	2006
<u>Aktivseite</u>				
A. Anlagevermögen	268	269	270	228
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	10	8	6	3
II. Sachanlagen	258	261	264	225
B. Umlaufvermögen	853	1.310	1.381	1.149
I. Vorräte	16	17	16	17
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	786	1.233	1.258	1.050
III. Kassenbestand, Guthaben	51	60	107	82
C. Rechnungsabgrenzungsposten	8	6	2	3
<u>Passivseite</u>				
A. Eigenkapital	66	86	114	132
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	25	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	62	41	61	89
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-21	20	27	18
B. Rückstellungen	230	131	84	44
C. Verbindlichkeiten	833	1.367	1.455	1.204
Bilanzsumme	1.129	1.585	1.652	1.380

Die Gesellschaft hat eine relativ geringe Eigenkapitalquote, wobei sich diese von 6,9% im Jahr 2005 auf 9,6% zum Bilanzstichtag 2006 erhöht hat.

Stabile – von den Geschäftsbeziehungen zur Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH geprägte - Finanzlage

Die Liquiditätslage der Gesellschaft zeigt sich im Wesentlichen unverändert zum Jahr 2005. Der Liquiditätsgrad I beträgt 6,6%, die Liquidität 2. Grades 91,5% und die Liquidität 3. Grades beläuft sich auf 92,9%.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft ist in erster Linie durch die Geschäftsbeziehungen mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH geprägt. Durch die Zahlungen des Klinikums für die erbrachten Leistungen wird die Liquidität der Gesellschaft gesteuert bez. sichergestellt. Daneben ist die Zahlungsfähigkeit durch eine Kontokorrentverbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 500 T€, welche auf einem auf unbestimmte Zeit geschlossenen Vertrag beruht und als kurzfristige Schuld qualifiziert wurde, gesichert.

Die Gesellschaft verfügt zum Bilanzstichtag über liquide Mittel in Höhe von 81,8 T€.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe betreffen den Bereich Technik und die ausgewiesenen Waren den Bereich der Cafeteria.

Die Rückstellungen betreffen im Einzelnen die folgenden Risiken:

Rückstellungen	2005	2006
	T€	T€
Altersteilzeit	68,1	30,5
Jahresabschlusskosten	10,0	7,5
Urlaubsansprüche	5,8	6,0
gesamt	<u>83,9</u>	<u>44,0</u>

Die sonstigen Rückstellungen sind rückläufig und werden mit 44 T€ ausgewiesen. Dies ist vornehmlich auf den restriktiven Umgang mit Altersteilzeitvereinbarungen, sowie auf den vermehrten Übergang der Mitarbeiter in die Freistellungsphase zurückzuführen.

Die wesentlichen sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen:

- Leasingverpflichtungen für 3 Kraftfahrzeuge des Fuhrparks 2007 20,7 T€
- Mietverpflichtungen gegenüber dem Klinikum 2007 26,4 T€

Investitionen

Die im Geschäftsjahr 2006 getätigten Investitionen betreffen im Wesentlichen die Anschaffung von einem mobilen Patientenlift für den Bereich Physiotherapie, die Ausstattung der Technikverwaltung und der E – Werkstatt mit Hardware, die Anschaffung einer Volumenstrommesshaube für die Instandhaltungswerkstatt, einer elektrischen Registrierkasse für die Cafeteria, einer Videoüberwachungsanlage für die Pforte, eines Heißluftdämpfers und drei Kühltruhen für die Küche und diverser geringfügiger Wirtschaftsgüter.

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr neben der Anschaffung eines Transporters für den Fuhrpark Investitionen für Büroeinrichtungen, sonstige Betriebsausstattungen sowie geringwertige Wirtschaftsgüter getätigt. Die geplanten Investitionen für das Geschäftsjahr 2007 belaufen sich auf 21 T€.

Zuschüsse

Die KSC hat im Berichtsjahr keine Finanz-/ Fördermittel der öffentlichen Hand erhalten. Die KSC hat im Berichtsjahr keine Zuschüsse für Investitionen erhalten.

Ertragslage des Unternehmens

GuV	(Angaben in T€)			
	2003	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse	8.788	9.142	9.236	9.504
2. Sonstige betriebliche Erträge	27	35	45	33
3. Personalaufwand	-6.430	-6.710	-6.686	-6.944
4. Materialaufwand	-2.054	-2.096	-2.217	-2.210
5. Abschreibungen	-72	-76	-81	-75
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-240	-249	-238	-262
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1	1
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-13	-24	-23	-25
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7	23	37	20
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-28	-2	-10	-3
11. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	-21	20	27	18

Für das Jahr 2006 stellt sich der Gesamtumsatz untergliedert nach den Geschäftsbereichen wie folgt dar:

Umsatzerlöse	2005 T€	2006 T€
Catering	2.221	2.293
Gebäudereinigung	1.985	2.051
Wirtschaftsdienst	3.077	3.093
Technik	1.953	2.067
gesamt	<u>9.236</u>	<u>9.504</u>

Insgesamt wird somit ein Mehrumsatz gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 267 T€ erreicht.

Die Planansätze hinsichtlich der Umsätze konnten erreicht werden, wohingegen der geplante Jahresüberschuss nicht realisiert werden konnte. Bei einem gegenüber dem Planansatz (9.316 T€) leicht erhöhten Umsatzvolumen von 9.504 T€ schließt das Jahr 2006 mit einem Jahresüberschuss von 18 T€ ab. In den Planungen wurde von einem Jahresüberschuss von 98 T€ ausgegangen.

Der Umsatz teilt sich wie folgt auf:

Umsatzerlöse	2006 T€	Anteil %
Umsatzerlöse gegenüber Klinikum	8.175,3	86,0
Außenumsätze	1.328,5	14,0
gesamt	<u>9.503,8</u>	<u>100,0</u>

Erlössituation

Die Innenumsätze mit der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH konnten um 53,8 T€ gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Dabei haben insbesondere die gegenüber 2005 erhöhten Patientenzahlen im Klinikum bei der KSC im Bereich Catering zu diesen Mehrerlösen geführt.

Weit mehr als die Innenumsätze konnten die Umsätze mit Dritten erhöht werden. die Cateringleistungen gegenüber dem Marienkrankenhaus und der Heidelberger Druckmaschinen AG konnten nennenswert gesteigert werden, so dass sich der Gesamtbereich Catering weiter positiv entwickelt.

Weiterhin wirkt sich die Übernahme der Reinigungsleistungen für das Marta-Piter-Heim in 2006 ganzjährig erlöserhöhend aus.

Zum 1. April 2006 wurde der Bereich Technik des Marienkrankenhauses in Form eines Dienstleistungsvertrags als weiteres Geschäftsfeld übernommen. Es wird ein Monatsumsatz von durchschnittlich 11,5 T€ generiert, der in der Planung für 2006 nicht berücksichtigt war.

Umsatzerlöse überplanmäßig auf 9.504 T€ (+ 2,9%) gestiegen

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatzzanstieg um 267 T€ (+ 2,9%) auf 9.504 T€ zu verzeichnen.

Die Umsätze mit der Muttergesellschaft, der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH, erhöhten sich gegenüber 2005 um 54 T€ (+ 0,7%) auf 8.175 T€ und tragen dabei wie in den Vorjahren mit rund 86% den Hauptanteil des Geschäfts der Gesellschaft. Allerdings resultiert der 2006 zu verzeichnende Umsatzzanstieg in erster Linie aus dem um 19,1% deutlich auf 1.329 T€ gestiegene Drittumsatz.

Die Umsatzzuwächse in den einzelnen Geschäftsbereichen entwickelten sich unterschiedlich positiv. Die Umsatzsteigerung im Bereich Catering auf 2.293 T€ (+3,2%) ist neben gestiegenen Leistungen an die Heidelberger Druckmaschinen AG und das Marienkrankenhaus insbesondere auf die gestiegenen

Patientenzahlen im Klinikum zurückzuführen. Im Bereich Gebäudereinigung erhöhten sich die Umsätze insbesondere durch die Übernahme der Reinigungsleistungen für das Marta-Piter-Heim auf 2.050 T€ (+ 3,3%). Die Erlöse im Bereich Wirtschaftsdienste liegen mit 3.093 T€ (+ 0,5%) auf Vorjahresniveau. Der Umsatz im Bereich Technik konnte deutlich auf 2.068 T€ (+ 5,9%) gesteigert werden. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die ab April 2006 an das Marienkrankenhaus erbrachten Leistungen.

Kostensituation

Die Position Materialaufwand (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Leistungen) hat sich gegenüber dem Vorjahr trotz der Leistungssteigerungen mit -7,4 T€ positiv entwickelt.

Die Personalkosten sind im Vergleich zu 2005 dagegen um 258,4 T€ angestiegen. Dies ist unter anderem auf die unterjährig erfolgte Leistungserweiterung in den Geschäftsfeldern Gebäudereinigung (Übernahme Reinigungsleistungen Marta-Piter-Heim) und Technik mit der Übernahme von Aufgaben aus dem Bereich Technik des St. Marienkrankenhauses (Übernahme von 3 Mitarbeitern zur Wartung, Pflege und Instandsetzung der Anlagen, Geräte und Gebäude sowie der Gestellung eines Brandschutzbeauftragten und die Absicherung der Fahrbereitschaft) zurückzuführen.

Außerdem sind die internen Bereiche Wirtschaft, Gebäudereinigung und Technik gekennzeichnet durch eine schleichende Leistungserweiterung für das Klinikum. Hier musste mehr Personal eingesetzt werden, ohne diesen Mehreinsatz dem Klinikum zusätzlich zu berechnen.

Neben der Leistungserweiterung ist ein hoher Krankenstand für die Veränderungen der Zahl der durchschnittlichen Vollkräfte verantwortlich. Zusätzlich ist das Personalkosten-Budget durch außerplanmäßige Beiträge für die Berufsgenossenschaft in Höhe von 8 T€ belastet.

Die Abschreibungen, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie die Zinsaufwendungen haben für die Ertragslage der Gesellschaft nur eine untergeordnete Bedeutung und zeigen sich im Wesentlichen gemäß den Vorjahren bzw. der Planung.

Jahresüberschuss mit 18 T€ unter Vorjahresniveau; gestiegene Personalaufwendungen belasten Ergebnis

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss von 18 T€ (Vorjahr 28 T€).

Maßgeblich zum Jahresergebnis tragen die Bereiche Reinigung, Wirtschaft und Technik bei, die Überschüsse bzw. ein ausgeglichenes Ergebnis erwirtschaftet haben.

Der Bereich Catering ist noch defizitär, wobei bereits eingeleitete Veränderungen, insbesondere solche, die den Personalbereich betreffen, erste Wirkungen zeigen. So hat sich im Vergleich zum Vorjahr (- 42 T€) das Jahresdefizit 2006 mit - 22 T€ um fast die Hälfte verringert.

Die Akquisition neuer Geschäftsfelder bringt ebenfalls erste Erfolge, so wurde zum 01.04.2006 der Bereich Technik des Marienkrankenhauses in die KSC übernommen.

Während sich der Materialaufwand bei gestiegenen Umsatzerlösen mit 2.210 T€ (- 0,3%) fast unverändert zum Vorjahr zeigt, ist der Personalaufwand deutlich auf 6.994 T€ (+ 3,9%) gestiegen. Die Materialaufwandsquote sank gegenüber 2005 von 23,9% auf 23,2%, wohingegen sich die Personalaufwandsquote von 72,0% auf 72,8% erhöhte.

Der Anstieg der Personalaufwendungen resultiert bei im Wesentlichen konstanten Löhnen und Gehältern in erster Linie aus einem gestiegenen Personalbestand als Folge der ausgeweiteten Geschäftsaktivitäten. Die durchschnittliche Vollkräftezahl ist um 7,38 auf 257,77 Vollkräfte (+ 2,9%) gestiegen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Abhängigkeit von der allgemeinen Entwicklung im Gesundheitswesen sowie der Städtischen Klinikum Brandenburg GmbH

Der Krankenhaussektor ist grundsätzlich geprägt von restriktiven Budgets, in denen Preissteigerungen nicht bzw. sehr schwer durchsetzbar sind. Die Gesellschaft erzielt ihre Umsatzerlöse fast ausschließlich in diesem Bereich, wobei über 85% der Umsätze mit der Muttergesellschaft, der Städtischen Klinikum Brandenburg GmbH, Brandenburg an der Havel, getätigt werden. Vor diesem Hintergrund lässt die bei den Umsätzen gegenüber dem Klinikum wie in den Vorjahren zu erwartende Tendenz zu einer weiteren Verweildauerreduzierung und zur Verschiebung von Patienten vom stationären in den ambulanten Bereich hier leicht rückläufige Umsätze zu erwarten.

Die Geschäftsführung schätzt die Abhängigkeit der Gesellschaft von den Entwicklungen auf dem Krankenhausmarkt sowie von der Geschäftsentwicklung des Mutterunternehmens als beherrschbares Risiko im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft ein.

Positive Jahresergebnisse für 2007 und 2008 durch Effizienzsteigerungen und Verbesserung der Wirtschaftlichkeit erwartet

Die wesentlichen Ziele der Gesellschaft für die Zukunft liegen in einer weiteren Kostenminimierung durch effizientes Personalmanagement, einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Cateringbereichs sowie in einer Strategieentwicklung zur Verbesserung des Jahresergebnisses 2007. Im Rahmen eines externen Beratungsprojekts sollten dabei die Arbeitsabläufe analysiert und optimiert werden, um weiter Kostensenkungspotentiale, auch in Hinblick auf die Leistungen an die Muttergesellschaft, zu generieren.

Die Aufwandsplanung der Gesellschaft ist wie in den Vorjahren stark vom Personalbereich geprägt, wo auf Grund des gestiegenen Personalbestands bei konstanten Vergütungen in 2007 mit einem Mehraufwand von 53 T€ gegenüber dem Jahr 2006 gerechnet wird. Bei den übrigen GuV-Positionen geht die Gesellschaft in ihrer Planung für 2007 im Wesentlichen von einer Entwicklung auf dem Niveau des Jahres 2006 aus. Gemäß Wirtschaftsplan rechnet die Gesellschaft für das kommende Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 25 T€ und auch für das Jahr 2008 mit einem positiven Jahresergebnis.

Die Aufwandsplanung der KSC wird weiterhin sehr stark vom Personalkostenansatz beeinflusst. Bei erhöhtem Personalbestand im Plan 2007 gegenüber 2006 erhöhen sich die Personalkosten im Jahr 2007 um rund 52 T€.

Bei der Planung der Sachkosten wurde von einem gleich bleibenden Kostenniveau zu 2006 ausgegangen. Überproportionale Preissteigerungen und sonstige Kostenerhöhungen sind durch Einsparungen in anderen Bereichen zu kompensieren.

Der Verkauf von Cateringleistungen wird tendenziell auch in 2007 etwas zurückgehen, da diese Leistungen auf Basis der Beköstigungstage abgerechnet werden.

Durch die Zunahme von ambulanten Operationen besteht weiterhin die Möglichkeit, zusätzliche Mittagessen an die ambulanten Patienten direkt zu verkaufen, um so entstehende Mindererlöse auszugleichen. Eine Kostenerstattung des Mittagessens durch die Krankenkassen ist bei diesen ambulanten Fällen nicht gegeben.

Primärziel ist weiterhin der Ausbau bestehender und die Akquisition neuer Geschäftsfelder durch die Leitungsebene aller Bereiche sowie die Kostenminimierung durch effizientes Personalmanagement und Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Cateringbereiches einschließlich der beiden Cafeterien; Abbau des Defizits durch geeignete organisatorische und personelle Maßnahmen.

Es werden weiterhin monatlich Betriebsabrechnungsbögen zur Kontrolle und Überwachung der Einzelergebnisse erstellt. Dies hat sich als adäquates Steuerungsinstrument bewährt.

Weitere Leistungsanforderungen durch das Klinikum können zukünftig nur noch dann realisiert werden, wenn sie auch zu zusätzlichen Erlösen führen. Bei künftigen Planungen ist dieser Sachverhalt unbedingt zu berücksichtigen.

Auf Grund der zunehmenden finanziellen Belastungen für die Krankenhäuser im Gesundheitssystem müssen auch in der KSC vorhandene Effizienzpotentiale gehoben werden.

Da die Kosten der KSC die Sachkosten der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH stark beeinflussen, muss analysiert werden, in wie weit die stark gestiegenen Leistungen des Wirtschaftsdienstes, unter anderem mit den Sekretariaten und Dokumentationsassistenten, dem Bereich Technik mit den verschiedenen Wartungsverträgen und dem defizitären Bereich Catering durch Einsparungen effizienter umgesetzt werden können.

Angedacht ist eine externe Beratung mit einer primär erfolgsabhängigen Vergütung. Als Ziel wird eine Einsparung von, 500 T€ erwartet. Im Wirtschaftsplan 2007 wurden 40 T€ für eine Unternehmensanalyse der KSC eingestellt.

Ein aus unserer Sicht beherrschbares Risiko sind die Verweildauerreduzierung und die Verschiebung von Fällen aus dem stationären Bereich in den Bereich ambulantes Operieren in der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH im Rahmen der DRG.

Ein nennenswerter Verkauf von Beköstigungsleistungen an ambulant operierte Patienten konnte bisher nicht verzeichnet werden und schlägt sich nur in den Umsätzen der Cafeteria nieder.

Aber auch zukünftig bleibt die Entwicklung der Gesellschaft in einem starken Maße von der Beauftragung durch den Gesellschafter abhängig.

Gemäß des für 2007 verabschiedeten Wirtschaftsplans rechnet die Geschäftsführung im kommenden Jahr mit Umsatzerlösen in Höhe von 9.644 T€ und einem Jahresüberschuss von 25 T€. Für das Jahr 2008 geht man ebenfalls von einer Entwicklung auf dem gegenwärtigen und für 2007 geplanten Niveau aus.

II.2.2.2 Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH



Fotos: Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH

Geschäftsbereich

Medizinisches Versorgungszentrum

Firmensitz

Kanalstraße 8/9
14776 Brandenburg an der Havel

Gründung

Mit Gesellschaftsvertrag vom 10. Dezember 2001 hat die SKB die KB - Praxis für Innere Medizin GmbH, Brandenburg an der Havel, gegründet.

Die Handelsregistereintragung beim Amtsgericht Potsdam erfolgte am 30. April 2002 unter der Nummer HRB 15884 P.

Mit Gesellschafterbeschluss vom 8. Februar 2005 erfolgte die Umfirmierung der KB - Praxis für Innere Medizin GmbH in die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH (MVZ). Die Eintragung der Umfirmierung in das Handelsregister wurde am 25. Februar 2005 vorgenommen

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.000 €
Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH	100%

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keiner anderen Gesellschaft beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Mit Gesellschafterbeschluss vom 8. Februar 2005 erfolgte die Umfirmierung der KB – Praxis für Innere Medizin GmbH in die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH, Brandenburg an der Havel. Die Eintragung der Umfirmierung in das Handelsregister wurde am 25. Februar 2005 vorgenommen. Das Medizinische Versorgungszentrum hat am 1. April 2005 seinen Betrieb aufgenommen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Herr Dr. med. Detlef Beckmann (bis 30.06.2007)
Herr Hans-Wilhelm Geue (ab 01.07.2007)

Die Geschäftsführung erfolgt ehrenamtlich. Der Geschäftsführer wird von der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH gestellt.

Gesellschafterversammlung

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinde gehört nach § 3 Abs. 2 GO (Gemeindeordnung) u.a. die gesundheitliche Betreuung und damit auch die ambulante Versorgung ihrer Einwohner.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb medizinischer Versorgungszentren im Sinne des § 95 Sozialgesetzbuch (SGB V), insbesondere im Rahmen der vertragsärztlichen und privatärztlichen Versorgung und der sonstigen ärztlichen Tätigkeiten, sowie weiterhin die Fortführung der bestehenden ambulanten Praxis gemäß § 3111 Abs. 2 SGB V. Die Gesellschaft darf ferner alle sonstigen Geschäfte betreiben, die der Erreichung und Förderung ihres Hauptzwecks dienlich sind. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten und ferner Interessengemeinschaften eingehen, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit und zum Bedarf der Stadt steht.

In enger Zusammenarbeit mit dem Städtischen Klinikum Brandenburg haben sich unter einem Dach unterschiedliche Fachärzte für die Versorgung im ambulanten Bereich angesiedelt. Seit dem 1. April 2005 gehört zum Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel die orthopädische Praxis von Herrn Dr. med. Christoph Kloth und die Praxis für HNO-Heilkunde von Herrn Michael Schmitz. Ergänzt werden die beiden fachärztlichen Praxen um eine ambulante Physiotherapie des Städtischen Klinikums Brandenburg. Hierbei werden folgende physiotherapeutische Leistungen angeboten: Krankengymnastik, Massagen, Elektrotherapie, Ultraschall, Manuelle Therapie, Manuelle Lymphdrainage, Manipulationsmassage nach Terrier. Zwischen den fachärztlichen Praxen und dem Städtischen Klinikum Brandenburg erfolgt eine enge Zusammenarbeit in der Versorgung ihrer Patienten und der Weiterbildung und Qualifizierung der Ärzte.

Die Gesundheitszentrum an der Havel GmbH ist für die Muttergesellschaft im Bereich der ambulanten Patientenversorgung in den Fachbereichen HNO, Orthopädie, Physikalische und Rehabilitative Medizin sowie Innere Medizin / SP Rheumatologie tätig.

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 16 Arbeitnehmer, dies entspricht 11,36 Vollkräfte, beschäftigt.

Die Zahlen teilen sich wie folgt auf die Dienstarten auf:

Mitarbeiter	2004			2005			2006		
	Arbeitnehmer	Azubi	Vollkräfte	Arbeitnehmer	Azubi	Vollkräfte	Arbeitnehmer	Azubi	Vollkräfte
Ärztlicher Dienst	1	0	1	3	0	2,44	6	0	3,59
Med.-Techn. Dienst	2	0	1,69	8	0	5,79	10	0	7,77
Gesamt	3	0	2,69	11	0	8,23	16	0	11,36

Bei den Mitarbeitern handelte es sich ausschließlich um Angestellte.

Verlauf des Geschäftsjahres

Mit Vertrag vom 2. März 2006 hat das MVZ die von Frau Dr. Gabriele Voigt in der Kanalstraße 8/9 in 14776 Brandenburg geführte Praxis für Physikalische Medizin und Rehabilitation mit sämtlichen in den Praxisräumen befindlichen Apparaten, Geräten, Instrumenten, Einrichtungsgegenständen und Materialien mit Wirkung zum 1. April 2006 übernommen. Der Kaufpreis betrug 50 T€, wobei ein Betrag von 5 T€ auf das Anlagevermögen und ein Betrag von 45 T€ auf den ideellen Wert der Praxis entfällt.

Jahresrückblick 2006

- 01. April** **Praxis für Physikalische Medizin und Rehabilitation**
Mit dem 2. Quartal 2006 wurde von der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH die Facharztpraxis von Dr. Gabriele Voigt übernommen und in das bestehende Medizinische Versorgungszentrum in der Kanalstr. 8/9 eingegliedert. Mit der Praxis für Physikalische Medizin und Rehabilitation wird das bestehende Leistungsspektrum der Orthopädie sehr gut ergänzt. Abgerundet wird diese Zusammenarbeit durch den bestehenden Bereich Physiotherapie der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH im selben Gebäude.
- 01. Juli** **Rheumatologie**
Mit Dr. med. Gabriele Zeidler und Jens Bernoth konnte die rheumatologische Versorgung im Ärztehaus West wieder aufgenommen werden. Nach dem Ausscheiden von Herrn Bohl-Bühler zum 31.03.2006 erfolgte zwischenzeitlich die rheumatologische Notfallversorgung in der Rettungsstelle des Klinikums Brandenburg. Die beiden Ärzte arbeiten in Kooperation mit dem Johanniter-Krankenhaus Fläming in Treuenbrietzen.
- 15. September** **Erweiterung Physikalische Medizin und Rehabilitation**
Die neue Praxis für Physikalische Medizin und Rehabilitation wurde mit der Einstellung von Dr. med. Kerstin Endler, Fachärztin für Physiotherapie und Fachärztin für Radiologische Diagnostik, ärztlich verstärkt. Dr. Endler hat ergänzend auch die Zusatzbezeichnung Naturheilkunde. Mit dieser Einstellung konnte das Leistungsspektrum dieser Praxis erweitert werden.
- 31. Dezember** **Leistungen**
Das Medizinische Versorgungszentrum in der Kanalstraße mit den Praxen HNO, Orthopädie und Physikalische Medizin und Rehabilitation konnte im abgelaufenen Jahr 13.021 Scheine gegenüber der KV abrechnen. Von der rheumatologischen Praxis wurden 1452 Scheine zur Abrechnung eingereicht.

Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
Bilanz	2003	2004	2005	2006
<u>Aktivseite</u>				
A. Anlagevermögen	46	53	233	251
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3	3	138	183
II. Sachanlagen	43	50	96	67
III. Finanzanlagen	0	0	0	0
B. Umlaufvermögen	46	47	100	138
I. Vorräte	0	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	45	47	100	138
III. Wertpapiere	0	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben	1	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	39	33
<u>Passivseite</u>				
A. Eigenkapital	29	31	0	0
I. Stammkapital	25	25	25	25
II. Gewinn-/Verlustvortrag	4	4	6	-64
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss	1	2	-70	6
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	39	33
B. Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0	0
C. Rückstellungen	0	0	2	3
D. Verbindlichkeiten	63	69	371	419
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	92	100	373	422

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben 114,2 T€ eine Restlaufzeit größer fünf Jahre, die Restlaufzeit aller anderen Verbindlichkeiten beträgt weniger als fünf Jahre.

Des Weiteren bestehen normale Eigentumsvorbehalte bezüglich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Auf Grund der finanziellen Überschuldung der Gesellschaft zum 31. Dezember 2006 hat die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH, Brandenburg, als Muttergesellschaft eine bis zum 30. Juni 2008 befristete Patronatserklärung mit einem Volumen von 40 T€ abgegeben.

Ertragslage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
GuV	2003	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse	183	175	381	620
2. Sonstige betriebliche Erträge	1	2	6	8
3. Personalaufwand	-142	-132	-308	-437
4. Materialaufwand	-1	-1	-18	-18
5. Abschreibungen	-7	-8	-21	-29
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-30	-33	-99	-119
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3	-3	-11	-16
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1	2	-70	8
10. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0	-3
12. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	1	2	-70	6

Die Gesellschaft weist zum 31. Dezember 2006 eine bilanzielle Überschuldung von 33 T€ aus.

Zur Vermeidung einer insolvenzrechtlichen Überschuldung hat die Muttergesellschaft, die Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH, eine bis zum 30. Juni 2008 befristete Patronatserklärung über 40 T€ abgegeben.

Sollten im laufenden Geschäftsjahr über diese Absicherung hinaus weitere Verluste erkennbar werden, wären umgehend Maßnahmen der Gesellschafter einzuleiten.

Die ausgewiesenen Umsatzerlöse enthalten in erster Linie Praxiserlöse, wobei die Abrechnung der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg für das IV. Quartal 2006 gemäß Honorarabrechnung vom 26.04.2007 berücksichtigt ist.

Die Praxiserlöse stellen sich untergliedert nach den Praxisbereichen wie folgt dar:

<u>Praxisbereich</u>	2005 T€	2006 T€
HNO / Orthopädie / Physiotherapie	228,8	549,9
Rheumatologie	152,2	69,7
gesamt	<u>381</u>	<u>619,6</u>

Die durch die Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel generierten Umsätze stiegen auf Grund der Praxiserweiterungen in 2005 und 2006 um 62,7% auf 619,6 T€ an.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Wesentliche Risiken für die Entwicklung der Gesundheitszentrum Brandenburg an der Havel GmbH bestehen in der unzureichenden Finanzierung durch die Kassenärztliche Vereinigung. Durch weiteres motiviertes und engagiertes Arbeiten der Ärzte (Leistungsausdehnung, Fallzahlenerhöhung) wird es möglich sein, die entstandenen Anfangsverluste weiter aufzufangen. Für die nächsten Jahre wird mit einer positiven Entwicklung der Umsätze und Ergebnisse auf Basis des Jahres 2006 gerechnet.

II.2.3 Brandenburger Theater GmbH



Fotos: Brandenburger Theater GmbH

Geschäftsbereich

Theater

Firmensitz

Grabenstraße 14
14776 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/ 51 11 0
Fax: 03381/ 51 11 60

e-mail: sekretariat@brandenburgertheater.de
Internet: www.brandenburgertheater.de

Gründung

Die Gesellschaft mit gemeinnützigem Charakter wurde am 19.12.1995 gegründet und mit Wirkung zum 01.01.1996 unter dem Namen Brandenburger Theater GmbH (BT) ins Handelsregister eingetragen.

Bis Ende 1995 wurde das Theater unter dem Namen „Städtische Bühnen“ als Regiebetrieb im Haushalt der Stadt Brandenburg an der Havel geführt.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.600 €
Stadt Brandenburg an der Havel	100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag ist datiert vom 16.06.1999.

Die Gesellschaft wurde unter der Registriernummer HRB 9850 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung und Intendant*

Christian Kneisel (seit 01.07.2001)

- *Gesellschafterversammlung*

Im Geschäftsjahr 2006 fanden neun Gesellschafterversammlungen statt.

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist seit dem 17. Dezember 2003 Frau Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 9 Gesellschaftsvertrag aus sieben Mitgliedern und tagte im Jahr 2006 viermal gemeinsam mit der Geschäftsführung.

Der Aufsichtsrat setzte sich im gesamten Geschäftsjahr aus folgenden Mitgliedern zusammen:

<u>Name</u>	<u>Funktion im Aufsichtsrat</u>
Friedrich v. Kekulé	Aufsichtsratsvorsitzender
H.-P. Jung	stellv. Aufsichtsratsvorsitzender
Jan Penkawa	Aufsichtsratsmitglied (bis 27.09.2006)
Stephan Falk	Aufsichtsratsmitglied
Birgit Patz	Aufsichtsratsmitglied
Jörg-Ingo Weber	Aufsichtsratsmitglied
Christian Griebel	Aufsichtsratsmitglied (seit 27.09.2006)
Dr. Dietlind Tiemann	Gesellschaftervertreter

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Das Brandenburger Theater soll als selbständiger Betrieb überwiegend mit angestellten Künstlern Konzerte, Schauspiel- und Musiktheater aufführen und ähnliche kulturelle Veranstaltungen anbieten, um damit das kulturelle Leben am Sitz der Gesellschaft sowie in der Region zu erweitern.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinenützige Zwecke im Sinne des § 51 ff. der Abgabenordnung. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigene wirtschaftliche Zwecke.

Für die Stadt Brandenburg an der Havel handelt es sich jedoch lediglich um eine freiwillige Aufgabe im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Die Gemeindeordnung des Landes Brandenburg spricht in § 3 Abs. 2 von der Aufgabe der „Entwicklung des kulturellen Lebens“ in der Gemeinde.

Das Theater ist als Stadttheater im Theaterverbundvertrag des Landes Brandenburg mit aufgenommen. Neben den Sparten Oper, Operette und Schauspiel werden auch im Rahmen des Musiktheaters Veranstaltungen in den Bereichen Konzertwesen, Kinder- und Jugendtheater sowie Puppentheater angeboten. Für die Veranstaltungen stehen folgende Spielstätten zur Verfügung:

Spielstätten des Brandenburger Theaters	
Großes Haus	419 Plätze
Studiobühne	288 Plätze
Probenbühne	60 Plätze
Puppenbühne	72 Plätze
Foyer Großes Haus	bis zu 68 Plätze
Foyer Kleines Haus	bis zu 51 Plätze

Insgesamt umfasst das Leistungsspektrum der Gesellschaft folgende Veranstaltungsarten, die als künstlerische Eigenproduktion angeboten werden:

- Musiktheater
- Symphonische Konzerte
- Kammermusik
- Schauspiel
- Jugendtheater
- Puppenspiel
- Lesungen
- Filmkunst
- Öffentliche Diskussionen, Vorträge
- Ausstellungen

Daneben werden Gastspiele des Hans-Otto-Theaters Potsdam und des Brandenburgischen Staatsorchesters Frankfurt (Oder) im Rahmen des Verbundvertrages sowie Gastspiele Dritter veranstaltet.

Darüber hinaus veranstaltet die Gesellschaft eigene Gastspiele in den Bereichen Musiktheater, Symphonische Konzerte und Schauspiel für die Häuser des Verbundvertrages sowie Dritter.

Weitere Geschäftsfelder der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2006 waren die Vermietung der Gebäude für Veranstaltungen Dritter sowie Projektkooperationen unterschiedlichster Art.

Entwicklung der Veranstaltungs- u. Besucherzahlen	2004		2005		2006	
	Vorstellungen	Besucher	Vorstellungen	Besucher	Vorstellungen	Besucher
Art der Veranstaltung						
<u>Auswärtige Gastspiele</u>						
- Musiktheater	12	7.456	22	9.822	14	2854
- Konzerte	19	11.430	22	17.984	15	27850
- Schauspiel / Lesung	5	1.537	0	0	7	1273
- Puppentheater	2	158	0	0		
Auswärtige Gastspiele gesamt	38	20.581	44	27.806	36	31977
<u>Vorstellungen im eigenen Haus</u>						
- Musiktheater	27	3.613	13	4.664	18	4143
- Schauspiel / Lesung	62	7.330	64	6.096	19	1190
- Puppentheater	74	3.196	72	3.177	70	3260
- Konzerte	36	10.412	40	9.950	52	13896
- Gastspiele Dritter	64	11.412	101	15.927	94	17884
- Kinder-/ Jugendtheater					100	10948
Vorstellungen im eigenen Haus gesamt	263	35.963	290	39.814	353	51321
sonstige Veranstaltungen	2	60	49	2.354	61	7060
Hausvermietungen	79	19.939	51	21.202	262	24564
Gesamt	382	76543	434	91176	676	82945

Statistik allgemein		2001	2002	2003	2004	2005	2006
Besucher im eigenen Haus (inkl. Vermietungen)		49.997	54.475	46.950	55.962	63.370	82.945
Besucher Gastspiele		16.241	9.576	12.000	20.581	27.806	31.977
Umsätze im eigenen Haus (inkl. Vermietungen)		388.206	417.955	317.631	338.695	409.342	437.208
Umsätze Gastspiele extern		275.024	262.794	202.665	234.684	457.355	291.596
Anzahl der Vorstellungen im eigenen Haus		356	380	313	344	390	414
Anzahl Gastspiele extern		35	25	27	38	44	36
durchschnittliche Besucherzahl je Veranstaltung		140	143	150	163	162	200
durchschnittliche Erlöse je Veranstaltung		1.090	1.100	1.015	985	1.050	1.056
durchschnittliche Erlöse je Besucher		7,76	7,67	6,77	6,05	6,46	5,27
durchschnittliche Besucherzahl je Gastspiel		464	383	444	542	632	888
durchschnittliche Erlöse je Gastspiel		7.858	10.512	7.506	6.176	10.394	8.100
durchschnittliche Erlöse je Besucher		16,93	27,44	16,89	11,4	16,45	9,12
Musiktheater (Eigene, vor Ort)	Vorstellungen	24	40	16	27	13	18
	Besucher	6.763	6.694	4.726	3.613	4.664	4.143
	Umsätze	78.139	66.016	48.558	25.065	71.041	39.766
	Besucher je Vorstellung	282	167	295	134	359	230
	Erlöse je Besucher	11,55	9,86	10,27	6,94	15,23	9,60
	Erlöse je Vorstellung	3.256	1.650	3.035	928	5.465	2.209
Schauspiel (Eigene, vor Ort) (inkl. Jugendtheater)	Vorstellungen	47	34	49	47	47	119
	Besucher	2.357	1.723	4.347	6.781	5.323	7.702
	Umsätze	14.005	8.553	19.805	42.681	32.325	12.149
	Besucher je Vorstellung	50	51	89	144	113	102
	Erlöse je Besucher	5,94	4,96	4,56	6,29	6,07	1,58
	Erlöse je Vorstellung	298	252	404	908	688	102
Puppentheater (Eigene, vor Ort)	Vorstellungen	105	76	58	74	72	70
	Besucher	3.901	3.601	2.555	3.196	3.177	3.260
	Umsätze	7.939	6.722	4.817	5.945	5.228	5.959
	Besucher je Vorstellung	37	47	44	43	44	46
	Erlöse je Besucher	2,04	1,87	1,89	1,86	1,65	1,83
	Erlöse je Vorstellung	76	88	83	80	73	85
Konzerte (Eigene, vor Ort)	Vorstellungen	20	23	23	28	24	36
	Besucher	6.040	7.485	6.815	10.299	9.468	13.190
	Umsätze	61.247	83.731	70.759	102.242	85.850	125.568
	Besucher je Vorstellung	302	325	296	368	395	366
	Erlöse je Besucher	10,14	11,19	10,38	9,93	9,07	9,52
	Erlöse je Vorstellung	3.062	3.640	3.076	3.651	3.577	3.488
Kammerkonzerte (Eigene, vor Ort)	Vorstellungen	6	6	8	8	16	16
	Besucher	235	231	229	113	482	706
	Umsätze	1.062	1.152	1.050	1.345	2.292	2.171
	Besucher je Vorstellung	39	39	29	14	30	44
	Erlöse je Besucher	4,52	4,99	4,59	11,9	4,76	3,08
	Erlöse je Vorstellung	177	192	131	168	143	136
Sonstige Veranstaltungen (Gastspiele, Lesungen, Sonstiges)	Vorstellungen	95	107	78	81	167	155
	Besucher	15.732	16.875	11.063	12.021	19.054	24.944
	Umsätze	165.259	164.298	105.276	81.458	154.373	177.709
	Besucher je Vorstellung	166	158	142	148	114	161
	Erlöse je Besucher	10,50	9,74	9,52	6,78	8,1	7,12
	Erlöse je Vorstellung	1.740	1.535	1.350	1.006	924	1.147

In der Sparte Musiktheater erzielte die Gesellschaft ihre Einnahmen von insgesamt 214,5 T€ überwiegend mit den im Rahmen des Theaterverbundvertrages erstellten Eigenproduktionen. Die größten Einnahmen erzielten dabei das Musival „Cabaret“ mit 109,1 T€ (davon 85,6 T€ im Rahmen von Gastspielen) sowie die Oper „Die Zauberflöte“ mit 47,6 T€ (davon 34 T€ im Rahmen von Gastspielen).

Die Einnahmen der Sparte Konzerte belaufen sich im Berichtsjahr auf 228 T€, wovon 93,5 T€ im Rahmen von Gastspielen erzielt worden sind. Den Schwerpunkt der Veranstaltungen in den eigenen Häusern bildeten Sinfonie- und Sonderkonzerte mit Einnahmen von zusammen 129,3 T€. Die Gastspiele fanden in verschiedenen deutschen Städten wie Berlin, Potsdam, Marktoberdorf, Quakenbrück und Wolfsburg sowie im Rahmen einer Chinatournee statt.

Von den Einnahmen aus Gastspielen Dritter in den Häusern der Gesellschaft in Höhe von insgesamt 144,7 T€ betreffen 24,4 T€ Gastspiele im Rahmen des Theaterverbundes.

Eintrittspreise haben sich in der Spielzeit 2006/2007 gegenüber der Spielzeit 2005/2006 wie folgt entwickelt:

Eintrittspreise	Spielzeit 2005/2006		Spielzeit 2006/2007	
	Normal- preis €	Ermäßigter Preis €	Normal- preis €	Ermäßigter Preis €
<u>Großes Haus</u>				
Schauspiel				
- Kategorie I	12,00	9,00	12,00	9,00
- Kategorie II	9,00	7,00	9,00	7,00
Musiktheater				
- Kategorie I	18,00	13,00	22,00	16,00
- Kategorie II	14,00	10,00	16,00	12,00
Konzert				
- Kategorie I	18,00	13,00	20,00	15,00
- Kategorie II	14,00	10,00	14,00	10,00
Premieren				
- Kategorie I	20,00	16,00	22,00	16,00
- Kategorie II	16,00	13,00	16,00	13,00
<u>Kleines Haus</u>				
Schauspiel	10,00	7,00	10,00	7,00
Musiktheater	16,00	11,00	16,00	11,00
Konzert	16,00	11,00	16,00	11,00
Premieren	18,00	14,00	18,00	14,00
Kammerkonzert	8,00	5,00	8,00	5,00
Foyer	8,00	5,00	8,00	5,00
Probephöhne	8,00	5,00	8,00	5,00
Puppenböhne	3,00	2,00	3,00	2,00

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt 2006 waren 103 Mitarbeiter beschäftigt. Davon entfallen auf das künstlerische Personal 65 Mitarbeiter und auf das Verwaltungspersonal 38 Mitarbeiter.

	2003	2004	2005	2006
Beschäftigte	102	101	98	103

Verlauf des Geschäftsjahres

Der Verlauf des Geschäftsjahres 2006 war wesentlich geprägt von folgenden Entwicklungen und Ereignissen:

- Verbesserung betrieblicher Abläufe wie nachhaltigen Umsetzungen von Controlling-Maßnahmen
- Stabilisierung und Verbesserung von Besucherzahlen
- Umstrukturierung und Konsolidierung des Vermietungsgeschäftes
- weitere Umsetzung des Theaterverbundvertrages
- geringeren Prozessrisiken.

Trotz einer auch 2006 komplizierten, mitunter angespannten Finanzsituation konnten die Programmangebote in Struktur und Quantität gehalten, in der Qualität weiter verbessert werden.

Die – wie bereits in den Vorjahren berichtete – verbesserte Steuerung des Unternehmens durch die im 2. Halbjahr 2001 eingeführten betriebswirtschaftlichen Instrumente (Vollkostenrechnungssystem, Vor- und Nachkalkulation, Rollierende Planung, monatliche Dokumentation über Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage, Konzept Risikomanagement, verbesserte Inventur) wurden auch 2006 fortgeführt.

Das Programmangebot des Theaters konnte trotz einer mitunter angespannten Finanzsituation in Struktur und Quantität gehalten, in der Qualität verbessert werden. Im Unterschied zu konkurrierenden Spielstätten und trotz schwieriger wirtschaftlicher Entwicklung wie den zunehmend merkbaren „demographischen Effekten“ konnte das Brandenburger Theater im Jahr 2006 die Besucherzahlen weiter erhöhen.

Bereits im Jahr 2005 hat das Theater die Leitung der Brennabor-Galerie übernommen. Im Rahmen eines Betreiber- und Nutzungsvertrages vom 30. Juni 2006, der über eine Laufzeit bis Ende 2011 abgeschlossen wurde, verpflichtet sich das Theater, die Galerie als öffentliche Einrichtung durch Ausrichtung von Ausstellungen für zeitgenössische bildende Kunst zu betreiben. Nutzungsentgelte sind seitens des Theaters nicht zu entrichten. Das Theater erhält jährlich eine Zuschuss der Stadt zur Erfüllung der übernommenen Aufgaben. Im Jahr 2006 wurden in den Räumlichkeiten der Galerie sieben Ausstellungen realisiert.

Der Verlauf des Geschäftsjahres war wesentlich geprägt von der Verbesserung betrieblicher Abläufe durch die nachhaltige Umsetzung von Controlling-Maßnahmen und einer verbesserten Steuerung des Unternehmens durch unterschiedlichste betriebswirtschaftliche Instrumente.

Der seit 2004 bestehende Theaterverbund mit den Spielstätten in Frankfurt (Oder) und in Potsdam ist 2006 in gefordertem Umfang umgesetzt worden. Wesentliche Akzente lagen in der Erhöhung der Austauschzahlen, der Weiterreichung von Produktionen und deutlich verbesserten Absprachen.

Aus den Mitteln des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes 2006 (FAG-Mittel) wurden mit Bescheid vom 31. Januar 2006 weitere Mittel zur Deckung zuwendungsfähiger Ausgaben gewährt (1.475 T€).

Jahresrückblick 2006

Das Brandenburger Theater

-vielseitig, lebendig und unterhaltsam-

Das Brandenburger Theater im CulturCongressCentrum ist der wichtigste Anbieter für Kultur in der Stadt Brandenburg an der Havel und im Westen des gleichnamigen Bundeslandes.

Das vielseitige Programm des Brandenburger Theaters reicht von Musiktheater über Konzertreihen, Schauspiel, Kinder- und Jugendtheater bis hin zu einer Puppenbühne mit eigenem Spielplan. Zusätzlich hat das Brandenburger Theater die künstlerische Betreuung der Kunsthalle Brennabor inne, für die Intendant Christian Kneisel alle großen Kunstaussstellungen kuratiert. Im Jahr 2006 waren unter den ausstellenden Künstlern der Grafiker Klaus Staeck (seit Anfang 2006 auch Präsident der Akademie der Künste) und der Klang- und Objektkünstler Matthias Deumlich.

Sehr lebendig ging es im Theater in den „Kunstwelten“ zu: gemeinsam mit der Akademie der Künste veranstaltete das Brandenburger Theater rund 20 Kunstprojekte für Kinder und Jugendliche, die von Akademiemitgliedern geleitet wurden. Dazu gehörten unter anderen der Schauspieler Ulrich Mühe, Filmregisseur Michael Verhoeven und der Komponist Georg Katzer.



Kunstwelten 2006, Aufnahme: Rogge, BT



„Alles Schiller, oder was?“, Aufnahme: Rogge, BT

Mit großem Erfolg brachte das Jugendtheaterensemble am Brandenburger Theater die Produktion „Alles Schiller, oder was?“ heraus, eine Revue zu Dichtungen und dramatischen Werken von Friedrich Schiller, die rund dreißigmal vor ausverkauftem Haus gespielt werden konnte. Unter den Jugendlichen in Brandenburg an der Havel konnte sich das Ensemble mittlerweile ein Stammpublikum aufbauen.

Im Musiktheaterbereich nahm das Theater eine Neuinszenierung des Musicals „Cabaret“ ins Programm, die Mozartoper „Zauberflöte“ wurde in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Musik „Hanns Eisler“ Berlin produziert. Im Rahmen des Theaterverbundes war das Hans Otto Theater mit dem Schwank „Der Raub der Sabinerinnen“ in der Regie und mit Katharina Thalbach erfolgreich zu Gast; die Uckermärkischen Bühnen Schwedt gastierten mit der Schauspielproduktion „Adam und Eva“.



Der „Theatersommer“, Konzerte und Schauspielaufführungen an reizvollen Veranstaltungsorten im Stadtgebiet, wurde neu ins Jahresprogramm aufgenommen und war sehr gut besucht. Allein das Open Air Konzert mit den Brandenburger Symphonikern am Beetzsee hatte rund eintausend Besucher. Auch die Aufführungen der Neunten Sinfonie von L. v. Beethoven im St. Pauli Kloster waren ausverkauft.



Für ein vielseitiges und unterhaltsames Programm auf hohem Niveau standen auch die Musicalaufführungen „Sister Soul“, die „Buddy Holly Rock´ n´Roll Show“ oder die Silvesterauftritte des Ensembles „Tailed Comedians“ mit a capella Gesangskultur. Für Freunde des Kabarett traten die Dresdner „Herkuleskeule“, das Kabarett Obelisk, Potsdam und die „Leipziger Peffermühle“ auf. Das umfangreiche Programm mit musikalisch begleiteten Lesungen, die Kammerkonzertreihe oder die traditionell vom Theater veranstalteten Brandenburger Puppentheatertage können hier nur am Rande erwähnt werden.

Das ereignisreiche Theaterjahr endete mit einer Konzerttournee der Brandenburger Symphoniker in die chinesische Hauptstadt Peking. Zu diesem Anlass brachte das Brandenburger Theater zwei CD's heraus; eine Promotion CD des Orchesters und eine zweite CD mit Aufnahmen eines Crossover - Projektes der Brandenburger Symphoniker mit dem Jazzgeiger Jörg Widmoser. Im Kalenderjahr 2006

konnte das Brandenburger Theater seine Zuschauerzahlen gegen den Trend deutlich steigern. Rund 83000 Menschen besuchten das Haus zu kulturellen Veranstaltungen und Kongressen. Weitere Projekte, wie ein neuer Internetauftritt und eine Umfrage zum Image des Hauses unter Jugendlichen in Brandenburg an der Havel wurden begonnen.

Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
Bilanz	2003	2004	2005	2006
Aktivseite				
A. Anlagevermögen	987	871	810	908
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	16	9	5	12
II. Sachanlagen	971	862	804	896
B. Umlaufvermögen	605	1.146	1.189	1.713
I. Vorräte	4	6	2	12
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	83	61	199	83
III. Kassenbestand, Guthaben	518	1.079	988	1.617
C. Rechnungsabgrenzungsposten	23	13	52	11
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	31	0	0	0
Passivseite				
A. Eigenkapital	0	310	380	616
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26	26
II. Kapitalrücklage	0	0	0	0
III. Verlustvortrag/Gewinnvortrag	481	-56	284	355
IV. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	424	341	70	236
abzüglich nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	31	0	0	0
B. SoPo Investitionszuschüsse	14	10	6	187
C. Rückstellungen	574	804	402	312
D. Verbindlichkeiten	1.010	847	1.156	495
E. Rechnungsabgrenzungsposten	47	59	105	1.021
Bilanzsumme	1.645	2.030	2.050	2.632

Die Vermögenslage hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert und weiter stabilisiert. Das Eigenkapital weist eine Quote von 30,5% (Vorjahr: 18,8%) unter Einbeziehung des Sonderposten für Investitionszuschüsse aus und ist damit gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen.

Die Zunahme des Sachanlagevermögens beruht im Wesentlichen auf dem Erwerb von Tontechnik (77,9 T€), Lichttechnik (63,4 T€), Bühnentechnik (33,3 T€) und Instrumenten (29,9 T€) sowie auf der Erneuerung der EDV-Technik (48,6 T€). Den Investitionen von insgesamt 291,2 T€ stehen Abschreibungen von 190,4 T€ gegenüber.

Für Investitionen in das Anlagevermögen hat die Gesellschaft von der Stadt Brandenburg an der Havel einen Investitionszuschuss in Höhe von 200 T€ erhalten. Durch einen von der Stadt zur Verfügung gestellten Sonderzuschuss für Investitionen in Höhe von 200 T€ konnte der Trend des ständig abnehmenden Anlagevermögens vorerst unterbrochen werden. Die z. Zt. erforderlichen Investitionen (ohne Gebäude und gebäudetechnische Anlagen) konnten damit weitestgehend vorgenommen werden.

Das Anlagevermögen ist weiterhin nicht vollständig langfristig finanziert. Der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen sank von 39,5% auf 34,5%, der Anteil der langfristigen Finanzierung stieg von 18,8% auf 30,6%. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 1.828,3 T€ sind nicht vollständig durch die Mittel im kurz- und mittelfristigen Bereich gedeckt. Die Deckungslücke beträgt 104,2 T€.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist nicht vollständig ausgeglichen.

Zum 31. Dezember 2006 hatte die Gesellschaft liquide Mittel in Höhe von 1.617,1 T€. Die Gesellschaft konnte in 2006 ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen.

Ertragslage des Unternehmens

GuV	(Angaben in T€)			
	2003	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse	565	612	906	728
2. Erträge aus Zuschüssen	8.110	8.345	7.767	6.777
3. Sonstige betriebliche Erträge	136	122	152	206
4. Inszenierungsaufwand	-2.533	-2.624	-3.107	-1.781
5. Personalaufwand	-4.754	-5.078	-4.688	-4.764
6. Abschreibungen	-233	-199	-199	-190
7. Sonstige betriebl. Aufwendungen	-834	-830	-754	-748
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	16	13	22
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-38	-22	-17	-11
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	425	342	72	239
11. Sonstige Steuern	-1	-1	-2	-3
12. Jahresergebnis	424	341	70	236

Die Ertragslage des Unternehmens ist insbesondere beeinflusst durch niedrigere Umsatzerlöse (-19,6%). Dennoch konnte der Auslastungsgrad auf hohem Niveau (83%) gegenüber dem Vorjahr leicht ausgebaut werden.

Gestiegene Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (u. a. Bühnenbilder) und Aufwendungen für bezogene Leistungen (Gäste, Programmeinkauf) wegen zusätzlicher Vorstellungen konnten durch geringere Personalaufwendungen und geringere sonstige betriebliche Aufwendungen ausgeglichen werden.

Durch die zunehmende deckungsbeitragsorientierte Programmplanung und die konsequente Fortführung der Einsparbemühungen kann die im Vorfeld als sehr optimistisch bezeichnete Planung des Jahresergebnisses vollständig realisiert werden.

Der Rückgang der Umsatzerlöse um 19,6% resultiert im Wesentlichen aus den im Vergleich zum Vorjahr um 165,7 T€ zurückgegangenen Einnahmen in der Sparte der auswärtigen Gastspiele. Die Umsatzrückgänge waren sowohl bei den Gastspielen im Rahmen der Verbundvertrages (- 80,9 T€) als auch bei externen Gastspielen (- 84,8 T€) zu verzeichnen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind, auf Grund von ungeplanten ertragswirksamen Auflösungen von Rückstellungen und Umsatzsteuerverbindlichkeiten sowie durch Weiterberechnungen von Leistungen (Technikleistungen freier Träger, Technik Vermietungen), weit überplanmäßig (188,8 T€).

Die Kosten für Inszenierungen und künstlerische Fremdleistungen verminderten sich vornehmlich durch gegenüber dem Vorjahr um 332,2 T€ verminderte Kosten für theaterfremde Honorarkräfte im künstlerischen und technischen Bereich.

Den eingesparten Honorarkräften steht der Anstieg von Personalaufwendungen vornehmlich wegen der Neueinstellung eines Verwaltungsleiters und zweier Tontechniker gegenüber. Auf Grund dieser Neueinstellungen sowie des Anstiegs des Bemessungssatzes für die Löhne und Gehälter im Tarifgebiet Ost (TVöD) zum 1. Juli 2006 von 94,0% auf 95,5% haben die Personalaufwendungen um 75,2 T€ zugenommen. Dem stehen gegenüber dem Vorjahr verminderte Krankenversicherungsbeiträge gegenüber.

Mit geplanter Übertragung eines Nutzungsrechtes an der Theaterliegenschaft und damit entfallender Pachtzahlungen an die Stadt ist im Jahr 2006 der Pachtzuschuss (1.022,4 T€) entfallen. Überwiegend durch die Zuschusskürzung des Landes (gegenüber Vorjahr - 24 T€) fallen die Erträge aus Zuschüssen unterplanmäßig aus (- 28,3 T€).

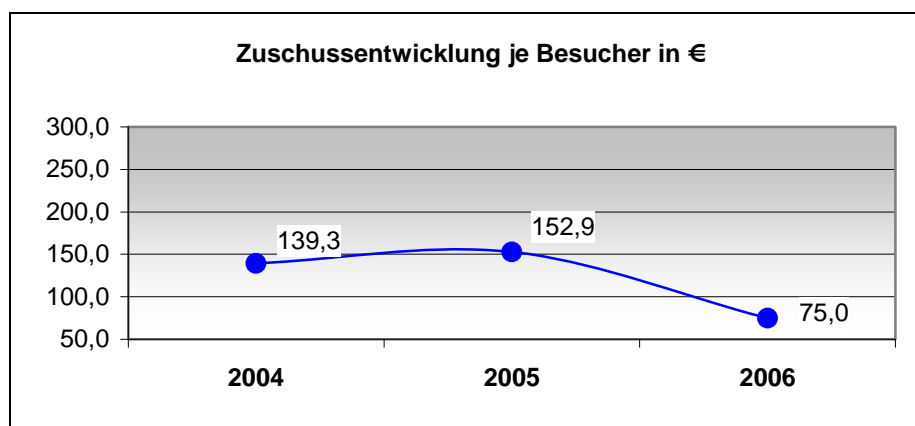
	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>
Aufteilung der Umsatzerlöse in T €	612,4	905,5	728,2
<u>Vorstellungserlöse</u>			
Vorstellungen im eigenen Haus	257,7	367,4	356,3
Auswärtige Gastspiele	237,7	457,4	291,6
	495,4	824,8	647,9
<u>Nebeneinnahmen</u>			
Erträge aus Vermietungen	93	61,5	71,2
Garderobeneinnahmen	8,6	8,9	8,8
Erträge aus dem Kostümverleih	5,7	3,1	6,8
Honorar Rundfunksendevertrag	0	0,0	0,0
Programmheftverkauf	5,1	5,3	3,9
Verkauf von Werbeatikeln, Büchern u. ä.	3,3	0,9	5,3
sonstiges	1,3	1,0	1,0
	117,0	80,7	97,0

Zuschüsse

<u>Zuschüsse</u>	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>
Stadt inklusive Pachtzuschuss	4.967	4.959	4.708	3.742
Land Brandenburg	1.650	1.872	1.559	1.560
GFG-Mittel	1.425	1.500	1.500	1.475
Sonstige Zuschüsse	68	14	0	0
Gesamt:	8.110	8.345	7.767	6.777

Die Zuschüsse verminderten sich im Jahr 2006 hauptsächlich auf Grund des Wegfalls des von der Stadt Brandenburg an der Havel gemäß Betreibervertrag gewährten Pachtzuschusses. Im Gegenzug wurden von der Stadt für 2006 keine Pachtzahlungen erhoben.

Das Theater erhält von der Stadt Brandenburg an der Havel jährlich Zuschüsse, durch die ein Großteil der gesamten Aufwendungen gedeckt wird. 2006 betrug der Zuschuss 3.742 T€.



Zusammensetzung der Zuschüsse in T €	2006
<u>Stadt Brandenburg an der Havel:</u>	
- Zuschuss Spielbetrieb	3.681,4
- Pachtzuschuss	0,0
- Sonderzuwendungen	0,0
- Auflösung d. SoPo f. Investitionszuschüsse	18,8
- Zuschuss Betrieb Brennabor	50,0
- Zuschusskürzungen für Nutzung der Räumlichkeiten	-8,0
 <u>Land Brandenburg</u>	
- Landesmittel	1.560,0
- FAG-Mittel	1.475,0
Gesamt	6.777,2

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Kurzfristig befindet sich das Unternehmen bis Ende 2007 durch den gerade novellierten und unterzeichneten Theaterverbundvertrag in einem vergleichsweise ruhigen Fahrwasser.

Dem BT fehlen empfindliche Beträge um den Theaterverbundvertrag in vollem Umfang erfüllen zu können (vier Musiktheaterproduktionen im Jahr). Gerade bei den Musiktheaterproduktionen in 2006 hat sich gezeigt, dass die Nachfrage über die geplanten und umgesetzten Vorstellungen hinaus, anhält, aber auf Grund der erheblichen finanziellen Belastungen nicht befriedigt werden können.

Es wird auf die erheblichen finanziellen Belastungen aus der Fortführung des Theaterverbundes über den Stichtag 31. Dezember 2007 hinaus verwiesen. Insbesondere die erheblichen finanziellen Belastungen des Theaters durch die im Verbundvertrag festgeschriebenen vier Musiktheaterproduktionen werden als problematisch beurteilt.

Darüber hinaus werden als ein weiterer wesentlicher Punkt in der Entwicklung des Theaters die zukünftigen Gespräche bezüglich der Klärung der Orchesterfrage im Land Brandenburg gesehen. Die damit verbundenen positiven Optionen und Möglichkeiten, die sich hinsichtlich der möglichen Kostenentwicklung in diesem Bereich dabei abzeichnen, unterliegen allerdings dem Vorbehalt, dass es in den Verhandlungen zur Reform des Flächentarifvertrages für Musiker in Kulturorchestern (TVK), die zwischen den beteiligten Tarifparteien zur Zeit stattfinden, zu einem Ergebnis kommt, das die angestrebten haustariflichen Regelungen unumgänglich macht.

Mittel- bis langfristig ergibt sich für das Theater ein Bedarf an Ersatzbeschaffungen, der ohne erhebliche Auswirkungen auf das Spielprogramm aus eigenen Mitteln nicht finanziert werden kann.

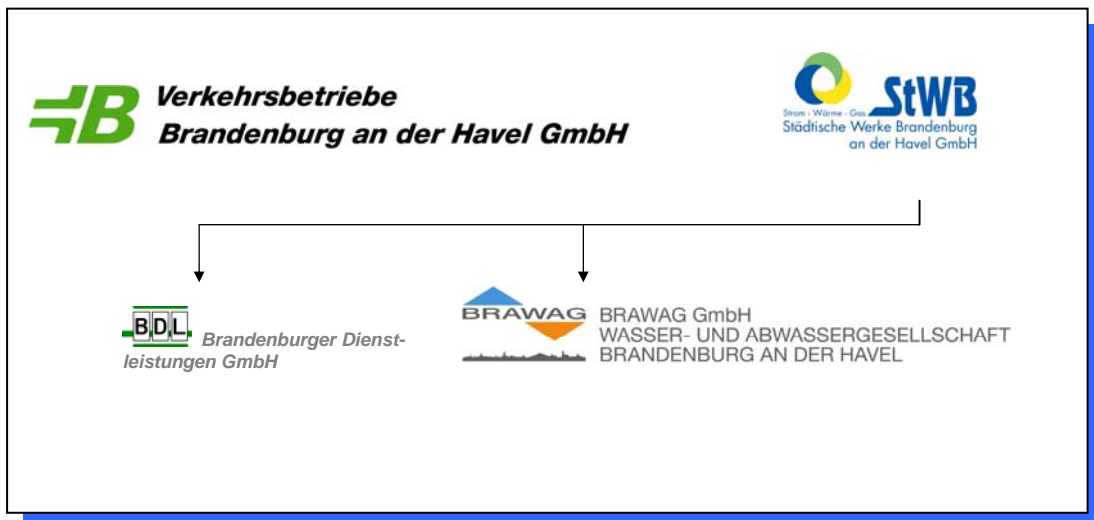
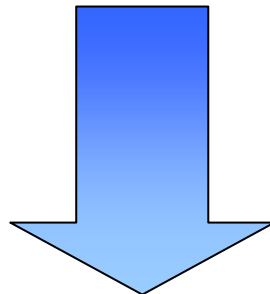
Eine Chance für das Theater liegt in den Bemühungen, mit externer finanzieller Hilfe ein Zentrum für Junge Kunst und Kultur am Theater zu etablieren. Damit wäre die finanzielle Basis des Unternehmens auf eine weitere Säule gestellt. Die Gründung dieses Zentrums würde einschneidende Effekte für das derzeit bescheidene Kongressgeschäft de BT bringen. Die Sparte Kongresse soll erst nach Verhandlungen mit potenziellen Geldgebern reorganisiert werden.

Derzeit werden konzeptionelle Gespräche geführt, die wesentlich die Zukunft des Theaterverbundes und damit die mittel- und langfristige Stellung und Entwicklung des Brandenburger Theaters zum Thema haben. Weiterhin oberste Priorität, wie schon in den vorherigen Beteiligungsberichten ausgeführt, ist für die BT GmbH die konsequente Einhaltung des vorgegebenen Budgets.

Eine weitere Aufstockung der Zuschüsse von der Stadt ohne Gefährdung anderer Aufgaben wird zukünftig angesichts der dramatischen Haushaltslage nicht mehr möglich sein.

Zielstellung ist nach wie vor die Erhöhung des Auslastungs- und Kostendeckungsgrades. So sollten weiterhin Kooperationen bei Eigenproduktionen auch mit Partnern außerhalb des Theaterverbundes erfolgen.

II.2.4 Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH



Geschäftsbereich

Verwaltungs- und Beteiligungsholding

Firmensitz

Hauptstr. 32
 14776 Brandenburg
 Tel.: 03381/ 62 97 0
 Fax: 03381/ 62 97 23

e-mail: twb.brb@t-online.de

Gründung

Die TWB (Technische Werke Brandenburg GmbH) wurde am 06.07.1991 von der Stadt Brandenburg an der Havel gegründet.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 102.400 €
 Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Die TWB ist Holding Gesellschafterin mit unterschiedlichen Geschäftsanteilen von zwei juristisch selbstständigen Tochterunternehmen. Mittelbar ist die TWB an zwei weiteren Gesellschaften über die StWB beteiligt.

Verbundene Unternehmen (Stand 31.12.2006)					
Name und Sitz	Stammkapital der jeweiligen		Anteil am		Gegenstand
	Gesellschaft	in T€	Stammkapital	Kapitalanteil	
			in T€	in %	
a.) Unmittelbare Beteiligungen					
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH, Brandenburg an der Havel (StWB)		8.181,0	4.172,0	51,0	Planung, Errichtung, Erwerb und Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wärme sowie Wasser und Abwasser dienen.
Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH, Brandenburg an der Havel (VBBr)		1.971,0	1.971,0	100,0	Verkehrsanlagen, Betrieb von Straßenbahnen, Omnibussen, Fahrgastschiffen, Fähren und anderen der Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen
b.) Mittelbare Beteiligungen					
BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel, Brandenburg an der Havel (BRAWAG)		6.647,0	3.390,0	51,0	Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlammabfuhr
Brandenburger Dienstleistungen GmbH, Brandenburg an der Havel (BDL)		434,0	221,0	51,0	Hausmeisterdienste, Garten- und Landschaftspflege, technische und Reinigungsdienstleistungen, Werk- und Dienstleistungen bezüglich Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlammabfuhr

Die StWB stellt einen Teilkonzernabschluss, in dem die BRAWAG GmbH und die BDL GmbH eingebunden werden.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 08.07.1999.

Die Eintragung ins Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam ist unter der Registernummer HRB 2807 P am 01. Dezember 1999 erfolgt.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Dipl.-Kfm. Klaus Deschner

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Gesellschafterin in der Gesellschafterversammlung ist seit dem 17.12.2003 die Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann.

Die Gesellschafterversammlung trat im Jahr 2006 zu 17 ordentlichen Sitzungen zusammen.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat der TWB besteht aus neun Mitgliedern, wovon mindestens sechs Stadtverordnete sein sollen. Die Oberbürgermeisterin ist kraft ihres Amtes Mitglied des Aufsichtsrates.

Mitglieder des Aufsichtsrates 2006

Frau Dr. Dietlind Tiemann	Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg an der Havel Aufsichtsratsvorsitzende
Herr Herbert Nowotny	Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
Herr René Kohl (bis 30.09.2006)	
Herr Friedrich von Kekulé (seit 02.11.2006)	
Herr Andreas Martin	
Herr Manfred Otto	
Herr Walter Paaschen	
Herr Peter Reimann (bis 14.07.2006)	
Herr Klaus Schomann (seit 17.07.2006)	
Herr Steffen Scheller	
Herr Gerhard Zepf	

Im Geschäftsjahr 2006 fanden vier Aufsichtsratssitzungen statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Der öffentliche Zweck der TWB ergibt sich aufgrund der Holdingstruktur aus den öffentlichen Zwecken der Tochtergesellschaften, diese werden jeweils in diesem Beteiligungsbericht ausführlich aufgezeigt. Zudem wird mit dem Konstrukt der TWB der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet sowie Synergieeffekte genutzt.

Gegenstand des Unternehmens ist:

- der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen an Unternehmen, insbesondere an Unternehmen der kommunalen Wirtschaft der Stadt Brandenburg an der Havel,
- die Förderung dieser Unternehmen und sonstiger kommunaler Einrichtungen auch wirtschaftlicher Natur, insbesondere durch Beratung und Erbringung von Dienstleistungen,
- der Abschluss von Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträgen mit Tochtergesellschaften,

- der Erwerb, die Verwaltung, die Bewirtschaftung und die Veräußerung von bebauten und unbebauten Grundstücken

Diese Tätigkeiten kann die Gesellschaft nur insoweit ausüben, als sie durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt sind und in Verbindung zur Aufgabe der Beteiligungsverwaltung stehen. Darüber hinaus ist die Gesellschaft berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die der Förderung und Wirtschaftlichkeit des Unternehmensgegenstandes dienen. Bedient sich die Gesellschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen, beteiligt sich oder errichtet, erwirbt oder pachtet solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe, muss der Stadt Brandenburg an der Havel eine angemessene Einflussnahme ermöglicht werden.

Die TWB GmbH dient in ihrer Holdingfunktion als Aufsichts- und Verwaltungsorgan und stellt das Bindeglied zwischen den Tochtergesellschaften und der Stadt Brandenburg an der Havel dar. Wesentlicher Zweck der TWB ist die Beteiligung an den städtischen Unternehmen, die Herstellung eines steuerlichen Querverbundes und die Nutzung von Synergieeffekten, insbesondere auf den Gebieten der Finanzierung und des Controllings. Die TWB als reine Verwaltungs- und Finanzholding hat die Aufgabe der wirtschaftlichen Verwaltung und Steuerung ihrer Tochterunternehmen, die insbesondere Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen sind.

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2006 durchschnittlich 3 Angestellte, 1 Arbeiter und ein Geschäftsführer.

	2004	2005	2006
Beschäftigte	4	5	5

Verlauf des Geschäftsjahres

Die Gesellschaft als Beteiligungsholding der Stadt für Unternehmen ist in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere von den zunehmenden Marktöffnungstendenzen auf den Gebieten der Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen beeinflusst. Aus diesem Grund hat die TWB die notwendigen Maßnahmen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Beteiligungsunternehmen kontinuierlich fortgesetzt.

Hierbei wird darauf hingewiesen, dass sich die StWB weiterhin dem stark umkämpften Energiemarkt zu stellen hat. Bei der VBB wurden die Weichen für weitere Einsparpotentiale für den städtischen Haushalt durch nachfrageorientierte Anpassung des Verkehrsangebotes gestellt.

Die Konzeption der Umstrukturierung der VBB in eine Dienstleistungs- und in eine Infrastrukturgesellschaft unter Berücksichtigung eines möglichen steuerlichen Querverbundes im TWB-Konzern wurde weiterentwickelt. Als oberste Priorität wurde von der Gesellschafterin die Reduzierung des städtischen Zuschussbedarfs in der bisherigen Größenordnung vorgegeben.

Zur Unterstützung der in der Brandenburger Theater GmbH eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen wurde auf Weisung der Gesellschafterin ein Darlehen gewährt. Die Resthöhe beträgt 216 T€. Zur Abwendung einer bilanziellen Überschuldung der Brandenburger Theater GmbH wurde in Höhe der bestehenden Forderung eine Rangrücktrittserklärung abgegeben.

Weitere sonstige Verpflichtungen bestehen aus vertraglichen Regelungen im Zusammenhang mit der Einbringung des örtlichen Strom- und Fernwärmevermögens in die StWB, in denen sich die TWB verpflichtet hat, der StWB einen eventuell aus Rückübertragungs- und Erstattungsansprüchen an dem übertragenen Vermögen entstehenden wirtschaftlichen Nachteil auszugleichen. Der Wert auf die StWB übertragener restitutionsbehalteter Grundstücke beträgt 46 T€. Desgleichen hat sich die TWB

verpflichtet, die StWB von allen mit einer Inanspruchnahme für eine Altlastenbeseitigung mit den übertragenen Grundstücken verbundenen Kosten freizustellen.

Die Entwicklung der TWB als Beteiligungsholding der Stadt Brandenburg an der Havel wird durch zunehmende Marktöffnungstendenzen auf den Gebieten der Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen in erheblichem Maße beeinflusst. Demzufolge hat sie die notwendigen Maßnahmen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Teilnehmungsunternehmen, insbesondere mit der Neuordnung und Straffung der Teilnehmungsstruktur, kontinuierlich fortgesetzt.

Die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) hat sich weiterhin dem stark umkämpften Energiemarkt zu stellen. Die Zusammenarbeit mit der 100%-igen Tochtergesellschaft BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel (BRAWAG) wurde intensiviert. Die Umstrukturierungsmaßnahmen zur Steigerung der Effektivität der StWB durch Realisierung von Synergien sind damit nahezu abgeschlossen.

Bei der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBB) wurden die Weichen für weitere Einsparungspotentiale für den städtischen Haushalt in Bezug auf die Zuwendungen für den Öffentlichen Personennahverkehr durch nachfrageorientierte Anpassung des Verkehrsangebotes gestellt.

Die Konzeption der Umstrukturierung der VBB in eine Dienstleistungs- und in eine Infrastrukturgesellschaft unter Berücksichtigung eines möglichen steuerlichen Querverbundes im TWB-Konzern wurde im Rahmen einer Arbeitsgruppe weiter entwickelt. Ziel ist die Erarbeitung einer langfristig tragfähigen Struktur, die sowohl der sich entwickelnden europäischen Rechtslage in Bezug auf die weitere Durchsetzung des Wettbewerbs im ÖPNV, als auch den geänderten steuerlichen Rahmenbedingungen und künftigen Anforderungen an die organisatorische Trennung von Netz und Vertrieb in der Strom- und Gasversorgung (Unbundling) Rechnung trägt. Als oberste Priorität wurde von der Gesellschafterin die Reduzierung des städtischen Zuschussbedarfs in der bisherigen Größenordnung vorgegeben.

Die Gesellschaft gewährte im Jahr 2005 der VBB Investitionszuschüsse für vier Omnibusse von 421 T€ und für den Bahnsteigbau Bahnhof Görden 37 T€. Die Mittel wurden der TWB von der Stadt Brandenburg an der Havel als Kapitaleinlage zur Verfügung gestellt

Im September 2005 verlegte die TWB ihren Betriebssitz in das Gebäude der WOBRA (Hauptstraße 32). Die erforderlichen Investitionsmaßnahmen zum Umbau der neuen Geschäftsräume betragen netto 85 T€. Es wurde mit der WOBRA vereinbart, dass über einen Zeitraum von 10 Jahren die Investitionskosten mit der Miete verrechnet werden.

Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
Bilanz	2003	2004	2005	2006
<u>Aktivseite</u>				
A. Anlagevermögen	49.187	48.303	28.731	28.626
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3	2	1	2
II. Sachanlagen	310	47	42	44
III. Finanzanlagen	48.873	48.254	28.688	28.580
B. Umlaufvermögen	4.618	7.784	12.060	8.792
I. Vorräte	439	87	87	88
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	765	1.030	1.161	683
III. Kassenbestand, Guthaben	3.413	6.667	10.812	8.022
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	537	485
<u>Passivseite</u>				
A. Eigenkapital	53.373	55.841	41.058	37.664
I. Gezeichnetes Kapital	102	102	102	102
II. Kapitalrücklage	54.802	58.627	44.302	40.268
III. Gewinnrücklagen	3.018	0	0	0
VI. Bilanzverlust	-4.549	-2.888	-3.346	-2.707
B. Rückstellungen	124	83	165	162
C. Verbindlichkeiten	308	163	105	77
Bilanzsumme	53.805	56.087	41.328	37.903

Das Geschäftsjahr 2006 schließt mit einem Bilanzverlust von 2,7 Mio. € und ist damit um 1 Mio. € besser als der Vorjahreswert (3,3 Mio. €). Das Ergebnis wurde durch die Verlustübernahme für die Durchführung des ÖPNV der Stadt Brandenburg an der Havel von 5,3 Mio. € (Vorjahr 6,3 Mio. €) geprägt. Dem standen Erträge aus Beteiligungen in Höhe von 2,5 Mio. € (Vorjahr 2,5 Mio. €) im Wesentlichen aus der StWB gegenüber.

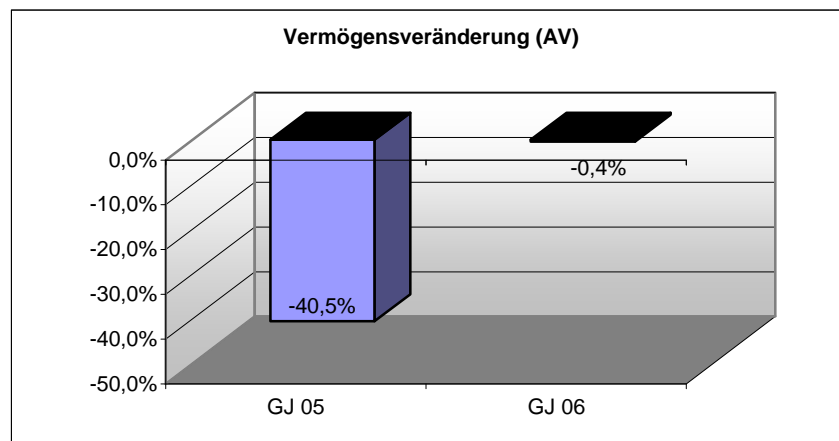
Das Eigenkapital der Gesellschaft veränderte sich durch zweckgebundene Einlagen für den ÖPNV (5,3 Mio. €) und den Jahresfehlbetrag (2,7 Mio. €) saldiert mit den Einnahmen (6,0 Mio. €). Die Eigenkapitalquote beträgt 99,4% (Vorjahr 99,3%).

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8,3% verringert. Dieser Rückgang resultiert aktivisch im Wesentlichen aus der Minderung der flüssigen Mittel als Folge der Entnahmen aus den Kapitalrücklagen.

Die Höhe des langfristig gebundenen Vermögens wird im Wesentlichen durch die Finanzanlagen bestimmt. Der prozentuale Anteil des langfristig gebundenen Vermögens an der Bilanzsumme beträgt 75,5%.

Die Fristenkongruenz ist gegeben, d. h. langfristiges Vermögen ist durch Eigenkapital gedeckt.

Die Finanzlage des Konzerns kann als geordnet angesehen werden. Die Zahlungsfähigkeit der TWB sowie deren Tochterunternehmen war im Berichtsjahr jederzeit gegeben.



Die Finanzanlagen haben sich im Vergleich zum Vorjahr auf Grund der Tilgung der Ausleihung durch die BT um 107,9 T€ vermindert.

Ursächlich für die Reduzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände ist die Verminderung der Forderungen an das Finanzamt, die im Vorjahr zwei volle Veranlagungszeiträume betraf.

Der Rückgang der flüssigen Mittel von 2.790,2 T€ im Vergleich zum Vorjahr ist insbesondere auf die Kapitalentnahme im Februar 2006 von 6.000 T€ durch die Stadt Brandenburg an der Havel zurückzuführen.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote der Gesellschaft ist sehr gut und beträgt zum Abschlussstichtag 99,4% gegenüber 99,3% im Vorjahr. Das Eigenkapital hat sich durch die Entnahmen aus der Kapitalrücklage von 9.350,6 T€ dem gegenüber dem Vorjahr um 639,5 T€ verminderten Bilanzverlust (2.706,5 T€) und den Einlagen des Gesellschafters von 5.316,6 T€ um 3.394,5 T€ verringert.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gegeben.

Die TWB hat sich verpflichtet, Sanierungsaufwendungen für die Altlasten auf Grundstück und Gebäude in der Gutenbergstraße 33 zu übernehmen. Auf Grund der früheren Nutzung als chemische Reinigung werden umweltschädigende Stoffe verschiedener Art vermutet. Für eine mögliche Inanspruch-

nahme aus der Verpflichtung aus der Vereinbarung mit der Brandenburger Dienstleistungen GmbH wurde entsprechend aktuellem Erkenntnisstand eine Rückstellung gebildet.

Die VBBr ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der TWB. Im Geschäftsjahr hat die TWB Zuwendungen für den ÖPNV und die Fähre von 5.317 T€ übernommen, so dass die VBBr zum 31. Dezember 2006 ein ausgeglichenes Jahresergebnis ausweist. Zum Bilanzstichtag belief sich das Eigenkapital der VBBr auf 5.366 T€.

An der StWB ist die TWB mit 51% beteiligt. Die Beteiligung wird in Höhe der Anschaffungskosten abzüglich einer im Jahr 2001 erfolgten Ausschüttung aus der Kapitalrücklage von 1.173 T€ ausgewiesen. Die StWB erzielte im Geschäftsjahr 2006 einen Jahresüberschuss von 4.937 T€. Das Eigenkapital belief sich zum Bilanzstichtag auf 17.266 T€.

Ertragslage des Unternehmens

GuV	(Angaben in T€)			
	2003	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse	215	572	30	33
2. Bestandsänderungen	29	-352	0	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	95	389	122	164
4. Materialaufwand	-104	-108	-27	-17
5. Personalaufwand	-313	-289	-302	-334
6. Abschreibungen	-20	-20	-13	-12
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-250	-213	-289	-175
8. Erträge aus Beteiligungen	1.102	2.346	2.529	2.499
9. Erträge aus Ausleihungen	789	765	823	261
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	140	94	118	192
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-6.222	-6.065	-6.337	-5.317
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2	0	0	0
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-4.541	-2.881	-3.345	-2.705
14. Sonstige Steuern	-8	-7	-1	-1
15. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-4.549	-2.888	-3.346	-2.707
16. Gewinnvortrag / Verlustvortrag	3.018	-4.549	-2.888	-3.346
17. Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	1.531	2.888	3.346
18. Einstellung in Gewinnrücklagen	-3.018	3.018	0	0
19. Bilanzverlust	-4.549	-2.888	-3.346	-2.707

Das Jahresergebnis 2006 war im Wesentlichen von Aufwendungen aus der Verlustübernahme für die Durchführung des ÖPNV der Stadt Brandenburg an der Havel von 5,3 Mio. € (Vorjahr 6,3 Mio. €) geprägt. Dem stehen Erträge aus Beteiligungen in Höhe von 2,5 Mio. € (Vorjahr 2,5 Mio. €) gegenüber.

Die Ergebnisverbesserung um 0,6 Mio. € ist im Wesentlichen in der Veränderung des Finanzergebnisses begründet. Die Aufwendungen für Verlustübernahme minderten sich um rund 1 Mio. € durch die nachfrageorientierte Anpassung von ÖPNV-Leistungen saldiert mit dem Wegfall der Erträge aus Ausleihungen an die BRAWAG von rund 0,5 Mio. €.

Zur Finanzierung der Verlustübernahme zu Gunsten der VBBr zur Stützung des ÖPNV erhält die TWB Einlagen der Stadt Brandenburg an der Havel in gleicher Höhe, so dass hieraus keine Liquiditätsbelastung entsteht.

Ursache des Jahresfehlbetrages ist die Verlustübernahme der VBBr von 5.317 T€.

Die TWB ist auf das Ausschüttungspotenzial der StWB angewiesen. Die Ertragslage kann nur innerhalb der Strukturierung des Gesamtkonzerns beeinflusst werden.

Die Vermögens- und Finanzlage der TWB blieb im Geschäftsjahr bis auf den Liquiditätsabbau nahezu unverändert.

Das Eigenkapital veränderte sich im Geschäftsjahr durch zweckgebundene Einlagen für den ÖPNV (5,3 Mio. €) saldiert mit Entnahmen (6,0 Mio. €) und dem Jahresfehlbetrag (2,7 Mio. €) um -3,4 Mio. €.

Die Bilanzsumme hat sich von 41,3 Mio. € im Vorjahr auf 37,9 Mio. € im Geschäftsjahr verringert.

Mit einer den Aufgaben einer Beteiligungsholding entsprechenden Eigenkapitalquote von 99,4% (im Vorjahr 99,3%) ist die Finanzierung des langfristig gebundenen Vermögens gesichert.

Gemäß TWB-Gesellschafterbeschluss Nr. 05/2004 wurden die Rückzahlungsmodalitäten bei abgesehenem Zinssatz des bestehenden Darlehens entsprechend der neuen Vereinbarung anteilig getilgt. Die Restforderung zum 31.12.2006 beträgt 216 T€.

Auf Grundlage des TWB-Gesellschafterbeschlusses Nr. 18/2005 wurde mit der Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Brandenburg an der Havel mbH (WOBRA) ein Darlehensvertrag erarbeitet, der von der Alleingesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel mit Beschluss TWB Nr. 04/2007 genehmigt wurde. Danach hatte die TWB der WOBRA ein Darlehen in Höhe von 3,5 Mio. € zu gewähren.

Die vorhandene Liquidität war erforderlich, um die Auszahlung des Darlehens an die WOBRA und Verpflichtungen aus künftigen Risiken finanzieren zu können. Das Darlehen wurde Anfang 2007 ausbezahlt.

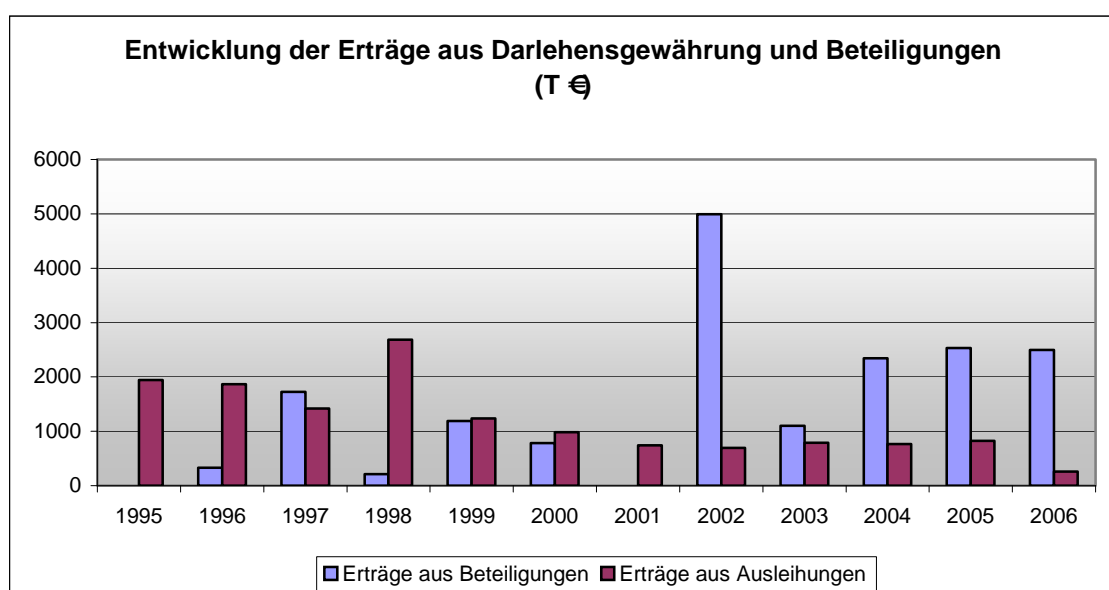
Nach der Neustrukturierung des Beteiligungsportfolios der TWB verbleibt als primäre Einnahmequelle nur noch das Ausschüttungspotential der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH, das nach gegenwärtigem Stand die Aufwendungen für die Durchführung des ÖPNV in der Stadt Brandenburg an der Havel nicht nachhaltig decken kann.

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr fast unverändert.

Aufgliederung der Umsatzerlöse in T€	<u>2005</u>	<u>2006</u>
Mieterlöse Grundstücksverwaltung	16,54	18,07
Betriebskostenabrechnung	14,07	14,59
Betriebskosten Leerstand	-0,12	0,00
gesamt	30,49	32,67

Die TWB erzielte 2006 Umsatzerlöse von insgesamt 33 T€ aus der Vermietung von Wohnräumen. Tätigkeitsbereiche im Geschäftsjahr 2006 waren die Beteiligungsverwaltung sowie die Bewirtschaftung von Wohnimmobilien in der Stadt Brandenburg an der Havel.

Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Erträge um 42,1 T€ ist hauptsächlich auf die Ausweitung der Dienstleistungen an kommunale Unternehmen zurückzuführen.

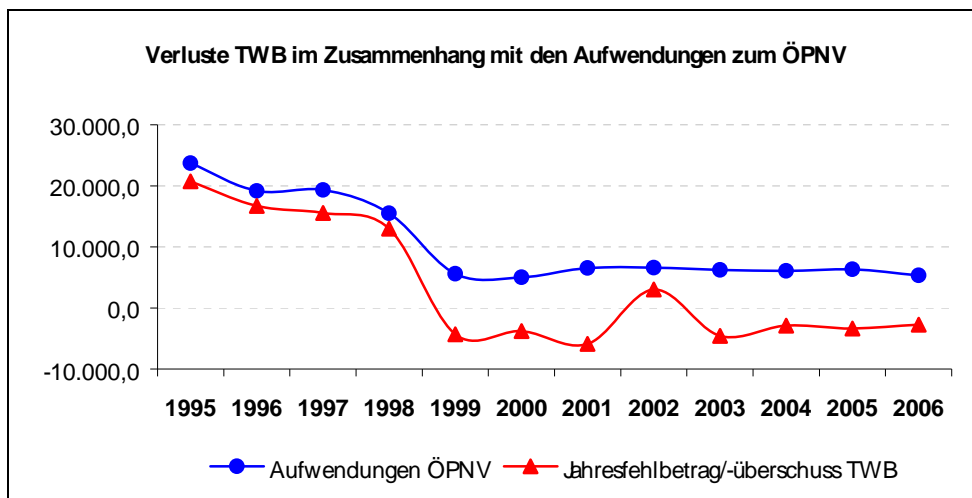


Der Materialaufwand, der den Aufwand für bezogene Leistungen aus der Grundstücksvermietung enthält, verminderte sich auf Grund der geringen Instandhaltungsaufwendungen zum Vorjahr um 10,5 T€ auf 16,6 T€

Der Personalaufwand, der 62,0% des Betriebsaufwandes ausmacht, hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10,6% erhöht. Wesentliche Ursache für diesen Anstieg sind die Kosten für den Hausmeister, die sich auf Grund der Einstellung Ende 2005 erst in 2006 voll auswirken. Von den Personalkosten werden für den Geschäftsführer 60,4 T€ an die WOBRA weiterberechnet. Die Erlöse aus der Weiterberechnung werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen sanken gegenüber dem Vorjahr um 7,5%.

Bei der Verlustübernahme ÖPNV handelt es sich um den von der TWB geleisteten Verlustausgleich der VBB. Die Aufwendungen Verlustübernahme Fähre resultieren aus Zuwendungen an die VBB zum Betrieb der Fähre Neuendorf (33 T€) und Reparaturen (15 T€).

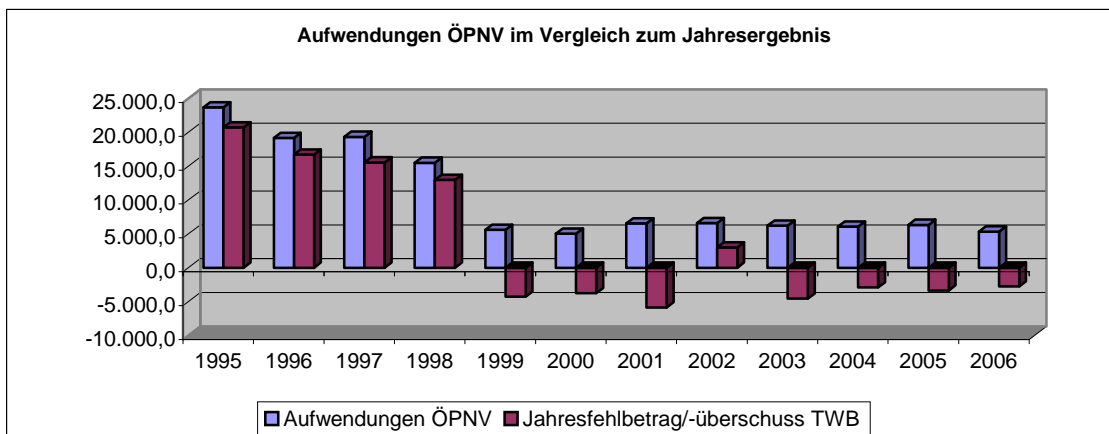


Finanz- und Fördermittel

Der Konzern hat im Geschäftsjahr folgende Finanz-/ Fördermittel der öffentlichen Hand erhalten:

- Mittel der Stadt Brandenburg an der Havel für den ÖPNV von insgesamt 5.269 T€ (VBB)
- Mittel der Stadt Brandenburg an der Havel für die Fähre von insgesamt 48 T€ (VBB).

Die StWB haben öffentliche Finanzmittel im Berichtsjahr von 83 T€ für das Investitionsvorhaben Gewerbe- und Industriegebiet Kirchmöser Nord erhalten. Die BRAWAG erhielt Fördermittel von 34 T€ aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Die BDL erhielt zur Sanierung von Altlasten 8 T€.



Wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungen

Die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungen wird durch eine sich verringernde Bevölkerungszahl der Stadt Brandenburg an der Havel und den zunehmenden Wettbewerb beeinflusst. Die Beschränkung der wirtschaftlichen Betätigung kommunaler Unternehmen durch die brandenburgische Gemeindeordnung auf das Gebiet der Kommune wirkt sich zusätzlich hemmend auf die Unternehmensaktivitäten aus. Den hieraus erwachsenen Risiken wird im Rahmen des Konzernverbundes der TWB mit kontinuierlicher konzeptioneller Arbeit zur Erhöhung der Effektivität begegnet.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Als Risiko der künftigen Entwicklung beurteilt die Geschäftsleitung die weiterhin erforderlichen Zuwendungen an die VBBr zur Stützung des ÖPNV. Im Falle der Einstellung der Unterstützung durch die Stadt Brandenburg an der Havel werden die Gewinnausschüttungen der StWB nicht zur Deckung des Zuschussbedarfs ausreichen. Weitere Risiken werden bei der StWB in der weiter rückläufigen Bevölkerungsentwicklung im Versorgungsgebiet gesehen.

Chancen werden bei der StWB im Wesentlichen im weiteren Vorschreiten der Liberalisierung und damit die Versorgung mit Strom außerhalb des eigenen Versorgungsgebietes angesehen. Die ständig steigenden Beschaffungskosten und Anforderungen der Regulierungsbehörde bedingen ein Gegensteuern. Eine Möglichkeit wird in Kooperation in der Verwaltung oder der gemeinsamen Energiebeschaffung mit anderen Stadtwerken gesehen.

Die geschäftliche Entwicklung der TWB ist von der wirtschaftlichen Entwicklung der StWB und deren Ausschüttungsvermögen abhängig, da bis auf die Vermietung der noch verbliebene Wohnimmobilien und die Erbringung von Beratungs- und sonstigen Dienstleistungen ein eigener Geschäftsbetrieb nicht unterhalten wird. Die VBBr wird von der TWB durch Zuwendungen, die sich im Geschäftsjahr auf 5.317 T€ beliefen, gestützt. Die Zuwendungen werden von der Stadt Brandenburg an der Havel durch Bareinlagen finanziert.

Mit den in den Geschäftsjahren 2005 und 2006 vollzogenen Kapitalentnahmen sowie der in 2007 geplanten Ausreichung eines Sanierungsdarlehens an die WOBRA GmbH ist der Liquiditätsbestand der TWB stark reduziert worden.

Eventuell erforderliche Investitionsmittel für strukturelle Maßnahmen sind in der Wirtschaftsplanung 2007 auf Grund der noch erforderlichen Entscheidungen des Aufsichtsrats und des Gesellschafters der TWB nicht enthalten.

Bis zum Jahr 2008 ist eine mittelfristige Zwischenfinanzierung der Städtisches Klinikum Brandenburg GmbH auf Grundlage eines Gesellschafterbeschlusses in Höhe von 5,0 Mio. € erfolgt.

Die TWB hat sich verpflichtet, Sanierungsaufwendungen für die Altlasten auf Grundstück und Gebäude in der Gutenbergstraße 33 zu übernehmen. Auf Grund der früheren Nutzung als chemische Reinigung werden umweltschädigende Stoffe verschiedener Art vermutet. Für eine mögliche Inanspruchnahme aus der Verpflichtung aus der Vereinbarung mit der Brandenburger Dienstleistungen GmbH, Brandenburg an der Havel, wurde entsprechend aktuellem Erkenntnisstand eine Rückstellung gebildet.

II.2.4.1 Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH



Fotos: Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Öffentlicher Personennahverkehr

Firmensitz

Upstallstr. 18
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/53 41 00
Fax: 03381/53 41 01
e-mail: info@vbbr.de
Internet: www.vbbr.de

Gründung

Die Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH (VBBr) ist durch Umwandlung des in Eigenregie übernommenen VEB Verkehrsbetriebe Brandenburg entstanden. Die Gesellschaft wurde am 24.06.1991 gegründet.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam unter HRB 1685 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.971.100 €
TWB GmbH	100 %

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag ist datiert vom 10. November 1999. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 08.02.2000 in das Handelsregister eingetragen.

Organe der Gesellschaft

➤ Geschäftsführung

Dipl.-Volkswirt und Dipl.-Verwaltungswirt Werner Jumpertz

➤ Gesellschafterversammlung

Die Vertretung in der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung der TWB wahrgenommen.

Die Gesellschafterversammlung trat im Geschäftsjahr 2006 zu fünf Sitzungen zusammen.

➤ Beirat

Im Geschäftsjahr 2006 fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Der Beirat setzt sich wie folgt zusammen:

<u>Name</u>	<u>Funktion im Beirat</u>
Hans Meuer	Vorsitzender
Martin Mitrenga	stellv. Vorsitzender (bis 31.12.2006)
Joachim Hahn	Beiratsmitglied
Gerd Walter	Beiratsmitglied
Frank Schwarz	Beiratsmitglied

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist laut § 2 des Gesellschaftsvertrages:

- die Planung, Bau und Vorhaltung von Verkehrsanlagen, der Betrieb von Straßenbahnen, Omnibussen, Fähren und anderen der Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit ÖPNV-Leistungen zu sozialverträglichen Preisen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten im Rahmen und nach Maßgabe des Nahverkehrsplanes der Stadt Brandenburg an der Havel
- der Betrieb artverwandter und branchenüblicher Nebengeschäfte sowie aller sonstigen Geschäfte, die der Erreichung und Förderung des Hauptzwecks dienlich sind
- die Durchführung aller Maßnahmen und Geschäfte, durch die der Unternehmensgegenstand unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann
- die Beteiligung, die Errichtung, der Erwerb oder die Pacht anderer Unternehmen sowie die Eingehung von Interessengemeinschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben, soweit der Stadt eine angemessene Einflussnahme ermöglicht wird, der Unternehmensgegenstand durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist und die Betätigung des Unternehmens nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit um dem Bedarf der Stadt steht

Die Aufrechterhaltung der Personenbeförderung hat Vorrang vor wirtschaftlichen Gesichtspunkten, soweit dies mit der Haushaltslage der Gesellschafterin in Einklang zu bringen ist. Ein vorrangiges Ziel, Gewinn zu erzielen, liegt nicht vor.

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz (Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg) stellt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichem Personennahverkehr eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar. Diese obliegt gemäß § 3 Abs. 3 ÖPNV-Gesetz den Landkreisen und kreisfreien Städten. Hierzu ist je nach Bedarf ein Liniennetz aufzubauen, das in einer bestimmten Taktdichte befahren wird. Der Begriff "ausreichend" ist insoweit unbestimmt und wird erst durch die vorhandene Nachfrage ausgefüllt. Die Stadt Brandenburg an der Havel bedient sich zur Erfüllung dieser Aufgabe der Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH.

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Beschäftigte	2005	2006
gesamt	171	152
davon Arbeiter	126	111
davon Angestellte	45	41
Auszubildende	6	6

Von den in 2006 beschäftigten Arbeitnehmern befinden sich 5 Mitarbeiter in der Freistellungsphase der Altersteilzeit.

Verlauf des Geschäftsjahres

Ausgehend von der Haushaltssituation der Stadt Brandenburg an der Havel wurde die VBBr in 2005 beauftragt, eine Optimierung der angebotenen Verkehrsleistungen ab 2006 vorzunehmen, um nachhaltig den Zuschussbedarf zu reduzieren. In 2006 wurde das Leistungsangebot einhergehend mit Rationalisierungsmaßnahmen um 26,4% reduziert (Reduzierung der Betriebsleistung von 2.500 Tkm auf 1.840 Tkm im Jahr 2006).

Die Reduzierung der Betriebsleistung führte nur zu einem Rückgang der beförderten Personen um 6,6% (Abnahme der Beförderungsfälle in 1.000 von 7.632,1 im Jahr 2005 auf 7.126,8 im Jahr 2006).

Die VBBr bedient das Stadtgebiet Brandenburg an der Havel mit Straßenbahnen und Omnibussen. Im Bediengebiet hat sich die Einwohnerzahl von 81.490 Einwohnern (30.06.1998) auf 73.985 (30.06.2006) verringert. Das Bediengebiet umfasst eine Fläche von 208 km².

Die Genehmigung für die Einrichtung und den Betrieb des Linienverkehrs gemäß § 42 PBefG sind für den Straßenbahnbetrieb bis 31.05.2025, für den Stadtomnibusbetrieb bis 31.05.2008 und für die Nachtlinien (N1-N4) bis 10.01.2014 erteilt.

Leistungsangebot	2005	2006
Rückgang der Betriebsleistung		- 26,4%
Betriebsleistung in Tkm	2500	1840
Rückgang beförderter Personen		- 6,6%
beförderte Personen in Tausend	7632,1	7126,8
Kostendeckungsgrad bezogen auf die Umsatzerlöse	41,50%	45,40%
Gesamtkostendeckungsgrad (einschl. periodenfremder Einflüsse)	45,20%	48,30%
EK-quote (unter Berücksichtigung des SoPo's)	16,70%	18,70%
Zuwendungen des Gesellschafters zur Stützung des ÖPNV in T€	6.303,0	5.268,0

Es wurde beschlossen, den aktuell gültigen Nahverkehrsplan an das nachfrageorientierte Angebot der VBBr anzupassen. Die Verstärkung der Straßenbahnlinien am Samstag und die Verdichtung der Taktzeiten auf der Linie H haben in Auswertung der Fahrgastzählssysteme deutlich eine wieder erhöhte Nachfrage ausgewiesen.

Auf der Grundlage der dokumentierten Leistungserstellung im ÖPNV und unter Berücksichtigung der konkreten Leistungs- und Angebotsbedingungen wurden die spezifischen Kosten eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens analytisch ermittelt und festgestellt, dass die Plankostensätze der VBBr dem vom EuGH aufgestellten Kostenmaßstab für Bus- und Straßenbahnbetrieb entsprechen.

Die VBBr bleibt auch im Jahr 2007 abhängig von den Zuwendungen zum ÖPNV, die sie von der Aufgabenträgerin Stadt Brandenburg an der Havel über die Gesellschafterin TWB erhält. Die künftige Entwicklung wird bei anhaltendem Bevölkerungsrückgang in der Stadt Brandenburg an der Havel sowie weiteren Reduzierungen der Zuschüsse für den kommunalen ÖPNV im Land Brandenburg und auf Bundesebene durch den finanziellen Rahmen des kommunalen Aufgabenträgers bestimmt.

	2002	2003	2004	2005	2006
Umsatzerlöse in T€	4.954	4.870	4.956	4.770	4.623
Beförderungsfälle (BF)	7.453	7.776	7.658	7.632	7.127
dar. Linienverkehr § 42 PBefG			7.517	7.531	7.074
Personenkilometer (Pkm)	35.319	36.928	36.289	35.697	32.902
dar. Linienverkehr § 42 PBefG			34.577	34.641	32.539
Nutzwagenkilometer (NkM) in 1.000	2.481	2.588	2.567	2.500	1.840
Linienverkehr § 42 PBefG			2.516	2.459	1.823
Straßenbahn			838	823	638
Omnibus (einschl. Linientaxi)			1.678	1.636	1.185
Beschäftigte	180	181	183	171	152
Aufwendungen in T€	11.879	11.517	11.305	11.495	10.195
Aufwand in € je Nutzwagenkilometer	4,8	4,5	4,4	4,6	5,5
Defizit in € je Nutzwagenkilometer	2,8	2,6	2,5	2,7	3,0
Aufwandsdeckungsgrad in %	42	42	44	41	45

Jahresrückblick 2006

Gleich am Anfang des **Jahres 2006** wurde Abschied vom Arbeitstriebwagen 129 genommen. Er wurde auf dem alten Betriebshof in der Bauhofstraße demontiert und verschrottet.

Am **01.02.2006** wurde die Haltestelle Bahnhof Görden eröffnet.

Mit Vollsperrung der Seegartenbrücke ab **06.03.2006 - 06.07.2006** erfolgt der Linienverlauf der Linien E und N5 geteilt mit Hilfe des Fährverkehrs für die Fahrgäste.



Zum ersten Mal im Jahr 2006 führten wir am **05.04.2006** den Verkehrsunterricht „Busschule“ mit Schülern der Grundschule „Vier-Jahreszeiten“ und der Polizei an der Dreifelderhalle am Wiesenweg durch. Die Schüler lernten das richtige Verhalten in den Omnibussen und an den Haltestellen. Noch an 10 weiteren Tagen wurden Schülern und Kindergartenkindern die sichere Teilnahme am ÖPNV spielerisch erklärt.

Am **08.04.2006** begleiteten wir das Kneipenfest mit zusätzlichen Fahrten in der Stadt.

Ebenfalls wurden mit Sonderverkehre das Havelfest, das Fischerjakobi, die Adventssonntage und die Weihnachtsmannparade begleitet.

Ab dem **05.05.2006** sind die Verkehrsbetriebe Brandenburg an der Havel GmbH im Videotext ab Seite 290 des regionalen Stadtfernsehens „SKB“ mit aktuellen Informationen für Fahrgäste und Bahnfans vertreten.



Die neue Wendeschleife am Bühnenhaus für den öffentlichen Personennahverkehr wurde erstmals am **15.05.2006** befahren. Ab **01.06.2006** fährt die Linie F über Mühlenweg bis zum Segelflugplatz (neue Wendestelle).

Am **11.08.2006** fiel am Bahnübergang Christinenstraße während Rodungsarbeiten eine Pappel auf das Bahngleis. Die gerade ankommende Bahn konnte noch rechtzeitig notbremsen. Dadurch wurden nur 3 Personen leicht verletzt. Ein Ast bohrte sich dennoch in die Fahrerkabine.

Beim 4. Kleinfeldfußballturnier „Pfarrer gegen Fahrer“ am **12.08.2006**, wo 10 Mannschaften von Verkehrsunternehmen und kirchlichen Einrichtungen



gegeneinander kämpfen, belegte die Mannschaft der VBB, die „Brandenburger Nahverkehrskicker“, den 3. Platz. Die Fußballer der Siegermannschaften (Platz 1-3) nahmen dann am **18.08.2006** mit großer Begeisterung an einer Straßenbahnfahrt mit viel Musik und Überraschungen teil.

Die Verstärkung der Straßenbahnlinien am Samstag (Fahrten wieder direkt zum Bahnhof) und die Verdichtung der Taktzeiten auf der Linie H haben in Auswertung der Fahrgastzählensysteme ab **21.08.2006** wieder deutlich eine erhöhte Nachfrage ausgewiesen.



Am **05.09.2006** entwischt einem Fahrgast mit großem Schrecken beim Einsteigen in die Straßenbahn Haltestelle Blumenstraße seine Katze. Sie machte es sich im Radkasten der Bahn gemütlich bis der Fahrer sie nach langem Suchen fand und die Fahrt fortsetzen konnte.

Die Linien E und N5 fahren ab **25.09.2006** durch Erneuerung der Uferstraße über die Bahnhofstraße in Kirchmöser. Auch die Verkehrsbetriebe feierten am **11.11.2006** den Beginn der närrischen Zeit in Brandenburg an der Havel mit einem bunt geschmückten Straßenbahnwagen, der den Karnevalszug durch die Stadt begleitete.

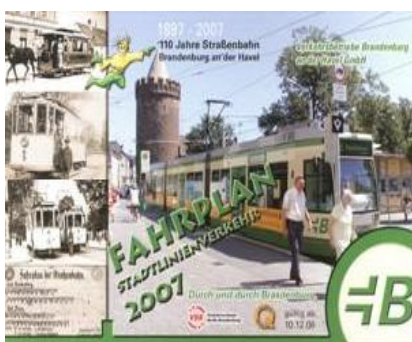


Im **November 2006** wurde der Auftrag zur analytischen Kostenermittlung und -bearbeitung nach Kriterium 4 ausgelöst, d.h. zu beurteilen, ob die von der VBB für die Leistungserstellung im ÖPNV für das Jahr 2007 geplanten Kosten dem vom EuGH im Urteil Altmark Trans vom 24.07.2003 aufgestellten Maßstab für beihilfefreie ausgleichsfähige Kosten entsprechen (Kosten, die ein durchschnittliches, gut geführtes Verkehrsunternehmen, das so angemessen mit Transportmitteln ausgestattet ist, dass es den gestellten gemeinwirtschaftlichen Anforderungen genügen kann, bei der Erfüllung der betreffenden Verpflichtungen hätte). Auf der Grundlage der dokumentierten Leistungserstellung im ÖPNV (Mengengerüst, Fahrzeuggrößen, Qualitätsstandards) und unter Berücksichtigung der konkreten Leistungs- und Angebotsbedingungen wurden die spezifischen Kosten eines durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens analytisch ermittelt und festgestellt, dass die Plankostensätze der VBB (Wirtschaftsplan 2007) dem vom EuGH aufgestellten Kostenmaßstab für Bus- und Straßenbahnbetrieb entsprechen.

Die in unserer Stadt schon Kult gewordene Weihnachtsmannparade am **09.12.2006** war auch für die VBB ein besonderes Ereignis. Nicht nur der verstärkte Linienverkehr wurde gelobt, sondern unsere geschmückte Straßenbahn zum Märchen Hänsel und Gretel.



Unter Bezug auf die mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2006 des Bundes ausgelösten Kürzungen der Regionalisierungsmittel des Bundes und der Änderung der Berechnungsgrundsätze für die Ausgleichszahlungen in der Schülerbeförderung, hat der Brandenburgische Landtag am **14.12.2006** das ÖPNVG erneut novelliert.



So werden nunmehr die bisher den Verkehrsunternehmen in Höhe von bisher 37 Mio. € direkt zugeflossenen Ausgleichszahlungen für verbilligte Ausbildungszeitkarten (§ 45a PBefG-Mittel) ebenfalls Bestandteil der den Aufgabenträgern zweckgebunden zugewiesenen ÖPNV-Mittel. In Folge - auch bei der VBB - bestehender vertraglicher Regelungen wird diese Integration materiell erst im Jahr 2008 wirksam. Die konkrete Ausgestaltung bleibt daher für die Verkehrsunternehmen noch offen. Der Fahrplanwechsel am **10.12.2006** beinhaltete nur geringfügige Anpassungen an die An- und Abfahrtszeiten der Züge am Hauptbahnhof.

Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

Das Gesamtvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10,7% verringert. Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus der Abnahme des langfristig gebundenen Vermögens durch die Abschreibungen im Geschäftsjahr. Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen hat sich von 92,6% in 2005 auf 93,5% in 2006 erhöht.

Die Verminderung der immateriellen Vermögensgegenstände um 111,6 T€ resultiert im Wesentlichen aus den Abschreibungen von 132,7 T€, denen Zugänge von 21 T€ gegenüberstehen.

Der Rückgang bei den Sachanlagen um 2.783,1 T€ beruht zum einen auf Abschreibungen von 2.873,8 T€, zum anderen auf Buchwertabgänge von 37,6 T€, denen Investitionen von 128,3 T€ gegenüber stehen.

Dementsprechend hat sich das kurzfristige Vermögen um 22,3% vermindert. Dies resultiert im Wesentlichen aus den geringeren Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Unter Berücksichtigung der Verlustausgleichszahlungen des Gesellschafters von 5.268 T€ war die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft gesichert.

2006 wurden 149 T€ investiert, darunter 30 T€ für den Erwerb eines speziell für Reparaturen von Weichen ausgerüsteten Transporters, 27 T€ für den Betriebshofneubau und 22 T€ für die Erneuerung von 2 Streckenabschnitten der Oberleitung.

Das langfristig gebundene Vermögen ist zu 99,7% und somit nicht vollständig durch langfristige Mittel finanziert.

Die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des Sonderpostens beträgt 64,8% (2005: 62,4%).

(Angaben in T€)				
Bilanz	2003	2004	2005	2006
Aktivseite				
A. Anlagevermögen	32.416	31.284	29.518	26.623
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	97	349	200	89
II. Sachanlagen	32.316	30.932	29.315	26.532
III. Finanzanlagen	3	3	3	3
B. Umlaufvermögen	1.692	2.956	2.364	1.838
I. Vorräte	244	259	244	243
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	500	673	619	331
III. Kassenbestand	948	2.024	1.502	1.264
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3	3	4	2
D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung	256	256	256	256
Passivseite				
A. Eigenkapital	5.366	5.366	5.366	5.366
I. Gezeichnetes Kapital	1.971	1.971	1.971	1.971
II. Gewinnrücklagen	3.395	3.395	3.395	3.395
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
B. SoPo für Investitionszuschüsse	15.920	15.585	14.634	13.235
C. Rückstellungen	1.180	1.146	1.109	1.085
D. Verbindlichkeiten	11.678	12.157	10.793	8.810
E. Rechnungsabgrenzungsposten	223	244	239	223
Bilanzsumme	34.367	34.498	32.141	28.719

Kreditaufnahmen

Die langfristige Strategie der VBBr, die Kreditverbindlichkeiten kontinuierlich zu senken, wurde auch im Geschäftsjahr fortgesetzt (Tilgung von 802 T€). Es wurden keine neuen Kredite aufgenommen.

Ertragslage des Unternehmens

Im Berichtsjahr hat sich das Betriebsergebnis um 1.121,9 T€ auf - 4.948,5 T€ verbessert. Entscheidend hierfür sind die reduzierten Aufwendungen von 1.266,2 T€, bei einem Rückgang der Betriebsleistung um nur 144,3 T€ (636 TNkm im Linienverkehr §42 PBefG).

Die Umsatzerlöse sind im Berichtsjahr um 3,4% zurückgegangen. Entscheidend hierfür ist der Rückgang bei den Beförderungsentgelten der durch geringere Rückzahlungen für Mindereinnahmen zum Teil ausgeglichen wurde. Der Rückgang bei den Einnahmen aus Beförderungsentgelten ist bei unveränderten Tarifen auf die Reduzierung der Betriebsleistung und der dadurch weniger beförderten Personen zurückzuführen. Die im Jahr 2006 erfolgte Reduzierung der Betriebsleistung von 26,4% gegenüber dem Vorjahr hat jedoch nur zu einem Rückgang der beförderten Personen um 6,6% geführt.

Der Materialaufwand konnte durch die Reduzierung der Betriebsleistung gegenüber dem Vorjahr um 19,7% gesenkt werden.

Die Maßnahmen zur Reduzierung der Betriebsleistung im Jahr 2006 haben im Wesentlichen zur Ergebnisverbesserung geführt. Dies verdeutlichen auch die Verbesserungen der Ergebnisse pro Personenkilometer. So wurde die spezifische Betriebsleistung von 13,8 ct/Pkm auf 14,5 ct/Pkm verbessert und der spezifische Betriebsaufwand wurde von 30,8 auf 29,6 ct/Pkm gesenkt.

Das Finanzergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 51,5 T€. Dies ist im Wesentlichen durch die planmäßigen Darlehenstilgungen bedingt, die zu sinkenden Zinsaufwendungen geführt haben.

(Angaben in T€)				
GuV	2003	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse	4.870	4.956	4.770	4.623
2. Sonstige betriebliche Erträge	6.638	6.340	6.715	5.553
3. Materialaufwand	-1.934	-1.922	-2.111	-1.692
4. Personalaufwand	-6.254	-6.154	-6.304	-5.515
5. Abschreibungen	-2.929	-2.989	-3.060	-3.006
Zuführungen zum SoPo für Investitionszuschüsse	1.320	1.346	1.446	1.399
6. Sonstige betriebl. Aufwendungen	-1.130	-1.087	-983	-939
7. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9	9	10	19
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-580	-489	-474	-431
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10	10	10	11
11. Sonstige Steuern	-10	-10	-10	-11
12. Jahresergebnis	0	0	0	0

Die Umsatzerlöse fallen um 147,1 T€ geringer aus gegenüber dem Vorjahr. Ursache hierfür sind zum einen die um 2,9% geringeren Beförderungsentgelte (bei einer Reduzierung der Betriebsleistung um 25,8%), die Reduzierung der Ausgleichszahlungen gem. § 45a PbefG (28 T€), der Erstattungsleistung nach § 150 Abs. 1 SGB IX (11 T€) sowie der reduzierte Schülerverkehr um 16 T€.

Aufteilung der Umsatzerlöse in T€		
	2005	2006
Omnibus Stadt	1.843,0	1.945,1
Straßenbahn	2.927,2	2.678,0
gesamt	4.770,2	4.623,1

Auf Grund der Zuwendungen für den ÖPNV durch die Gesellschafterin von 5.268,4 T€ weist die Gesellschaft ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus.

Der Kostendeckungsgrad bezogen auf die Umsatzerlöse verbesserte sich auf 45,4% (Vj. 41,5%). Der Gesamtkostendeckungsgrad liegt bei 48,3% (Vj. 45,2%).

Der Personalaufwand ist um 798 T€ geringer als im Vorjahr. Dies resultiert aus der planmäßigen Verringerung der Anzahl der Beschäftigten und dem ab 1. Januar 2006 vereinbarten Tarifvertrag zur

Anwendung des Tarifvertrages zur Regelung der Arbeitsbedingungen bei den Nahverkehrsbetrieben im Land Brandenburg. Die wesentlichen Eckpunkte dieses Tarifvertrages werden aufgeführt.

Technische Betriebsdaten				
(Angaben in T€)	2003	2004	2005	2006
Umsatzerlöse (UE)	4.870	4.956	4.770	4.623
Beförderungsfälle (BF)	7.776	7.658	7.632	7.127
Personenkilometer (Pkm)	36.928	36.289	35.697	32.902
Nutzwagenkilometer (NWkM)	2.588	2.567	2.500	1.840
Beschäftigte	181	183	171	152
Aufwendungen in T€	11.517	11.305	11.495	10.195
Aufwand in € je Nutzwagenkilometer	4	4	5	6
Defizit in € je Nutzwagenkilometer	3	2	3	3
Aufwandsdeckungsgrad in % (bezogen auf die Umsatzerlöse)	42	44	41	45

Zuwendungen und Zuschüsse

Die Zuwendungen der TWB haben sich gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 1.005 T€ auf 5.268,4 T€ auf Grund der Reduzierung des Leistungsangebotes verringert.

Der Zuschuss für die Fähre „Neuendorf“ dient der Aufrechterhaltung des Fährbetriebes Neuendorf. Im Berichtsjahr wurden zusätzlich 15 T€ für Instandsetzungsmaßnahmen gewährt.

Die Zuwendungen des Gesellschafters zur Stützung des ÖPNV von 5.268 T€ (Vj. 6.303 T€) bleiben auch im Berichtsjahr eine der wichtigsten Finanzierungsquellen für den laufenden Betrieb der VBB.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Gesellschaft bleibt auch im Jahr 2007 abhängig von den Zuwendungen zum ÖPNV, die sie von der Aufgabenträgerin, die Stadt Brandenburg an der Havel, über ihre Gesellschafterin, die TWB, erhält. Das vorgegebene Ziel der Einsparung von 2 Mio. € (ein Drittel der Zuwendungen des Basisjahres 2005) und eine Kostendeckung von über 50% soll durch weitere Maßnahmen (Tariferhöhung zum 1. April 2007 und Darstellung der Verkehrsleistung der VBB als ein attraktives Qualitätsprodukt) erreicht werden.

Die Gefährdung der künftigen Entwicklung ist weiterhin durch den anhaltenden Bevölkerungsrückgang der Stadt Brandenburg an der Havel sowie durch weitere Reduzierungen der Zuschüsse für den kommunalen ÖPNV im Land Brandenburg und auf Bundesebene gekennzeichnet.

Am 24. Juli 2003 hat der EuGH im sog. Altmark Trans-Urteil festgestellt, dass eine Finanzierung von Unternehmen des ÖPNV durch die öffentliche Hand nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig ist. Hierzu hat das Gericht die folgenden vier Kriterien formuliert, die kumulativ zu erfüllen sind, um Zahlungen des Aufgabenträgers (auch in Form einer Verlustübernahme) nicht als Beihilfe im Sinne des EU-Rechts anzusehen:

- Das begünstigte Unternehmen muss tatsächlich mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Leistungen betraut sein, und diese Verpflichtungen müssen klar definiert sein.
- Es muss eine objektive und transparente Aufstellung von Parametern zur Berechnung des finanziellen Ausgleichs erfolgen.
- Der Ausgleichsbetrag darf nur die Kosten der Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen unter Berücksichtigung der dabei erzielten Einnahmen und eines angemessenen Gewinns ganz oder teilweise decken und nicht darüber hinaus gehen.
- Sofern kein Wettbewerbsverfahren durchgeführt wird, sind die auszugleichenden Posten auf der Basis eines „durchschnittlichen, gut geführten Unternehmens“ zu berechnen. Dann ist eine sog. marktorientierte Direktvergabe möglich.

Es wird davon ausgegangen, dass durch die in 2004 eingeführten Maßnahmen (Niederlegung des Betrauungsaktes im Wirtschaftsplan, Beschreibung der Verkehrsleistung im Wirtschaftsplan,

Bescheinigung über ein durchschnittlich gut geführtes Unternehmen) den vorgenannten Kriterien Rechnung getragen wird.

Zur Erfüllung der Erfordernisse hat die VBBR ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet, was auch 2006 überarbeitet wurde. Zielsetzung des Risikomanagements ist es, zukünftige, risikobehaftete Entwicklungen frühestmöglich zu identifizieren, zu analysieren, zu bewerten und fortlaufend zu überwachen, um die langfristige Anpassung des Unternehmens an sich stetig verändernde Umweltbedingungen und die nachhaltige Existenzsicherung des Unternehmens sicherzustellen.

Der Schwerpunkt 2007 bei der betrieblichen Arbeit muss eindeutig beim Erhalt der Einnahmen liegen auch unter Berücksichtigung der Tarifierhöhung zum 01.04.2007. Die VBBR hat das Ziel, die Dienstleistungen der VBBR auch unter dem Blickwinkel der Optimierung als ein attraktives Qualitätsprodukt darzustellen, ganz besonders im Jahr der „110 Jahre Straßenbahn in Brandenburg an der Havel“, um so unsere Verkehrskunden zu erhalten. Qualitätsgarantien zur Pünktlichkeit, Sauberkeit und schnellen Beantwortung von Beschwerden sollen dem Kunden auch weiterhin zeigen, dass auf die Leistung der VBBR voll vertraut werden kann.

Die konsequente Umsetzung des Rationalisierungskonzeptes zum Fahrplanwechsel am 11.12.2005 hat im Kostendeckungsgrad und in der Reduzierung des Jahresfehlbetrages zum Vorjahr um 1.035 T€ die ersten Erfolge gezeigt. Die bisher erreichte Wirtschaftlichkeit lässt den Rückgang der Kennziffern „beförderte Personen im Linienverkehr“ (- 6,1%) und „Beforderungsentgelte“ (- 2,9%) akzeptierbar sein mit Bezug auf die Kürzung der angebotenen Nutzkilometer im Linienverkehr (- 25,8%).

Das Unternehmen versucht vor allem mit Blick auf die rückläufigen Zuschüsse, die Verschuldung bei Kreditinstituten durch hohe Tilgungsbeträge oder Sondertilgungen abzubauen, um eine Verringerung der Zinsbelastung zu erreichen. Sollte es in den Folgejahren nicht gelingen die Kürzungen der ausgereichten Subventionen durch Reduzierung des Aufwandes und Steigerung der Erträge auszugleichen, wird es zu einem Verzehr des Eigenkapitals kommen.

Mit dem im Jahr 2006 begonnenen Veränderungen des Leistungsangebotes und den weiteren Maßnahmen (Tarifierhöhung zum 1. April 2007 sowie Darstellung der Verkehrsleistung der VBBR als ein attraktives Qualitätsprodukt) sollen die Zuschüsse mittelfristig auf 4 Mio. € verringert und eine Kostendeckung von über 50% erreicht werden.

II.2.4.2 Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH



Fotos: Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Energieversorgung

Firmensitz

Upstallstr. 25
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/75 20
Fax: 03381/75 23 18

e-mail: info@stwb.de
Internet: www.stwb.de

Gründung

Die Gründung der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) erfolgte am 27.01.1995 auf der Grundlage eines Konsortialvertrages mit gleichem Datum zwischen dem kommunalen Partner und den privaten Energieversorgungsunternehmen (EVU).

Hintergrund war eine schrittweise erfolgende Rückübertragung des Vermögens der örtlichen Strom- und Gasversorgung auf die Kommunen gegen die Rückgabe der von den Kommunen gehaltenen Kapitalanteile an dem privaten EVU entsprechend dem diesbezüglichen Vergleich vor dem Bundesverfassungsgericht (Stromvergleich).

Mit der Einbringung des Strom- und Fernwärmevermögens und der Einbringung der Energieversorgung Stadt Brandenburg/Havel GmbH (EBH) und der damit verbundenen Kapitalerhöhung zum 01.04.1996 wurde Ende 1996 die Gründungsphase abgeschlossen.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 8920 P eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 16.000 TDM (umgerechnet 8.181 T€)

Beteiligungsverhältnisse:

<u>Beteiligungsverhältnisse</u>	
Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH, (TWB)	51,00% (8.160 TDM)
E.ON edis Aktiengesellschaft Fürstenwalde	36,75% (5.880 TDM)
EMB Beteiligungsgesellschaft mbH Potsdam	12,25% (1.960 TDM)

Die Umstellung der Kapitalanteile in Euro ist 2006 noch nicht erfolgt.

Unterbeteiligungen

<u>Unterbeteiligungen</u>	
BDL (Brandenburger Dienstleistungen GmbH)	100%
BRAWAG GmbH (Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel)	100%

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftervertrag datiert vom 21.06.2006.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Dipl.-Kfm. Uwe Müller (kaufmännisches Ressort)

Dipl.-Wirtschaftsing. (FH) Siegfried Würfel (technisches Ressort) – bis 30. September 2006

Wolfgang Michael Schwarz (technisches Ressort) – seit 1. Oktober 2006

- *Gesellschafterversammlung*

Die Stimmrechte in der Gesellschafterversammlung verteilen sich entsprechend der Anteile am Stammkapital.

Im Geschäftsjahr fand eine Gesellschafterversammlung statt.

- *Aufsichtsrat*

Die Gesellschaft hat einen aus neun Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat. Im Jahr 2006 fanden zwei Aufsichtsratssitzungen statt.

Aufsichtsratsmitglieder 2006		
Dr. Dietlind Tiemann	Brandenburg an der Havel	Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg an der Havel Aufsichtsratsvorsitzende
Bernd Dubberstein	Berlin	Vorstandsmitglied der E.ON edis AG Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
Carsten Thiele (bis 7. April 2006)	Wuppertal	Referent für Beteiligungs-Controlling und Unternehmensentwicklung RWE Energy AG Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
Klaus Deschner	Brandenburg an der Havel	Geschäftsführer Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH
Alfredo Förster	Brandenburg an der Havel	Stadtverordneter der Stadt Brandenburg an der Havel
Heike Friedrichs	Brandenburg an der Havel	Stadtverordnete der Stadt Brandenburg an der Havel
Stephan Gothe	Berlin	Bereichsleiter Controlling der E.ON edis AG
Jan Penkawa (bis 5. September 2006)	Brandenburg an der Havel	Stadtverordneter der Stadt Brandenburg an der Havel
Dr. Rainer Peters (bis 31. März 2006)	Berlin	Vorstandsvorsitzender der E.ON edis AG
Peter Reimann (seit 7. September 2006)	Brandenburg an der Havel	Stadtverordneter der Stadt Brandenburg an der Havel
Dr. Eberhard M. Richter (seit 8. April 2006)	Berlin	Geschäftsführer der EMB Erdgas Mark Brandenburg GmbH
Michael Söhlke (ab 1. April 2006)	Laatzen	Vorstandsvorsitzender / Vorstand kaufmännische Bereiche der E.ON edis AG

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb von Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wärme, der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und der Klärschlammabfuhr dienen, sowie die Vornahme aller damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte. Das Unternehmen ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die mittelbar oder unmittelbar diesen Zwecken dienen.

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 2006 139 (Vorjahr 132) Mitarbeiter ohne Auszubildende.

Verlauf des Geschäftsjahres

Der Stadtumbau und die rückläufige Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg an der Havel sind externe Faktoren, die zu Verschiebungen in den Versorgungsstrukturen führen und das Geschäft des StWB-Konzerns beeinflussen. Trotz dieser schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist es dem Konzern gelungen, auch im Jahr 2006 seine Stellung als der führende Energie- und Wasserversorger zu behaupten.

Die strukturierte Strombeschaffung wurde 2006 planmäßig fortgesetzt. Die Marktentwicklung zeigt jedoch, dass es möglich sein muss, bereits beschaffte Tranchen wieder zu veräußern. Mit dieser Problematik wird sich die Gesellschaft in 2007 verstärkt auseinandersetzen müssen.

Wie bereits im vergangenen Jahr sind in den ersten drei Quartalen des Geschäftsjahres 2006 der Ölpreis und die Preise an der Strombörse kräftig gestiegen. Erst im letzten Quartal 2006 haben sich die Energiemärkte etwas beruhigt. Teile dieser Bezugskostensteigerungen mussten an die Kunden weitergegeben werden. Die in diesem Zusammenhang emotional geführte öffentliche Preisdebatte täuscht darüber hinweg, dass es sich hierbei um nachvollziehbare Marktentwicklungen handelt. Energiepreise sind welt-, europa- und deutschlandweit inzwischen Marktpreise und dieser Markt wird immer stärker umkämpft. Wenn die weltweite Nachfrage nach Energie dauerhaft steigt und davon ist auszugehen, denn allein der Energiebedarf Chinas wird sich bis 2020 voraussichtlich verdoppeln, hat dies selbstverständlich auch Auswirkungen auf die Preise in Europa und Deutschland.

In dieser ganzen Preisdiskussion kommt auch selten zum Ausdruck, dass die Regierung vor Jahren beschlossen hat, den staatlichen Anteil an Steuern und Abgaben auf den Strompreis deutlich zu erhöhen. Ohne diese staatlich gewünschten Erhöhungen des Strompreises läge dieser heute unter denen zu Beginn der Liberalisierung 1998 und das trotz steigender Weltmarktpreise. Auch der rückläufige Trend der Bevölkerungsentwicklung hat sich fortgesetzt. Auf Grund der höheren Fixkostenbelastung führt dies zwangsläufig zu höheren Versorgungstarifen oder, wenn diese nicht mehr durchsetzbar sind, zu einem Rückgang der Ergebnisse bei den Energieversorgungsunternehmen.

Die Anzahl der Einwohner im Versorgungsgebiet ist weiter gesunken.

Im Bereich des Stromvertriebes sind die Absatzmengen gegenüber dem Vorjahr um 5,2% gestiegen. Die Steigerung konnte insbesondere bei Kunden außerhalb des StWB - Versorgungsgebietes erreicht werden. Die Umsatzerlöse sind sowohl durch Mengensteigerungen und Preisanpassungen um 3,2 Mio. € angestiegen.

Im Geschäftsbereich Stromversorgung Netz sind die Umsätze gegenüber fremden Vertrieben um 11,8 % gestiegen.

In der Gasversorgung verringerte sich der Absatz im Tarifikundenbereich vor allem witterungsbedingt mengenmäßig um 3,2%. Trotz dieser Mengenentwicklung stiegen die Umsätze preisbedingt um 5,9 Mio. €.

Witterungsbedingt und durch die Auswirkungen des Stadtumbaus ist ein Absatzrückgang in der Wärmeversorgung um 0,7% zu verzeichnen. Preisbedingt ist der Umsatz um 1,7 Mio. € gestiegen.

Der Stromverkauf des Heizkraftwerkes verringerte sich auf Grund der warmen Witterung.

wirtschaftliche Entwicklung der StWB	2002	2003	2004	2005	2006
Umsatzerlöse in Mio €	64,7	68,9	72,8	75,5	88,2
Strom (einschließlich Netznutzung und Stromsteuer)	27,1	27,4	30,7	30,8	34,3
Gas (einschließlich Erdgassteuer)	22,0	24,2	25,1	26,4	32,4
Wärme und Stromverkauf aus HKW	15,6	17,3	17,0	18,3	21,5
Bezugs- und Einsatzkosten in Mio €	35,9	39,5	40,1	45,9	58,9
Sonderabschreibungen in Mio €	0,0	0,0	1,3	0,0	0,0
Jahresüberschuss in Mio €	2,1	5,0	5,0	5,0	4,9
Investitionen in Mio €	27,5	3,9	3,0	13,3	3,7
Mitarbeiter zum 31.12. (einschließlich Azubi und Praktikanten)	129	133	137	152	160

	Absatz in GWh			Umsatz in T€		
	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>
Strom (einschließlich Stromsteuer)	230,9	224,4	228,0	29.542	29.803	33.106
Netznutzung	22,3	24,4	31,2	1.026	1.042	1.165
Gas (einschließlich Erdgassteuer)	847,3	823,7	841,5	25.126	26.444	33.675
Wärme	319,9	311,5	295,9	16.969	18.292	21.483
sonstige Umsatzerlöse (Baukostenzuschüsse, Erlösschmälerungen usw.)	0,0	0,0	0,0	1.984	1.475	490
gesamt	1420,4	1384,0	1396,6	74.647	77.056	89.919

Die StWB hat in Brandenburg an der Havel Betriebsflächen von rund 76 Tm².

Mit der Stadt Brandenburg an der Havel bestehen seit 1996 Konzessionsverträge über die öffentliche Versorgung mit elektrischer Energie und mit Gas. Vertragsgemäß entrichtet StWB die nach der KAV vom 9. Januar 1992 zu zahlenden Höchstbeträge. Für den eigenen Strom- und Gasverbrauch der Stadt gewährt die Gesellschaft einen Nachlass von 10% im Tarifbereich.

Die Verteilungsanlagen im Strombereich umfassen 311 Ortsnetztrafostationen (darunter 61 Kundenanlagen) einschließlich 933 km Niederspannungs-, Mittelspannungs- und Hausanschlusskabel sowie Freileitungen.

Im Gasbereich erfolgt die Versorgung der Tarif- und Sondervertragskunden über ein Rohrnetz (Hoch-, Mittel-, Niederdruckleitungen) von 317 km mit 5 Übergabestationen (einschließlich der Übergabestation für das HKW) und 63 Ortsnetzregelanlagen sowie 8.276 Hausanschlüssen.

Die Gesellschaft betreibt seit Ende 1996 das HKW mit einer Wärmeerzeugung (Leistung 80 MW th) und einer Stromerzeugung durch KWK (Leistung 37 MW el und 50 MW th) und seit 1. Juli 1999 das Heizkraftwerk „West“ mit einer Leistung von 16 MW th (auf 20 MW th erweiterbar).

Die Gesamtrassenlänge für die Fernwärmeversorgung beträgt 47,3 km, davon 12,4 km Primär- und 35,0 km Sekundärnetz. Die effektive Anschlussleistung betrug am 31. Dezember 2006 87,9 MW. Die StWB versorgt insgesamt 296 Abnahmestellen (148 im Bereich der Wohnungswirtschaft, 69 öffentliche Einrichtungen und 79 gewerbliche Unternehmen) mit Fernwärme. Weiterhin versorgt die StWB Kunden aus 295 Nahwärmeobjekten (Gaskesselanlagen) mit Wärme.

Die Zusammenarbeit von BRAWAG und StWB wurde intensiviert: Neben den kaufmännischen Bereichen, die bereits Ende 2005 als Dienstleistungen für BRAWAG erbracht werden, sind seit Anfang 2006 auch die Aufgabenbereiche EDV, Recht/Liegenschaften, Anschlusswesen und Dokumentation durch StWB betriebsgeführt. Damit sind die geleisteten Umstrukturierungsmaßnahmen nahezu abgeschlossen.

Jahresrückblick 2006

Stadtwerke Brandenburg an der Havel – modern, zukunftsorientiert und bürgernah

Zuverlässiger Partner im Bereich Strom, Erdgas und Wärme

Die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) versorgen die Bürger der Stadt Brandenburg an der Havel sowie Geschäftskunden rund um die Uhr mit Strom, Erdgas und Wärme. Kundenorientierung und Energie vor Ort, Ansprechpartner direkt in der Stadt, Aufträge für Firmen aus der Havelstadt und Umgebung und Verantwortung für die Entwicklung der Stadt – das sind Kompetenzen, die die Stadtwerke gegenüber großen Konzernen auszeichnet.



Neue Infrastruktur: Erschließung GI-Nord Kirchmöser

Die Elektro- und Gaserschließungsmaßnahmen der Revitalisierung des Industriegebietes Kirchmöser Nord wurden 2006 abgeschlossen. Die Versorgung in diesem Gebiet konnte ab 2006 ausschließlich durch die neue Infrastruktur erfolgen. Zur Erneuerung der Infrastruktur wurden acht Trafostationen, eine Schaltstation, und eine Kuppelstation errichtet. Über 10 km Mittelspannungskabel, fast 20 km Niederspannungskabel und über 18 km Steuerkabel sind dafür verlegt worden. Für die Gasversorgung wurden über 7 km Gasleitungen und drei Gasdruckregelanlagen errichtet.

Weitere Investitionen für sichere Versorgung

Über 3 Millionen Euro investierten die Stadtwerke 2006 in Anlagen und Netze, um dauerhaft und zuverlässig Strom, Erdgas und Fernwärme liefern zu können. Die meisten Aufträge für die Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen wurden an Firmen aus der Havelstadt und der Umgebung vergeben. 560.000 Euro haben die Stadtwerke beispielsweise für neunzehn erdgasbetriebene Nahwärmeeinheiten in den Kellern der Häuser der Baugenossenschaft Kirchmöser eingesetzt. Seit dem 1. Juli 2006 sind die Stadtwerke für die Wärmeversorgung der 542 Wohnungen der Baugenossenschaft Kirchmöser zuständig.

Stadtwerke bieten jungen Leuten Perspektive

Vier Jugendliche begannen im Jahr 2006 ihre Ausbildung bei den Stadtwerken. Damit waren insgesamt 13 Auszubildende beschäftigt, das entspricht einer hohen Ausbildungsquote von 13 Prozent. Die Jungen und Mädchen erhalten nicht nur eine fachlich anspruchsvolle Ausbildung – auch als in der Stadt gut bekannte Helfer sammeln sie Erfahrungen bei Ausbildungsmessen und bei zahlreichen StWB-Veranstaltungen.



Kostenloser Service: Hilfe beim Energiesparen

Die aktuelle Klimasituation, der wachsende Energiebedarf weltweit und die Energiepreissituation führen dazu, dass auch immer mehr Havelstädter Energie sparen wollen. Die Stadtwerke organisierten eine Energiesparwoche im KundenCenter. Der Energiesparberater der Stadtwerke ist ein viel gefragter Fachmann: Kostenlos erklärt er in Schulen aber auch für Privatkunden, welche Möglichkeiten im Haushalt und in Gebäuden bestehen, um effizienter mit Energie umzugehen. Die Mitarbeiter des Vertriebes helfen außerdem StWB-Geschäftskunden mit ihren Erfahrungen beim Energiemanagement – auch das ein kostenloser Service für StWB-Kunden.

Wahltarife auch bei Erdgas

Mit einem Sonderprodukt bei StWB sparen – was bei Strom schon lange galt, wird nun auch den Erdgaskunden ermöglicht: Seit September 2006 bietet StWB Wahltarife für Privat- und Geschäftskunden im Erdgasbereich.

Alle StWB-Kunden wurden mit Anzeigen und Presseartikeln in den lokalen Medien sowie mit individuellen Anschreiben über die Wahlmöglichkeiten local gas activ, local gas fix und local gas business informiert.

Stadtwerke arbeiten eng mit Brandenburger Schulen zusammen

Zu einer festen Größe in der Havelstadt hat sich der Schülerwettbewerb „kreativ pro Brandenburg“ entwickelt. Dadurch hat StWB feste Kontakte zu allen Gesamtschulen und Gymnasien. In der dritten Auflage des Wettbewerbes im Jahre 2006 wurden Triptychone zu dem Thema „Brandenburg gestern- heute – morgen“ angefertigt. Insgesamt 56 Kunstwerke wurden eingereicht, 170 Schüler hatten sich beteiligt.



Gemeinsam mit dem Verband der deutschen Elektrizitätswirtschaft organisierten die Stadtwerke außerdem für alle technisch interessierten Schüler den Wettbewerb „Energie geladen“ des Landes Brandenburg und Berlin. Die vier Schulen aus der Stadt Brandenburg an der Havel belegten mit ihren Wettbewerbsbeiträgen vordere Plätze und erhielten Preise.

Kostenloser Vorteil für StWB-Kunden : Die Kundenkarte local*card

20 Prozent der StWB-Kunden besitzen die Kundenkarte local card. Über 70 Geschäfte der Havelstadt haben sich zusammengeschlossen und gewähren den Kunden bei Vorlage der Karte Rabatte und andere Vorteile. Zum Sommerferienbeginn organisierten die Stadtwerke und die Händler einen local day, an dem es Sonderrabatte gab.

Interessant ist die Karte für die Nutzer auch deshalb, weil sie im local energy-Gebiet in vielen Städten und Regionen von Mecklenburg-Vorpommern und im Land Brandenburg genutzt werden kann.

Für ein schönes Stadtbild: Gestaltete Trafostationen und Regelanlagen

Die mit unterschiedlichen Motiven gestalteten Trafostationen, Kabelverteiler und Regelanlagen werden von vielen Brandenburgern immer wieder als positiv für das Stadtbild bewertet. Aufgrund der positiven Erfahrungen wurde im Jahr 2006 wiederum ein Programm zur Gestaltung von Anlagen und Stationen aufgelegt. Die schönsten Motive sind in einem Rezeptkalender 2007 veröffentlicht.



Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
Bilanz	2003	2004	2005	2006
<u>Aktivseite</u>				
A. Anlagevermögen	97.198	92.230	99.432	96.708
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	134	117	245	246
II. Sachanlagen	75.672	70.727	68.232	65.507
III. Finanzanlagen	21.392	21.386	30.955	30.955
B. Umlaufvermögen	13.666	12.732	11.695	10.060
I. Vorräte	470	419	465	263
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.624	10.393	10.218	9.038
III. Kassenbestand, Guthaben	3.572	1.921	1.012	759
C. Rechnungsabgrenzungsposten	406	556	251	282
<u>Passivseite</u>				
A. Eigenkapital	16.872	17.231	17.229	17.266
I. Gezeichnetes Kapital	8.181	8.181	8.181	8.181
II. Kapitalrücklage	3.662	3.662	3.662	3.662
III. Gewinnrücklagen	0	429	429	429
IV. Gewinnvortrag			0	58
V. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	5.029	4.960	4.958	4.937
B. SoPo mit Rücklagenanteil	19.892	18.308	16.803	15.312
C. SoPo für Investitionszulagen	1.144	2.001	2.995	2.860
D. Baukostenzuschüsse	14.493	13.375	12.257	12.126
E. Rückstellungen	8.225	10.691	10.738	13.384
F. Verbindlichkeiten	50.646	43.913	51.355	46.101
Bilanzsumme	111.271	105.519	111.378	107.050

Die Vermögensstruktur wird unverändert durch den Wert des Anlagevermögens bestimmt (93,2% der Bilanzsumme).

Hauptursache für den Rückgang der Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr um 4,3 Mio € (= 3,9%) ist die investitionsbedingte Verminderung des Anlagevermögens und eine Verringerung der Steuerforderungen.

Im Einzelnen wurden in die Stromversorgung 1,3 Mio. €, die Gasversorgung 0,7 Mio. €, Wärmeversorgung und Energieerzeugung 0,5 Mio. € und in die Infrastruktur / Sonstiges 0,5 Mio. € investiert. Darüber hinaus wurden im Geschäftsjahr 2006 zur Sicherung der Versorgungsanlagen auf nichtöffentlichen Grundstücken Grunddienstbarkeiten in Höhe von 686 T€ ermittelt, die zu einer entsprechenden Erhöhung des Anlagevermögens führten.

Zum Stichtag wird das langfristig gebundene Vermögen zu 90,8% (Vorjahr 93,5%) durch langfristig zur Verfügung stehende Mittel gedeckt. Die Unterdeckung erhöht sich auf 8,9 Mio. € durch den schnelleren Rückgang der eigenen Mittel als des Anlagevermögens. Die Vermögensstruktur der StWB als Versorgungsbetrieb ist weiterhin durch einen hohen Anteil des Sachanlagevermögens am Gesamtvermögen (61,2%; Vorjahr 61,3%) gekennzeichnet. Auf Grund der in Vorjahren getätigten Investitionen (vor allem HKW und Netzmodernisierung) übersteigen die jährlichen Abschreibungen derzeit das jährliche Investitionsvolumen.

Im Geschäftsjahr 2006 lagen die Sachanlageninvestitionen mit einem Gesamtbetrag von 3.572 T€ auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Finanzanlagen entfallen hauptsächlich auf die 100%igen Geschäftsanteile an der BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel (30.642 T€) und an der Brandenburger Dienstleistungen GmbH (308 T€).

Der Anstieg der Forderungen ergibt sich im Wesentlichen aus höheren Forderungen aus dem Gasvertrieb an Tarifkunden. In diesem Bereich sind die Forderungen um 225 T€ auf 486 T€ gestiegen.

Die Vermögenslage ist durch leicht rückläufige Eigene Mittel (- 1,1 Mio. €) gekennzeichnet. Infolge der verminderten Bilanzsumme ist der Anteil der Eigenen Mittel an der Bilanzsumme von 34,7% im Vorjahr auf 35,0% in 2006 gestiegen.

Der Vermögens- und Finanzlage des Teilkonzerns StWB ist zu entnehmen, dass die Höhe des Eigenkapitals in 2006 auf 20,8 Mio. € (Vorjahr 19,8 Mio. €) angestiegen ist. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme beträgt 12,9% (Vorjahr 11,9%). Unter wirtschaftlicher Betrachtung beläuft sich bei Einbeziehung von 60% der Sonderposten für Investitionszuschüsse auf 20,8% der Bilanzsumme (Vorjahr 19,8%).

Die Eigenkapitalausstattung ist angemessen. Es bestehen keine Finanzierungsprobleme auf Grund der Eigenkapitalausstattung.

Das noch nicht umgestellte Stammkapital beträgt unverändert 16.000 TDM (umgerechnet 8.181 T€)

Die Zunahme der kurzfristigen Fremdmittel um 0,8 Mio. € ist vorrangig durch um 2,2 Mio. € höhere kurzfristige Rückstellungen bei um 1,2 Mio. € niedrigere Liefer- und Leistungsverpflichtungen entstanden. Der Anstieg der sonstigen Rückstellungen ergibt sich insbesondere aus der Einstellung der Mehrerlösrückstellung und der Erhöhung der Altersteilzeitrückstellung. Der Rückgang der Liefer- und Leistungsverpflichtungen ist stichtagsbedingt.

Die Finanzlage des Teilkonzerns ist geordnet. Die Kredit- und Darlehensbelastung der StWB (-3.920 T€) und der BRAWAG (-1.474 T€) sind deutlich gesunken. Die BDL hat 2006 einen Kredit aufgenommen, der zum Bilanzstichtag noch in Höhe von 224 T€ bestand.

Die Kredit- und Darlehensbelastung hat sich von 82,4 Mio. € in 2005 auf 77,2 Mio. € in 2006 vermindert. Der Zinsaufwand in 2006 konnte um 0,6 Mio. € auf insgesamt 3,8 Mio. € verringert werden.

Die StWB GmbH ist im Jahr 2006 keine neuen langfristigen Kreditverbindlichkeiten eingegangen.

Im Personalbereich haben sich die Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr von 1.462 T€ auf 1.910 T€ erhöht. Ursache hierfür ist der Abschluss weiterer Altersteilzeitverträge, der neben dem Anstieg der Erfüllungsrückstände zur überproportionalen Zunahme der Aufstockungsbeträge führt.

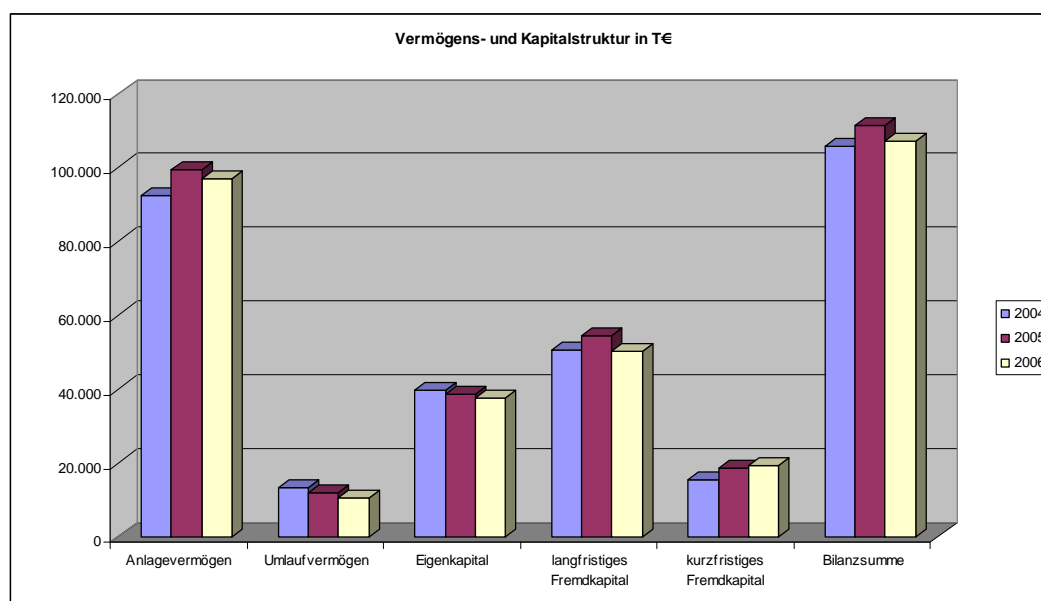
Im Vorjahr hat die Gesellschaft rd. 75% = 547 T€ der zum 1. Oktober 2005 wirksam gewordenen Gaspreiserhöhungen in eine Rückstellung eingestellt. Zum 31. Dezember 2006 rechnet die Geschäftsführung nicht mehr mit der Einleitung eines Missbrauchsverfahrens durch die Landeskartellbehörde, hat aber für mögliche Klagen von Kundenrückforderungen die Hälfte der Rückstellung (273 T€) noch beibehalten.

Im Bereich Strom bestehen auf Grund des Beschlusses der Bundesnetzagentur vom Anfang Juni 2006, die vom zuständigen Übertragungsnetzbetreiber beantragten Netzkosten zu kürzen, für die Gesellschaft das Risiko einer Rückzahlung der im Zeitraum vom 1. November 2005 bis zum 31. Juli 2006 zu hohen in Rechnung gestellten Nutzungsentgelte. Im Bereich Gas wurden die beantragten Netzentgelte noch nicht genehmigt, so dass auch hier das Risiko einer zu hohen Rechnungsstellung auf Grund überzogener Netznutzungsgebühren besteht. Die Gesellschaft hat diesem Risiko im Jahresabschluss durch die Bildung einer Rückstellung für Mehrerlösabschöpfung (Bereich Strom 780 T€, Bereich Gas 1.087 T€) Rechnung getragen.

Das Unternehmen hat öffentliche Finanzmittel im Berichtszeitraum in Höhe von 83 T€ aus Investitionsvorhaben bezüglich des Gewerbe- und Industriegebietes Kirchmöser Nord erhalten.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur hat sich in den letzten drei Jahren wie folgt entwickelt:

Vermögens- und Kapitalstruktur in T€	2004	2005	2006
Anlagevermögen	92.230	99.432	96.708
Umlaufvermögen	13.288	11.946	10.342
Eigenkapital	39.687	38.600	37.465
langfristiges Fremdkapital	50.436	54.334	50.328
kurzfristiges Fremdkapital	15.395	18.444	19.257
Bilanzsumme	105.518	111.378	107.050



Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus dem bereits erfolgten Einkauf von Strommengen für die Absatzjahre 2007 bis 2009 ergeben sich finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 15.559 T€, davon 9.467 T€ mit der E.ON edis AG. Aus dem Erdgasliefervertrag mit der EMB Erdgas Mark Brandenburg vom 13.11.2006 resultiert auf Grund der in § 2 vereinbarten Liefer- und Abnahmeverpflichtung eine finanzielle Verpflichtung in Höhe von 14.542 T€. Weitere Verpflichtungen bestehen aus Mietverträgen (2.260 T€) und aus diversen Verträgen (110 T€).

Ertragslage des Unternehmens

GuV	(Angaben in T€)			
	2003	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse	66.821	70.822	73.255	84.775
2. Sonstige betriebliche Erträge	2.940	4.961	5.059	6.313
3. Materialaufwand	-42.439	-44.133	-48.876	-61.617
4. Personalaufwand	-6.186	-6.363	-7.329	-8.091
5. Abschreibungen	-6.363	-7.777	-6.126	-6.227
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.956	-7.343	-6.110	-5.561
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	204	208	199	104
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.916	-1.959	-1.878	-1.757
9. Erträge aus Beteiligungen	0	79	150	144
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	7.105	8.495	8.345	8.083
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-1.983	-3.467	-3.030	-2.924
12. Sonstige Steuern	-93	-68	-357	-222
13. Jahresergebnis	5.029	4.960	4.958	4.937
14. Verlustvortrag	0	0	0	0
15. Bilanzgewinn/-verlust	5.029	4.960	4.958	4.937

Die Ertragslage des Teilkonzerns ist durch einen Konzernjahresabschluss von insgesamt 5,9 Mio. € gekennzeichnet. Der Anstieg um 1,8 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (4,1 Mio. €) beruht auf einem höheren Jahresüberschuss im Wasser- und Abwasserbereich. Die Umsatzerlöse sind mit 106 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (94 Mio. €) um insgesamt 12 Mio. € gestiegen. Dieser Anstieg resultiert im Wesentlichen aus Preissteigerungen im Gas- und Strombereich, denen jedoch stark gestiegenen Energiebezugskosten gegenüberstehen. Trotz des immer stärker werdenden Wettbewerbs gelang es den Anteil der mit Strom fremd versorgten Kunden in der Stadt Brandenburg an der Havel auf rund 2,6% zu begrenzen. Die Erträge aus dem Wasserverkauf entsprechen annähernd denen des Vorjahres. Das Betreiberentgelt (Abwasser) wurde gemäß Betreibervertrag als Selbstkostenfestpreis vereinbart.

Im operativen Bereich hat sich das Betriebsergebnis gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Mio. € vermindert; es liegt trotz Umsatzzuwachs infolge der überproportional gestiegenen Bezugskosten bei 6,6 Mio. €

Unter Berücksichtigung eines positiven neutralen Ergebnisses von 3,0 Mio. € hat sich ein gegenüber dem Vorjahr fast unverändert Jahresüberschuss von 4,9 Mio. € ergeben.

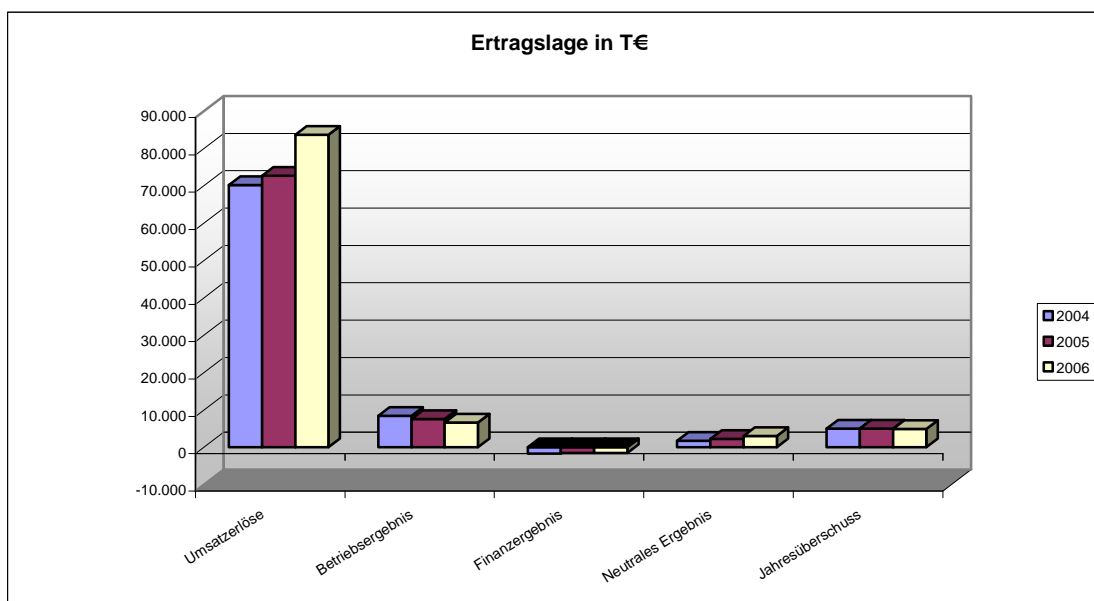
Der Anstieg der Umsatzerlöse um 10,9 Mio. € ist bei deutlichen Mengenrückgängen fast ausschließlich preisbedingt.

Durch die überproportionale Zunahme der Betriebsaufwendungen vor allem aus dem Energiebezug hat sich eine Verschlechterung des Betriebsergebnisses gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Mio. € ergeben.

Das weiterhin negative Finanzergebnis (1,5 Mio. €) blieb gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Die Ertragslage entwickelte sich in den letzten drei Jahren wie folgt:

Ertragslage in T€			
	2004	2005	2006
Umsatzerlöse	70.172	72.715	83.637
Betriebsergebnis	8.437	7.594	6.607
Finanzergebnis	-1.672	-1.529	-1.510
Neutrales Ergebnis	1.730	2.280	2.986
Jahresüberschuss	4.960	4.958	4.937



Die Energiebeschaffungskosten sind deutlich stärker gestiegen, als die entsprechenden Umsatzerlöse. Zusätzlich konnten einerseits durch striktes Kostenmanagement Einsparungen erzielt werden, andererseits sind die sonstigen betrieblichen Erträge gestiegen.

Das positive neutrale Ergebnis beträgt 3,0 Mio. € gegenüber 2,3 Mio. € im Vorjahr.

Das Finanzergebnis hat sich durch konsequente Tilgungen und Umschuldungen wie den Zufluss des Beteiligungsergebnisses von BDL gegenüber dem Vorjahr um 18 T€ verbessert.

Insgesamt ergibt sich nach Steuern ein gegenüber dem Vorjahr leicht verringerter Jahresüberschuss in Höhe von 4.937 T€ (Vorjahr 4.958 T€).

In dem Geschäftsbereich Stromversorgung – übrige Aktivitäten (Vertrieb) sind die Absatzmengen gegenüber dem Vorjahr um 12,2 GWh (+ 5,4%) gestiegen. Die Absatzsteigerung der Tarif- und Sondervertragskunden im eigenen Versorgungsgebiet beträgt 3,0 GWh. Zusätzlich konnten Absatzmengen in Höhe von 9,2 GWh bei exterritorialen Kunden, d. h. außerhalb des StWB-Versorgungsgebietes, generiert werden. Die Umsatzerlöse im Strom-Vertrieb sind sowohl durch die Mengensteigerungen als auch durch Preisanpassungen um 3,2 Mio. € gestiegen.

Der Mengensteigerung im Geschäftsbereich Stromversorgung – Netz von 6,8 GWh (+ 27,9%) steht eine Umsatzerlössteigerung von 11,8% gegenüber. Hierbei sind nur die Umsatzerlöse gegenüber fremden Vertrieben aufgeführt. Umsätze mit dem Vertrieb der StWB bleiben hierbei unberücksichtigt.

In der Gasversorgung verringerte sich der Absatz im Tarifkundenbereich durch den langen und warmen Sommer, den milden Herbst sowie den ausgefallenen Winter 2006 um 8,4 GWh (- 3,2%). Der Gasabsatz an Sondervertragskunden stieg auf Grund der Mehrabnahme des Großkunden B.E.S (Brandenburger Elektrostahlwerk GmbH) um fast 26,0 GWh. Trotz dieser Mengensteigerung stieg der Umsatz preisbedingt um 5,9 Mio. €

Witterungsbedingt und durch die Auswirkungen des Stadtumbaus ist ein Absatzzrückgang von – 0,7% in der Wärmeversorgung zu verzeichnen. Ebenfalls preisbedingt ist der Umsatz um 1,7 Mio. € gestiegen. Der Umsatzanstieg ist auf die gestiegenen Ölpreise zurückzuführen, da diese über die Preisgleitklauseln direkt den Wärmepreis beeinflussen.

Ebenso hat sich der Absatz im Stromverkauf HKW (- 14,2 GWh) auf Grund der warmen Witterung verringert.

Aufgliederung der Umsatzerlöse in T€	2005	2006
Strom	30.845	34.271
abzüglich Stromsteuer	-3.801	-3.848
	27.044	30.423
Gas	26.444	33.675
abzüglich Erdgassteuer	0	-1.296
	26.444	32.379
Wärme (einschließlich Stromverkäufe aus KWK von 7.250 T€; Vorjahr 5.811 T€)	18.292	21.483
Auflösung Baukostenzuschüsse	1.118	1.142
sonstiges (einschließlich Erlösschmälerungen)	357	-652
gesamt	73.255	84.775

Die Erlösschmälerungen des Berichtsjahres betreffen die Zuführungen zur Rückstellung für Mehrerlösabschöpfung (1.867 T€) und gewährte Boni.

Der Umsatzanstieg gegenüber dem Vorjahr aus Wärmelieferungen ergibt sich bei leicht reduzierten Mengen (-1,4 GWh) aus dem deutlichen Preisanstieg von rd. 16%.

Die gestiegenen Erträge aus Dienstleistungen ergeben sich im Wesentlichen durch den Ausbau Dienstleistungen für die BRAWAG. Die StWB erbringen gegenüber der BRAWAG insbesondere administrative Leistungen für das KundenCenter, die Geschäftsführung, das Rechnungswesen sowie das Controlling und für das Personalwesen, Recht und EDV.

Bei den 6,7 GWh höheren Bezugsmengen im Bereich der Weiterverteilung hat sich der Durchschnittspreis von 3,98 Cent/kWh im Vorjahr auf 5,23 Cent/kWh erhöht. Im Bereich der Netznutzung ist der Durchschnittspreis infolge der im Berichtsjahr veränderten Benutzungsstruktur von 1,77 Cent/kWh auf 1,85 Cent/kWh gestiegen.

Der Anstieg der Aufwendungen für Einsatzstoffe resultiert im Wesentlichen aus den gegenüber dem Vorjahr stark gestiegenen Gaspreisen für die eigene Wärmeherzeugung.

Die Löhne und Gehälter haben sich insbesondere durch die Tarifierhebung im März 2006 (2,7%) durch den Anstieg der Mitarbeiteranzahl und durch die Zuführung zur Rückstellung für Altersteilzeit um insgesamt 652 T€ erhöht.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen bestehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Gewinnung weiterer Stromkunden außerhalb des eigenen Versorgungsgebietes.

Die Öffnung des Gasmarktes schreitet voran. Durch überregionale Versorger sind bereits erste Kundenansprachen erfolgt.

Ständig steigende Beschaffungskosten und Anforderungen der Regulierungsbehörde bedingen ein Gegensteuern. Eine Möglichkeit wird in Kooperationen in der Verwaltung oder der gemeinsamen Energiebeschaffung mit anderen Stadtwerken gesehen.

Die Geschäftsführung der StWB geht davon aus, dass sich der rückläufige Trend der Bevölkerungszahlen im Versorgungsgebiet fortsetzen wird. Durch den Bevölkerungsrückgang, den damit verbundenen Leerständen und den Stadtrückbau ergeben sich Verschiebungen in den Versorgungsstrukturen, die es zu beobachten gilt. Besonders betrachtet werden muss in diesem Zusammenhang das Heizkraftwerk. Der Strommarkt hat sich vorübergehend etwas entspannt. Konkurrierende Händler werben nicht mehr so aggressiv wie in der Vergangenheit.

Die Öffnung des Gasmarktes schreitet voran. Durch überregionale Versorger wurden ersten Kundenabsprachen geführt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich die Liberalisierung im Gasmarkt ähnlich verhalten wird wie im Strommarkt, so dass sich die StWB auch im Versorgungsgebiet behaupten wird.

Die regionalen Gegebenheiten erlauben die Nutzung regenerativer Energiequellen nur in begrenztem Umfang. Die StWB prüft derzeit die Wirtschaftlichkeit eines Laufwasserkraftwerkes. Auch eine Machbarkeitsstudie für eine Biogasanlage am Standort Kirchmöser wurde bereits in Auftrag gegeben.

Ständig steigende Beschaffungskosten für Strom und Gas, die nicht mehr in vollem Umfang an den Markt weitergegeben werden können, sowie die ständigen Anforderungen der Regulierungsbehörden bedingen ein Gegensteuern. Eine Möglichkeit sind Kooperationen in den Bereichen Verwaltung und Energiebeschaffung.

Da die genehmigten Netznutzungsentgelte für die Stromversorgung unter den bis zum 31.07.2006 vereinnahmten Netzentgelte liegen, wurde für den Fall der Verpflichtung zur Rückzahlung der Mehreinnahmen eine Rückstellung im Jahresabschluss 2006 gebildet.

Für die Gasversorgung wurden die Netznutzungsentgelte fristgerecht am 31.01.2006 eingereicht. Eine erste Überprüfung der Kostenansätze hat auf Grund der Ergebnisse beim Antrag Strom stattgefunden.

Da damit zu rechnen ist, dass die genehmigten Netzentgelte im Niveau unter den bisherigen nach Verbände-Vereinbarung II ermittelten liegen werden, wurde analog zum Strom ebenfalls eine entsprechende Rückstellung gebildet.

Der Markt für konkurrierende Strom-Vertriebsunternehmen wie yello, Lichtblick etc. hat sich in den letzten Jahren etwas entspannt. Die Kunden im Versorgungsgebiet von StWB bleiben größtenteils Kunden der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH. Der Anteil der Kunden, die sich von ortsfremden Händlern versorgen lassen ist mit 2,6% sehr gering.

Ende 2006 haben die großen überregionalen Versorger angekündigt, dass sie in 2007 mit groß angelegten Werbeauftritten Kunden in fremden Versorgungsgebieten aggressiv per Internet werben wollen. E.ON hat Anfang 2007 mit E WIE EINFACH den Anfang gemacht. RWE folgte im Lauf der ersten Jahreshälfte 2007. Man geht davon aus, dass durch weitere Kundenbindungsmaßnahmen und entsprechende Produkte die Position der Stadtwerke im Markt unbeschadet bleibt.

Die Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH haben auf die Kunden-Abwerbungsversuche von ortsfremden Händlern reagiert: StWB versorgt nun auch außerhalb des eigenen Versorgungsgebietes

Stromkunden. Dies hat zu einer Steigerung des Absatzes in diesem Kundensegment auf 9,2 GWh in 2006 geführt. Auch in 2007 wird die Gesellschaft dieses Geschäft weiter ausbauen. Voraussetzung ist wie bisher, dass die abgeschlossenen Verträge positive Deckungsbeiträge ausweisen.

Die strukturierte Beschaffung von Strom wurde planmäßig fortgesetzt. Erste Menge für 2010 sind bereits beschafft. Die Marktentwicklung zeigt jedoch, dass es auch möglich sein muss, bereits beschaffte Tranchen wieder zu veräußern. Mit dieser Problematik wird sich die Gesellschaft in 2007 verstärkt auseinandersetzen müssen.

Die Verbände (BGW, VKU, Geode) haben der Bundesnetzagentur eine neue Kooperationsvereinbarung zur Gestaltung der Gaslieferverträge (Zweivertragsmodell) vorgelegt. Das Inkrafttreten dieser Kooperationsvereinbarung ist zum 01.10.2007 geplant.

Auf Grund aktueller Gesetzgebung und Rechtssprechung muss der Gasbezugsvertrag der mit der EMB zum 01.10.2006 für zwei Jahre geschlossen worden ist, zum 01.10.2007 auf das Zweivertragsmodell umgestellt werden. Das Gas wird dann nicht mehr am city-gate-Punkt übergeben, sondern am virtuellen Handlungspunkt im Ontras Marktgebiet.

2006 speisten 27 Photovoltaik-Anlagen in das Netz der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH mit einem Volumen von 88,6 MWh ein. Weiterhin wird im Stadtgebiet – zusätzlich zum Heizkraftwerk der StWB – eine weitere KWK-Anlage (Kraft-Wärme-Kopplung) mit ca. 13,6 MWh betrieben. Seit 01.01.2007 wird der erzeugte Strom einer Biogasanlage in das Netz von StWB eingespeist.

II.2.4.2.1 BRAWAG GmbH Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel



Fotos: BRAWAG GmbH

Geschäftsbereich

Trinkwasserversorgung und Abwasserbetrieb

Firmensitz

Upstallstr. 25
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/54 30
Fax: 03381/54 31 99

e-mail: anke.roitzsch@brawag.de

Gründung

Die BRAWAG (Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel) wurde auf der Grundlage des zwischen der Stadt Brandenburg an der Havel, der TWB (Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH), der Metallgesellschaft AG (MG) und der Westfälischen Ferngas AG (WFG) am 12.08.1993 geschlossenen Konsortialvertrages gegründet.

Die Metallgesellschaft hat mit Kauf- und Abtretungsverträgen vom 19.05.1998 ihren Geschäftsanteil an die TWB und an die Westfälische Ferngas AG mit Gewinnbezugsrecht ab 01.01.1998 veräußert.

Mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 08.10.2002 erwarb die Städtische Werke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) die Anteile der TWB an der BRAWAG in Höhe von 67,55% und wurde somit zum Mehrheitsgesellschafter der BRAWAG.

Am 12.12.2005 haben die StWB den notariellen Kauf- und Abtretungsvertrag mit der RWE Energy AG über den Erwerb der Restbeteiligung von 32,45% an der BRAWAG unterzeichnet. Die BRAWAG ist nunmehr 100%-ige Tochter der StWB.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat die Trinkwasserversorgung auf die BRAWAG übertragen. Mit rechtlicher und wirtschaftlicher Wirkung wurde das der TWB zuvor von der Stadt Brandenburg an der Havel übertragene Trinkwasservermögen als Sacheinlage in die BRAWAG zum 01.07.1994 eingelegt. Der Abwasserbetrieb wurde bereits am 24.06.1993 als eigenbetriebsähnliche Einrichtung gegründet. Bis zum Inkrafttreten der Eigenbetriebsverordnung des Landes Brandenburg als gesetzliche Grundlage für Eigenbetriebe am 27.03.1995, war der Abwasserbetrieb formalrechtlich wie ein als Eigenbetrieb geführter Regiebetrieb der Stadt anzusehen.

Der BRAWAG wurden die Aufgaben der Betriebsführung des städtischen Abwasserbetriebs mit wirtschaftlicher und rechtlicher Wirkung zum 01.07.1994 übertragen.

Mit Vertrag vom 24.08.1998 übertrug die Stadt Brandenburg an der Havel ihren Abwassereigenbetrieb im Wege der Ausgliederung nach den §§ 168, 123 ff. Umwandlungsgesetz (UmwG) auf die BRAWAG mit Ausgliederungstichtag 01.01.1998. Das übertragene Vermögen ging mit Eintragung in das Handelsregister am 21.12.1998 mit dinglicher Wirkung auf den übernehmenden Rechtsträger BRAWAG über.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 6.646.794,46 €

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt zum 31. Dezember 2006 TDM 13.000 (= 6.647 T€). Die Umstellung auf Euro steht bislang noch aus.

StWB 100% (ab 12.12.2005)

Durch Anteilskaufvertrag vom 12. Dezember 2005 sind die durch RWE Energy gehaltenen Anteile am Stammkapital der BRAWAG (32,45%) an die StWB veräußert worden.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hat keine Tochterunternehmen und ist an keinem Unternehmen wesentlich beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 30. Dezember 1998.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter der HRB-Nr. 67 22 eingetragen.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Herr Dipl.-Kfm. Uwe Müller, Beetzsee (kaufmännischer Geschäftsführer)

Herr Dipl.-Ing. Reinhard Reiher, Brandenburg an der Havel (technischer Geschäftsführer)

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung wird seit 08.10.2002 durch die Geschäftsführung der Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH (StWB) wahrgenommen.

Im Geschäftsjahr fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 3 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Brandenburg (GO) erfüllt die Gemeinde alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung. Hierzu gehört gemäß § 3 Abs. 2 GO auch die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserbeseitigung und -behandlung. Diese Aufgaben werden konkretisiert durch § 59 und § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes. Weitere zu beachtende Grundlagen sind die Trinkwasserversorgungssatzung, die Grubensatzung, die Entwässerungssatzung und Abwassergebührensatzung der Stadt Brandenburg an der Havel. In diesem Zusammenhang bedient sich die Stadt Brandenburg an der Havel der BRAWAG.

Gegenstand des Unternehmens

Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung, fachliche Beratung in diesen Bereichen sowie die Übernahme aller Werk- oder Dienstleistungen für Unternehmen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung.

Gegenstand ist insbesondere der Betrieb von derartigen Einrichtungen für Dritte auf Grund von Betreiber- und Dienstleistungsverträgen.

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Die durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer betrug im Geschäftsjahr 24 Arbeiter, 20 Angestellte sowie 5 Auszubildende.

	2003	2004	2005	2006
Beschäftigte	100	78	65	49

Verlauf des Geschäftsjahres

Die Geschäftsentwicklung ist maßgeblich beeinflusst durch externe Faktoren, insbesondere die rückläufige Bevölkerungsentwicklung im Versorgungsgebiet und der sparsame Umgang mit Trinkwasser.

Im Geschäftsjahr wurde mit dem Wasser- und Abwasser Zweckverband „Emster“ ein Wasserliefervertrag für den Ortsteil Wust geschlossen. Dieser Vertrag hat eine Laufzeit von 10 Jahren.

Die Zusammenarbeit von BRAWAG mit StWB wurde intensiviert: Bereits Ende 2005 werden die kaufmännischen Bereiche der BRAWAG (Verbrauchsabrechnung, Einkauf, Rechnungswesen, Controlling, Personal und Innere Verwaltung) durch StWB betriebsgeführt. Zusätzlich werden seit Anfang 2006 die Aufgabengebiete EDV, Recht/Liegenschaften, Anschlusswesen und Dokumentation durch die StWB als Dienstleistung erbracht. Damit sind die geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen nahezu abgeschlossen.

Weiterhin erfolgte in 2006 die Automatisierung der Kläranlage Briest. Dadurch wurde die vollständige Fernüberwachung und –steuerung und die zusätzliche Verlegung der Leitwarte in das Heizkraftwerk der StWB möglich.

Mit dem Vertrag „Kirchmöser – GI Nord“ vom 26. Mai/2. Juli 2004 vereinbarten die Stadt Brandenburg an der Havel und die BRAWAG im Wesentlichen die Übertragung der im Auftrag der Stadt hergestellten Anlagen der Trinkwasserver- und der Schmutz- und Regenwasserentsorgung im Gewerbe- und Industriegebiet Kirchmöser Nord in das Eigentum der BRAWAG. Der Förderanteil der Maßnahme wurde auf 80% festgelegt. Im Rahmen der Durchführung des Auftrages haben sich gegenüber der im oben genannten Vertrag avisierten Baukosten Mehraufwendungen von 2.671 T€ geben.

Um zumindest eine Teillösung der Problematik in 2006 zu erreichen, wurde zwischen der BRAWAG und der Stadt Brandenburg an der Havel mit Datum vom 20. Dezember 2006 eine ergänzende Vereinbarung zum oben genannten Vertrag geschlossen. Hierin ist geregelt, dass die BRAWAG die Mehrkosten für den Fall, dass es sich um technisch und wirtschaftlich begründete Kosten handelt, in Höhe des zu tragenden 20%igen Anteils übernimmt.

Die Übertragung des Anlagevermögens wurde mit der Erklärung der BRAWAG vom 21. Dezember 2006 an die Stadtverwaltung, dass alle erforderlichen Unterlagen eingegangen sind, vollzogen. Die Gesellschaft hat aus diesem Grund Sachanlagen im Wert von 1.647 T€ in 2006 aktiviert. Da über die Verteilung der Mehraufwendungen noch nicht entschieden ist, ist dieser Anteil im Jahresabschluss nicht berücksichtigt. Im Falle der Übernahme der anteiligen Mehraufwendungen durch die BRAWAG wird die Gesellschaft eine Nachaktivierung auf die entsprechenden Gegenstände in 2007 durchführen.

Die nach den Aufzeichnungen der Gesellschaft gemessene Reinwasserförderung (Werkausgang) an Trinkwasser beträgt 4.096 Tm³. Die gemessene Rohwasserfördermenge in den Wasserwerken belief sich demgegenüber auf 3.957 Tm³. Unter Berücksichtigung des ausgewiesenen Eigenverbrauchs der Wasserwerke von 89 Tm³ hätte sich die Rohwasserfördermenge auf 4.185 Tm³ belaufen und über der Reinwasserförderung liegen müssen. Die Abweichungen traten vor allem im Wasserwerk Mahlenzien auf. Eine im April 2002 in diesem Wasserwerk durchgeführte Überprüfung von drei IDM-Anlagen durch den Hersteller hatte ergeben, dass die Messeinrichtungen auf der Reinwasserseite elektrotechnisch fehlerfrei sind. Die Gesellschaft geht davon aus, dass starke Eisenablagerungen in Rohwasserleitungen zu den fehlerhaften Messungen führen.

Während in 2005 noch Netzverluste von 10,9% auftraten, sind diese nach Berechnungen der Gesellschaft im Berichtsjahr deutlich auf 14,4% gestiegen. Sämtliche diesbezügliche Untersuchungen, die durch das Unternehmen durchgeführt wurden, haben die Differenz nicht erklären können. Die Entwicklung der Netzverluste wird durch die Gesellschaft in 2007 genau beobachtet.

Sowohl der sparsame Umgang mit dem Lebensmittel „Trinkwasser“ als auch die rückläufige Bevölkerungsentwicklung (-0,9%) in der Stadt Brandenburg an der Havel sind externe Faktoren, die entscheidend das Geschäft der BRAWAG GmbH beeinflussen.

Jahresrückblick 2006

Wir versorgen Sie mit dem Lebensmittel Nr. 1 – Trinkwasser!

Die Brandenburgische Wasser- und Abwassergesellschaft gewährleistet täglich, rund um die Uhr, für die Bürger der Havelstadt eine sichere, flächendeckende Wasserversorgung und Abwasserentsorgung.

Durch die aufwendigen Verfahren bei Trinkwassergewinnung, -aufbereitung, und -verteilung kann die BRAWAG ihre Kunden mit dem Durstlöcher Nummer Eins in ausgezeichneter Qualität beliefern.



Die BRAWAG GmbH investiert



Im Jahr 2006 investierte die BRAWAG GmbH 3.713 T€ um die qualitätsgerechte Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung zu gewährleisten.

Im Wasserwerk Mahlenzien wird seit Sommer 2006 der erste von zwei Reinwasserbehältern saniert. Es handelt sich um einen Vorratsbehälter, mit einem Fassungsvermögen von ca. 2500 Kubikmetern Wasser. Die Sanierungsarbeiten gestalten sich auf Grund der außergewöhnlichen Bedingungen und Anforderungen an den Bau eines Wasserbehälters schwierig, denn das Wasser muss keimfrei sein, was spezieller Beschichtungen bedarf.

Seit 2006 sind etwa 60 Haushalte in den Splittersiedlungen Plauerhof, Plauerhof-Siedlung, Margarethenhof und Havelgut an das Trinkwassernetz angeschlossen. Mit Pflüge- und Durchschusstechnik wurden knapp 4500 Meter Rohr verlegt. Für die BRAWAG GmbH eine Investition in Höhe von 150 000 Euro.

Mit den vorhandenen Leitungen konnte dann auch ein Anschluss für den Campingplatz am Margarethenhof gelegt werden, der es ermöglicht, dass den Campern jetzt täglich 70 Kubikmeter Trinkwasser zur Verfügung stehen.

Zentrale Überwachung im StWB-Heizkraftwerk

Wasserversorgung, Abwasserableitung, Abwasserbehandlung wird in Brandenburg an der Havel jetzt statt von der Kläranlage vom StWB-Heizkraftwerk aus gesteuert. Neben den StWB-Mitarbeitern sitzt dort seit Juli 2006 ein Mitarbeiter der BRAWAG GmbH, der von der Störungsannahme bis hin zur Fehlerbehebung alles vom HKW aus mit Knopfdruck regelt. Das Klärwerk läuft seitdem automatisch.

Ein guter Start in die Zukunft – Ausbildung bei der BRAWAG GmbH

Technisch und zukunftsorientiert, das ist die Ausbildung der BRAWAG GmbH. Die Wasser- und Abwassergesellschaft Brandenburg an der Havel bildet schon seit der Gründung im Jahr 1994 gewerbliche und kaufmännische Azubis aus. Im Jahr 2006 waren es fünf Auszubildende, die engagiert an der flächendeckenden Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung der BRAWAG beteiligt waren.



Umwelttechnische Berufe, also Fachkraft für Wasserversorgungstechnik und Fachkraft für Abwassertechnik, sind seit 2004 zunehmend in den Vordergrund der Ausbildung gerückt, sodass die Azubis größtenteils in den Außenbereichen der BRAWAG, z.B. auf der Kläranlage tätig sind.

Farbe in der Havelstadt – aus Pumpwerken werden Kunstwerke

Wie wird aus einem grauen, tristen aber dennoch notwendigen Betonklotz ein Hingucker in der Stadt? Durch Bemalung! Genau das hat die Firma Colorful im Auftrag der BRAWAG GmbH mit Pumpwerken und Druckererhöhungsstationen in der Havelstadt gemacht. Die Motive reichen von Hunden und Goldfischen über Kühe und Libellen, eine tierische Stadtverschönerung.



Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

(Angaben in T€)

Bilanz	2003	2004	2005	2006
<u>Aktivseite</u>				
A. Anlagevermögen	89.516	87.317	84.929	84.824
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.266	1.101	839	752
II. Sachanlagen	90.203	88.416	84.090	84.072
B. Umlaufvermögen	4.117	7.949	1.347	1.646
I. Vorräte	99	29	29	23
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.222	2.181	1.066	1.193
III. Kassenbestand, Guthaben	3.427	1.907	251	430
C. Rechnungsabgrenzungsposten	266	231	197	247
<u>Passivseite</u>				
A. Eigenkapital	21.072	22.417	22.453	24.395
I. Gezeichnetes Kapital	6.647	6.647	6.647	6.647
II. Kapitalrücklage	15.923	15.923	15.923	15.923
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-1.124	-1.497	-153	-116
IV. Jahresfehlbetrag/-überschuss	-373	1.344	36	1.942
B. Sonderposten	6.408	7.149	6.935	6.808
C. Rückstellungen	8.147	11.149	11.530	12.980
D. Verbindlichkeiten	58.174	54.687	45.462	42.444
E. Rechnungsabgrenzungsposten	98	96	93	91
Bilanzsumme	93.899	95.498	86.473	86.717

Das Eigenkapital der Gesellschaft hat sich um den Jahresüberschuss auf 24.395 T€ (2005: 22.453 T€) erhöht. Das entspricht einem Anteil von 28% (Vorjahr 26%) der Bilanzsumme.

Die Zahlungsfähigkeit der BRAWAG war im Geschäftsjahr jederzeit gesichert.

Die Gesellschaft hat in 2006 insgesamt 3.713 T€ investiert und Trink- und Abwasserleitungen für 58 T€ übernommen. Der Schwerpunkt der Investitionen lag auf dem Projekt Gewerbe- und Industriegebiet Kirchmöser Nord. Bei diesem Projekt handelt es sich um Investitionen der Stadt Brandenburg an der Havel, diese Investitionen wurden der BRAWAG zu 20% der Anschaffungskosten übertragen. Auf Grund der im Berichtsjahr beschlossenen Stilllegung des Wasserwerks Kaltenhausen hat die Gesellschaft 1.850 T€ für die voraussichtlichen Rückbaukosten und die Sanierung des Reinwasserbehälters zurückgestellt. Grundlage für die Ermittlung des Kapitalbedarfs ist eine Studie zur zentralen Wasserversorgung der Stadt Brandenburg an der Havel aus dem Jahr 2001.

Die Vermögenslage ist infolge des Jahresüberschusses 2006 durch eine Zunahme der wirtschaftlichen Eigenmittel (einschließlich eines Anteils der Sonderposten) auf 32,8% (Vorjahr 30,8%) der Bilanzsumme gekennzeichnet.

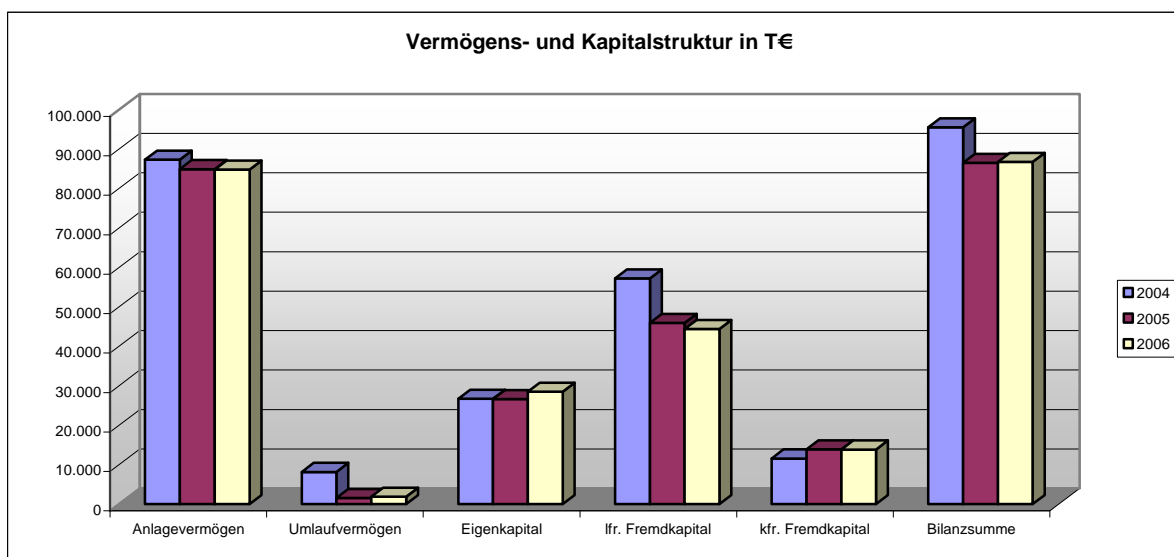
Zum Stichtag wird das langfristig gebundene Vermögen zu 86% (Vorjahr 85%) durch langfristig zur Verfügung stehende Mittel (neben dem Eigenkapital Rückstellungen für Pensionen, Altersteilzeit und Grunddienstarbeiten) gedeckt. Die Unterdeckung vermindert sich auf 11.968 T€, vor allem auf Grund des erwirtschafteten Jahresüberschusses. Das Anlagevermögen verbleibt auf ähnlichem Niveau wie in 2005, bedingt durch Investitionen und Abschreibungen in nahezu derselben Höhe.

Der Rückgang der langfristigen Fremdmittel ist insbesondere auf die höhere Tilgung als Neuaufnahme von Krediten zurückzuführen.

Die kurzfristigen Fremdmittel verbleiben auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr, wobei diese Entwicklung im Wesentlichen durch die Erhöhung der Rückstellungen für Abriss- und Entsorgungskosten und durch die Zahlung einer Verbindlichkeit gegenüber dem Wasserstraßen Neubauamt bedingt ist.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur hat sich in den letzten drei Jahren wie folgt entwickelt:

T€	2004	2005	2006
Anlagevermögen	87.317	84.929	84.824
Umlaufvermögen	8.181	1.544	1.893
Eigenkapital	26.706	26.614	28.480
lfr. Fremdkapital	57.201	45.940	44.376
kfr. Fremdkapital	11.591	13.919	13.861
Bilanzsumme	95.498	86.473	86.717



Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren mit 994 T€ auf Liefer- und Leistungsverpflichtungen, wovon 892 T€ die Dienstleistungen des Gesellschafters Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH betreffen.

Der Gesamtbetrag der derzeit mit Verträgen untersetzten finanziellen Verpflichtungen beträgt 4.252 T€, davon 5.396 T€ Dienstleistungsverträge mit der StWB, 1.700 T€ Bestellobligo und 156 T€ Mietverträge.

Das Eigenkapital der Gesellschaft hat sich um den Jahresüberschuss auf 24.395 T€ (Vorjahr 22.453 T€) erhöht. Das entspricht einem Anteil von 28% (Vorjahr knapp 26%) der Bilanzsumme und ist damit als aufreichend anzusehen.

Die Zahlungsfähigkeit der BRAWAG war zu jeder Zeit gesichert.

Die Fremdkapitalquote beträgt 72% (Vorjahr 74%).

Zum 31.12.2006 waren flüssige Mittel in Höhe von 430 T€ vorhanden.

Investitionen

Die BRAWAG hat im Geschäftsjahr 2006 3.713 T€ (Vorjahr 1.598 T€) investiert. Zusätzlich wurden Trink- und Abwasserleitungen für 58 T€ (Vorjahr 9 T€ für Trinkwasserleitungen) von privaten Eigentümern auf die BRAWAG übertragen.

Im Bereich Trinkwasser wurden Investitionen in Höhe von 1.217 T€ getätigt. Die Leitungen für das Projekt GI Kirchmöser Nord (249 T€), in der Rathausstraße (132 T€) und in der Werderstraße (79 T€) hatten dabei den größten Anteil.

In das Abwassernetz wurden insgesamt 2.496 T€ investiert. Hier sind die Abwasserdruck-, Schmutzwasser- und Regenwasserleitungen für GI Kirchmöser Nord (1.109 T€) und die Abwassererschließung OT Mahlenzien (453 T€) als größte Maßnahmen zu erwähnen. Hinzu kamen noch Investitionen für Pumpwerke und Regenwasserbecken GI Kirchmöser Nord (283 T€) und die Automatisierung der Kläranlage Briest (284 T€).

Beim Projekt GI Kirchmöser Nord handelt es sich um Investitionen der Stadt Brandenburg an der Havel. Diese wurden der Gesellschaft für 20% der Anschaffungskosten übertragen.

Ertragslage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
GuV	2003	2004	2005	2006
Umsatzerlöse	19.094	20.597	20.392	20.215
2. Aktivierte Eigenleistungen	16	64	34	43
3. Sonstige betriebliche Erträge	436	578	656	730
Materialaufwand	-3.801	-5.630	-6.319	-4.058
Personalaufwand	-4.569	-3.453	-4.402	-2.183
Abschreibungen	-4.255	-4.224	-3.870	-3.863
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.851	-2.944	-2.757	-4.896
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	165	104	214	74
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3.604	-3.537	-2.607	-2.068
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.631	1.556	1.341	3.994
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-437	-1.912	-1.089	-2.023
12. Sonstige Steuern	-1.176	-289	-216	-29
Jahresergebnis	-373	1.344	36	1.942

Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1% vermindert, wobei sich dieser Rückgang im Wesentlichen durch ein im Vergleich zum Vorjahr niedrigeres Betreiberentgelt ergibt. Gegenläufig hierzu wirkt die Steigerung der sonstigen Umsatzerlöse aus der Herstellung von Hausanschlüssen.

Aufgliederung der Umsatzerlöse in T€	2005	2006
Erlöse aus Betreiberentgelt	12.124	11.778
Erlöse aus Trinkwasserverkauf	7.782	7.767
Erlöse aus Hausanschlüssen	182	253
Erlöse aus Reparatur- und Reinigungsarbeiten	243	364
Erlöse aus Betriebsführungsverträgen	61	53
gesamt	20.392	20.215

Die Erträge aus Wasserverkauf entsprechen annähernd denen des Vorjahres.

Das Betreiberentgelt wurde gemäß Betreibervertrag als Selbstkostenfestpreis vereinbart. Durch konsequentes Kostenmanagement lag dieses um 3% unter dem des Vorjahres mit der entsprechenden Auswirkung auf die Erträge.

Die Steigerung der sonstigen Umsatzerlöse um 185 T€ lässt sich zum einen auf die vermehrte Herstellung von Hausanschlüssen zurückführen. Aber auch mit der Umsetzung des Stadtumbaukonzeptes erfolgten Trennung von Trink- und Abwasserhausanschlüssen in weit höherem Umfang als im Jahr zuvor.

Im Jahr 2006 erzielte die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 1.942 T€. Damit wird in 2007 erstmals eine Ausschüttung an die Muttergesellschaft StWB möglich.

Die Gesamtleistung ist gegenüber dem Vorjahr bei konstanten Umsatzerlösen aus Trinkwasserverkäufen und rückläufigem Betreiberentgelt um 0,5% zurückgegangen.

Der Abnahme der Betriebserträge um 158 T€ stehen um 969 T€ verminderte Aufwendungen – insbesondere im Bereich des Material- und Personalaufwandes – gegenüber, so dass sich das Betriebsergebnis gegenüber dem Vorjahr um 811 T€ auf 5.562 T€ erhöht hat.

Der Rückgang des Material- und Personalaufwandes ist insbesondere auf umfangreiche Rückstellungszuführungen in 2005 zurückzuführen. Weiterhin hat die Auslagerung weiterer kaufmännischer Bereiche auf die StWB zu einem rückläufigen Personalaufwand und erhöhten sonstigen betrieblichen Aufwendungen geführt.

Der Materialaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 36% gesunken, da in 2005 verschiedenen Rückstellungen gebildet worden sind: für die Stilllegung der Kläranlage Kirchmöser für Abbruch und Wiederaufbau, für Klärschlamm Entsorgung und für Grundwassermonitoring.

Der Personalaufwand ist vor allem deshalb um ca. 50% gesunken, weil im letzten Jahr Rückstellungen im Zusammenhang mit Umstrukturierungsmaßnahmen zu bilden waren.

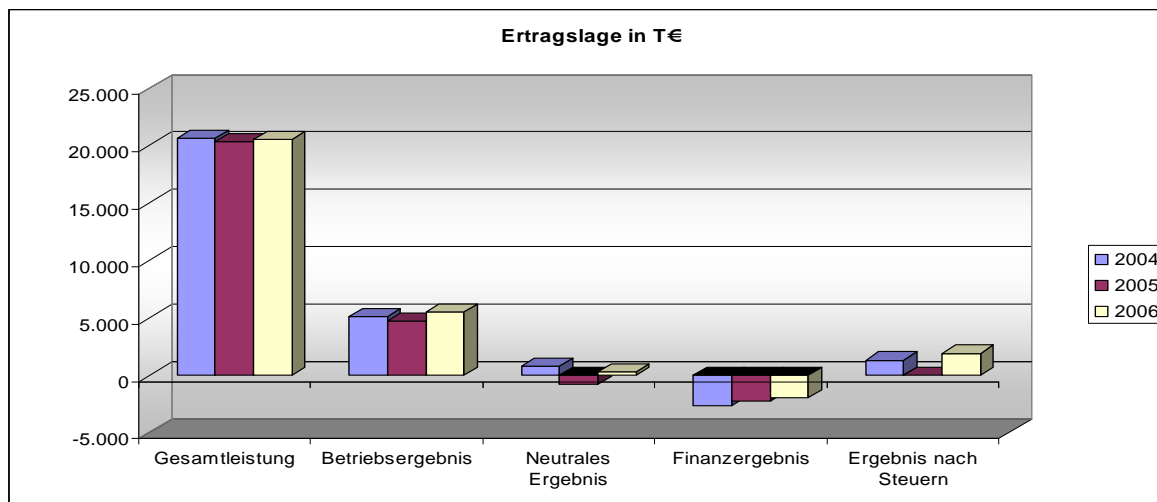
Im Wesentlichen auf Grund von Aufwendungen für Rückstellungen im Zusammenhang mit der endgültigen Stilllegung des Wasserwerks Kaltenhausen liegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen 2,1 Mio. € über dem Vorjahr.

Durch Umschuldungsmaßnahmen konnte der Zinsaufwand gegenüber dem Vorjahr um 540 T€ gesenkt werden.

Das verbesserte negative Finanzergebnis resultiert vor allem aus der weiter gesunkenen Kreditbelastung der Gesellschaft.

Die Ertragslage entwickelte sich in den letzten drei Jahren wie folgt:

T€	2004	2005	2006
Gesamtleistung	20.631	20.370	20.537
Betriebsergebnis	5.171	4.751	5.562
Neutrales Ergebnis	845	-784	315
Finanzergebnis	-2.643	-2.283	-1.979
Ergebnis nach Steuern	1.344	36	1.942



Auf Grund der Verluste im Trinkwasserbereich ergibt sich für 2006 keine Konzessionsabgabe.

Die Gesellschaft erhält als Erstattung für ihre Aufwendungen aus dem Betreibervertrag ein Betreiberentgelt zum Selbstkostenfestpreis. Die Ermittlung des aktuellen Selbstkostenfestpreises basiert auf dem Wirtschaftsplan 2006 und wurde durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft und angepasst.

Die Erlöse aus Trinkwasserverkauf basieren auf zum 1. Februar 2004 veränderten Tarifen, die sich wie folgt entwickelt haben:

Erlöse aus Trinkwasserverkauf	Ab 01.02.2004	Ab 01.09.1997	Ab 01.04.1996
Endverbrauch / Mengenpreis €/m ³	1,90	1,52	1,27
Grundpreis je Hausanschluss und Monat auf der Basis der Wasserzählergrößen bzw. Anschlussnennweiten in €	von 8,18 bis 460,16		von 4,57 bis 357,90
Bereitstellungsentgelt (für Abnehmer, die einen Reserveanschluss besitzen); in Abhängigkeit vom Durchmesser des Reserveanschlusses in €/Monat	von 35,79 bis 127,82		

Die erzielten Erlöse zeigen folgende Zusammensetzung und Entwicklung:

	2006			2005		
	Verkaufte Menge Tm ³	Erlös T€	Spezifische Erlöse €/m ³	Verkaufte Menge Tm ³	Erlös T€	Spezifische Erlöse €/m ³
TW - Mengenpreis	3.449,3	6.184,3	1,8	3.491,9	6.238,2	1,8
Grundgebühr		1.584,2			1.589,7	
	<u>3.449,3</u>	<u>7.768,5</u>		<u>3.491,9</u>	<u>7.827,9</u>	
Erlöskorrekturen	-7,7	-2,0		-20,6	-46,4	
gesamt	<u>3.441,6</u>	<u>7.766,5</u>		<u>3.471,3</u>	<u>7.781,5</u>	

Die Entwicklung der Rohwasserförderung und der verkauften Menge Wasser stellt sich wie folgt dar:

in Tm ³	2005	2006
Rohwasserförderung	4.100	4.185
Eigenverbrauch in den Wasserwerken	-126	-89
Werksausgang	<u>3.974</u>	<u>4.096</u>
Eigenverbrauch Netze	-51	-55
übrige Wasserverluste	-431	-592
Wasserabsatz	3.492	3.449

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die wesentlichen Risiken ergeben sich aus einer weiter rückläufigen Bevölkerungsentwicklung im Versorgungsgebiet um etwa 0,6% p. a..

Chancen ergeben sich im Wesentlichen aus der Verstärkung der Präsenz im Umfeld der Stadt Brandenburg an der Havel. Gegenwärtig laufen Untersuchungen zur Wasserlieferung für die Gemeinden Rietz und Prützke.

Bezüglich der hohen hydraulischen Belastung der Kläranlage Briest bei starken Niederschlägen hat die Gesellschaft in 2006 erste Untersuchungen durchgeführt. Auf Grund der Vielschichtigkeit des Problems sind die Untersuchungen zeitaufwendig und werden in 2007 fortgeführt.

Risiken der künftigen Geschäftsentwicklung

Die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Brandenburg an der Havel war auch im Jahr 2006 – wie in den Vorjahren – rückläufig. Die Gesellschaft geht davon aus, dass sich der rückläufige Trend der Bevölkerungszahlen im Versorgungsgebiet jährlich um ca. 0,6% fortsetzen wird.

Die Risiken und Chancen der künftigen Geschäftsentwicklung stehen unter ständiger Beobachtung der BRAWAG GmbH.

Ausblick und Chancen

Die strategischen Überlegungen der BRAWAG sind dahin ausgerichtet, die Präsenz im Umfeld der Stadt Brandenburg an der Havel zur Wasserlieferung- und Abwassereinleitung sowie zur Übernahme weiterer Betriebsführungen zu verstärken. Gegenwärtig laufen Untersuchungen zur Wasserlieferung für die Gemeinden Rietz und Prützke des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Emster.

Die Stadt Brandenburg an der Havel beabsichtigt, das Abwasserbeseitigungskonzept in 2007 neu zu beschließen. In diesem Rahmen ist die Abkehr von der Druckentwässerung vorgesehen; Erschließungen sollen künftig ausschließlich als Freispiegelentwässerung durchgeführt werden.

Seitens der BRAWAG wird angestrebt, das Investitionsgeschehen so zu steuern, dass eine Verrechnung mit der Abwasserabgabe möglich ist. Gemäß Betreibervertrag trägt zwar die Stadt diese Abgabe, BRAWAG trägt jedoch aktiv dazu bei, durch eine entsprechende Investitionspolitik die Zahlung dieser Abgabe zu vermeiden. Dies wirkt sich positiv auf die Abwassergebühren aus, denn müsste die Stadt die Abwasserabgabe bezahlen, würde dies entsprechend in die Gebührenkalkulation einfließen.

Im Zusammenhang mit der zum 31.12.2005 außer Betrieb genommenen Kläranlage Wendgräben und der ab diesem Zeitpunkt eingerichteten Fließumkehr der Abwasserdruckleitung wurden im 1. Halbjahr 2006 die zugehörigen Schieber als Voraussetzung für eine optimale Betriebsführung an das Prozessleitsystem angeschlossen. Weitere Maßnahmen zur Optimierung des Betriebs der Abwasserleitungen sowie der Bewirtschaftung des Mischwasserspeichers in Wendgräben sind eingeleitet.

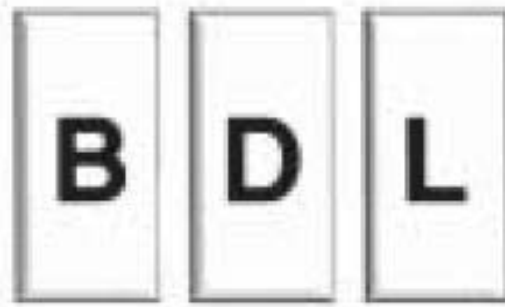
Auf Grund der Fehleinleitung von Regenwasser in das Schmutzwassersystem und der damit verbundenen hohen hydraulischen Belastung der Kläranlage Briest bei starken Niederschlägen wurde 2006 begonnen, detailliert nach den Ursachen zu suchen. Im Rahmen dieser Untersuchungen wurden und werden zahlreiche Pumpwerke an das Leitsystem angeschlossen und mit einer Mengenummessung versehen, um das Problem lokal eingrenzen zu können. Zusätzlich wurde ein Regenmesser am Standort des Hauptpumpwerkes in der Bauhofstraße installiert. Vermutete Ursachen sind tatsächliche Fehlanlüsse an Schmutzwasserleitungen, aber, auch insbesondere über Schächte in das Schmutzwassersystem eindringendes Regenwasser. Die Ursachen sind auf jeden Fall vielschichtig, erfordern den entsprechenden Zeitaufwand. Dieser muss aber aufgebracht werden, denn mit der Beseitigung dieser Fehleinleitungen sinkt das Risiko deutlich, im Fall von starken Niederschlägen Grenzwerte in Briest zu überschreiten – mit den entsprechenden finanziellen Folgen.

Seitens der BRAWAG ist die Stilllegung des Wasserwerkes Kaltenhausen vorgesehen. Diese erfolgt jedoch erst nach Abschluss der erforderlichen Maßnahmen zur Ertüchtigung des Wasserwerkes Mahlenzien. Hier werden u. a. der Reinwasserbehälter sowie die Leitung von der Filterhalle zum Reinwasserbehälter erneuert. Darüber hinaus werden die Kapazitäten der Rohwasserförderung im Rahmen der anstehenden Sanierung den künftigen Erfordernissen angepasst.

Auch mit der Sanierung des Hochbehälters auf dem Marienberg soll in 2007 begonnen werden. Diese Maßnahme ist in das Förderprogramm des Landes aufgenommen worden. Ein entsprechender Antrag wurde bei der ILB eingereicht. Mit einer Entscheidung ist im Sommer 2007 zu rechnen.

Diese Maßnahmen werden durchgeführt, um die Einwohner der Stadt sowie der umliegenden Gemeinden auch künftig 24 Stunden am Tag das ganze Jahr hindurch mit dem Lebensmittel Trinkwasser versorgen zu können.

II.2.4.2.2 BDL Brandenburger Dienstleistungen GmbH



BRANDENBURGER DIENSTLEISTUNGEN GmbH



Geschäftsbereich

Servicegesellschaft (z.B. Hausmeisterservice, Gebäudedienstleistungen usw.)

Firmensitz

Am Industriegelände 7
14772 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/66 00 17
Fax: 03381/66 01 43

e-mail: bdl-gmbh.brb@t-online.de
Internet: www.bdl-gmbh.com

Gründung

Der frühere VEB Dienstleistungsbetrieb wurde am 01.06.1990 in die Brandenburger Dienstleistungen GmbH (BDL) umgewandelt.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam im Handelsregister unter der HRB 365 seit dem 10. August 1990 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 434.600,00 €

StWB (seit 01.06.2001) 100%

Mit notariellem Kauf- und Abtretungsvertrag vom 18.05.2001 wurde der Geschäftsanteil an der BDL von der TWB zum 01.06.2001 an die StWB (Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH) verkauft.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der aktuelle Gesellschaftsvertrag datiert vom 27. Januar 2004.

Organe der Gesellschaft

- Geschäftsführung

Herr Dipl.- Ing. Peter Martens, Brandenburg an der Havel (bis 28. Februar 2007)

Herr Dipl.-Ing. Lars Büchner, Premnitz (ab 01. März 2007)

- Gesellschafterversammlung

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der StWB. Im Geschäftsjahr 2006 haben 2 Gesellschafterversammlungen stattgefunden.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Die BDL unterstützt als Service-Gesellschaft die StWB in der Erfüllung ihres öffentlichen Zwecks.

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Übernahme von kaufmännischen und technischen Betriebsführungen
- die Erbringung von kaufmännischen und technischen Dienstleistungen für Dritte
- die Übernahme von werk- und Dienstleistungen bezüglich von Anlagen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung einschließlich deren Betrieb im eigenen Namen für Dritte
- die Ausführung von Gebäudedienstleistungen und Hausbetreuungs-, Hausmeister- und Abrechnungsdienste
- die Erbringung von EDV-Dienstleistungen sowie die Installation, Instandhaltung, Wartung derselben
- der Betrieb und die Wartung von Heizungs- und Sanitäreanlagen im eigenen Namen für Dritte

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Die Mitarbeiterzahl betrug per 31.12.2006 insgesamt 42 Festangestellte, davon 10 Mitarbeiterinnen und 32 Mitarbeiter. Zusätzlich wurden im monatlichen Durchschnitt 12 Hilfskräfte saisonal beschäftigt.

	2003	2004	2005	2006
Anzahl Beschäftigter	39	39	41	42

Verlauf des Geschäftsjahres

Die Gesellschaft hat mit Wirkung vom 1. Januar 2006 die entsprechenden Messeinrichtungen und Verträge des Bereiches „Wärme- und Betriebskostenabrechnung“ von der StWB übernommen. In diesem Zusammenhang wurde Anlagevermögen mit einem Buchwert von 148 T€ übernommen. Unter Berücksichtigung der in diesem Zusammenhang übernommenen Leistungsverträge wurde eine Kaufpreis von 180 T€ gezahlt. Der über dem Buchwert des Anlagevermögens hinaus gehende Kaufpreis von 32 T€ ist als Geschäfts- und Firmenwert aktiviert worden und wird über die Restlaufzeit der übernommenen Verträge von 5 Jahren abgeschrieben. Der Kaufpreis von 180 T€ kann sich bei Erreichung bestimmter durchschnittlicher jährlicher Umsätze in diesem Bereich im Zeitraum 2006 bis 2010 noch bis auf 360 T€ erhöhen.

Die Brandenburger Dienstleistungen GmbH hat sich in 2006 den Kunden gegenüber als leistungsstarkes, verlässliches und auch wirtschaftlich solides Unternehmen gezeigt.

Witterungsbedingte Unregelmäßigkeiten wie langer Winter, relativ trockener Sommer und ein zu warmer Herbst führten zu Verschiebungen in den einzelnen Leistungsabforderungen. Kostenerhöhungen bei Kraftstoffen, Energiekosten sowie Reparaturaufwendungen konnten kompensiert werden. Gleichzeitig gilt es steigende Kundenerwartungen nach „mehr Leistung in hoher Qualität“ zu erfüllen.

Die Geschäftsbereiche im Berichtsjahr gliederten sich wie folgt:

- Hauswirtschaft und Gebäudemanagement mit den Segmenten Hauswartleistungen, Glas- und Gebäudereinigung, Winterdienst, Grünflächenpflege, Technische Dienstleistungen und Containerdienst
- Wasser- und Abwassertechnik mit den Segmenten Rohr- und Kanalreinigung, Wartung von Abwasserpumpen und Kaltwasserzählerwechsel
- Zählerdienst und Postvertrieb in den Segmenten Elektro- und Gaszähler sowie Wasserzählerablesung und Postvertrieb
- Betrieb der Fähre Neuendorf

- Wärme- und Betriebskostenabrechnung mit den Segmenten Zählerdatenerfassung und Able- sung für Kaltwasser-, Warmwasser-, und Wärmemengenzähler über Wärmemengenmessge- räte und Heizkostenverteiler und Planzählertausch von Messeinrichtungen und deren Vermie- tung
- neues Aufgabengebiet ab 01.06.2006 – Graffitibeseitigung

Der Geschäftsbereich Wärme- und Betriebskostenabrechnung wurde erstmals jahresdurchgängig betrieben und 2006 für einen Kaufpreis von 180 T€ erworben. Für die Graffitibeseitigung ist in der Stadt Brandenburg ein großer Bedarf vorhanden. Aus diesem Grund wurde dieses Geschäftsfeld zum 01.06.2006 neu aufgebaut. Ein Spezialfahrzeug und diverse Werkzeuge wurden dazu angeschafft. Im Jahr 2006 wurde ein Umsatz von ca. 70 T€ erzielt.

Jahresrückblick 2006

Die Brandenburger Dienstleistungen GmbH deckt ein breites Leistungsspektrum ab. Durch die Gliede- rung in vier Abteilungen wird sichergestellt, dass die zu erbringenden, sich stark differenzierenden Leistungen den Anforderungen unserer Kunden gerecht werden.

➤ Firmenbereich Hauswirtschaft und Gebäudemanagement

Die BDL ist im Bereich Hauswirtschaft und Gebäudemanagement maßgeblich für städtische Unter- nehmen tätig. Das Leistungsspektrum umfasst: Gebäude- und Glasreinigung, Straßen- und Gehweg- reinigung, Winterdienst, Hausmeisterservice, Grünflächenservice und Containerdienst.

Hervorzuheben ist der, in dieser Abteilung in Jahr 2006 angesiedelte Bereich der Graffitentfernung und -prophylaxe. Hier bestehen hervorragende Entwick- lungspotentiale sowohl in der Stadt Brandenburg im privaten Immobilienmarkt als auch im näheren Umland.



➤ Firmenbereich Wasser- und Abwassertechnik

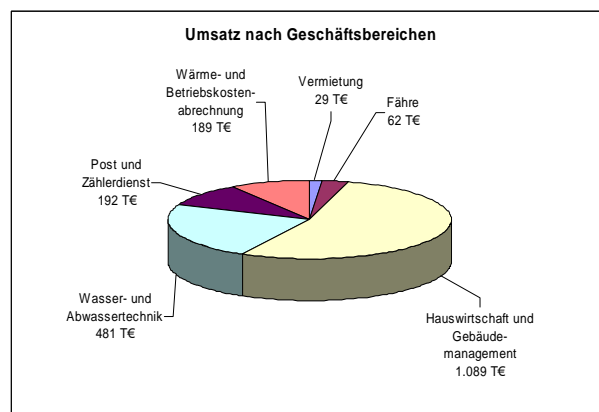
Der Bereich Wasser- und Abwassertechnik bildet eine sta- bile Basis des Ertrages der BDL. Die Leistungen für unse- ren Hauptvertragspartner BRAWAG werden mit hoher Qualität erbracht. Nach Umsatzrückgang in den letzten Jahren ist es das Ziel dieses Bereiches, durch die Akquisition von z.B. Bauleistungen an Rohr- und Kanalsystemen zusätzlichen Ertrag zu erwir- schaften.

➤ Postdienst und Zählerwesen

Im Bereich des Post- und Zählerwesens wurden in den zurückliegenden fünf Geschäftsjahren annä- hernd konstante Umsätze erwirtschaftet, wobei sich die Ertragssituation weiter stark unter Druck be- findet. Die Ausweitung der Dienstleistungen im Zählerwesen auf ländliche Bereiche und die Akquisi- tion zusätzlicher Aufträge im Postdienst steht im Mittelpunkt der Entwicklung dieser Abteilung.

➤ Wärme- und Betriebskostenabrechnung

Der Bereich der Wärme- und Betriebskosten- abrechnung wurde im 4. Quartal 2005 als neues Geschäftsfeld von der StWB über- nommen. Es ist der BDL im Jahr 2006 nicht gelungen, die mit der Übernahme dieses Geschäftsfeldes aufgetretenen Probleme, verursacht durch Personalwechsel und Um- stellung auf ein neues Abrechnungssystem, abzustellen. Aus diesem Grund wurden teilweise Vertragsverhältnisse von Kunden gekündigt. Dieser Bereich wurde zum 01.04.2007 komplett neu strukturiert und es wurden Sofortmaßnahmen zur Vermeidung



von Abrechnungsfehlern eingeleitet. In Betracht des allgemeinen Wirtschaftswachstums im Land Brandenburg und in Deutschland im Jahr 2006 ist es der BDL erstmals gelungen, den Umsatz auf mehr als 2 Mio. € zu steigern. Begünstigende Faktoren im Geschäftsjahr 2006 waren außerdem klimatische Besonderheiten die zur positiven Umsatzentwicklung beitrugen. Das Geschäftsergebnis in Jahr 2006 wurde maßgeblich durch bestehende Leistungsverträge mit städtischen Unternehmen sichergestellt. Die Steigerung des Gesamtumsatzes im Vergleich zum Vorjahr resultiert letztendlich aus den zusätzlichen Umsätzen der neuen Geschäftsfelder – Wärme- und Betriebskostenabrechnung und Graffitiendienst.

Der Trend steigender Rohstoffpreise war im Jahr 2006 ungebrochen. Durch ein sehr gutes Kostenmanagement wurden die Mehrkosten kompensiert und konnte der geplante Jahresüberschuss geringfügig überschritten werden.

Die BDL kann durch den Ausbau der vorhandenen Geschäftsfelder auch zukünftig den wachsenden Anforderungen des Marktes gerecht werden:

- Aufzeigen der Vorteile für den Kunden durch das Erbringen von verschiedensten Dienstleistungen aus einer Hand
- Schaffung von Synergie-Effekten für Kunden und Dienstleister

Besondere Bedeutung kommt hierbei den wachsenden Ansprüchen der Kunden in Bezug auf die Qualität von lohnintensiven Dienstleistungen zu. Diesem, sich stetig verändernden Umfeld, wird die BDL künftig wie folgt Rechnung tragen:

- Qualifikation der Mitarbeiter durch Inhouse-Schulungen zum Thema Kundenorientierung

Chancen für die Entwicklung und das Wachstum der BDL ergeben sich aus dem Ausbau der neuen Geschäftsfelder:

- Graffitientfernung und –prophylaxe
- Wärme- und Betriebskostenabrechnung

Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
Bilanz	2003	2004	2005	2006
<u>Aktivseite</u>				
A. Anlagevermögen	172	170	184	323
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7	3	4	35
II. Sachanlagen	166	167	180	287
B. Umlaufvermögen	593	752	947	710
I. Vorräte	0	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	181	217	330	295
III. Kassenbestand, Guthaben	41	535	617	415
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
<u>Passivseite</u>				
A. Eigenkapital	513	613	607	626
I. Gezeichnetes Kapital	435	435	435	435
II. Gewinnvortrag	0	0	29	29
II. Jahresüberschuss	79	178	144	163
B. Rückstellungen	95	207	287	86
C. Verbindlichkeiten	157	102	237	321
Bilanzsumme	765	922	1.131	1.032

Die Zugänge bei den immateriellen Vermögensgegenständen betreffen neben Software (11T€) die Aktivierung eines Geschäfts- und Firmenwertes (32 T€) im Zusammenhang mit der Übernahme der Wärme- und Betriebskostenabrechnung von der StWB.

Die Zugänge zu den Sachanlagen (229 T€) entfallen im Wesentlichen auf die Messeinrichtungen (201 T€) vor allem für die Wärme- und Betriebskostenabrechnung) und auf ein Spezialfahrzeug zur Graffiti-beseitigung (21 T€).

Die Steuerrückstellungen (4 T€) betreffen eine in Vorjahren getroffene Risikovorsorge für Lohnsteuer-außenprüfung. Für das Berichtsjahr brauchten keine Rückstellungen für Steuern vom Einkommen und Ertrag gebildet werden, da der ermittelte Steueraufwand für das Jahr 2006 unter den Vorauszahlungen liegt.

Die sonstigen Rückstellungen (82 T€) haben sich wie folgt entwickelt:

sonstige Rückstellungen in T€	01.01.2006	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	31.12.2006
Personalkosten	63	59	4	59	59
unterlassene Instandhaltung	58	46	0	0	12
Abschluss-, Prüfungs- und Steuerberatungskosten	21	10	11	11	11
Rechtsstreit	5	0	5	0	0
gesamt	147	115	20	70	82

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (224 T€) betreffen das Investitionsdarlehen bei der Berliner Bank. Das Darlehen wurde am 10. Juli 2006 in Höhe von 280 T€ ausgezahlt und ist in 10 Raten zu je 28 T€ bis zum 31. Dezember 2008 zu tilgen. Der Zinssatz beträgt 4,28% über die gesamte Laufzeit.

Das umfangreiche Investitionsgeschehen in Höhe von 272 T€ – insbesondere im Zusammenhang mit der Übernahme der Verträge und Messeinrichtungen für den Geschäftsbereich „Wärme- und Betriebskostenabrechnung“ und die Anschaffung eines Spezialfahrzeuges zur Graffitibekämpfung – erforderte eine Kreditaufnahme in Höhe von 280 T€ in 2006.

Die Vermögenslage ist durch den leichten Anstieg des Eigenkapitals von 607 T€ auf 626 T€ gekennzeichnet. Dabei hat sich ausgewirkt, dass der Jahresüberschuss 2006 in Höhe von 163 T€ die Ausschüttung aus dem Jahresüberschuss 2005 (144 T€) um 19 T€ überstieg.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 99 T€ (-8,8%) vermindert.

Dies resultiert auf der Aktivseite vor allem aus dem Rückgang des kurzfristig gebundenen Vermögens um 237 T€ vor allem infolge der Abnahme der flüssigen Mittel.

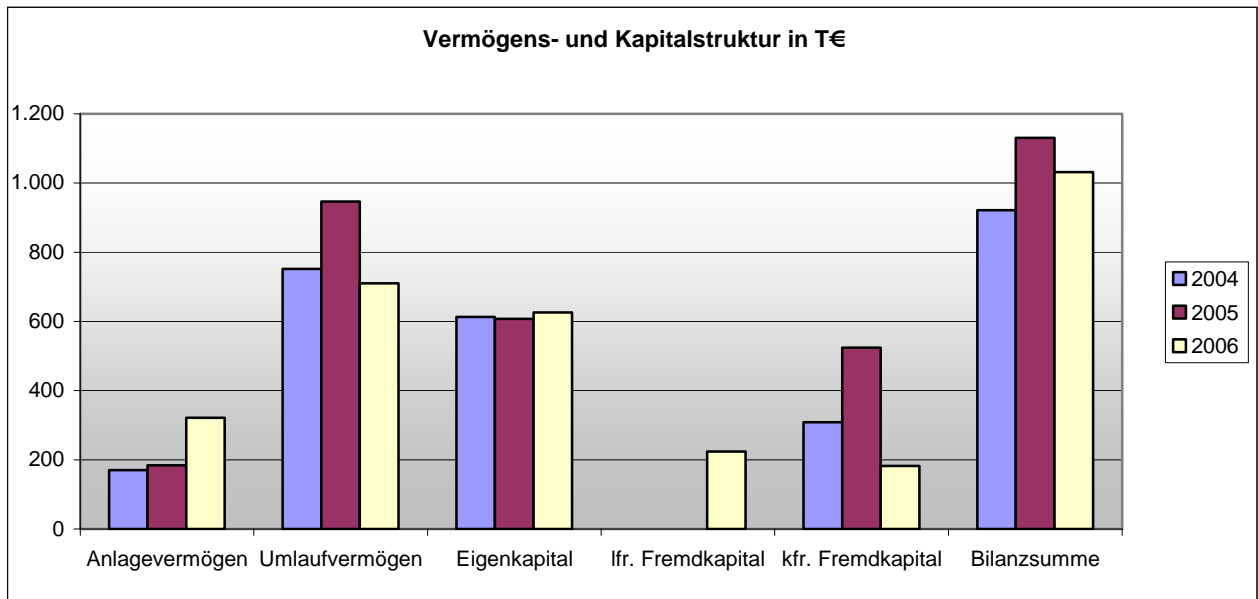
Auf der Passivseite ergibt sich eine Verschiebung zu den Eigenmitteln und durch die Kreditaufnahme zu den langfristigen Fremdmitteln, während die kurzfristigen Fremdmittel sich erheblich verminderten.

Das Anlagevermögen ist vollständig durch das gezeichnete Kapital gedeckt.

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme erhöhte sich im Wesentlichen wegen des Rückgangs der Bilanzsumme von 53,7% im Vorjahr auf 60,7% in 2006.

Die Vermögens- und Kapitalstruktur hat sich in den letzten drei Jahren wie folgt entwickelt:

T€	2004	2005	2006
Anlagevermögen	170	184	322
Umlaufvermögen	752	947	710
Eigenkapital	613	607	626
lfr. Fremdkapital	0	0	224
kfr. Fremdkapital	309	524	182
Bilanzsumme	922	1.131	1.032



Die Mittelabflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und aus der Investitionstätigkeit wurden durch den Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit nur teilweise gedeckt und haben im Übrigen zu einer Verminderung der flüssigen Mittel um 202 T€ geführt.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gewährleistet.

Die sonstigen Rückstellungen bestehen im Wesentlichen für Personalaufwendungen und für die Nachholung von Instandhaltungen.

Investitionen

Die Gesellschaft tätigte in 2006 Investitionen in Höhe von 272 T€. Schwerpunkte des Investitionsgeschehens waren neben der Übernahme des Geschäftsfeldes Wärme- und Betriebskostenabrechnung (180 T€) vor allem der Ersatz von Zählerinrichtungen (57 T€) und die Anschaffung eines Spezialfahrzeuges für die Graffitiabeseitigung (21 T€). Zur Finanzierung der Investitionen wurde ein Kredit in Höhe von 280 T€ aufgenommen.

Zur Sicherung der Liquidität, die sich per 31.12.2006 mit 415 T€ darstellt, wurde zur Finanzierung der Investitionen ein Kredit in Höhe von 280 T€ aufgenommen. Dieser Kredit hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2008. Nach bereits erfolgten Tilgungen besteht zum 31.12.2006 noch eine Restschuld von 224 T€. Die Vermögenslage per 31.12.2006 ist durch einen Anstieg des Eigenkapitals von 607 T€ auf 626 T€ gekennzeichnet. Das Eigenkapital beläuft sich auf 60,7% der Bilanzsumme. Das Eigenkapital der Gesellschaft deckt vollständig die langfristig gebundenen Vermögenswerte. Die Eigenkapitalausstattung ist angemessen. Es bestehen keine Finanzierungsprobleme auf Grund der Eigenkapitalausstattung.

Ertragslage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
GuV	2003	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse	1.281	1.896	1.845	1.989
2. Bestand an unfertigen Leistungen	0	11	9	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	146	61	58	53
4. Materialaufwand	-90	-159	-152	-155
5. Personalaufwand	-900	-1.156	-1.162	-1.228
6. Abschreibungen	-97	-83	-104	-134
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-225	-316	-256	-272
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2	4	1
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-2	0	-5
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	117	254	242	249
11. Sonstige Steuern	-9	-76	-98	-86
12. Jahresüberschuss	108	178	144	163

Der Geschäftsbereich „Wärme- und Betriebskostenabrechnung“ wurde erstmals jahresdurchgängig betrieben (in 2005 im Rahmen einer Geschäftsbesorgung nur im vierten Quartal). Zum 1. Januar 2006 gingen die entsprechenden Verträge und die Messeinrichtungen zum Kaufpreis von 180 T€ wirtschaftlich auf die BDL über. Ab 1. Juni 2006 wurde die Graffitiabeseitigung als neues Geschäftsfeld übernommen.

Negative Faktoren wie Kostensteigerungen bei Kraftstoffen, Energie- und Reparaturaufwendungen konnten kompensiert werden und der Jahresüberschuss wurde gegenüber dem Vorjahr um 19 T€ verbessert.

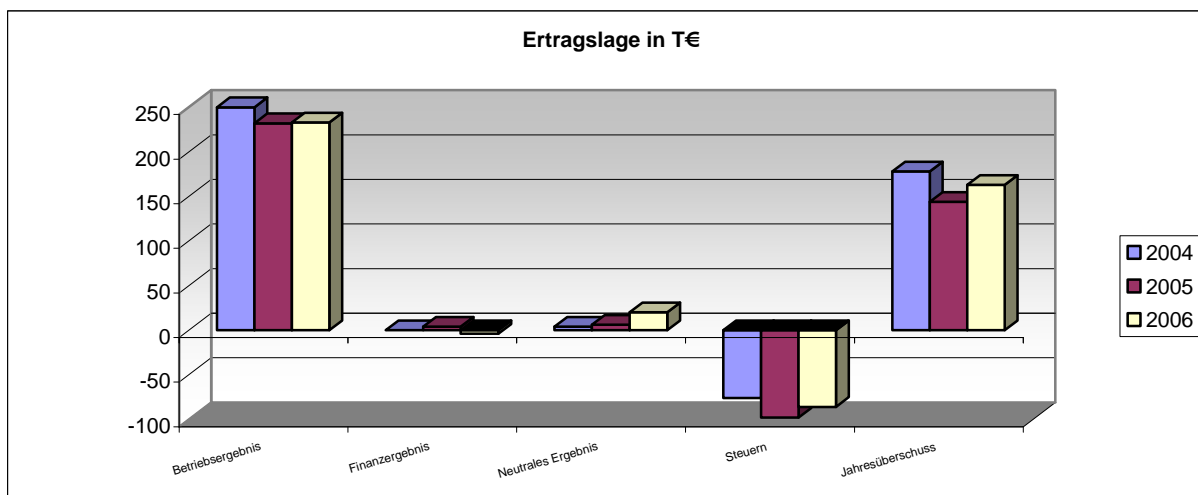
Der Anstieg der Betriebserträge gegenüber dem Vorjahr um 116 T€ (+ 6,1%) beruht vor allem auf der Erhöhung der Erlöse aus der Wärme- und Betriebskostenabrechnung, die erstmals ganzjährig (im Vorjahr ein Quartal als Geschäftsbesorgung) durch die BDL erfolgte.

Dem vorgenannten Anstieg der Betriebserträge steht eine Erhöhung der Betriebsaufwendungen um T€ 115 gegenüber, so dass das Betriebsergebnis gegenüber dem Vorjahr um 1 T€ auf 233 T€ angestiegen ist. Die Zunahme des Aufwandes ist nahezu proportional zum Vorjahr über alle Betriebsaufwendungen erfolgt.

Das positive neutrale Ergebnis (20 T€) beruht auf der Auflösung sonstiger Rückstellungen.

T€	2004	2005	2006
Betriebsergebnis	250	232	233
Finanzergebnis	0	4	-4
Neutrales Ergebnis	4	6	20
Steuern	-76	-98	-86
Jahresüberschuss	178	144	163

Die Ertragslage entwickelte sich in den letzten drei Jahren wie folgt:



Der Anstieg der Umsatzerlöse resultiert vor allem aus der übernommenen Wärme- und Betriebskostenabrechnung, die sich erstmals für ein volles Geschäftsjahr auswirkt. Von den Umsatzerlösen entfallen im Berichtsjahr 938 T€ (Vorjahr 927 T€) auf verbundene Unternehmen und Gesellschafter.

Aufgliederung der Umsatzerlöse in T€	2005	2006
Hausbetreuung	1.032	1.073
Wasser- und Abwassertechnik	508	475
Zählerdienst	212	191
Wärme- und Betriebskostenabrechnung	47	189
Fähre	46	61
gesamt	1.845	1.989

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen:

sonstige betriebliche Erträge in T€	2005	2006
Mieterträge	40	20
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	6	20
übrige	12	13
gesamt	58	53

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die für 2007 geplanten Betriebserträge in Höhe von 1.952 T€ sind weitgehend durch abgeschlossene Leistungsvereinbarungen und –verträge mit verbundenen Unternehmen und Dritten untersetzt. Es soll ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 255 T€ erzielt werden. Der Ausbau zukunftsorientierter Geschäftsbereiche speziell im Bereich der technischen Dienstleistungen ist nach Abstimmung mit den Anteilseignern für 2007 anzustreben. Durch qualitäts- und quantitätsgerechte Arbeit und Sicherung einer hohen Kostendisziplin sollen die Kundenbindung erhalten und die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens gesichert werden.

Im bestätigten Plan für 2007 stellt sich die Gesellschaft das Ziel Betriebserträge in Höhe von 1.952 T€ zu erwirtschaften und ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 255 T€ zu erzie-

len. Für 2007 bestehen zur Zeit Verträge und Aufträge mit einem Leistungsvolumen von 1.642 T€
Darüber hinaus wurden Zusatzleistungen auf Grund von Erfahrungen im Umfang von 238 T€ geplant.

Die erwarteten Umsatzerlöse von 1.497 T€ werden im Wesentlichen mit Kunden in der Stadt Brandenburg an der Havel realisiert. Die Auftragsleistung für die Stadt Brandenburg an der Havel bzgl. Graffitibeseitigung läuft noch bis zum 31.03.2007 und ist dann nachzuverhandeln.

Für 2007 ist es das Ziel der Gesellschaft, den Bestand der vorhandenen Geschäftsbereiche auszubauen. Der Ausbau zukunftsorientierter Geschäftsbereiche, speziell im Bereich technischer Dienstleistungen, ist nach Abstimmung mit dem Anteilseigner anzustreben.

Hohe Kundenbindung über preis- und qualitätsgerechte Arbeit verbunden mit einer strengen Kostendisziplin werden auch in Zukunft die Wirtschaftlichkeit und damit den Bestand des Unternehmens sichern.

II.2.5 BAS Brandenburg an der Havel Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft GmbH



Arbeit für



Brandenburg an der Havel



Fotos: BAS Brandenburg an der Havel GmbH

Geschäftsbereich

Beschäftigungsförderung

Firmensitz

Jacobstr. 13
14776 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/250680
Fax: 03381/250685

e-mail: info@bas-brandenburg.de
Internet: www.bas-brandenburg.de

Gründung

Bedingt durch die sehr hohe Arbeitslosenquote, entstand die Idee der Gründung der BAS. Deshalb wurde am 25.11.1993 von der SVV beschlossen, sich als Mehrheitsgesellschafter an einer gemeinnützigen Arbeitsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft mbH zu beteiligen. Folglich wurde am 24.01.1994 die BAS GmbH gegründet.

Die BAS wird im Handelsregister des Amtsgerichtes Potsdam seit dem Eintrag vom 27. Mai 1994 unter dem Aktenzeichen HRB 7186 P geführt.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.564,59 €

Seit dem 17.05.2000 hält die Stadt Brandenburg an der Havel 100% der Anteile.

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt durch die Gesellschafterversammlung vom 27. Mail 1997 geändert. Mit notarieller Beurkundung vom 04.05.2000 erwarb die Stadt Brandenburg an der Havel die Geschäftsanteile des bis dahin zweiten Gesellschafters (Verein zur Förderung des Umweltschutzes e.V.)

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Frau Dipl.-Ing. Ök. Margitta Scholz (seit 06.01.1999)

- *Beirat*

Die Gesellschaft verfügt über keinen Aufsichtsrat, sondern über einen ehrenamtlichen Beirat. Er ist beratend tätig und steht als Sachverständiger der Geschäftsführung und der Gesellschafterversammlung mit seinem Wissen und seiner Erfahrung zur Verfügung.

Der Beirat tagte zweimal im Geschäftsjahr 2006.

Der Beirat setzte sich im Geschäftsjahr 2006 wie folgt zusammen:

Beiratsmitglieder 2006	vertreten durch:
➤ Stadt Brandenburg an der Havel	Oberbürgermeisterin Frau Dr. Tiemann
➤ Amt für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften Brandenburg an der Havel	Herrn Arndt
➤ Amt für Jugend, Soziales und Wohnen Brandenburg an der Havel	Frau Schöbe
➤ Gleichstellungsbeauftragte Brandenburg an der Havel	Frau Schönwälder
➤ Industrie- und Handelskammer, Regionalcenter Brandenburg an der Havel	Herrn Meier
➤ Handwerkskammer Potsdam	Herrn Windeck
➤ Fachhochschule Brandenburg an der Havel	Herrn Prof. Dr. Janisch
➤ Deutscher Gewerkschaftsbund	Herrn Baer
➤ Bundesverband mittelständische Wirtschaft	Herrn Dr. Morio
➤ Tourismusverein Brandenburg an der Havel e.V.	Herrn Schwinzert
➤ Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e.V.	Herrn Krause
➤ Landesagentur für Struktur und Arbeit Brandenburg GmbH	Frau Hofmann
➤ Jugendhilfeausschuss Brandenburg an der Havel	Herrn Simon
➤ Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege	Herrn Rohde (Vorsitzender)

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Die Tätigkeit der BAS als Arbeitsförderungsgesellschaft ist darauf gerichtet, Personen, die durch Ausgrenzung am Arbeitsmarkt und ihrer daraus resultierenden sozialen Situation betroffen sind, zu unterstützen und diesen Personenkreis für die Aufnahme einer Arbeit zu qualifizieren und zu integrieren. Mit der Erfüllung dieser Aufgabe wird der öffentliche Zweck der Gesellschaft im Rahmen der jeweiligen Projekte realisiert.

Die BAS leistet somit einen Beitrag zur:

- Förderung der Integration in den regulären Arbeitsmarkt
- Erhöhung der Kaufkraft
- Erhöhung des Steueraufkommens
- Sicherung von Arbeitsplätzen in Handwerk und Gewerbe
- Schaffung von Entlastungspotenzialen im kommunalen Haushalt
- Verbesserung des kommunalen Leistungsangebotes
- Stabilisierung und Integration von aus der Arbeitsgesellschaft Ausgegrenzten

Gegenstand des Unternehmens

Nach § 3 des Gesellschaftsvertrages ist der Gegenstand des gemeinnützigen Unternehmens die Hilfe für arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen und Männer einschließlich Sozialhilfeempfänger mittels sozialpädagogischer Betreuung, Beratung, Orientierung, Qualifizierung, Beschäftigung, mit dem Ziel der Einzelfallhilfe und der Förderung und Wiederherstellung der Eingliederungsfähigkeit des genannten Personenkreises in den Arbeitsmarkt. Der Zweck wird insbesondere verwirklicht durch:

- sozialpädagogische und sozialarbeiterische Hilfestellung und Begleitung gegenüber einzelner Personen
- Maßnahmen zur Wiederherstellung bzw. Förderung der Voraussetzungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt

- Konzipierung und Durchführung von Maßnahmen, die auf Qualifizierung und Beschäftigung vorbereiten bzw. Qualifizierung und Beschäftigung vermitteln oder leisten
- Erprobung und Entwicklung neuer, zusätzlicher Arbeitsfelder, soweit sie die vorstehend genannten Ansätze des Konzeptes der Gesellschaft unterstützen bzw. als Voraussetzung hierfür erforderlich sind

Zur Unterstützung dieser Ziele bemüht sich die Gesellschaft um die Kooperation mit der Kommune, mit orts- und regionalansässigen Betrieben, mit Trägern der beruflichen Qualifizierung, mit der Arbeitsverwaltung, mit den Ministerien und anderen ebenfalls in diesen Tätigkeitsfeldern Aktiven.

Bei der Wahrnehmung der angeführten Aufgaben bemüht sich die Gesellschaft auch um Beiträge im Rahmen der regionalen Strukturentwicklung. In letzter Zeit werden von der BAS auch zunehmend Projekte durchgeführt, die für den Tourismus in der Havelstadt von elementarer Bedeutung sind.

Leistungen und Angebote

Die BAS entwickelt und realisiert befristete Projekte, in denen sich gegenwärtig arbeitslose BrandenburgerInnen auf eine reguläre Arbeit vorbereiten können. Die BAS bietet kompetente Unterstützungsdienstleistungen bei der passgenauen Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt an.

Die BAS kooperiert seit Jahren erfolgreich mit regionalen Wirtschaftsunternehmen. Zur Unterstützung und Effektivierung der betrieblichen Personalarbeit bietet sie spezifische Leistungen zur Bewerberauswahl, zur Eignungsfeststellung und zur Verbesserung der Motivation an.

Die BAS entwickelt Konzepte und Projekte zur Unterstützung der Stadtentwicklung und der regionalen Infrastrukturentwicklung zur Einbindung von Arbeitslosen mittels Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen.

Die Besucher und Gäste der Stadt finden vielseitige und interessante Ergebnisse der Arbeit der BAS in speziellen touristischen Angeboten wieder.

Geschäftsfelder

Geschäftsfeld Tourismus

- Erarbeitung von Konzepten und Dokumentationen zur Kultur und Geschichte der Region
- Vorbereitung, Erstellung und Betreuung von Ausstellungen mit historischen Inhalten
- Bau von Modellen historischer Gebäude und Anlagen
- Darstellung und Vermittlung alter Handwerkstechniken und Lebensweisen
- Unterstützung der Arbeit von Touristinformationen, Museen, der Kulturarbeit von Kirchen und Besucherbetreuung an touristisch interessanten Punkten
- Restaurierung von historisch wertvollen Fahrzeugen und Elementen der Industrie- und Verkehrsgeschichte
- Unterstützung der Arbeit des Naturschutzzentrums
- Leistung vielfältiger Beiträge zur historischen und kulturellen Bildung und zum Erhalt von regionalen Traditionen

Geschäftsfeld Ökologie/Umwelt

- Wohnumfeldverbesserung
- Stadtbildverschönerung
- Pflege von Biotopen
- Unterstützung von Maßnahmen zum Artenschutz
- Betreuung der Nutzung von Wander-, Reit- und Radwegen
- Realisierung von Inhalten der Umweltbildung und -erziehung
- Flächenberäumung und Entkernung
- Unterstützung bei der Erhaltung der natürlichen Umwelt

Geschäftsfeld Soziales

- Stadtteilarbeit und Unterstützung des Quartiersmanagement

- Soziale Betreuung von Patienten
- Unterstützung der Arbeit des Behindertenverbandes
- Arbeit in der Verkehrserziehung von Kindern

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2006 waren 826 Teilnehmereintritte bei MAE (Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung) als Hauptinstrument zu bewältigen. Im Jahresverlauf waren 1239 Personalbewegungen zu organisieren und zu dokumentieren.

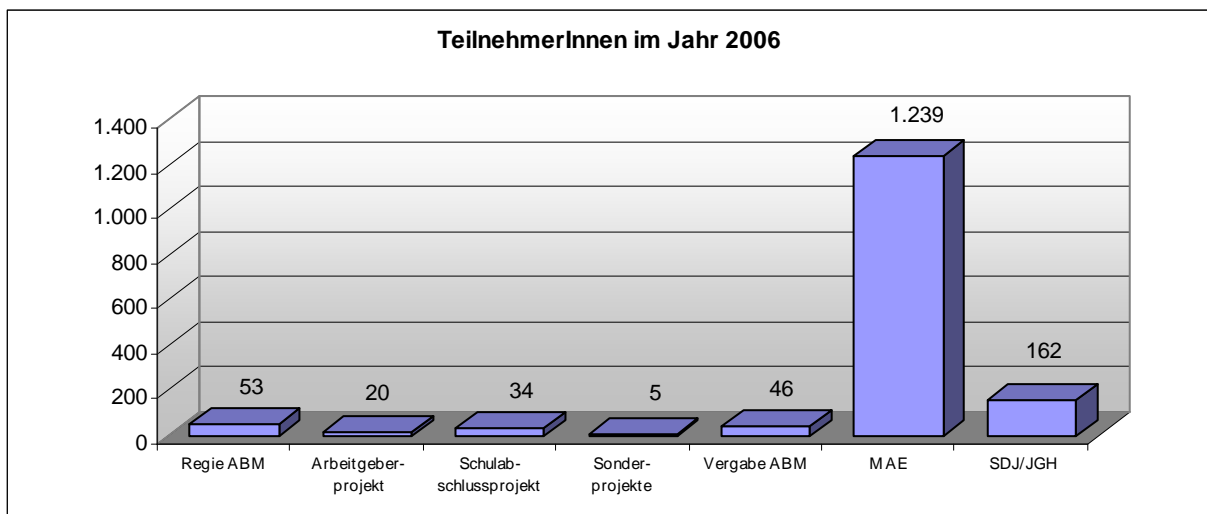
	2003	2004	2005	2006
Stammpersonal	13	13	13	13

Verlauf des Geschäftsjahres

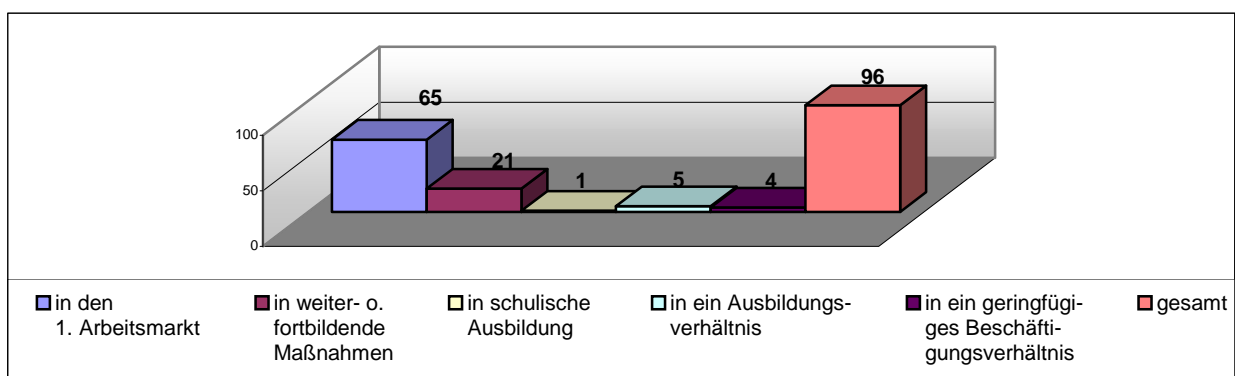
Öffentlich geförderte Arbeitsgelegenheiten waren im Geschäftsjahr 2006 das quantitativ bedeutendste Instrument unter den Eingliederungsleistungen der ARGE und damit auch bei der BAS.

Insgesamt wurden 1.559 Personen im Jahr 2006 betreut bzw. beschäftigt.

Erreichte TeilnehmerInnen im Jahr 2006:



Vermittlungen:



Die BAS orientiert sich in der Vorbereitung und Realisierung ihrer Einzelvorhaben an der regionalen Arbeitsmarktsituation sowie in enger Kooperation und Abstimmung mit dem Amt für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften an den Vorgaben folgender kommunaler Plandokumente bzw. gesellschaftlicher Grundsätze:

- Masterplan der Stadt Brandenburg an der Havel
- Tourismus- und Wassertourismuskonzept
- Handlungskonzept „Zukunft im Stadtteil – Brandenburg an der Havel“
- Fachwissenschaftliche Vorgaben
- Gender-Mainstreaming-Ansatz

Schwerpunkt der Einsatzfelder lag 2006 in Unterstützungsleistungen für die Initiative „Saubere Stadt“ in enger Zusammenarbeit mit städtischen Ämtern und dem Baubetriebshof.

Die Tätigkeiten reichen von der Säuberung öffentlicher Flächen, Beseitigung von Spontangrün und Laub, bis zur zusätzlichen Erfassung und Beseitigung wilder Müllablagerungen.

Einbegriffen sind hier auch assistierende Tätigkeiten zur Einhaltung von Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit sowie assistierende Hausmeistertätigkeiten an Schulen.

Im Zeitraum April bis Dezember 2006 wurden zusätzlich und im öffentlichen Interesse

<u>2005</u>	<u>2006</u>	
23.256	45.090	Müllsäcke a 120 Liter
168,5 t	178 t	Haus- und Sperrmüll
94 m ³	125 m ³	Grünschnitt/Unkraut
196 Stck.	295 Stck.	Kühlschränke, Fernseher, Monitore

gesammelt und entsorgt.

Im Segment Tourismus wurden verschiedenste Dienstleistungen zur Unterstützung touristischer Angebote erbracht, so z. B. bei der Ausgestaltung von Ausstellungen, Veranstaltungen, Stadtfesten oder in Vorbereitung des 850-Jahr-Jubiläums der Mark Brandenburg.

Als besondere Attraktion an Fahrradwegen wurden die Erlebnisinseln Anfang 2006 aufgebaut sowie ein Fahrradparkplatz am Wasserwanderrastplatz „Am Slawendorf“.

Im Ortsteil Kirchmöser wurde mit der Gestaltung eines Industrielehrpfades begonnen. Im wassertouristischen Bereich wurde das Projekt Leitsystem „Gelbe Welle“ fortgesetzt.

Im Märchenwald werden Szenen aus deutschen Volksmärchen auf kindgerechte Art gezeigt. Im Jahr 2006 konnten 3.999 Gäste als Besucher gezählt werden.

Im Slawendorf werden regionale Geschichte, Bildungsmöglichkeiten, aktive Freizeitgestaltung und Tourismus miteinander verbunden. Das Slawendorf ist Bestandteil des barrierefreien und familienfreundlichen Tourismus der Stadt Brandenburg an der Havel. Das Slawendorf wurde im Jahr 2006 bei ersten Projekten, Gruppenbesuchen, Festen und Baustellenführungen von etwa 5.800 Gästen besucht. Führungen und Fahrten mit dem Slawenschiff wurden von etwa 900 Besuchern genutzt.

Für noch ungenutzte Gewerbeflächen sollen die Vermarktungschancen durch die Beseitigung von Wildwuchs, illegale Müllablagerungen sowie Entkernungsarbeiten verbessert werden. Im Rahmen einer Vergabe-ABM ist das unterstützt worden. Weitere Einsatzfelder von Vergabe-ABM waren:

- Instandsetzung von Gebäudehüllen von denkmalgeschützten Gebäuden im Industriegelände Kirchmöser
- Erfassung Gebäudesubstanz an Schulen
- Entkernungs- und Rückbau ehemaliges Lehrlingswohnheim Vereinsstraße
- Sanierung Paulikloster

Jahresrückblick 2006

Unternehmenshöhepunkte 2006

Initiative „Saubere Stadt“

Es wird ein Beitrag zur Ortsbildverbesserung geleistet durch

- Säuberung öffentlicher Flächen, Randstreifen
Brückenköpfe
- Beseitigung von Spontangrün und Laub
- Beräumung wilder Müllablagerungen
- Dokumentation von Missständen zur Unterstützung des Umwelt- und
Ordnungsamtes
- Aufwertungsarbeiten im Umfeld kommunaler
Denkmäler
- Assistierende Hausmeistertätigkeiten



Touristische Dienstleistungen

- Betreuung und Reinigung öffentlicher Badestrände, Wasserwanderrastplätze, Schiffsanleger,
Hundebadestellen
- Sauberhaltung von Wanderwegen
- Bewirtschaftung und Bau von Fahrraderlebnis-
inseln
- Beschilderung von Wanderwegen und Naturlehr-
pfaden
- Aufstellen von Inventaren
- Begleitwuchsregulierung auf kommunalen Flächen
- Unterstützungsarbeiten wassertouristisches Leit-
system „Gelbe Welle“
- Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit, Planung
und Umsetzung von Inhalten der touristischen
Infrastruktur
- Dekorationen Weihnachtsmarkt u. a. Feste



Touristische Infrastruktur

- Schwerpunkt Slawendorf Brandenburg an der
Havel mit Errichtung von Schauhütten, Textilien,
Keramiken, Ausstellungs- und Infomaterial
- Gestaltung Märchenwald und Besucherbetreuung
- Gestaltung Industrielehrpfad Kirchmöser mit Bau
eines Modells und Einrichtung des Infopunktes
- Unterstützung bei der Ausgestaltung des Fontane-
Rundweges

Wirtschaftsfördernde Dienstleistungen

- Beräumungsarbeiten auf kommunalen
Flächen
- Entkernungsarbeiten
- Wildwuchsbeseitigung

Sonderprojekt Verzahnung und Chancengleichheit

- strukturwirksamer Einsatz und integrierte
Nutzung der Mittel der Wirtschafts- und
Arbeitsförderung durch Verzahnung der
Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik mit
strukturbildenden Vorhaben



- schrittweise Integration der Querschnittsaufgabe Gender Mainstreaming in regionalen Programmen
- inhaltliche Verantwortung und Umsetzung liegt beim Amt für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften
- Technische Umsetzung der personellen Organisation bei der BAS

Sonstige Dienstleistungen für städtische Ämter

- „Soziale Stadt“
Betreiben Anwohnerbüro- u. treff
kleinteilige Maßnahmen
Maßnahmen aus LOS (Förderprogramm – Lokales
Kapital für soziale Zwecke)
Themengarten Mensch
- Krugpark
umweltpädagogische Maßnahmen
- Ehrenamt
Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit
- Museen/Kirchen
Unterstützung bei der Organisation, Vorbereitung,
Durchführung von Veranstaltungen
Besucherbetreuung
- Verkehrserziehung
- Betreuung von Straftätern bei der Ableistung von
Sozialstunden



Öffentlichkeitsarbeit

- | | |
|--------------|--|
| 24. 01.2006 | 12jähriges Bestehen der BAS mit „Tag der offenen Tür im Slawendorf Brandenburg an der Havel“ |
| Februar 2006 | Polnisches Fernseheteam zu Besuch bei der BAS |
| Februar 2006 | Jugendexperten informieren sich über Slawendorf |
| März 2006 | BAS unterstützt Poolbillard-Europameisterschaften |
| April | Eröffnung Tourismussaison am Wasserwanderrastplatz als „Partner der Tourist-info“ |
| 04. 05.2006 | Freigabe Radweg Malge/Buhnenhaus mit Erlebnisinseln |
| Mai 2006 | Saisoneroöffnung im Slawendorf und Märchenwald |
| Mai 2006 | Bürgerhaus Hohenstücken – der Bau hat begonnen |
| 04.08.2006 | Eröffnung Industrielehrpfad Kirchmöser mit Info-Punkt |
| 23.09.2006 | Slawisches Erntefest im Slawendorf |



30.09.2006 Samstagabendshow ARD „Musikanten-Dampfer (Einsatz Dragomira, Bericht zu Lorient-Bänken

IV. Quartal Vorbereitungen zur Erstellung des Handlungsleitfadens „Regionalbudget“



Ertragslage / Zuschüsse

GuV	(Angaben in T€)			
	2003	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse	5.750	4.630	2.333	2.847
2. Sonstige betriebliche Erträge	138	209	130	144
3. Personalaufwand	-4.957	-4.117	-1.666	-2.041
4. Abschreibungen	-77	-74	-80	-116
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-858	-661	-729	-862
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	22	22	19	31
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-13	-8	-4	0
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3	2	2	3
9. Sonstige Steuern	-1	-2	-2	-3
10. Jahresergebnis	2	0	0	0

Die BAS konnte im Geschäftsjahr 2006 weitere Zuschüsse und damit eine Erhöhung des Geschäftsvolumens erzielen.

Die Erhöhung der Erträge aus Zuschüssen in Höhe von 24,9% wird vollständig durch die Erhöhung der Personal- und Sachkosten ausgeglichen. Auf Grund der Verwendung des Betriebskostenzuschusses der Stadt Brandenburg an der Havel in Höhe der erforderlichen Kostendeckung wird ein ausgeglichenes Jahresergebnis ausgewiesen.

Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr um 7,1% vermindert.

Die Betriebsleistung erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 26,1%, was maßgeblich auf die Erhöhung der Zuschüsse zurückzuführen ist.

Aufteilung der Zuschüsse 2006	
gesamt in T €	2.650,0
davon Erstattung der Personalkosten durch die ARGE im Rahmen von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten	502,0
Erlöse aus Fallpauschalen für die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen von Mehraufwandsentschädigungen	1.393,0
Betriebskostenzuschuss der Stadt Brandenburg an der Havel	515,0

Durch die deutliche Verringerung des städtischen Betriebskostenzuschusses auf 59% (bezogen auf das Jahr 2005) hat sich die Förderquote ebenfalls wieder deutlich verbessert.

Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
Bilanz	2003	2004	2005	2006
<u>Aktivseite</u>				
A. Anlagevermögen	203	176	228	305
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	18	8	1	2
II. Sachanlagen	184	168	227	303
B. Umlaufvermögen	1.832	1.522	1.602	1.752
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	200	140	98	51
II. Schecks, Kassenbestand, Bankguthaben	1.631	1.382	1.504	1.702
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7	9	9	12
<u>Passivseite</u>				
A. Eigenkapital	215	215	215	215
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26	26
II. Gewinnrücklagen	188	190	190	190
III. Gewinn-/Verlustvortrag	2	0	0	0
B. SoPo aus Zuschüssen zum Anlagevermögen	203	176	228	305
C. Rückstellungen	258	152	178	199
D. Verbindlichkeiten	1.366	1.164	1.217	1.350
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
Bilanzsumme	2.042	1.707	1.839	2.070

Die Vermögenslage entspricht weitestgehend dem Stand des Vorjahres. Die Erhöhung der Bilanzsumme ergibt sich im Wesentlichen durch die Vereinnahmung von Zuschüssen, die im Geschäftsjahr 2006 noch nicht verausgabt werden konnten. Der im Jahresabschluss ausgewiesene Bestand an Flüssigen Mitteln ist damit überwiegend durch die ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Zuschussgebern zweckbestimmt gebunden.

Das langfristig angelegte Vermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 43 T€, womit sich die Anlagenintensität um 2,3% auf 14,7% der Bilanzsumme erhöhte.

Das Eigenkapital der Gesellschaft, unter Berücksichtigung des Sonderpostens, erhöhte sich um 77 T€ auf 520 T€, was auf die Erhöhung des Sonderpostens um 77 T€ zurückzuführen ist.

Zusammenfassend hat sich in der Gesamtbetrachtung die Vermögenslage der Gesellschaft gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Durch die Erhöhung der Flüssigen Mittel haben sich hauptsächlich die Verbindlichkeiten gegenüber Zuschussgebern erhöht, bei gleichzeitig gesunkenen Forderungen und Verbindlichkeiten.

Der Anteil des Eigenkapitals (inklusive Sonderposten) an der Bilanzsumme erhöhte sich geringfügig um 1% auf 25,1%. Der Deckungsgrad des langfristig angelegten Vermögens durch langfristiges Kapital hat sich von 194% auf 170% vermindert, was im Wesentlichen auf die Erhöhung der Bilanzsumme auf 2.070 T€ zurückzuführen ist.

Die Vermögenslage der Gesellschaft stellt sich damit insgesamt als stabil und ausgeglichen dar.

Die Finanzlage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert, wobei darauf hinzuweisen ist, dass die Verbindlichkeiten gegenüber Zuwendungsgebern in Höhe von 1.295 T€ für zweckgebundene Vorhaben gebunden sind und nicht als freie Liquidität zur Verfügung stehen.

Kreditaufnahmen 2006

Langfristiges Fremdkapital bzw. Kredite liegen nicht vor.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Dem erhöhten Geschäftsvolumen entsprechen auch erweiterte Potentiale, Geschäftschancen wahrzunehmen, und andererseits auch zusätzliche Unternehmensrisiken. Risiken werden von der Geschäftsleitung insbesondere in der Kürzung bzw. verspäteten Freigabe der erforderlichen Zuschüsse gesehen und in den damit verbundenen negativen Auswirkungen auf den Betriebsablauf.

Daneben entsteht für die BAS zunehmend eine sich verschärfende Konkurrenzsituation bei der Vergabe von Maßnahmen durch die ARGE. Es konkurrieren hier zahlreiche Anbieter, die die ausgeschriebenen Maßnahmen als Zusatzgeschäft zu ihren im übrigen durchgeführten Geschäftsaktivitäten akquirieren, gegen die BAS, die als Kerngeschäftsfeld die Arbeitsförderung, -betreuung und -qualifizierung verfolgt, ohne sich dadurch zusätzliche Finanzierungsquellen zu anderen wirtschaftlichen Tätigkeiten zu erschließen.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat sich mit der BAS ein Instrument zur Steuerung einer aktiv gestaltenden und zielorientierten Arbeitsförderung geschaffen.

Die Unternehmensziele der BAS orientieren sich an den beschäftigungspolitischen Leitlinien der Stadt und sind auf die schnelle Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt, die nachhaltige Verringerung von Arbeitslosigkeit, die Erschließung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten und die Flankierung des demografischen Wandels gerichtet.

Mit den verschiedensten Beschäftigungsmaßnahmen werden Beiträge zur kommunalen Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung sowie zur Stabilisierung und Unterstützung sozialer Dienstleistungen erbracht.

Zur Umsetzung dieser ergebnis- und produktorientierten Ausrichtung auf regional strukturwirksame gemeinwohlorientierte Ziele werden Langzeitarbeitslose im Rahmen von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen eingesetzt. Im Rahmen der Projektarbeit wird auf eine beruflich qualifizierende und integrationsfördernde Personalentwicklung abgezielt.

Es wird erwartet, dass der Aufwand für Integrations- und Betreuungsarbeit der Maßnahmeteilnehmer künftig noch weiter steigen wird. Das Unternehmen wird daher alle Tätigkeiten in diesem Zusammenhang weiter professionalisieren, um die Qualität der Arbeit sicherzustellen und weiter zu verbessern.

Als kommunales Unternehmen setzt die BAS im Auftrag der Stadt langzeitarbeitslose in befristeten Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen zur Unterstützung kommunaler Infrastrukturförderung in den Bereichen Ökologie/Umwelt mit dem Schwerpunkt „Saubere Stadt“, Tourismus und Soziales ein.

Das Unternehmen hat die Potentiale, durch noch engere Einbindung in kommunale Strukturen noch bessere Wertschöpfungseffekte für die Kommune zu erreichen. Die begonnene Entwicklung kann mit den Möglichkeiten des künftigen Regionalbudgets fortgesetzt werden. Die neue Förderung, für die die BAS im Auftrag der Stadt den Handlungsleitfaden entwickelt hat, wird für die Jahre 2007 – 2013 das maßgebliche Instrument der Landesregierung zur Regionalisierung der Arbeitsmarktförderung sein.

Auch in der Zunahme sozialversicherungspflichtiger öffentlich geförderter Beschäftigung wird die Chance gesehen, die TeilnehmerInnen marktnäher zu qualifizieren und die Funktion der BAS als Arbeitgeber weiter zu stärken.

Dies wird insbesondere geschehen in einer weiteren Professionalisierung der Arbeit in Bezug auf die persönliche Entwicklung der Teilnehmer, aber auch sich insbesondere einzubringen in die Entwicklungsstrategien der Stadt Brandenburg an der Havel.

Unter den Bedingungen des anziehenden Arbeitsmarktes ist zum einen eine schnelle Arbeitsvermittlung von vermittlungsfähigen, arbeitsmarktnahen Personen erforderlich.

Dieser Personenkreis muss eingebunden werden in Maßnahmen, die Arbeitserprobung, Erleben von positiven Arbeitserfahrungen, begleitende Sozialarbeit und Qualifizierung erhalten.

In der Betreuung des Anwohnerbüros im zukünftigen Bürgerhaus im Stadtteil Hohenstücken ab Juli 2007 wird eine weitere Chance gesehen, kleinteilige Angebote zur Berufsorientierung, Bewerbungshilfen oder soziale Beratungsangebote für Arbeitslose zu etablieren bzw. fortzusetzen und diese wiederum für die Angebote der BAS für weitergehende Maßnahmen zu interessieren.

II.2.6 PEK Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH



Fotos: PEK GmbH

Geschäftsbereich

Verwertung und Verwaltung von Grundstücken

Firmensitz

Am Südtor 1 B
14774 Brandenburg an der Havel

Telefon: 03381 – 80 43 550
Telefax: 03381 - 80 01 77

Internet: www.kirchmoeser-pek.de

Gründung

Die PEK (Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH) wurde im Jahre 1992 unter anderem Namen und mit anderem Gesellschaftszweck gegründet. Am 29. April 1993 hat die Gesellschafterversammlung die Änderung der Firma in „Projekt-Entwicklung-Kirchmöser GmbH“ und die Neufassung des Gesellschaftsvertrages beschlossen.

Mit dem Geschäftsanteilskauf- und -abtretungsvertrag vom 30. Juni 2003 (UR-Nr. CS 130/2003 des Notars Christian Steinke, Berlin) hat die Stadt Brandenburg an der Havel den einzigen Geschäftsanteil an der PEK GmbH mit Wirkung zum 01. Januar 2003 erworben.

Die PEK GmbH ist im Handelsregister (HRB 6777) beim Amtsgericht Potsdam eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 25.600,00 €

Stadt Brandenburg an der Havel 100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Mit dem Geschäftsanteilskauf durch die Stadt Brandenburg an der Havel (UR-Nr. CS 130/2003 des Notars Christian Steinke, Berlin) vom 30. Juni 2003 wurde die Satzung neu gefasst. Es gilt nunmehr der Gesellschaftsvertrag vom 11. Juli 2003.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Hans-Joachim Freund (seit 07.07.2003)

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Gesellschafterin in der Gesellschafterversammlung ist Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Das Unternehmen ist mit der Verwertung und Verwaltung von Grundstücken im Wohn- und Gewerbegebiet Brandenburg an der Havel-Kirchmöser und angrenzenden Flächen betraut, insbesondere die die Stadt Brandenburg an der Havel vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) erworben hat.

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt waren bei der Gesellschaft 5 (Vorjahr. 4) Mitarbeiter und ein Geschäftsführer beschäftigt.

	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	4	4	4	5

Verlauf des Geschäftsjahres

Hauptaugenmerk der Tätigkeit im Jahre 2006 lag auf der in der Revitalisierung befindlichen Fläche des so genannten Gewerbe- und Industriegebietes Nord (GI-Nord) mit einer Größe von ca. 105 ha. Dort wurden zur Vermarktung erhebliche Unterstützungshandlungen geleistet. Diese führten auch nachweislich zu guten Erfolgen, da dieses Areal zum Jahresende mit fast 75% ausgelastet war und 17 von 18 Losen der Revitalisierungsmaßnahmen zum 31.12.2005 beendet worden sind. Das fertig gestellte Areal wurde am 4. August 2006 feierlich übergeben.

Die Gesellschaft finanziert sich weiterhin fast ausschließlich aus der im Verwaltervertrag festgelegten Verwaltervergütung, die nach der vorhandenen Leistungsbeschreibung auch für das Jahr 2006 auf Grund der eingetretenen Veränderung des Verwaltungsobjektes neu festzulegen war. Hier machten sich sinkende Einnahmen aus der Verwaltervergütung bemerkbar. Die Gesellschaft hat insoweit darauf reagiert, dass ein zum 31.08.2005 beendetes Arbeitsverhältnis nicht ersetzt wurde. Des Weiteren konnte mit der Gesellschafterin die Übernahme von 50 % an Personalkosten für zwei bei der Gesellschaft angestellten Mitarbeiter/innen, die auch im gleichen Umfang für die Gesellschafterin im Areal tätig sind, vereinbart werden. Ferner führte die Gesellschaft für die Gesellschafterin die Fördermaßnahme „Regionalmanagement der Stadt Brandenburg an der Havel für das bahnaffine Gewerbe“ mit zwei Personen gegen Erstattung aller Kosten bei minimalen Overheadkosten fort.

Zudem lag das Hauptaugenmerk in der Geschäftstätigkeit im Rahmen der verwalteten Objekte auf der Sicherung von Miet- und Pachteinnahmen. Die Bemühungen zum Einzug aller Beträge waren sehr erfolgreich. Wesentliche offene Forderungen zum Ende des Geschäftsjahres 2006 bestanden nicht mehr.

Mit den fast abgeschlossenen Infrastrukturmaßnahmen im GI-Nord sowie den begonnenen Infrastrukturmaßnahmen im GI-Süd und den anhaltenden guten Vermarktungserfolgen wird sich auch im Jahre 2007 der flächenmäßige Umfang des Verwaltungsareals weiter reduzieren.

Jahresrückblick 2006

Die Gesellschaft hat auch im Jahre 2006 ihre Arbeit im Rahmen des Gesellschaftsvertrages fortgesetzt. Die Gesellschaft ist alleiniger Dienstleister des 100 % Eigentümers Stadt Brandenburg an der Havel im Areal Kirchmöser und hat im Rahmen des bestehenden Verwaltervertrages auch im Jahre 2006 für die am 01.01.2003 vom Bundeseisenbahnvermögen (BEV) übernommenen Flächen (ca. 400 ha abzüglich zwischenzeitlicher Verkäufe zzgl. Ca. 10 ha ehemalige NVA-Flächen an der Uferstraße) die Betreuung sowie die Verkehrssicherungspflicht wahrgenommen.





Zudem leistete die Gesellschaft erhebliche Unterstützungsarbeit bei der Erstellung eines weiteren Fördermittelantrages für das so genannte GI-Süd (ca. 60 ha, ehem. sowjetische Liegenschaft = ehem. Panzerwerk). Die Umsetzung der Revitalisierungsmaßnahme GI-Süd mit einem derzeitigen Gesamtinvestment von derzeit ca. 49,9 Mio. € begann durch Abrissarbeiten im November 2005. Diese umfangreichen Abrissmaßnahmen (ca. 110.000 t) mussten bis April 2006 beendet sein. Seit Mai 2006 erfolgte dann die Beseitigung von umfangreichen Altlasten (ca. 265.000 t belastete Böden) im Bereich GI-Süd, die ebenfalls durch die PEK GmbH erhebliche Unterstützung erfuhr.

Im Geschäftsjahr 2006 erfolgten umfassende Abstimmungen für zwei weitere, umfangreiche ABM-Projekte in Bezug auf Gebäudesanierung und Geländeberäumung/-pflege, die zum 31.12.2006 endeten.



Des Weiteren waren wesentliche Aufgaben 2006 die Arbeiten an den Parkplätzen auf dem „Sparda-Bank/PEK-Gelände“ sowie der komplette Umschluss der verwalteten Gebäude auf die neu verlegten Medien-Netze. Der komplette Umschluss auf die neuen Leitungsnetze bis 31.12.2006 scheiterte jedoch aus Kapazitätsgründen bei den ausführenden Firmen, so dass das alte Netz erst im I. Quartal 2007 außer Betrieb genommen werden konnte.



Zu dem wurde die Herrichtung der drei von vier ehemaligen Torhäuschen intensiv betreut.

Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
Bilanz	2003	2004	2005	2006
Aktivseite				
A. Anlagevermögen	11	32	26	20
B. Umlaufvermögen	938	923	1.075	965
I. Vorräte	0	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	246	63	89	25
III. Kassenbestand, Guthaben	692	861	986	940
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	2	2	2
Passivseite				
A. Eigenkapital	68	71	74	94
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26	26
II. Andere Gewinnrücklagen	0	0	0	0
III. Gewinn-, Verlustvortrag	12	43	46	48
IV. Jahresüberschuss	31	3	2	20
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	17	0	0	0
C. Rückstellungen	32	71	53	45
D. Verbindlichkeiten	833	814	977	838
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	9
Bilanzsumme	950	956	1.104	986

Per 31.12.2006 verfügte die Gesellschaft über ein Anlagevermögen in Höhe von 19,8 T€.

Das Eigenkapital beträgt im Geschäftsjahr 2006 94,0 T€, dass bedeutet eine Eigenkapitalquote von 9,5%.

Per 31.12.2006 verfügte das Unternehmen über liquide Mittel in Höhe von 939,7 T€.

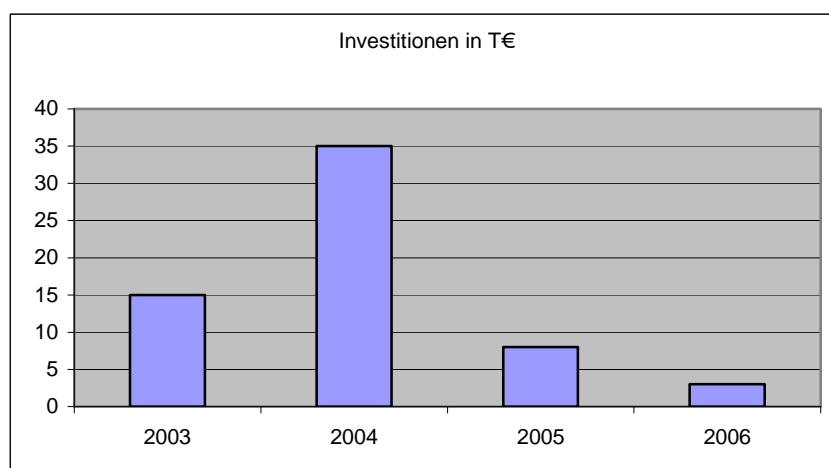
Die gesamten Schulden der Gesellschaft beliefen sich zum 31.12.2006 auf 838,2 T€. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestanden nicht.

Rückstellungen wurden im Jahr 2006 in Höhe von 44,9 T€ gebildet.

Kreditaufnahmen

Die Gesellschaft arbeitet mit Mitteln aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Fremdmittel wurden nicht aufgenommen.

	<u>2002</u>	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>
Mittelzufluss/ -abfluss aus					
Geschäftstätigkeit in T€	-38	-33	204	133	-43
Investitionstätigkeit in T€	0	-15	-35	-8	-3
Finanzmittelbestand am Jahresende in T€	740	692	861	986	940



Die Investitionen betreffen Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Ertragslage des Unternehmens

GuV	(Angaben in T€)			
	2003	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse	350	276	230	240
2. Sonstige betriebliche Erträge	5	143	169	185
3. Materialaufwand	0	0	0	0
4. Personalaufwand	-168	-261	-285	-283
5. Abschreibungen	-4	-14	-13	-10
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-138	-154	-112	-120
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	15	14	20
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	46	5	4	32
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-16	-2	-1	-11
11. Sonstige Steuern	0	0	0	0
12. Jahresüberschuss	31	3	2	20

Die Umsatzerlöse enthalten die Verwaltervergütung entsprechend dem Verwaltervertrag mit der Stadt Brandenburg an der Havel in Höhe von 204 T€ und Erlöse aus Weiterberechnungen von 36 T€. Die Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 10 T€.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 15 T€, was hauptsächlich auf die Erträge aus Fördermitteln für das Regionalmanagement (180 T€) zurückzuführen ist.

Die betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um insgesamt 3 T€ auf 413 T€ gegenüber dem Geschäftsjahr 2005.

Das Betriebsergebnis verbesserte sich um 22 T€ auf 12 T€ (2005: -10 T€). Nach Berücksichtigung des Finanzergebnisses in Höhe von 20 T€ und des Steueraufwandes von 12 T€ ergibt sich ein Jahresüberschuss von 20 T€.

Geschäftsjahr	2006	2005	2004	2003	2002
Umsatzerlöse in T€	240	230	277	350	227
Personalaufwand in T€	283	285	261	168	164
Mitarbeiter (ohne Geschäftsführer)	5	4	4	4	4
Personalaufwand pro Kopf in T€	42	42	52	42	41
Abschreibungen in T€	10	13	14	4	0
Investitionen in T€	3	8	35	15	0
Betriebsergebnis in T€	12	-10	-9	46	-1
Ertragssteuern	11	2	2	15	-8
Jahresergebnis in T€	20	2	3	31	12
Umsatzrentabilität in %	13,5	1,8	2,1	13,3	1,7
Eigenkapitalrentabilität in %	34,4	5,5	8,3	68,1	10,4

Personalaufwand: incl. Honorarleistungen für das Regionalmanagement in Höhe von 72 T€
 Umsatzrentabilität: Gewinn vor Steuern x 100/Umsatz
 Eigenkapitalrentabilität: Gewinn vor Steuern x 100/Eigenkapital

Chancen und Risiken der zukünftigen Unternehmensentwicklung

Durch die konsequente Ansiedlungspolitik der Stadt Brandenburg an der Havel wird zukünftig ein großer Bereich des von der PEK GmbH verwalteten Areals veräußert werden. Der Verwaltervertrag wird sich inhaltlich nicht wesentlich ändern. Da durch den Verkauf das Verwaltungsobjekt flächenmäßig reduziert wird, wird dies weiterhin Auswirkungen auf die Höhe der Verwaltervergütung und der damit in Zusammenhang stehenden Verwertung und Verwaltung von Grundstücken und Flächen in Brandenburg an der Havel-Kirchmöser haben.

II.3 Beteiligungsgesellschaften

II.3.1 Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH



Fotos: TGZ GmbH

Geschäftsbereich

Betreibergesellschaft des Technologie- und Gründerzentrums der Stadt Brandenburg an der Havel.

Firmensitz

Friedrich-Franz-Str. 19
14770 Brandenburg an der Havel

Telefon: 03381 - 38 10 01
Telefax: 03381 - 38 10 02

e-mail: info@tgz-brb.de
Internet: www.tgz-brb.de

Gründung

Die Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH (TGZ) wurde am 31.01.1995 gegründet. Sie ist Betreibergesellschaft des Technologie- und Gründerzentrums der Stadt Brandenburg an der Havel.

Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte unter HRB 8845 P am 29.11.1995 beim Amtsgericht Potsdam. Die letzte Eintragung ist datiert mit dem 13. November 2006.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 51.129,19 €

Beteiligungsverhältnisse 2006	€	%
Stadt Brandenburg an der Havel	26.075,89	51
Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam	5.112,92	10
Fachhochschule Brandenburg	4.601,63	9
RFT radio-television Brandenburg GmbH	3.067,75	6
Manfred Villmann	2.556,46	5
Trend Bau GmbH	2.045,17	4
REMONDIS Entsorgungswirtschaft GmbH & Co. KG, Region Ost	1.533,88	3
ATLAS Informationssysteme GmbH	1.533,88	3
Börner Heizungs- und Sanitärtechnik GmbH	511,29	1
PERKERS SRS GmbH	511,29	1
HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG	511,29	1
Lenz&Mundt Betonsanierung GmbH	511,29	1
Hoch- und Ingenieurbau GmbH Brandenburg	511,29	1
Honeywell GmbH	511,29	1
AAF-Akademie für Außenwirtschaftliche Fortbildung GmbH & Co. KG	511,29	1
Ingenieurbüro Helgo Friedrichs	511,29	1
Gewerbeverein Brandenburg e.V.	511,29	1

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinem weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Die derzeit aktuelle Fassung des Gesellschaftsvertrages ist datiert vom 12.08.1997. Die letzte Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 14. August 2003.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Dipl.-Ing. Reinhard Hilscher
Der Geschäftsführer ist ehrenamtlich tätig.

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter der Mehrheitsgesellschafterin Stadt Brandenburg an der Havel in der Gesellschafterversammlung ist Oberbürgermeisterin Frau Dr. Dietlind Tiemann.

Im Jahr 2006 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Beirat*

Im Berichtszeitraum fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Beiratsmitglieder 2006

Name

Frau Diana Deinert	Beiratsvorsitzende, Fachhochschule Brandenburg an der Havel
Frau Anne Schulz	Creditreform Brandenburg
Frau Yvonne Moebius	Referat 20 - Ministerium für Wirtschaft
Herr Peter Effenberger	ZAB Zukunftsagentur Brandenburg
Herr Wilfried Meier	IHK Potsdam, Regionalcenter Brandenburg an der Havel
Herr Ingo Borkenhagen	Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam
Herr Rolf Usbeck	Agentur für Arbeit Brandenburg
Frau Petra Kaulisch	call & surf factory, Dienstleistungszentrum für Telemedien GmbH
Herr Uwe Rudolphi	IAT Rudolphi & Rau GmbH
Herr Ralf Koppe	Insolvenzverwalter

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Unternehmensgegenstand ist gemäß § 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages die Förderung der regionalen Wirtschaft durch die Unterstützung aller innovativen und technologieorientierten Unternehmen sowie Existenzgründer, insbesondere durch die Unterstützung des Technologietransfers auf dem Gebiet der Wissenschaft und Forschung. Hierunter fallen z. B. nationale und internationale Forschungseinrichtungen, technische und betriebswirtschaftliche Weiterbildung von Erwachsenen im Sinne einer Qualifizierung durch Workshops bzw. Seminare, unter anderem zu Themen des Umweltschutzes oder der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK).

Insbesondere sollen dabei Unternehmen Berücksichtigung finden, die auf dem Gebiet der Forschung sowie der Dienstleistung u.a. schwerpunktmäßig Themen des Umweltschutzes oder der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) bearbeiten und Firmen, die einen Beitrag zur Entwicklungshilfe im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe leisten.

Dazu vermietet oder verpachtet die Gesellschaft kostengünstig an Existenzgründer für einen zeitlich beschränkten Zeitraum Geschäfts- und Gewerberäume, Büro- und Betriebseinrichtungen und anderes Anlagevermögen an zu errichtende oder bereits bestehende Unternehmen, um zunächst deren Ansiedlung zu erleichtern und erbringt und vermittelt kostengünstig Dienst-, Beratungs- und Bildungsleistungen.

Damit soll die Entwicklung der Wirtschaftsstruktur im Raum Brandenburg durch die Ansiedlung von technologieorientierten Unternehmen und die Unterstützung der bestehenden Betriebe durch diese Unternehmen gefördert werden.

Die Gesellschaft ist in diesem Sinne auch als Mittler zwischen Wirtschaft und Wissenschaft tätig und fördert durch Information, Beratung und Vermittlung von Kontakten den Technologietransfer.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Das **Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel** ist ein regionales Dienstleistungszentrum für technologieorientierte Existenzgründer, kleine und mittlere Unternehmen sowie Wissenschaftler und Forscher, die mit ihren Produkten und Dienstleistungen die Selbständigkeit anstreben

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat der Gesellschaft mit Mietvertrag vom 21. April 1997 die Grundstücksflächen sowie die auf diesen Flächen errichteten Gebäude und Anlagen überlassen. Die Gesellschaft schließt Untermietverträge mit den Endmietern.

Die TWB – Technische Werke Brandenburg an der Havel GmbH erbringt Dienstleistungen auf dem Gebiet des Rechnungswesens für die TGZ GmbH.

Am 15.01.1997 schloss die Gesellschaft mit der Stadt Brandenburg an der Havel einen Betreibervertrag zur Betreuung des Technologie- und Gründerzentrums Brandenburg an der Havel. Dieser Vertrag wurde am 28.05.2004 bis zum 31.12.2013 verlängert. Die Stadt Brandenburg an der Havel kann der Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel GmbH während der Laufzeit des Betreibervertrages jährliche Zuwendungen in Form einer wirtschaftsfördernden Maßnahme gewähren. Die Stadt bemüht sich dabei, der Gesellschaft die für den Betrieb des Technologie- und Gründerzentrums erforderlichen, nicht eigenwirtschaftlich durch diese zu erwirtschaftenden finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Das TGZ bietet die Möglichkeit, sich von vornherein als junge Firma in ein Netzwerk von innovativen Unternehmen und Partnern in der Wirtschaft und Wissenschaft am Standort Brandenburg an der Havel "einzuklinken". Für den unternehmerischen Erfolg ist diese Partnerschaft ein entscheidender Vorteil. Im TGZ finden Existenzgründer und junge technologieorientierte Firmen ein ideales Umfeld.

Leistungen des TGZ

Im TGZ stehen Büro und Gewerberäume von 20 m² bis 150 m² zur Verfügung. Neben den erwähnten Gemeinschaftseinrichtungen können im überdachten Atrium des Hauptgebäudes z.B. Ausstellungen und andere Präsentationen durchgeführt werden.

Für Schulungsveranstaltungen sowie zur direkten Kommunikation stehen Videokonferenzeinrichtungen zur Verfügung, die auch durch externe Firmen genutzt werden können.

Serviceangebote

- umfangreiche Parkmöglichkeiten am Haus
- Reinigungsdienst, Wachdienst (Schließ- und Sichtkontrolle), Hausmeister- und -technikerdienst, ständige Bereitschaft
- Existenzgründerberatung in Kooperation mit Dritten
- Atrium als Ausstellungshalle
- Vermittlung von Messen: Berufemarkt, Kooperationsbörse und Hausmessen

Konferenzraumvermietung

- Konferenzräume für maximal 150 Personen
- flexible Bestuhlung
- komplette Audio- und Videoausstattung (Overhead, Beamer, Beschallung und Videokonferenz)
- Besprechungsräume für maximal 10 Personen (für Mieter kostenlos)
- Cafeteria, auch für Ihre Veranstaltungen

Sekretariatsdienste

- Empfang, Betreuungsservice für Firmenbesucher
- Kopiermöglichkeit, Telefon- und Faxdienst
- Entgegennahme von Post- und Paketsendungen
- Schreibarbeiten
- eigene Telefonanlage mit Möglichkeit einer kostenlosen detaillierten Gesprächserfassung
- von der Internetseite des TGZ Verlinkung zu den Internetseiten der Mieter

Mieterübersicht

Im Geschäftsjahr 2006 waren 40 Firmen mit insgesamt 239 Mitarbeitern im TGZ Brandenburg an der Havel ansässig.

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt waren bei der Gesellschaft 4 (Vorjahr. 4) Mitarbeiter, ein ehrenamtlicher Geschäftsführer und ein ehrenamtlicher Prokurist beschäftigt.

	<u>2002</u>	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	4	4	4	4	4

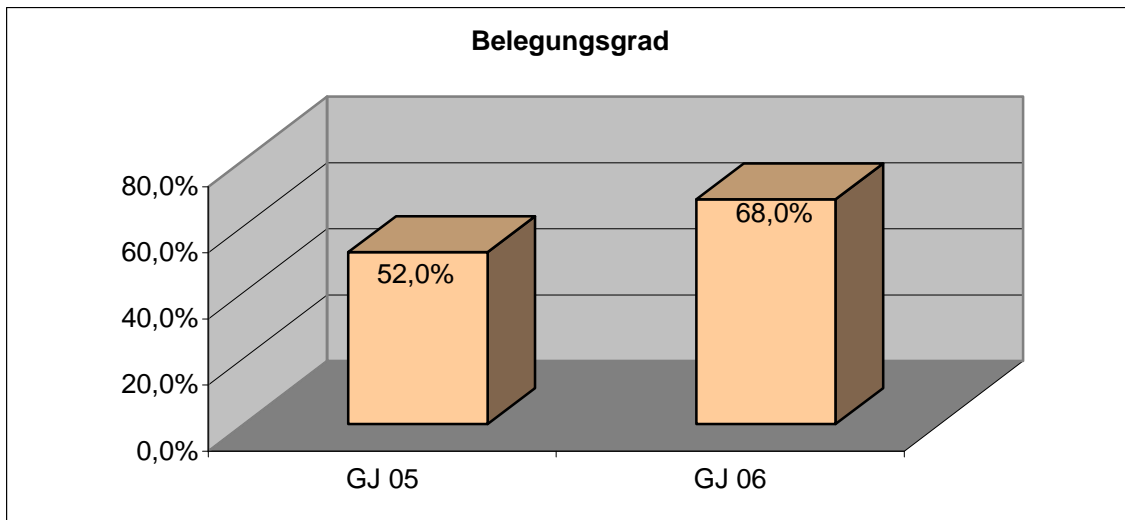
Verlauf des Geschäftsjahres

Der Geschäftsverlauf 2006 war im Wesentlichen planmäßig. Ende 2006 konnte der Belegungsgrad mit 68 % um 18 % gegenüber dem Plan verbessert werden. Die durchschnittlich geplanten Mieten von 4,87 €/m² wurden zum IV. Quartal 2006 gegenüber dem Plan leicht unterschritten. Begründet ist dies durch neue Mieter, bei denen der Mietzins zu Beginn des Mietverhältnisses noch gering ist.

Der bisher gezahlte Betriebskostenzuschuss 2006 reichte zur Deckung aus. Der erhöhte Belegungsgrad ist auf den Einzug von Mietern zurückzuführen, die eine größere Fläche angemietet haben.

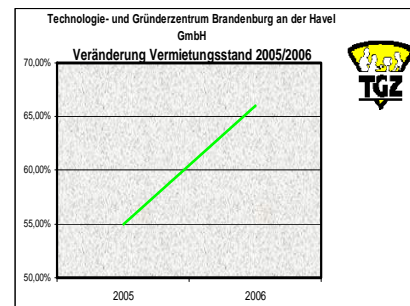
Gemäß Bescheid der Stadt Brandenburg an der Havel vom 22.12.2004 waren die nicht verbrauchten Zuschüsse aus Vorjahren als Verbindlichkeit gegenüber der Stadt auszuweisen. Nach Verrechnung des Jahresfehlbeträge 2004 und 2005 verbleibt eine Verbindlichkeit gegenüber der Stadt Brandenburg an der Havel aus nicht verbrauchten Zuschüssen aus Vorjahren in Höhe von 16 T€. Diese Verbindlichkeit ist entsprechend dem genehmigten Wirtschaftsplan 2006 als Investitionszuschuss für den geplanten Investitionsbedarf 2006 in Höhe von 16 T€ zu verwenden. Im laufenden Geschäftsjahr wurden daher in Höhe der getätigten Investitionen (9,9 T€) die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Brandenburg an der Havel reduziert und im Sonderposten als Investitionszuschuss ausgewiesen.

Der Jahresabschluss 2005 wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Knauff geprüft und durch die Gesellschafterversammlung festgestellt.



Jahresrückblick 2006

Im Jahr 2006 konnte der Vermietungsstand im Technologie- und Gründerzentrum Brandenburg an der Havel auf durchschnittlich 66 % erhöht werden. Die Erhöhung des Vermietungsstandes konnte durch den Einzug von 12 neuen Mietern erreicht werden, so zum Beispiel die Firma Johanna Solar Technology GmbH und die Telegut GmbH als Mieter mit großem Raumbedarf. Im Gegensatz dazu haben 10 Mieter das TGZ verlassen, wobei davon ein Mieter mit einem anderen Mieter im TGZ eine Bürogemeinschaft gebildet hat. Die Firma RapidEye AG und die Firma Johanna Solar Technology GmbH sind durch den Erwerb einer eigenen Immobilie aus dem TGZ ausgezogen. Von den zum Jahresende 39 eingemieteten Unternehmen mit einer Gesamtmitarbeiterzahl von ca. 220 waren 19 Unternehmen technologieorientiert.



Die Konferenzräume wurden u. a. von Parteien und für Ausschusssitzungen, für den Unternehmerstammtisch der IHK und den Gründerstammtisch, der in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Brandenburg durchgeführt wird, genutzt. Wie in den vergangenen Jahren war der Berufemarkt wieder ein Höhepunkt im TGZ.

Erste Erfolge im Programm „StuTZ – Studenten im TGZ“ konnten mit dem Einzug der Firma c-media pars und der coniant GmbH erreicht werden. Auch das Programm „Existenzgründer im TGZ“ ist im Jahr 2006 erfolgreich gestartet. Als erster Mieter konnte die Firma prinductions das Programm nutzen.

Im Jahr 2006 hat eine Studentin der Fachhochschule Brandenburg im Rahmen einer Diplomarbeit mit der Erstellung einer Marketingkonzeption für das TGZ begonnen. Die Diplomarbeit wurde im II. Quartal 2007 fertiggestellt.



Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
Bilanz	2003	2004	2005	2006
<u>Aktivseite</u>				
A. Anlagevermögen	42	43	33,1	29,7
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2	2	0,6	0,2
II. Sachanlagen	40	41	32,5	29,5
B. Umlaufvermögen	172	168	129	188
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	21	18	22	12
II. Kassenbestand, Guthaben	151	150	107	177
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	2	6	6
<u>Passivseite</u>				
A. Eigenkapital	51	51	51	51
I. Gezeichnetes Kapital	51	51	51	51
II. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
B. Sonderposten für Investitionszuschuss	0	0	0	4
C. Rückstellungen	46	60	51	50
D. Verbindlichkeiten	43	100	64	118
E. Rechnungsabgrenzungsposten	76	2	2	1
Bilanzsumme	216	213	168	224

Es bestehen keine Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von 736,52 € enthalten.

Die im Jahr 2006 getätigten Investitionen in Höhe von 10.076,03 € wurden auf Grund des von der Stadt Brandenburg an der Havel zugewendeten Investitionszuschuss für 2006 in Höhe von 16.000 € in den Sonderposten eingestellt. Der nicht verbrauchte Betrag des Investitionszuschusses 2006 in Höhe von 5.923,97 € ist an die Stadt Brandenburg an der Havel zurückzuzahlen und somit als Verbindlichkeit ausgewiesen.

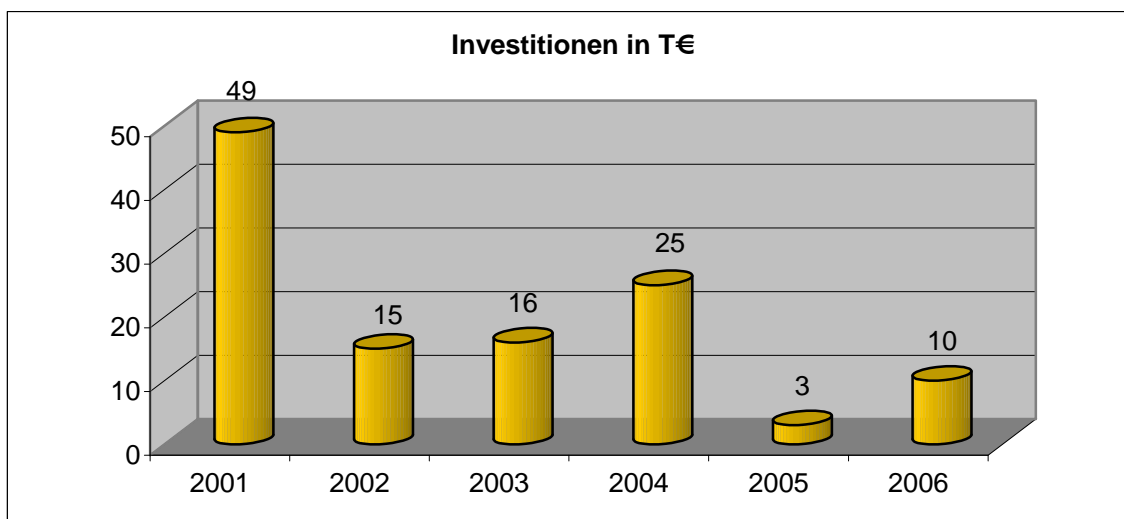
Es bestehen bis auf Kautionen in Höhe von 7.212,74 € keine Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Kreditaufnahmen

Die Gesellschaft arbeitet mit Mitteln aus der laufenden Geschäftstätigkeit. Fremdmittel wurden nicht aufgenommen.

Auf Grund des eingezahlten Stammkapitals ist eine ausreichende Eigenkapitalausstattung vorhanden.

	<u>2002</u>	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>
Mittelzufluss/ -abfluss aus					
Geschäftstätigkeit in T€	60	25	23	-39	80
Investitionstätigkeit in T€	-15	-15	-25	-3	-10
Finanzmittelbestand am Jahresende in T:	141	151	149	107	177



Die Investitionen betreffen Bauleistungen (Umbau von Räumen), PC-Technik und sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Ertragslage des Unternehmens

GuV	(Angaben in T€)			
	2003	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse	463	425	377	448
2. Sonstige betriebliche Erträge	174	204	183	100
3. Materialaufwand	0	0	0	0
4. Personalaufwand	-104	-117	-112	-107
5. Abschreibungen	-31	-24	-13	-14
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-505	-483	-434	-422
7. Sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	3	3	2	2
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-3	-1
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	8	0	6
10. Sonstige Steuern	0	-8	0	-6
11. Jahresergebnis	0	0	0	0

Im Berichtsjahr wurde kein Jahresüberschuss erwirtschaftet. Es wurde im Jahr 2006 auf Grund der Kostenzuschüsse ein Jahresergebnis von 0 € erwirtschaftet. Das ansonsten negative Ergebnis beruht auf dem Unternehmensgegenstand der Gesellschaft und den örtlichen und regionalen Gegebenheiten. Das Ergebnis ist somit beeinflusst durch die satzungsmäßigen und wirtschaftsfördernden Zwecke der Mehrheitsgesellschafterin und wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Die gestiegenen Umsatzerlöse sind zurückzuführen auf die verbesserte Mietauslastung im Berichtszeitraum.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich um 83 T€, was hauptsächlich auf die Verringerung der Zuschüsse in 2006 zurückzuführen ist.

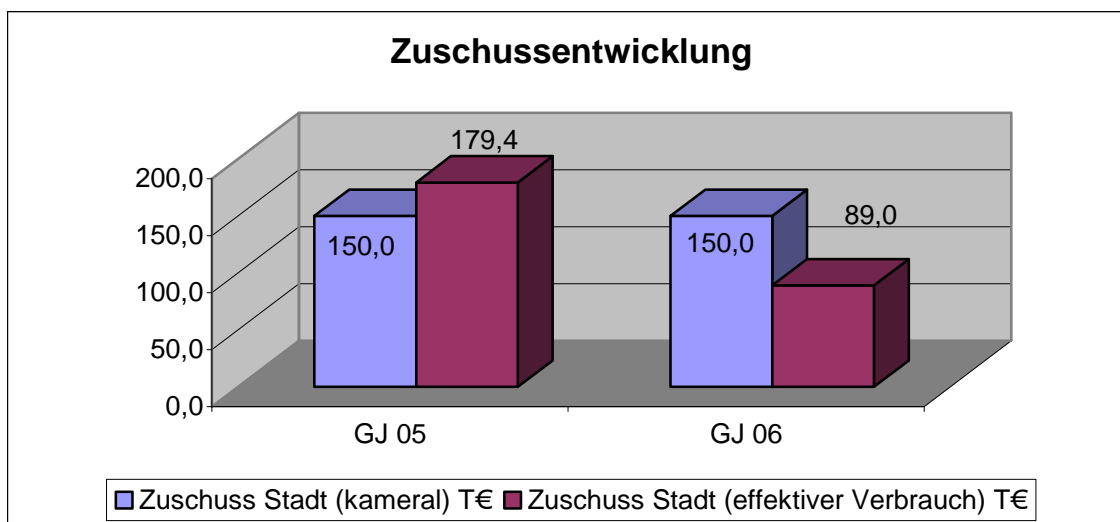
Die betrieblichen Aufwendungen verringerten sich um insgesamt 16 T€, obwohl die Kosten für Instandhaltung um 16 T€ gestiegen sind. Ursachen für die Verringerung der betrieblichen Aufwendungen sind im Wesentlichen die Verringerung der Raumkosten, der Wertberichtigungen und des Personalaufwandes.

Aufgliederung der Umsatzerlöse in T€		
	<u>2005</u>	<u>2006</u>
Mieterlöse 16% Ust	184,3	208,7
Erlöse Betriebskosten 16% Ust	74,8	96,0
Mieterlöse steuerfrei nach § 4 Nr. 8ff UstG	37,8	55,9
Erlöse Telefon 16% Ust	35,3	28,7
Erlöse Betriebskosten steuerfrei nach § 4 Nr. 8ff UstG	14,0	26,6
sonstige Erlöse 16% Ust	3,1	11,2
Erlöse Tagungsraum 16% Ust	8,0	7,1
Erlöse Stellplatz 16% Ust	4,3	4,0
Erlöse Tagungsraum 0% Ust	4,7	3,7
Erlöse Telefon 0% Ust	3,4	3,1
Erlöse Energie 16% Ust	2,1	2,8
sonstige Erlöse 0% Ust	5,4	0,2
gesamt	377,3	448,1

	<u>2002</u>	<u>2003</u>	<u>2004</u>	<u>2005</u>	<u>2006</u>
Personalaufwand pro Kopf in T€	23	26	29	28	27

Zuschüsse

Die in der GuV für 2006 ertragswirksam erfassten Zuschüsse in Höhe von 89.048,75 € wurden ausschließlich von der Stadt Brandenburg an der Havel gewährt. Als zweckgebundene Zuwendungen sind sie bestimmt, ausschließlich satzungsmäßigen Zwecken zu dienen. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Gesellschaft von Zuschüssen der Stadt Brandenburg an der Havel bleibt bestehen.



Chancen und Risiken der zukünftigen Unternehmensentwicklung

Die Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur durch die weitere Profilierung als Initiator für technologieorientierte Existenzgründer, insbesondere durch Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Brandenburg an der Havel sowie als Träger für Trainingsmaßnahmen steht für die TGZ GmbH an erster Stelle. Es werden Maßnahmen zur besseren Auslastung, Reduzierung der Investitionen und die Anpassung des Mietvertrages mit der Stadt Brandenburg an der Havel angestrebt. Im gleichen Umfang ist dabei auch die Eigenwirtschaftlichkeit der TGZ GmbH weiter zu erhöhen, um somit zu einer Entlastung des städtischen Haushalts beitragen zu können.

II.3.2 MEBRA Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH

Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH



Fotos: MEBRA GmbH

Geschäftsbereich

Abfallentsorgung

Firmensitz

Pernitzer Str. 19 a
14797 Kloster Lehnin/ OT Prützke
Tel.: 033835/ 47 00
Fax: 033835/ 47 025

E-Mail: info@mebra-mbh.de
Internet: www.mebra-mbh.de

Gründung

Nach der Übertragung der VEB Stadtwirtschaft in kommunales Eigentum wurde am 6.11.1990 die Brandenburgische Entsorgungsgesellschaft mbH (BEG) gegründet.

Mit der Abtretung von 50% der Geschäftsanteile an die Firma Rethmann Entsorgungswirtschaft am 05.03.1991 wurde die Firmierung in Rethmann-Brandenburger Entsorgungswirtschaft mbH geändert (notarielle Urkunde des Notars von Oppeln-Brunikowski, Berlin, UR-Nr. 107/1991).

Die Änderung des Firmennamens erfolgte durch Beschluss der Gesellschafterversammlung am 26.08.2004 in Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH (MEBRA).

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 1267 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 30.000 €

Gesellschafter sind die Stadt Brandenburg an der Havel, der Landkreis Potsdam-Mittelmark und die REMONDIS GmbH & Co.KG.

Beteiligungsverhältnisse		
zu 51%	die Stadt Brandenburg an der Havel	
zu 48%	die REMONDIS GmbH & Co. KG	
zu 1%	der Landkreis Potsdam-Mittelmark	

Unterbeteiligungen

Die MEBRA ist zu 100 % an der Recyclingpark Brandenburg GmbH beteiligt. Das Stammkapital der Recyclingpark GmbH beträgt 1.000.000 €

Gesellschaftsvertrag

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Datum vom 5. März 1991 notariell beurkundet. Am 17.01.2003 erfolgte die notarielle Beurkundung des neuen Gesellschaftsvertrages und die Änderung der Gesellschafteranteile. Danach hat die Stadt Brandenburg an der Havel 51%, die REMONDIS GmbH & Co. KG – Region OST 48% und der Landkreis Potsdam Mittelmark 1%. Des Weiteren hat die Gesellschafterversammlung vom 26.08.2004 die Änderung des Gesellschaftsvertrages im § 1 Abs. 1 (Firmenname neu: Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH) beschlossen. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 22. September 2004.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Herr Hans-Ulrich Prescher (Brandenburg), Diplom-Wirtschaftsingenieur (FH)

Herr Dirk Matthies (Ludwigsfelde), Diplom-Kaufmann

- *Gesellschafterversammlung*

Mitglieder der Gesellschafterversammlung in 2006:	
<u>Name</u>	<u>für</u>
Herr Detlef Reckow	Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Stefan Müller	REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Ost
Herr Ulrich Haake	REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Ost
Herr Landrat Lothar Koch	Landkreis Potsdam-Mittelmark

- *Beirat*

Im Berichtsjahr haben zwei Beiratssitzungen stattgefunden.

Mitglieder des Beirates waren in 2006:	
<u>Name</u>	
Herr Detlef Reckow	Beiratsvorsitzender
Herr Erhard Breisch	
Herr Ulrich Haake	
Herr Steffen Kissinger (ab 28.06.2006)	
Herr Götz Detka (ab 28.06.2006)	
Herr Wolfgang Lorenz (bis 20.03.2006)	
Herr Arne Rauhe (21.03.2006 bis 31.12.2006)	

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs.1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes vom 06.06.1997 sind kreisfreie Städte öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des § 13 Abs.1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes. Sie erfüllen diese Aufgabe als pflichtige Selbstverwaltungsaufgabe. Im Rahmen der Erfüllung dieser Entsorgungsaufgabe bedient sich die Stadt Brandenburg an der Havel der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH. Die Bedingungen sind im Deponiebewirtschaftungsvertrag und dem Abfallentsorgungsvertrag festgehalten.

Mit der Tochter Recyclingpark Brandenburg GmbH wird die MEBRA verstärkt in der Aufbereitung von Abfällen und der Vermarktung der wiedergewonnenen Stoffe tätig.

Die MEBRA setzt die Tradition der RETHMANN Brandenburger Entsorgungsgesellschaft fort, die in den Jahren zuvor die öffentliche Daseinsvorsorge im Bereich Abfallwirtschaft durch den Aufbau einer modernen Entsorgungsstruktur sicher gestellt hat.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß gültigem Gesellschaftsvertrag das Sammeln und Deponieren von Hausmüll und hausmüllähnlichem Gewerbemüll, Fäkalienabfuhr, Sperrmüllabfuhr und Containerdienste sowie Wertstoffeffassung im Sinne von § 1 Abs. 1 Abfallbeseitigungsgesetz sowie die Übernahme artverwandter Dienstleistungen.

Die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH ist als zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb in der Stadt Brandenburg an der Havel, in Teilen des Landkreises Potsdam-Mittelmark und anderen Landkreisen des Landes Brandenburg tätig. Zudem hat wurde das Qualitätsmanagement nach DIN EN ISO 9001 eingeführt.

Die kommunale Entsorgung umfasst das Gebiet der Stadt Brandenburg an der Havel und den ehemaligen Altkreis Brandenburg-Land des jetzigen Landkreises Potsdam-Mittelmark.

Darüber hinaus ist die Gesellschaft DSD-Vertragshalter für folgende Gebiete:

- Glassammlung Stadt Brandenburg an der Havel
- Glassammlung Stadt Potsdam
- Glassammlung Landkreis Potsdam-Mittelmark
- Einsammlung, Transportieren und Sortieren von LVP (Leichtstoffverpackungen) Stadt Brandenburg an der Havel

Die Glassammlung erfolgt teilweise durch beauftragte Subunternehmen.

Die MEBRA GmbH ist als Bioabfallbehandler am Standort der Kompostierungsanlage Fohrde des weiteren Mitglied in der "Gütegemeinschaft Kompost Berlin - Brandenburg - Sachsen-Anhalt" e.V.

Leistungen der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH

- Einsammlung, Transport und Behandlung von Restabfall und Bioabfällen
- Vertragspartner der DSD AG für die Einsammlung und den Transport von Verkaufsverpackungen über die Gelben Säcke und die Gelben Tonnen sowie deren Aufbereitung und Sortierung
- Einsammlung und Transport von Altpapier und Altglas
- Aufbereitung und Sortierung von Altpapier und Kunststoffen
- Einsammlung und Recycling von Elektronik- und Elektroschrott sowie Kühlgeräten
- Einsammlung, Transport und Behandlung von Sperrmüll und Altholz
- Einsammlung und Beseitigung von Schadstoffen aus Haushalten und Sonderabfallkleinmengen aus Gewerbebetrieben durch das Schadstoffmobil
- Abfallberatung zur Getrenntsammlung und Abfallvermeidung
- Sammlung und Verwertung bzw. Beseitigung von verbotswidrig abgelagerten Abfällen
- Erfassung und Entsorgung von Gewerbeabfällen- Gewerbeabfallentsorgung
- Straßenreinigung und Winterdienst im kommunalen und gewerblichen Bereich (einschließlich Baustellenreinigung)
- Begutachtung, Einsammlung, Transport und Entsorgung von Abfällen mineralischen Ursprungs wie Erdaushub, Baumischabfall, Bauschutt, Baustellenabfall und Asbest
- Einsatz von Containerfahrzeugen von 1,3 m³ bis 48 m³
- Betrieb von Abfallverwertungs-, Abfallbehandlungs- und Abfallbeseitigungsanlagen (Altpapiersortieranlage, Kompostwerk, mechanische Abfallaufbereitung)
- Abfallwirtschaftsmanagement, Abfallwirtschaftskonzepte und Bilanzen

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Beschäftigte (Durchschnitt)	2003	2004	2005	2006
gesamt	155	95	116	121
davon gewerbliche MA	77	74	71	71
davon Angestellte	9	9	8	8
davon Azubis		3	3	4
davon Aushilfen	69	9	34	38

Verlauf des Geschäftsjahres

In der Gesellschaft war das Wirtschaftsjahr 2006 dahingehend gekennzeichnet, dass im Bereich der kommunalen Entsorgung, hier insbesondere Haus- und Sperrmüll, die Mengen gegenüber dem Vorjahr in etwa gleich blieben. Die Entsorgung wurde von der Gesellschaft vertragsgemäß ausgeführt.

Im Wirtschaftsjahr 2006 hat sich die Gesellschaft an einer Ausschreibung der DSD GmbH beteiligt.

Außerdem hat sie den Zuschlag für die Sortierung von LVP (Leichtstoffverpackungen) für die Landkreise Havelland und Potsdam-Mittelmark erhalten.

Im Februar 2005 hat der Bundesrat dem Elektro- und Elektronikgerätegesetz (ElektroG) zugestimmt. Somit waren ab dem 24.03.2006 die Hersteller in der Bundesrepublik verpflichtet, Altgeräte für den Bürger gebührenfrei an kommunalen Sammelstellen zurückzunehmen und nach dem Stand der Technik zu entsorgen.

Die Stadt Brandenburg an der Havel hat die Leistungen für das Einsammeln, Transportieren und das Errichten einer Sammelstelle für Altgeräte ausgeschrieben. An dieser Ausschreibung hat sich die Gesellschaft beteiligt und den Zuschlag erhalten.

Die Gesellschaft bewirtschaftet den Kompostplatz und den Wertstoffhof im Eingangsbereich der ehemaligen Deponie Fohrde. Für den produzierten Kompost hat die Gesellschaft wiederum das RAL-Gütezeichen erhalten.

Die Sortieranlage für Leichtstoffe und Papier konnte für den DSD-Vertrag im 2-Schicht-System ausgelastet werden.

Die Aktivitäten im gewerblichen Bereich wurden auch 2006 weiter forciert. So entsorgen die Überkopfladerfahrzeuge Papier, Folien und Abfälle zur Verwertung in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Havelland, Ostprignitz-Ruppin und in den Städten Brandenburg an der Havel und Potsdam.

Das Aufsichtsgremium der Gesellschaft - der Beirat - wurde, entsprechend den Gesellschafteranteilen, im Wirtschaftsjahr 2006 personell neu besetzt.

Die Stadt Brandenburg an der Havel entsandte 3 Vertreter, REMONDIS GmbH & Co. KG (Region Ost) 2 Vertreter und der Landkreis Potsdam-Mittelmark 1 Vertreter.

Jahresrückblick 2006



In der Stadt Brandenburg an der Havel führte das Unternehmen im Wirtschaftsjahr 2006 auch die Straßenreinigung und den Winterdienst durch. Dafür waren 306 Straßenkilometer abzarbeiten. Für diese Aufgaben standen dem Unternehmen 34 Fahrzeuge zur Verfügung.

Im Berichtsjahr wurden in der Stadt Brandenburg an der Havel 13.644 t Hausmüll eingesammelt. Das entspricht ca. 186 kg pro Einwohner und Jahr. Darüber hinaus wurden 2.664 t Sperrmüll erfasst. Das entspricht ca. 36 kg pro Einwohner und Jahr.



Die Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH bewirtschaftet im Eingangsbereich der ehemaligen Deponie Fohrde einen Wertstoffhof und einen Kompostplatz. Hier können die Bürger durch Selbstanlieferung kompostierungsfähige und andere Abfälle entsorgen. Dabei können sie auf dem Rückweg Kompost mitnehmen, der den Qualitätsanforderungen der Bundesgütegemeinschaft Kompost entspricht und entsprechend zertifiziert ist.



an der Havel eingesammelt und einer Verwertung zugeführt.

Auf dem Gelände des Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH in der August-Sonntag-Straße 3 haben die Bürger die Möglichkeit Grünabfälle und Elektrogeräte, wie z.B. Kühlschränke, Fernsehgeräte, Computer und anderes zu entsorgen. Im Berichtsjahr wurden 2.828 Kühlgeräte, 12.292 Bildschirme und 3.799 Haushaltsgeräte in der Stadt Brandenburg



Am Standort in Prützke betreibt die Gesellschaft eine Sortieranlage für Leichtstoffverpackungen und Papier, Pappe und Kartonagen. Im Jahr 2006 wurden insgesamt 14.233 t Papier, davon in der Stadt Brandenburg an der Havel 5.518 t eingesammelt, sortiert und vermarktet. Die Menge der erfassten Leichtstoffverpackungen betrug 5.677 t, davon in der Stadt Brandenburg an der Havel 2.939 t.



Des Weiteren wurden 2006 10.713 t Glas, davon in der Stadt Brandenburg an der Havel 2.008 t erfasst und einer Verwertung zugeführt.



Das Unternehmen ist seit 1999 „Anerkannter Ausbildungsbetrieb“ der IHK Potsdam. Vier Auszubildende haben 2006 eine Lehre aufgenommen, davon drei Industriekaufleute und ein Ver- und Entsorger.

Mit 14 Schulen und Kindergärten der Stadt Brandenburg an der Havel bestehen langjährige Kontakte zur Erfassung und Vergütung eingesammelter Wertstoffe. Viele Klassen und Kindergartengruppen haben die Sortieranlage in Prützke besichtigt und Hinweise für eine zeitgemäße Abfalltrennung und –verwertung erhalten. Dafür stellte die Gesellschaft jeweils einen Bus kostenlos zur Verfügung.

Vermögens- und Finanzlage

(Angaben in T€)				
Bilanz	2003	2004	2005	2006
<u>Aktivseite</u>				
A. Anlagevermögen	5.407	4.974	4.561	4.317
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5	3	1	0
II. Sachanlagen	4.280	3.849	3.438	3.196
III. Finanzanlagen	1.121	1.121	1.121	1.121
B. Umlaufvermögen	1.738	2.071	1.993	2.811
I. Vorräte	58	78	139	154
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.666	1.985	1.157	2.641
III. Kassenbestand, Guthaben	14	8	697	17
C. Rechnungsabgrenzungsposten	44	2	0	1
<u>Passivseite</u>				
A. Eigenkapital	2.790	2.491	2.824	3.276
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	30	30
II. Andere Gewinnrücklagen	1.030	1.030	1.030	1.030
III. Gewinn-, Verlustvortrag	1.215	1.735	1.435	1.764
IV. Jahresüberschuss	520	-300	329	452
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	917	856	795	734
C. Rückstellungen	448	471	851	662
D. Verbindlichkeiten	3.023	3.229	1.974	2.358
E. Rechnungsabgrenzungsposten	10	0	110	100
Bilanzsumme	7.189	7.047	6.554	7.129

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist stabil. Die Investitionen führten gleichwohl zu einem nahezu vollständigen Abschmelzen der flüssigen Mittel. Weiterhin wurde die eingeräumte Kreditlinie im Berichtsjahr in Anspruch genommen.

Die Liquidität war im Berichtsjahr jederzeit gegeben.

Das langfristige Vermögen, bestehend aus dem Anlagevermögen, hat abschreibungsbedingt um 244 T€ abgenommen. Anlagenzugängen von 586 T€ standen Abschreibungen und Buchwertabgänge von insgesamt 830 T€ gegenüber. Der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen verringerte sich auf 68%.

Die Erhöhung des kurzfristigen Vermögens um 124 T€ resultiert im Wesentlichen aus der Zunahme des Bestand an Forderungen.

Auf der Finanzierungsseite hat das langfristige Kapital um 422 T€ zugenommen. Ursächlich sind die Zuordnung des Jahresüberschusses in Höhe von 452 T€ (Vorjahr 329 T€) zum Eigenkapital und der Vortrag des Vorjahresergebnisses.

Die Eigenkapitalquote ist unter Berücksichtigung der Entwicklung des Sonderpostens mit Rücklagenanteil bei einem Rückgang der Bilanzsumme von 50% auf 57% angestiegen.

Die Unterdeckung des langfristigen Vermögens durch langfristiges Kapital hat sich im Berichtsjahr weiter verringert.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft stieg im Berichtszeitraum um 10%. Ursache dafür ist auf der Aktivseite der Bilanz eine Erhöhung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen um 1.484 T€ gegenüber dem Vorjahr. Beim Anlagevermögen ist auf Grund geringerer Investitionen gegenüber den Abschreibungen ein leichter Rückgang um 243 T€ zu verzeichnen. Die Guthaben bei Kreditinstituten verringerten sich um 592 T€.

Im Berichtsjahr betragen die Investitionen der Gesellschaft insgesamt 585 T€

Investitionen 2006 in T€	
gesamt	585
davon entfielen auf dem Fuhrpark	446
davon entfielen auf Behälter	63
davon entfielen auf sonstige Technik	76

Die Investitionen wurden aus den liquiden Mitteln der Gesellschaft finanziert. Des weiteren hat die Gesellschaft Ende 2005 und in den Anfangsmonaten 2006 die infragekommende Fahrzeuge auf Biodiesel umgerüstet. Pro Umrüstung fielen ca. 1,2 T€ an, die aus den Kosten finanziert wurden.

Die Gesellschaft verfügt gemeinsam mit der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg GmbH über einen Cash Pool.

Ertragslage des Unternehmens

GuV	(Angaben in T€)			
	2003	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse	13.511	13.840	10.711	9.116
2. Bestandsänderung	-3	5	-10	4
3. Sonstige betriebliche Erträge	298	231	192	264
4. Materialaufwand	-5.518	-7.006	-3.820	-1.808
5. Personalaufwand	-3.150	-2.958	-3.000	-3.099
6. Abschreibungen	-1.044	-1.006	-771	-786
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.368	-2.399	-2.167	-2.487
8. Erträge aus Beteiligungen	0	0	0	0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	39	42	0	28
10. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-776	-882	-229	-712
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-77	-85	-22	-41
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	911	-217	885	479
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-340	-34	-512	13
14. Sonstige Steuern	-51	-49	-44	-40
15. Jahresüberschuss	520	-300	329	452

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Mio. € gesunken. Dies resultiert zum einen aus dem vollständigen Wegfall der Erlöse aus der Deponiebewirtschaftung, die im Vorjahr noch für fünf Monate zur Abrechnung kamen. Zum anderen haben sich die geänderten Abrechnungsmodalitäten mit RPB seit dem 01. Juni 2005 im Berichtsjahr ganzjährig ausgewirkt. RPB rechnete in den ersten fünf Monaten im Jahr 2005 ihre Leistungen noch über die MEBRA, ab dem 1. Juni 2005 direkt mit den Kunden ab, wodurch die Erlöse aus Deponiebewirtschaftung damit im Geschäftsjahr 2006 vollständig weggefallen sind.

Aus diesem Grund gingen auch die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 2,0 Mio. € zurück.

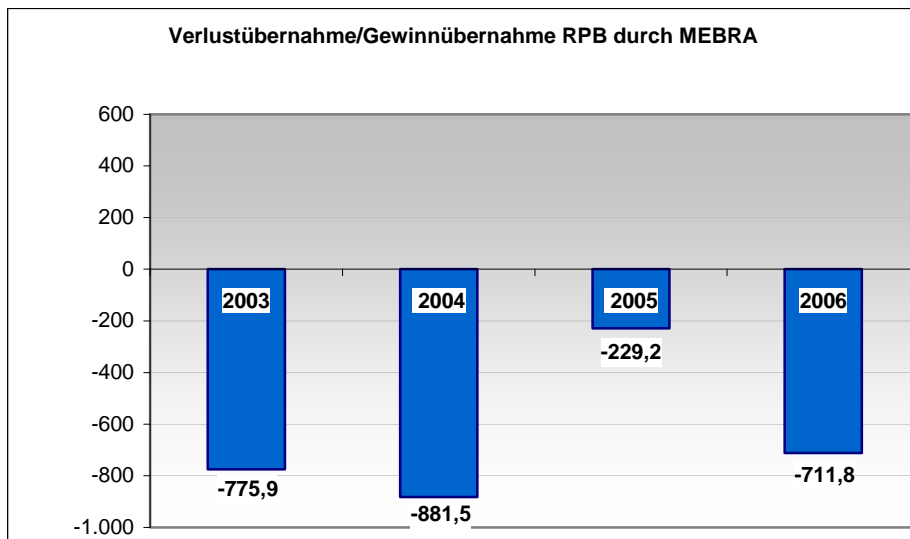
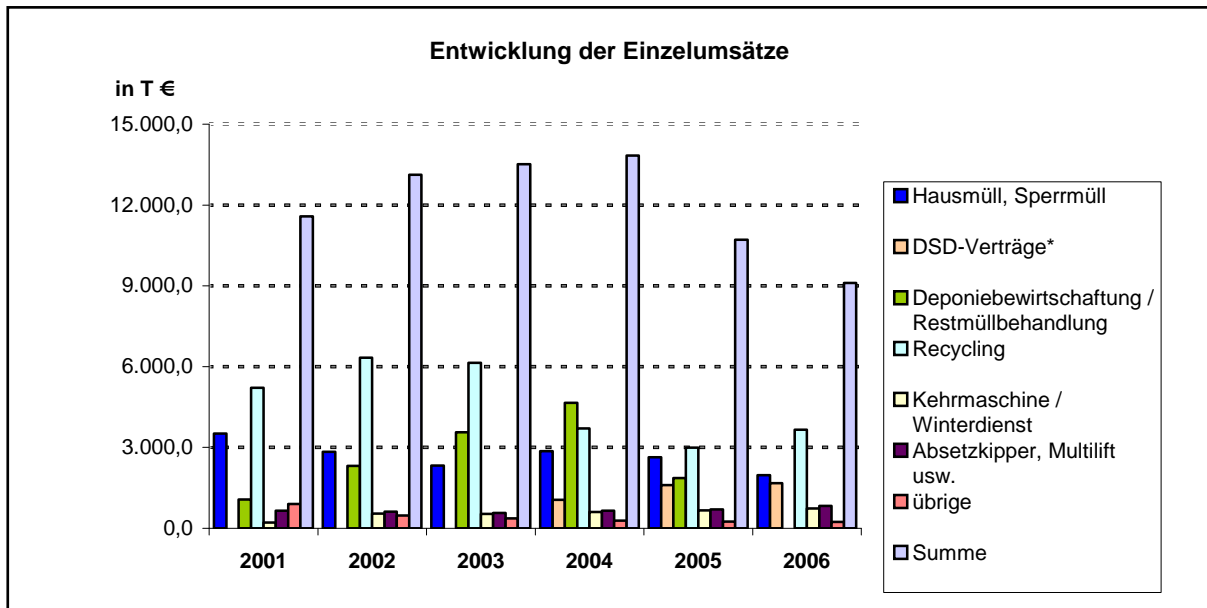
Der Umsatzrückgang konnte durch höhere Transport- und Verwertungserlöse abgemildert werden.

Korrespondierend zum Umsatzrückgang sind auch die unter den Betriebsaufwendungen ausgewiesenen Fremdleistungen für Abfallbehandlung gesunken, so dass der Betriebsrohüberschuss um 431 T€ günstiger gestaltet werden konnte.

Der Personalaufwand ist im Wesentlichen infolge tarifvertraglicher Einmalzahlungen um 99 T€ angewachsen. Die Krafffahrzeugkosten stiegen auf Grund eines höheren Reparaturbedarfes um 74 T€

Durch den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit der Tochtergesellschaft Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH übernahm die Gesellschaft im Jahr 2006 einen Verlust in Höhe von 712 T€ (Vorjahr 229 T€). Damit schloss die Gesellschaft das Wirtschaftsjahr 2006 mit einem Jahresüberschuss von 452 T€ ab.

Aufgliederung der Umsatzerlöse in T €	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Hausmüll, Sperrmüll	3.520,0	2.837,0	2.329,0	2.867,6	2.636,0	1.974,0
DSD-Verträge*				1.061,9	1.598,0	1.678,0
Deponiebewirtschaftung / Restmüllbehandlung	1.069,0	2.316,0	3.559,0	4.660,3	1.868,0	0,0
Recycling	5.210,0	6.332,0	6.143,0	3.706,6	2.995,0	3.658,0
Kehrmaschine / Winterdienst	219,0	549,0	537,0	607,5	670,0	741,0
Absetzkipper, Multilift usw.	659,0	617,0	575,0	655,9	700,0	829,0
übrige	907,0	471,0	368,0	280,2	244,0	235,0
Summe	11.584,0	13.122,0	13.511,0	13.840,0	10.711,0	9.115,0



Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Für das Jahr 2007 wird mit einem Ergebnis auf Berichtsjahresniveau gerechnet. Aus einem Erbbaupachtvertrag bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen von insgesamt T€ 1.940. Sie werden fällig im Jahr 2007 mit 47 T€, zwischen 2008 und 2011 mit 189 T€ und nach 2011 mit 1.704 T€

Aus dem Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrages mit der Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH, Brandenburg, ergibt sich die Pflicht, auch zukünftig Verluste auszugleichen.

Bei weiterhin zu erwartenden Ausschreibungen von Verträgen zur Durchführung von Leistungen innerhalb der Dualen Systeme können auf Grund der verschärften Wettbewerbssituation vereinzelt Preisrückgänge bzw. der Verlust von Leistungsverträgen nicht ausgeschlossen werden.

Für 2007 sind Investitionen zur Substanzerhaltung im Bereich KFZ-Technik sowie Behältern in Höhe von 330 T€ geplant. Die Finanzierung erfolgt aus den Abschreibungen.

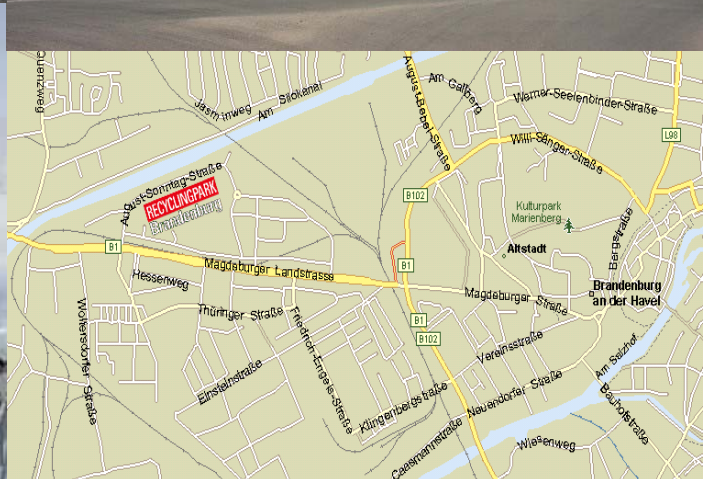
Die Steigerung der Entsorgungskosten, die im Zusammenhang mit der in 2005 in Kraft getretenen Regelung zur Abfallablagerung stehen, konnten zwischenzeitlich weitestgehend an den Kunden weiter gegeben werden. Damit haben sich die Möglichkeiten für weitere Wertschöpfungen in der getrennten Abfallerfassung verbessert.

Für das Geschäftsjahr 2007 wird mit einem Ergebnis auf Vorjahresniveau gerechnet.

II.3.2.1 Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH

Recyclingpark

Brandenburg a. d. Havel GmbH



Fotos: RPB GmbH

Geschäftsbereich

Abfallbehandlung

Firmensitz

August-Sonntag-Straße 3
14770 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381/32 37 00
Fax: 03381/32 37 11

e-mail: recyclingpark-brandenburg@remondis.de

Gründung

Die Recyclingpark Brandenburg an der Havel GmbH wurde am 25.02.1994 gegründet.

Die Gesellschaft ist beim Amtsgericht Potsdam unter HRB 7458 eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.000.000 €	
Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH		100 %

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist an keinen weiteren Unternehmen beteiligt.

Gesellschaftsvertrag

Der gültige Gesellschaftsvertrag datiert vom 25. Februar 1994 in der zuletzt geänderten Fassung vom 17.01.2003.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführer*

Herr Sencer Sarp, Dipl.-Ing., Berlin (ab 01.10.2006)

Herr Peter Bleifuß, Dipl.-Betriebswirt, Brandenburg (bis 30.09.2006)

Herr Hans-Ulrich Prescher, Dipl.-Wirtschaftsingenieur (FH), Brandenburg (Geschäftsführer der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH)

- *Gesellschafterversammlung*

Die Vertretung des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch die Geschäftsführung der Märkischen Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH.

Im Berichtsjahr fand eine Gesellschafterversammlung statt.

- *Beirat*

Die Beiratsfunktion wird durch den Beirat des Mutterunternehmens wahrgenommen. Im Berichtsjahr fanden zwei Beiratssitzungen statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Kreisfreie Städte sind gemäß § 2 Abs.1 des Brandenburgischen Abfallgesetzes öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger im Sinne des § 13 Abs.1 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes.

Neben dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz wurden neue Regelwerke für die Restabfallentsorgung geschaffen. Dazu gehört insbesondere die Technische Anleitung Siedlungsabfall (TASi).

Ziel der TASi ist der Ausstieg aus der Ablagerung von Restabfällen auf herkömmlichen Deponien. Die TASi enthält Vorschriften über die Beschaffenheit von abzulagernden Restabfällen und die Bewirtschaftung von Deponien auf der Basis des zum 01.06. 2005 in Kraft getretene Deponierungsverbot für unbehandelte Abfälle.

Ziel ist es, die Ablagerung unbehandelter Siedlungsabfälle zu beenden. Darüber hinaus sollen neben thermischen Verfahren auch hochwertige mechanisch-biologische Verfahren zur Vorbehandlung zugelassen werden.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind gemäß gültigem Gesellschaftsvertrag:

- Abfallentsorgung
- Vorbehandlung von Abfällen
- Kompostierung biogener Stoffe
- Herstellung und Vertrieb von Ersatzbrennstoffen
- Holz und Baustoffaufbereitung
- sonstige Recyclingprozesse
- Deponiebetrieb und
- thermische Verwertung

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

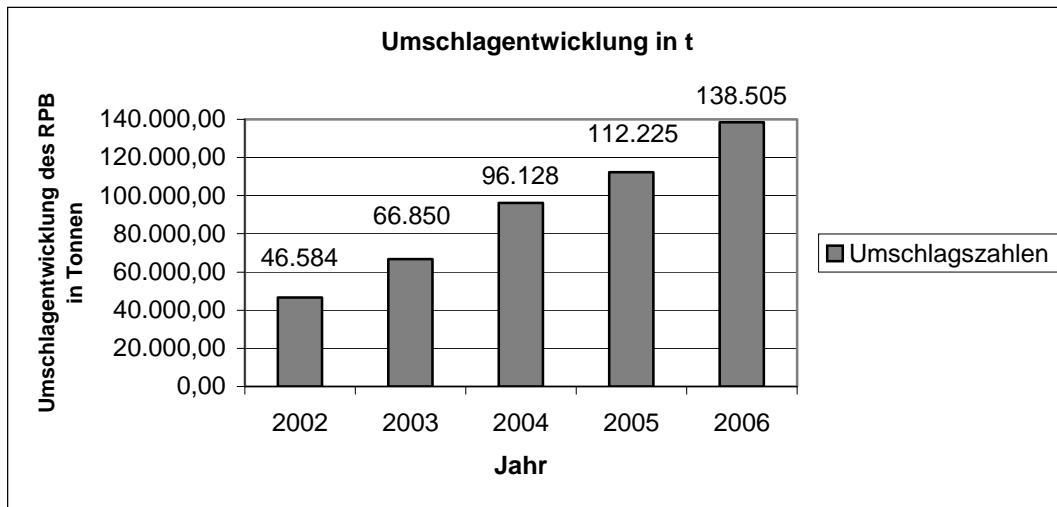
Im Geschäftsjahr 2006 waren durchschnittlich 25 Arbeitnehmer beschäftigt, davon 5 Angestellte, 14 gewerbliche Arbeitnehmer, 4 Auszubildende und 2 Aushilfen.

	2004	2005	2006
Beschäftigte	33	22	25

Verlauf des Geschäftsjahres

Zum 01.06.2005 trat die Technische Anleitung Siedlungsabfall (TASi) in Kraft. Das Verbot der Deponierung unbehandelter Siedlungsabfälle sorgte für eine Auslastung der bisherigen freien Kontingente in thermischen, mechanisch-biologischen sowie mechanischen Abfallbehandlungsanlagen. Die vorab prognostizierte Kapazitätslücke führte erwartungsgemäß zu einer Veränderung in der Kosten- aber auch in der Erlösstruktur der Entsorgungsunternehmen. Wurden bis zum 01. Juni 2005 vorhandene Deponiekapazitäten zu Granzkosten angeboten, so betrogen nach Angaben des Bundesverbandes der deutschen Entsorgungswirtschaft die Preiserhöhungen beim Gewerbeabfall nach diesem Zeitpunkt zwischen 60 und 100 Prozent; in Einzelfällen sogar darüber hinaus. Auf Grund der gestiegene Nachfrage nach thermischen Behandlungskapazitäten sind die Verbrennungspreise um rd. 15 bis 30 Prozent gestiegen. Teilweise wurde ein Preisniveau darüber hinaus erreicht.

Im Jahr 2005 hat die Gesellschaft den Zuschlag in der Ausschreibung des Abfallzweckverbandes Mittelmark (AZM) für die andienungspflichtigen Siedlungsabfälle und Sperrmüll der Gebietskörperschaften Stadt Brandenburg an der Havel und dem Landkreis Potsdam-Mittelmark (rd. 59.000 Mg/a) gewonnen.



Jahresrückblick 2006



Die Gesellschaft verfügt über zwei Abfallbehandlungsverträge für den kommunalen Abfall aus der Stadt Brandenburg an der Havel und aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark. Beide Verträge haben eine Laufzeit bis zum 31.12.2012.

Im Wirtschaftsjahr 2006 wurden in der Abfallbehandlungsanlage insgesamt 138.505 Tonnen behandelt. Dabei entfielen auf die kommunalen Mengen der Stadt Brandenburg an der Havel 19.110 Tonnen, auf den Landkreis Potsdam-Mittelmark 34.528 Tonnen und über die Firma REMONDIS wurden 84.867



Tonnen angeliefert.

Es konnte erreicht werden, dass die beantragte Kapazitätserhöhung auf 140.000 Tonnen pro Jahr und die Einführung des 3-Schicht-Betriebes durch die entsprechenden Behörden genehmigt wurde.



Auf Grund der Genehmigungen wurde im III. und IV. Quartal 2006 das Input- und Outputlager im Recyclingpark Brandenburg an der Havel errichtet.



Des Weiteren wurde im Berichtsjahr 2006 in ein Radlader und ein Nachzerkleinerer investiert.



Aufgrund der bestehenden Verträge mit den Kommunen wurde ein Preisanpassungsbegehren zum 01.01.2007 ordnungs- und fristgerecht angemeldet.

Die Verwertung der Ersatzbrennstoffe und der anfallenden Restfraktionen konnte vertraglich mit den Anbietern abgesichert werden.

Die erreichte Verfügbarkeit der Anlage lag im Durchschnitt des Jahres bei 91 Prozent.

Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
Bilanz	2003	2004	2005	2006
<u>Aktivseite</u>				
A. Anlagevermögen	12.579	11.165	10.115	10.712
I. Immatérielle Vermögensgegenstände	3	2	1	6
II. Sachanlagen	12.576	11.163	10.114	10.706
B. Umlaufvermögen	2.265	1.961	2.440	2.420
I. Vorräte	100	62	49	231
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.619	1.898	2.390	2.188
III. Kassenbestand, Guthaben	546	1	2	1
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0
	14.844	13.126	12.555	13.133
<u>Passivseite</u>				
A. Eigenkapital	1.017	1.017	1.017	1.017
I. Stammkapital (Festgesetztes Kapital)	1.000	1.000	1.000	1.000
II. Gewinn-/Verlustvortrag	17	17	17	17
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.956	1.756	1.556	1.990
C. Rückstellungen	199	395	199	955
D. Verbindlichkeiten	11.597	9.872	9.782	9.171
E. Rechnungsabgrenzungsposten	75	85	0	0
Bilanzsumme	14.844	13.126	12.555	13.133

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr Investitionen in Höhe von 1.696 T€ getätigt, die vornehmlich der Produktivitätssteigerung sowie der Substanzerhaltung dienen.

Das langfristige Vermögen, bestehend aus dem Anlagevermögen, hat investitionsbedingt um 597 T€ zugenommen.

Die Investitionen des Berichtsjahres wurden im Wesentlichen in die Abfallbehandlungsanlage vorgenommen. Anlagenzugängen von 1.696 T€ standen Abschreibungen und Buchwertabgänge von insgesamt 1.099 T€ gegenüber. Der Anteil des langfristigen Vermögens am Gesamtvermögen stieg dadurch von 81% auf 87%.

Der Rückgang des kurzfristigen Vermögens um 712 T€ resultiert im Wesentlichen aus der Zuordnung des Saldos aus Gesellschafterforderungen und –verbindlichkeiten zum passivseitig ausgewiesenen kurzfristigen Kapital.

Auf der Finanzierungsseite hat das langfristige Kapital um 1.181 T€ abgenommen. Sein Anteil am Gesamtkapital ging von 71% auf 61% zurück. Ursächlich hierfür ist die planmäßige Tilgung des im Vorjahr bei der Deutsche Kreditbank AG, Potsdam, aufgenommenen Darlehens. Das Eigenkapital ist unter Berücksichtigung der Entwicklung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse um 216 T€ angestiegen und beträgt nunmehr mit 2.012 T€ 16% der analytischen Bilanzsumme.

Der Anstieg des kurzfristigen Kapitals um T€ 1.066 ist wesentlich beeinflusst durch die Bildung und Erhöhung der Rückstellungen für ausstehende Verwertung (+ 529 T€), für unterlassene Instandhaltungen (+ 65 T€) und für Vertragsmengenabweichung (+ 84 T€). Darüber hinaus

übersteigen die Verbindlichkeiten gegenüber der Märkische Entsorgungsgesellschaft Brandenburg mbH, Kloster Lehnin, aus Cashpooling die Ansprüche aus dem Ergebnisabführungsvertrag, so dass sich bei den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen eine Zunahme von 219 T€ ergab.

Insgesamt sind die bilanziellen Verhältnisse der Gesellschaft bestimmt durch eine hohe langfristige Kapitalbindung im Anlagevermögen (10.712 T€), welches zu rd. 71% durch langfristig verfügbares Kapital (7.601 T€) finanziert ist.

Die Liquidität ist im Berichtsjahr wesentlich geprägt durch umfangreiche Investitionen (1.688 T€, i. Vj. 231 T€) sowie durch die planmäßige Darlehenstilgung (1.397 T€).

Die Gesellschaft verfügt gemeinsam mit der Muttergesellschaft über einen Cash-Pool.

Ertragslage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
GuV	2003	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse, Bestandsänderung, Akt. Eigenleistung	5.146	6.794	9.413	13.908
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	24	21	3	0
3. Sonstige betriebliche Erträge	228	215	222	457
4. Personalaufwand	-962	-1.115	-833	-853
5. Materialaufwand	-2.075	-2.575	-5.254	-10.195
6. Abschreibungen	-1.124	-1.515	-1.281	-1.080
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.339	-2.071	-1.928	-2.511
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	10	6	3
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-617	-581	-514	-374
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-715	-817	-166	-646
11. Sonstige Steuern	-61	-64	-63	-65
12. Erträge aus Verlustübername	-776	-882	-229	-712
13. Jahresergebnis	0	0	0	0

Auf Grund des Ergebnisabführungsvertrages mit der Märkischen Entsorgungsgesellschaft mbH, Kloster Lehnin, ist diese verpflichtet, den Jahresfehlbetrag in voller Höhe auszugleichen, so dass ein Jahresergebnis von 0,00 € ausgewiesen wird.

Die Gesellschaft ist unverändert auf die Verlustübernahme durch die MEBRA angewiesen. Unter diesen Voraussetzungen ist die Vermögenslage der RPB GmbH stabil und die Liquidität gesichert.

Der Anstieg der Löhne und Gehälter ist im Wesentlichen begründet durch die Einführung des Drei-Schicht-Systems sowie einer Einmalzahlung in Höhe von 490 € an die Mitarbeiter.

Die Umsatzerlöse betreffen fast ausschließlich die Betreuung der Restmüllbehandlungsanlage. Die Erlöse aus der Restabfallbehandlung haben sich im Berichtsjahr auf Grund von Preis- und Mengensteigerungen erhöht.

Der Entfall der Erlöse aus Deponiebewirtschaftung und Kompostlager resultiert aus der Schließung der Deponie Fohrde zum 31. Mai 2005.

Der Recyclingpark konnte im Berichtsjahr seinen Umsatz im Vergleich zum Vorjahr deutlich steigern. Die Umsatzerlöse sind um 47,8% auf 13.908 T€ angewachsen. Der Umsatzzuwachs gründet im Wesentlichen auf dem durch das Inkrafttreten der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) zum 01. Juni 2005 bewirkten Verbot der Deponierung unbehandelter Siedlungsabfälle und den damit verbundenen Preis- und Mengensteigerungen in der Restabfallbehandlung.

Im Bereich der Deponiebewirtschaftung sanken somit die Umsatzerlöse im Berichtsjahr auf Null, bedingt durch die Schließung der Deponie Fohrde zum 31. Mai 2005. Dieser Entwicklung stand eine deutliche Ausweitung der Aktivitäten im Bereich der Restabfallaufbereitung gegenüber.

Die Umsatzsteigerung resultiert zum einen aus den um 20% höheren Stoffmengen, die in der Restabfallbehandlungsanlage der Gesellschaft durchgesetzt wurden und zum anderen aus einem um 17% gestiegenen Annahmepreis.

Aufgliederung der Umsatzerlöse in T€		
	<u>2005</u>	<u>2006</u>
gesamt	9.413	13.908
davon Restabfallbehandlung	8.554	13.832
davon Deponiebewirtschaftung	599	0
davon Kompostlage	67	0
sonstige	193	75

Dieser Entwicklung standen eine Erhöhung der Fremdleistungs- und Verwertungskosten um 4.941 T€ gegenüber. Die Erweiterung der Kapazität der Anlage machte darüber hinaus Mehraufwendungen in den Bereichen Instandhaltung und Personal erforderlich.

Die gestiegenen Umsatzerlöse wurden durch erhöhte Fremdleistungs- und Verwertungskosten aufgezehrt. Die Stromkosten sind durch eine Preissteigerung für den Bezug im Jahr 2006 um 23% und die Einführung des Dreischichtsystems stark gestiegen.

Die mit einer Steigerung um 340 T€ auf 1.112 T€ deutlich erhöhten Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen sind auf die verstärkten Maßnahmen zur Gewährleistung der erweiterten Kapazität der Anlage zurückzuführen.

Im Berichtsjahr wurden in der Restmüllbehandlungsanlage insgesamt 138.505 t behandelt. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von ca. 20%. Im Jahr 2006 stieg der Annahmepreis um etwa 17% gegenüber dem Annahmepreis im Jahr 2005.

Um marktfähig zu bleiben, musste die Kugelmühle eine Verfügbarkeit von über 90% erreichen. Durch vorbeugende Instandhaltungsmaßnahmen zur Absicherung der erweiterten Kapazität wurde die Effektivität der Gesamtanlage wesentlich gesteigert. Für Instandhaltung und Ersatzteile fielen Kosten in Höhe von 962 T€ an. Darüber hinaus war ein Mehrverbrauch an Betriebsmitteln und Hilfsstoffen unumgänglich.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Geschäftsführung erwartet für das Jahr 2007 eine weitere Umsatzausweitung und ein positives Betriebsergebnis. Chancen sieht die Gesellschaft in der Kooperation mit anderen Anlagenbetreibern der Region hinsichtlich der Bündelung von Stoffströmen.

Für die Gesellschaft bestanden im Berichtsjahr langfristige Liefer- und Abnahmeverträge zur Sicherstellung der Ersatzbrennstoffabnahme und thermischen Verwertung der anfallenden Restfraktion.

Es ist davon auszugehen, dass die geplanten Umsätze im Laufe des Jahres 2007 dazu beitragen werden, dass die Gesellschaft ein betriebswirtschaftlich positives Ergebnis erzielt.

Geplante Mitarbeiterereinstellungen auf Grund des Dreischichtbetriebes sind im Jahr 2006 erfolgt, so dass im Jahr 2007 keine Neueinstellungen vorgesehen sind.

Chancen aus Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Anlagenbetreibern aus der Region Berlin/Brandenburg können sich bei der Bündelung von Stoffströmen, insbesondere im Bereich des hergestellten Ersatzbrennstoffes, ergeben.

II.3.3 VBB Verkehrsverbund Berlin – Brandenburg GmbH



Fotos: VBB GmbH

Geschäftsbereich

Verkehr

Firmensitz

Hardenbergplatz 2
10623 Berlin
Tel.: 030/25 41 40
Fax: 030/25 41 41 12

e-mail: info@vbbonline.de
Internet: www.vbbonline.de

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 8. Dezember 1994 gegründet. Die Grundsatzentscheidung über den Beitritt der Stadt Brandenburg an der Havel zur VBB GmbH wurde von der Stadtverordnetenversammlung am 18.12.1997 getroffen.

Die Gesellschaft ist eingetragen unter der Nr. HRB 54603 im Handelsregister des Amtsgerichtes Berlin-Charlottenburg.

Gezeichnetes Kapital / Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 324.000 €

Die Gesellschafterstruktur der VBB GmbH ist einheitlich: Neben den beiden Ländern Berlin und Brandenburg, die je ein Drittel der Anteile des Stammkapitals halten, das insgesamt 324 T€ beträgt, und jeweils 4 Vertreter in den Aufsichtsrat entsenden, sind alle achtzehn kommunalen Gebietskörperschaften im Land Brandenburg selbst Gesellschafter der VBB GmbH; sie halten jeweils einen Geschäftsanteil von 6 T€ (1,85%) und entsenden je einen Vertreter in den Aufsichtsrat.

Die Stammeinlagen werden von den Gesellschaftern wie folgt gehalten:

Land Berlin	108.000 €
Land Brandenburg	108.000 €
Stadt Brandenburg an der Havel	6.000 €
Stadt Frankfurt (Oder)	6.000 €
Stadt Cottbus	6.000 €
Landeshauptstadt Potsdam	6.000 €
Landkreis Barnim	6.000 €
Landkreis Dahme-Spreewald	6.000 €
Landkreis Elbe-Elster	6.000 €
Landkreis Havelland	6.000 €
Landkreis Märkisch-Oderland	6.000 €
Landkreis Oberhavel	6.000 €
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	6.000 €
Landkreis Oder-Spree	6.000 €
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	6.000 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark	6.000 €
Landkreis Prignitz	6.000 €
Landkreis Spree-Neiße	6.000 €
Landkreis Teltow-Fläming	6.000 €
Landkreis Uckermark	6.000 €
	324.000 €

Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft hält keine Beteiligungen. Es existieren damit auch keine Tochtergesellschaften.

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 01.12.2005.

Gesellschaftsanteile

Gemäß § 16 des Gesellschaftsvertrages wird die laufende Finanzierung der Gesellschaft in einem gesonderten Konsortialvertrag geregelt. Aus diesem ergibt sich die Verpflichtung aller Gesellschafter, den für die Geschäftstätigkeit der VBB GmbH anfallenden Finanzbedarf durch Gesellschafterbeiträge zu decken.

Entsprechend den Regelungen des Konsortialvertrages verteilen sich die Gesellschafterbeiträge wie folgt:

- 40% auf das Land Berlin
- 40% auf das Land Brandenburg
- in Summe 20% auf alle kommunalen Gesellschafter zu gleichen Teilen

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Seit dem 1. November 2003 ist Herr Hans-Werner Franz Geschäftsführer der Gesellschaft.

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist der Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel, Herr Steffen Scheller.

Im Geschäftsjahr 2006 fand eine ordentliche Gesellschafterversammlung statt.

- *Aufsichtsrat*

Der Aufsichtsrat besteht höchstens aus 26 Mitgliedern, von denen die Länder Berlin und Brandenburg je vier Mitglieder, Zweckverbände höchstens die Zahl, die der Zahl ihrer Verbandsmitglieder entspricht, und die übrigen Gesellschafter je ein Mitglied entsenden.

Im Geschäftsjahr 2006 fanden 4 ordentliche Aufsichtsratssitzungen statt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates waren 2006:

Mitglieder des Aufsichtsrates 2006	
<u>Name</u>	<u>Funktion</u>
Herr Reinhold Dellmann	Minister für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg Aufsichtsratsvorsitzender
Frau Maria Krautzberger	Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung 1. stellv. Aufsichtsratsvorsitzende
Herr Peer Giesecke	Landrat im Landkreis Teltow-Fläming 2. stellv. Aufsichtsratsvorsitzender
Herr Carsten Bockhardt	Erster Beigeordneter im Landkreis Barnim
Herr Burkhard Exner	Bürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam
Herr Titus Faustmann (ab 01.01.2006)	Beigeordneter im Landkreis Oberspreewald-Lausitz
Herr Günter Friedrich (bis 01.12.2005 und erneut ab 05.01.2006)	Wirtschaftsdezernent im Landkreis Spree-Neiße
Herr Christian Gilde	Landrat im Landkreis Ostprignitz-Ruppin
Herr Ulrich Hoffmann	Abteilungsleiter im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Herr Landrat Lothar Koch (bis 24.10.2006 und wieder ab 06.12.2006)	Landrat im Landkreis Potsdam-Mittelmark
Herr Joachim Künzel	Referatsleiter der Senatskanzlei Berlin
Herr Holger Lossin	1. Beigeordneter im Landkreis Prignitz
Herr Hans-Werner Michael	Referatsleiter im Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg
Herr Georg Müller	Referatsleiter in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin
Herr Martin Patzelt	Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder)
Herr Klaus Richter	Landrat im Landkreis Elbe-Elster
Herr Gerhard Ringmann	Abteilungsleiter in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg
Herr Steffen Scheller	Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel
Herr Gernot Schmidt (ab 14.02.2006)	Landrat im Landkreis Märkisch-Oderland
Herr Landrat Klemens Schmitz	Landrat im Landkreis Uckermark
Herr Landrat Dr. Burkhard Schröder	Landrat im Landkreis Havelland
Herr Landrat Karl-Heinz Schröter	Landrat im Landkreis Oberhavel
Herr Senatsrat Günter Schulz	Referatsleiter in der Senatsverwaltung für Finanzen, Abt. II F Berlin
Herr Christian Stein (vom 25.10. bis 05.12.2006)	1. Beigeordneter im Landkreis Potsdam-Mittelmark
Herr Hans-Michael Waas (seit 25.01.2006)	Leiter der Beteiligungsverwaltung der Stadt Cottbus
Herr Landrat Martin Wille	Landrat im Landkreis Dahme-Spreewald
Herr Landrat Manfred Zalenga	Landrat im Landkreis Oder-Spree

• *Beiräte*

Entsprechend den gesellschaftsrechtlichen Grundlagen bestehen gemäß § 7 in Verbindung mit § 14 des Gesellschaftsvertrages zwei Beiräte.

Der Beirat der Gesellschafter setzt sich aus je vier Vertretern der Länder Berlin und Brandenburg sowie je einem Vertreter der übrigen Gesellschafter zusammen.

Der Beirat der Verkehrsunternehmen setzt sich aus Vertretern der im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg kooperierenden Verkehrsunternehmen zusammen. Beide Beiräte haben lediglich beratende Funktion.

Im Geschäftsjahr 2006 fanden vier Sitzungen des Beirates der Verkehrsunternehmen sowie vier Sitzungen des Beirates der Gesellschafter statt.

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Im § 2 des Gesellschaftsvertrages sind die Aufgaben der Gesellschaft zur Erfüllung des öffentlichen Zwecks festgelegt. Der Verkehrsverbund wirkt über seine Gremien auf den notwendigen Interessenausgleich zwischen Verkehrspolitik, ÖPNV-Kundenanforderungen, Erwartungen der Verkehrsunternehmen und der Interessen seiner Gesellschafter hin. Dazu plant, bestellt, koordiniert und kontrolliert er z.B. den SPNV (Schienenpersonennahverkehr) und den übrigen ÖPNV über die kommunalen und Ländergrenzen hinweg.

Ein wesentliches Ziel war die flächendeckende Einführung des Verbundtarifs in Brandenburg und Berlin zum 01.04.1999. Im Zusammenhang damit erfolgt durch die Gesellschaft auch die Erstellung des Verbundfahrplans.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarungen der Länder Berlin und Brandenburg vom 30. Dezember 1993.

Hieraus ergeben sich für die Gesellschaft im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Erarbeitung eines den regionalen Bedingungen angepassten Bedienungskonzeptes und Erstellung eines daraufhin gerichteten Fahrplans;
- Konzipierung, Einführung und Fortentwicklung eines einheitlichen Beförderungssystems, eines einheitlichen Beförderungstarifes für den Verbundverkehr, einheitliche Tarif- und Beförderungsbedingungen, Fahrgastinformationen, Marketingmaßnahmen und Abfertigungs- und Zahlungssysteme;
- Erarbeitung und Anwendung eines Einnahmeverfahrens für das Verbundgebiet;
- Vergabe (einschließlich Vertragskontrolle und Abrechnung) der SPNV-Leistungen;
- Mitwirkung bei der Aufstellung und Fortschreibung der ÖPNV-Bedarfspläne und der Nahverkehrspläne der Aufgabenträger;
- Mitwirkung bei der Aufstellung und Umsetzung der Investitions- und Finanzierungspläne der Aufgabenträger für den Verkehrsverbund und Ermittlung des Zuschussbedarfs für den Verbundverkehr;
- Schaffung einer einheitlichen Bedien- und Nutzeroberfläche des ÖPNV im Verbundgebiet;
- Erarbeitung einheitlicher qualitativer und quantitativer Standards für die Verkehrsbedienung des Verbundgebietes nach Maßgabe der Nahverkehrsplanungen, Finanzierungs- und sonstigen Vorgaben der Aufgabenträger;
- Koordination von Förderungsmaßnahmen der Aufgabenträger;
- Abschluss von Kooperations-, Verkehrs- und anderen Verträgen mit Leistungserstellern.

Ziel der VBB GmbH ist die Koordination, die Weiterentwicklung und die Gestaltung der regionalen Zusammenarbeit der Länder Berlin und Brandenburg sowie der Kommunen des Landes Brandenburg im Bereich des ÖPNV. Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt dabei überwiegend aus Gesellschafterbeiträgen:

Schwerpunkte der Tätigkeit sind:

- Organisation der ÖPNV-Leistungen in den Ländern Berlin und Brandenburg (langfristige Infrastrukturplanung, Vergabe und Vertragscontrolling hinsichtlich der Schienenpersonennahverkehr-Leistungen),
- Weiterentwicklung des Verbundtarifs und die Gestaltung der Einnahmeverteilung,
- Aufbau eines zentralen Angebots- und Informationsmanagements für die Verkehre im Verbundgebiet,
- Unterstützung der Aufgabenträger bei der Nahverkehrsplanung,
- Koordination der Interessen der verschiedenen Partner und Gestaltung der Entwicklung eines leistungsstarken integrierten Nahverkehrssystems

- Abstimmung und Planung der Verkehrsangebote einheitlicher Verbundtarif,
- Verbundmarketing, die Kundeninformation, die Vertriebskoordination und die Einnahmenaufteilung.

Der VBB ist eine Gesellschaft der Länder, Kreise und kreisfreien Städte. Dieser Aufbau führt zu einer klar umrissenen Verantwortungsstruktur und ermöglicht eine eindeutige Trennung zwischen politischer (Besteller) und unternehmerischer (Ersteller) Verantwortung. Die Gesellschafter sind in ihren Entscheidungen unabhängig von den Verkehrsunternehmen.

Die Gesellschafter sind zuständig für die Bestellung von Verkehrsleistungen, die von den Verkehrsunternehmen erbracht werden.

Am 1. April 1999 löste der einheitliche VBB-Tarif die zuvor in Berlin und Brandenburg existierenden vielfältigen Tarifsysteme ab. Seitdem können die Kunden mit einem einzigen Fahrausweis jedes Nahverkehrsmittel der Region nutzen. In der Vergangenheit wurden dafür in der Regel verschiedene Tickets benötigt.

Wer heute mit Bus und Bahn in Berlin und Brandenburg unterwegs ist, erlebt einen einheitlichen, kundenorientierten Nahverkehr, in dem kontinuierlich an der Verbesserung der Angebotsqualität gearbeitet wird. Der VBB leistet hier einen wichtigen Beitrag zur Mobilität der Bevölkerung und zur Stärkung der Wirtschaftskraft der Region.

Auf der einen Seite die Hauptstadt Berlin mit einer hohen Bevölkerungsdichte und einem historisch gewachsenen, dichten Nahverkehrsnetz; auf der anderen Seite das Umland von Berlin mit hohen Wachstumsraten und dem nach außen hin zunehmend dünner besiedelten Flächenland Brandenburg. Der Verkehr innerhalb der Region Berlin-Brandenburg ist vor allem durch intensive Pendlerbewegungen gekennzeichnet. Für mehr und mehr Brandenburger ist Berlin nicht nur attraktives Ausflugsziel, sondern täglicher Arbeitsort.

Mit der offiziellen Einführung des VBB-Tarifs 1999 wurde die Arbeit des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg erstmals in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Der VBB versteht sich als Plattform für unterschiedliche Interessen, übernimmt das Management des öffentlichen Personennahverkehrs und fungiert als Schnittstelle zwischen Kunden, Verkehrsunternehmen und politischen Gebietskörperschaften.

Der VBB arbeitet kontinuierlich an der Verbesserung der Qualität und Attraktivität der Verkehrsangebote. Damit der Kunde im öffentlichen Personennahverkehr eine durchgehend komfortable Beförderung bis zum Zielort erhält, müssen die Leistungen aller am Verbund beteiligten Verkehrsunternehmen in der gesamten Dienstleistungskette optimal ineinander greifen. Die umfassenden Informationsmittel des VBB folgen einer leicht verständlichen und einheitlichen Systematik. Neben traditionellen Fahrplanbüchern, Tarifinformationen, Liniennetzplänen, Broschüren und der Servicrufnummer für Berlin und Brandenburg 01805 / 82 26 62 bringt der VBB verstärkt individuelle elektronische Fahrplan- und Tarifauskunftssysteme zum Einsatz. Das Internetportal www.vbbonline.de enthält umfangreiche Informationen zu den Verkehrsangeboten und zusätzliche Services, wie z. B. Ausflugs- und Touristiktips, die weit über herkömmliche Angebote hinausgehen.

In dem vom Bundesforschungsministerium geförderten Forschungsprojekt „Impuls 2005“ entwickelt der VBB gemeinsam mit seinen Partnern ein neues integriertes Konzept mit alternativen und flexiblen Verkehrsangeboten und setzt es um. Die Folgen der strukturellen Veränderungen im ländlichen Raum werden aufgegriffen und die flächendeckende Bedienung mit dem öffentlichen Personennahverkehr verbessert. Die ländliche Region wird dadurch als Wirtschafts- und Tourismusstandort gestärkt. Moderne unterstützende Dienste, wie z. B. ein um die Rufbusse erweitertes VBB-Fahrinfo, ein Dispositionssystem für die Verkehrsunternehmen, eine angepasste Fahrzeugkommunikation sowie die Anschlusssicherung zum Linienverkehr, spielen bei der Umsetzung eine wichtige Rolle.

Technische Daten	
Einwohner:	
Berlin	3.396.990
Brandenburg	2.558.622
Berlin/Brandenburg (jährlich)	5.955.612
Flächen:	
Berlin	891 km ²
Brandenburg	29.476 km ²
Berlin/Brandenburg (jährlich)	30.367 km ²
Einwohnerdichte:	
Berlin	3.804 je km ²
Brandenburg	88 je km ²
Berlin/Brandenburg (jährlich)	197 je km ²
Länge SPNV-Netz:	ca. 2.740 km
Anzahl der Fahrgäste (Stand 2005):	
Berlin / Brandenburg (täglich)	ca. 3,37 Mio
Berlin / Brandenburg (jährlich)	ca. 1.230 Mio
Zugkilometer im SPNV 2004 / 2005 (S-Bahn und Regionalverkehr):	
	ca. 70,50 Mio
Wagenkilometer (U-Bahn, Straßenbahn, Bus):	
Berlin	241 Mio. km
Brandenburg	87,6 Mio. km
Berlin / Brandenburg (jährlich)	328,6 Mio. km

Mit ca. 30.000 km² gehört der VBB flächenmäßig zu den größten Verkehrsverbänden in Europa. In Kooperation mit 42 öffentlichen und privaten Verkehrsunternehmen bietet der VBB für rund 3,37 Millionen Fahrgäste täglich ein Nahverkehrsangebot mit aufeinander abgestimmten Fahrplänen, vielfältigen Verkehrsanbindungen und einer umfassenden Fahrgastinformation.

Tarifübersicht für die kreisfreien Städte im Land Brandenburg und Berlin *

Einzelfahrausweis		
	Regeltarif	Ermäßigt
Brandenburg/Havel, Cottbus, Frankfurt/Oder		
AB	1,20	0,90
BC	1,20	0,90
ABC	2,20	1,70
Potsdam		
AB	1,70	1,30
BC	1,60	1,20
ABC	2,40	1,80
Berlin		
AB	2,10	1,40
BC	2,40	1,70
ABC	2,70	2,00

Tageskarte		
	Regeltarif	Ermäßigt
Brandenburg/Havel, Cottbus, Frankfurt/Oder		
AB	2,70	2,10
BC	2,70	2,10
ABC	5,10	3,70
Potsdam		
AB	3,90	2,90
BC	3,70	2,80
ABC	5,50	4,10
Berlin		
AB	6,10	4,40
BC	6,00	4,50
ABC	6,30	4,70

Monatskarte			
VBB-Umweltkarte			
	Monat	Jahr	Azubi/Schüler
Brandenburg/Havel, Cottbus, Frankfurt/Oder			
AB	35,00	339,50	26,00
BC	35,00	339,50	26,00
ABC	54,00	524,00	40,00
Potsdam			
AB	34,00	329,80	25,50
BC	33,60	325,90	25,20
ABC	51,60	500,50	38,70
Berlin			
AB	70,00	650,00	26,00
BC	71,00	664,50	53,50
ABC	86,00	805,00	64,50

7-Tage-Karte		
VBB-Umweltkarte		Azubi/Schüler
Brandenburg/Havel, Cottbus, Frankfurt/Oder		
AB	11,60	8,70
BC	11,60	8,70
ABC	17,80	13,20
Potsdam		
AB	11,20	8,40
BC	11,10	8,30
ABC	17,10	12,80
Berlin		
AB	25,40	0,00
BC	26,20	0,00
ABC	31,30	0,00

Für die Stadt Berlin und die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam wurden Tarifbereiche festgelegt. Die Teilbereiche A und B umfassen jeweils das eigentliche Stadtgebiet, wobei die äußere Grenze des Teilbereichs B mit der Stadtgrenze weitgehend identisch ist. Der Teilbereich C erstreckt sich, gemessen von der Stadtgrenze, bis zu einer Entfernung von 10 bis 15 km ins Umland. Fahrausweise erhalten Sie je nach Bedarf für die kombinierten Teilbereiche AB, BC sowie ABC.

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Mitarbeiter	2005	2006
Geschäftsführer	1	1
beschäftigte Mitarbeiter	60	60
darunter Center	13	13
projektbezogene Mitarbeiter	2	5
Praktikanten	2	1
Auszubildende	5	6

Verlauf des Geschäftsjahres

Das Geschäftsjahr 2006 war u. a. geprägt durch folgende Sachverhalte:

- Koordinierung des ÖPNV im Rahmen der Fußball WM 2006 in Deutschland
- Vorbereitung der vom Aufsichtsrat am 6. Dezember 2006 beschlossenen Tarifierhöhung zum 1. April 2007 im Verbundbereich.
- Abschluss der Einnahmenaufteilung für das Jahr 2003
- Verbesserung des Internetauftrittes der Gesellschaft
- Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2007
- Beginn der Verkehrserhebung 2007, Beschluss von 31. Mai 2006 über die zusätzliche Finanzierung
- SPNV-Vergabeverfahren RE 26/27 (Schienenpersonennahverkehr)
- Vergabeverfahren Landesbedeutende Regionalbuslinie 618

Die Geschäftstätigkeiten der VBB GmbH sind ausnahmslos im Zusammenspiel mit Ihren Partnern zu sehen. Diese Verflechtungen sind nicht immer finanzieller Natur, spielen jedoch für das Geschäftsgeschehen und die Aufgabenerfüllung der VBB GmbH eine entscheidende Rolle.

Die VBB GmbH hat im Jahr 2006 keine Veränderung der Gesellschafterstruktur erfahren. Die Anzahl der kooperierenden Verkehrsunternehmen hat sich von 43 auf 42 verringert. Die Veränderung ergibt sich durch die Betriebsaufnahme auf der Buslinie 618 durch das Konsortium von Havelbus und VTF. Das Unternehmen Anger, das den Betrieb bis dahin erbracht hatte, hält keine eigene Konzession mehr.

Entwicklung des Verbundtarifsystems

Das Jahr 2006 war von intensiven Verhandlungen um den Zeitpunkt einer Tarifmaßnahme und deren Ausgestaltung geprägt. Am 6. Dezember 2006 fanden diese ihren Abschluss mit der Beschlussfassung des Aufsichtsrates der VBB GmbH, eine moderate Tarifierhöhung am 1. April 2007 durchzuführen.

Jahresrückblick 2006

2006 war mit der Fußball-WM, der Einrichtung des S-Bahn-Vollringbetriebs auf der Ringbahn und der Eröffnung des Nord-Süd-Tunnels sowie des Berliner Hauptbahnhofs ein Jahr mit vielen Großereignissen. Der VBB hat diese besondere Situation genutzt,



Immer die
richtige
Verbindung

unter: www.vbbonline.de
www.vbb-fahrinfo.de
Hotline: (030) 25 41 41 41

AKTUELL ++ AKTUELL ++ AKTUELL ++ AKTUELL

Tag für die Fahrgäste 2006

Wann: 23.09.2006 – 10-17 Uhr
Wo: Berlin, Bhf. Friedrichstraße, Vorplatz
Motto: Innovationen & Informationen zur
Mobilität in Berlin und Brandenburg



um die Relevanz des ÖPNV als umweltfreundlichen und leistungsfähigen Mobilitätsgaranten in Berlin und Brandenburg herauszustellen.



Im Juni 2006 wurde von Bundestag und Bundesrat das Begleitgesetz zum Bundeshaushalt 2006 verabschiedet, das eine Kürzung der Regionalisierungsmittel für die Jahre 2006-2010 vorsieht. Der VBB hatte sich gemeinsam mit anderen Organisationen massiv dagegen ausgesprochen. In der abschließenden Debatte wurde eine Teilentlastung von den Kürzungen um 500 Mio. EUR innerhalb desselben Zeitraums in Aussicht gestellt. Das Land Brandenburg hat ein Kompensationskonzept erarbeitet, das Einsparungen in vielen Bereichen des ÖPNV vorsah. Der VBB war bei der Umsetzung dieser Maßnahmen gegenüber dem Land Brandenburg beratend tätig.

Weitere besondere Tätigkeitsschwerpunkte der VBB GmbH im Geschäftsjahr waren:

- Intensive Verhandlungen zur Tarifanpassung 1. April 2007; Durchführung einer anspruchsvollen Marktforschung zu Fragen des Tarifs.
- Abschluss der Einnahmenaufteilungen für die Jahre 2002 und 2003.
- Auswertung der Verkehrserhebung 2005 und Vorbereitung der Erhebung 2007.
- Durchführung weiterer Vergabeverfahren im SPNV und einer Vergabe im übrigen ÖPNV. Fortführung der Kundenzufriedenheitsmessungen. Systematische Erfassung der Qualität an den wichtigsten Berliner und Brandenburger Bahnhöfen.
- Erstellung eines Gesamtgutachtens zu möglichen Verbesserungen der Stadt-Umland-Verkehre zwischen Berlin und Brandenburg. Koordinierung des Fahrplanabstimmungsprozesses zwischen Bus und Bahn sowie zwischen Bus und Bus.
- Erarbeitung eines „Leitbildes Fahrgastsicherheit und Service im Öffentlichen Personennahverkehr“ gemeinsam mit den Partnerverbänden Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV), Verkehrsverbund Oberelbe (VVO), Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) sowie der Deutschen Bahn.
- Fortführung des Forschungsvorhabens „Barrierefreie ÖV-Information für mobilitätseingeschränkte Personen“ (BAIM).



- Fortführung der Arbeiten für die Nutzung von Istdaten aus den betrieblichen Leitsystemen der Verkehrsunternehmen für die unternehmensübergreifende Fahrgastinformation bzw. Anschlussssicherung an Verknüpfungspunkten.
- Förderung der Zusammenarbeit mit den polnischen Partnern in verschiedenen Projekten.
- Intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere für oben genannte Großereignisse. Einsatz von VBB-Servicekräften an Flughäfen und wichtigen Berliner ÖPNV-Knotenpunkten, um die Kunden rund um den ÖPNV zu informieren und touristische Fragen zu beantworten. Durchführung vom „Tag für die Fahrgäste“ als ÖPNV-Familientag.

Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

Gegenüber 2005 ergibt sich eine Erhöhung der Bilanzsumme, da sich zum einen die liquiden Mittel und die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sowie zum anderen die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern deutlich angestiegen sind.

Den Risiken aus den zwei Rechtsstreitigkeiten „Firma MVS Medien- und Verlagsservice Horst Lange“ sowie „Künstlersozialkasse“ hat die Gesellschaft mit der Beibehaltung der entsprechenden Rückstellungen unter vorsichtiger kaufmännischer Schätzung Rechnung getragen.

Die Zahlungsfähigkeit der VBB GmbH war auch in 2006 durch die von den Gesellschaftern kontinuierlich gezahlten Beiträge gesichert.

(Angaben in T€)				
Bilanz	2003	2004	2005	2006
Aktivseite				
A. Anlagevermögen	421	302	353	320
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	63	20	35	24
II. Sachanlagen	358	282	318	296
B. Umlaufvermögen	1.259	2.758	1.617	2.290
I. Vorräte	21	14	21	14
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	360	237	414	444
III. Kassenbestand, Guthaben	878	2.507	1.182	1.828
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	2	2	4
Passivseite				
A. Eigenkapital	306	324	324	324
I. Gezeichnetes Kapital	306	306	324	324
II. Zur Durchführung d. beschlossenen Kapitalerhöhung geleistete Einlagen	0	18	0	0
B. SoPo für Investitionszuschüsse	130	106	87	73
C. Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des AV	289	194	264	228
D. Rückstellungen	459	656	691	784
E. Verbindlichkeiten	497	1.782	606	1.201
Bilanzsumme	1.680	3.062	1.972	2.610

Das Vermögen der Gesellschaft erhöhte sich verglichen mit 2005 um 638 T€, wobei hierzu im Wesentlichen der Anstieg der liquiden Mittel (+ 646 T€) und die erhöhten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+ 85,5 T€) beigetragen haben.

Die Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen resultiert überwiegend aus den zum Jahresende initiierten Aufwendungen für Marktforschungen, Datenbankpflege und dem Fahrgastinformationssystem.

Die deutliche Steigerung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern ergibt sich aus der in 2006 beauftragten Verkehrserhebung 2007, für die die Mittel anteilig bereits vor dem Stichtag zugeflossen sind.

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2006 12,4% (Vorjahr: 16,4%). Es bestanden 2006 keine Finanzierungsprobleme.

Die Kapitalstruktur in der VBB GmbH ist von einem stabilen hohen Anteil an Gesellschaftermitteln gekennzeichnet. Das Fremdkapital ist jeweils durch die ausgewiesenen liquiden Mittel finanziert.

Liquiditätslage in T€	2005	2006
liquide Mittel	1182	1828
kurzfristige Forderungen und Abgrenzungen	416	444
Vorräte	21	14
kurzfristig gebundenes Vermögen	1619	2286
abzüglich kurzfristiges Fremdkapital	-1297	-1985
Working Capital	<u>322</u>	<u>301</u>

Ihren Finanzmittelbedarf deckt die VBB GmbH ausschließlich durch die ihr zufließenden Gesellschafter- und sonstigen Eigenmittel. Im Geschäftsjahr konnte der im Vorjahr deutlich geminderte Finanzmittelbestand konstant gehalten werden. Dies ist v. a. durch eine optimierte Projekt- und Finanzplanung ermöglicht worden. Liquiditätsengpässe hat es im Geschäftsjahr 2006 nicht gegeben.

Investitionsstruktur

Die VBB GmbH hat im Geschäftsjahr 2006 vorrangig Ersatzbeschaffungen in Höhe von insgesamt 102 T€ getätigt. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit war dabei, wie in den Vorjahren, die weitere Modernisierung ihrer EDV-Technik und Softwareausstattung. Dieser Schwerpunkt ist durch die schnellen technischen Entwicklungszyklen und die höheren Anforderungen der Auftraggeber an die Qualität, Menge und Struktur der Datenvorhaltung und Datenbereitstellung bedingt.

Ertragslage des Unternehmens

GuV	(Angaben in T€)			
	2003	2004	2005	2006
Umsatzerlöse	603	943	818	925
Erträge aus Gesellschafterbeiträgen	6.603	5.522	7.316	6.510
Sonstige betriebliche Erträge	854	664	719	754
Materialaufwand	-649	-825	-721	-832
Personalaufwand	-3.250	-3.054	-3.414	-3.525
Abschreibungen	-337	-146	-90	-120
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.830	-3.120	-4.592	-3.758
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	29	20	45	46
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-3	-4	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	19	0	81	0,3
Sonstige Steuern	-19	0	-81	-0,3
Jahresergebnis	0	0	0	0,0

Im Vergleich zum Vorjahr hat die VBB GmbH ein vermindertes Einnahmenvolumen zu verzeichnen. Dies ist vor allem auf die geringeren Erträge aus Gesellschafterbeiträgen und Zuwendungen zurückzuführen. Demgegenüber stiegen aber die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge an. Die Umsatzerlöse nahmen insbesondere in den Bereichen Fahrausweise (+ T€ 95) und Fahrplanbücher (+ 107 T€) in 2006 zu. Gleichzeitig reduzierten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, insbesondere durch verminderte Aufwendungen für Programmierleistungen, grafische Arbeiten und redaktionelle Arbeiten.

Die Umsatzerlöse nahmen gegenüber 2005 um 107 T€ zu, da sich der Absatz von Fahrgastinformationsprodukten sowie von Fahrausweispapieren im Zuge der Tarifanpassung steigerte Korrespondierend hierzu stieg auch der Materialaufwand an.

Aufgliederung der Umsatzerlöse in T €	2005	2006
Verkauf von Fahrplanbüchern	118	223
Erlöse für VBB-Fahrausweise	550	645
SPNV-Qualitätsmanagement	0	45
sonstige	151	12
gesamt	818	925

Die Zunahme des Personalaufwandes um 111 T€ ergibt sich überwiegend aus dem Abschluss von befristeten Arbeitsverträgen, die für zeitlich begrenzte Projekte abgeschlossen wurden. Dieser Aufwand wurde durch zusätzliche Umlage der jeweils betroffenen Gesellschafter gedeckt.

Es zeigt sich, dass die Mehrwertsteuererhöhung, die ab dem 1. Januar 2007 greift, zu höheren Einkaufspreisen bereits im Jahr 2006 geführt hat. Die Entwicklung der Energiekosten ist zum derzeitigen Zeitpunkt schwerlich abzuschätzen; der Trend zur Steigerung wird sich nicht aufhalten lassen.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Auch in 2007 ist die Gesellschaft bei der Finanzierung ihrer Aufgaben auf die rechtzeitige Bereitstellung der im Rahmen des Wirtschaftsplanes durch die Gesellschafter zugesagten Finanzmittel angewiesen.

Die zum 1. Januar 2007 erfolgte Erhöhung der Umsatzsteuer wird die Gesellschafterbeiträge belasten. Diese Tatsache wurde aber bereits mit 36 T€ im Wirtschaftsplan 2007 berücksichtigt.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird dazu führen, dass der wirtschaftliche Druck auf kommunale Verkehrsunternehmen weiter zunimmt. Der VBB GmbH muss es deshalb auch in Zukunft gelingen, den Gesellschaftern Synergiepotentiale, die sie im Bereich von ÖPNV und SPNV realisieren können, aufzuzeigen. Hierdurch kann es der VBB GmbH gelingen, neue Aufgaben zu erhalten und so neue Mittel zu akquirieren.

Risiken

Die für 2007 beschlossene Erhöhung der gesetzlichen Umsatzsteuer von 16% auf 19% begründet einen weiteren Mehraufwand. Diese Steuererhöhung wird sich v. a. auf die Finanzmittel für das Vertragsmanagement mit ca. 35,5 T€ auswirken. Zu letzterem Punkt wurde im Wirtschaftsplan 2007 Vorsorge getroffen.

Chancen

Chancen der VBB GmbH ergeben sich, wenn es gelingt gegenüber den Gesellschaftern Synergiepotenziale im gesamtverkehrlichen Geschehen aufzuzeigen, die sie über die VBB GmbH realisieren können. Für die Gesellschaft bedeutet dies, das Vertrauen in die Arbeit der VBB zu stärken, neue Aufgaben und damit finanzielle Mittel zu akquirieren.

Die weitere wettbewerbliche Vergabe von SPNV-Leistungen ist dabei von zentraler Bedeutung. Zahl und Anforderungen an die Vergabeverfahren im Regionalverkehr werden sich in den nächsten Jahren erhöhen, da mittelfristig nach Auslaufen des großen Verkehrsvertrages (bisheriger Anbieter ist die DB AG) auch Regionalexpresslinien zur Ausschreibung anstehen. Bereits im Jahr 2007 werden konzeptionelle Vorarbeiten beginnen, ab 2008 werden die entsprechenden Verfahren vorbereitet. Außerdem sollen mit Betriebsbeginn ab dem Jahr 2013 auch S-Bahn-Leistungen ausgeschrieben werden. Dieses Vergabeverfahren muss ebenfalls ab 2007 vorbereitet werden. Die VBB GmbH sieht dort wesentliche strategische Aufgabenfelder.

In den ausführlichen Beratungen zur Anpassung des VBB-Tarifs, die der VBB-Aufsichtsrat am 6. Dezember 2006 mit Wirkung zum 1. April 2007 beschlossen hat, wurde deutlich, dass es notwendig ist, regelmäßige Tarifierungsmaßnahmen in eine Gesamtstrategie einzubinden. Die Geschäftsführung wurde beauftragt, eine Reform der bald eine Dekade alten Tarifstruktur vorzubereiten. Der Preis ist neben dem Angebot die wichtigste Determinante der Verkehrsmittelwahl. Die Gesellschaft verfolgt bei der Reform das Ziel, die Attraktivität des ÖPNV im Verbund durch ein noch gerechteres und transparenteres Tarifsystem zu steigern. Die Tarifergiebigkeit soll im Interesse der Verkehrsunternehmen nicht geschmälert werden.

Im Land Berlin steht für das Jahr 2007 die Aushandlung und der Abschluss eines Verkehrsvertrages zwischen dem Land und den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) an, da der gültige Unternehmensvertrag am 31. Dezember 2007 ausläuft. Der VBB bietet an, künftig das Management dieses Vertrages zu übernehmen.

Durch das Management des S-Bahn-Verkehrsvertrages und der Verträge mit der Deutschen Bahn AG im Auftrag der Länder hat die VBB GmbH ihre Kompetenz unter Beweis gestellt. Zudem würde durch die Beauftragung der Gesellschaft mit dieser Aufgabe die Schaffung einer völlig neuen landeseigenen Gesellschaft vermieden, die zusätzlichen Aufwand und neue Schnittstellen erzeugen würde.

Im Jahr 2011 wird der Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) in Betrieb gehen. Während die Anbindung mit Bussen und S-Bahn konzeptionell geklärt ist und sich in Bezug auf die Vergabe an den anderen Verkehren orientiert, ist die Ausgestaltung des Flughafen-Shuttles im Eisenbahnverkehr konzeptionelles Neuland. Die VBB GmbH gestaltet gemeinsam mit den beiden Ländern diese Verkehre aus und ermittelt die für die Länder wirtschaftlich vorteilhafteste Betriebsform.

Wie bereits angedeutet, ist eine Wiederaufnahme des Projekts „VBB-Servicekräfte im ÖPNV“ für das kommende Jahr vorgesehen. Dabei sollen die limitierenden Vorgaben einer Maßnahme mit Mehraufwandsentschädigung mittelfristig überwunden werden. Das setzt eine Einigung des Landes Berlin mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales voraus, einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) zu etablieren.

Die neue Berliner Koalitionsvereinbarung sieht in einer deutlichen Verbesserung des *modal split* eine der großen Herausforderungen der begonnenen Wahlperiode. Die dazu u. a. notwendige Marketing-offensive hat sie der VBB GmbH als Aufgabe gestellt. Die Gesellschaft sieht diese neue Aufgabe in der Kontinuität ihres Gesellschaftsvertrages, der ihr das verkehrsunternehmensübergreifende Dachmarketing zuweist. Sie wird umgehend ein entsprechendes Konzept vorlegen. Dieses soll dazu dienen, die Marke „VBB“ als Inbegriff für den ÖPNV in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg zu etablieren und zu festigen.

Eine immer weiter wachsende Bedeutung erhalten die Kundenrechte im öffentlichen Verkehr. Obwohl eine bundesrechtliche Regelung weiterhin aussteht, wird die VBB GmbH Vorschläge erarbeiten, wie eine unternehmensunabhängige „Schlichtungsstelle Mobilität“ aufgebaut werden kann, um die Rechte der ÖPNV-Kunden zu stärken.

Viele kommunale Verkehrsunternehmen stehen vor erheblichen wirtschaftlichen Problemen. Um sich für die Zukunft zu verstärken und mögliche Synergien nutzen zu können, sehen einige der kommunalen Gesellschafter Chancen in einer verstärkten Zusammenarbeit verschiedener kommunaler Verkehrsunternehmen, u. U. in Form einer eigenen juristischen Person. Der VBB wird solche Bestrebungen in Abstimmung mit den betroffenen Gesellschaftern und dem Land Brandenburg koordinierend unterstützen.

Der VBB wird auch in Zukunft systematisch an der Verbesserung der Verkehrsangebote in Berlin und Brandenburg arbeiten und so den gestiegenen und komplexer gewordenen Kundenanforderungen sowie den wirtschaftlichen Ansprüchen immer besser gerecht werden. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, der zunehmenden Differenzierung der Angebote und der engen Vernetzung von Leistungen und Standards der kooperierenden Verkehrsunternehmen. Der Wettbewerb zwischen dem Individual- und dem öffentlichen Verkehr sowie der Wettbewerb zwischen den einzelnen Verkehrsunternehmen wird in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen. Der VBB sieht darin eine Chance, denn letztendlich werden die Kunden ihre Entscheidungen aufgrund der Attraktivität der angebotenen Verkehrsleistungen treffen.

II.3.4 HWG Havelländische Wasser Beteiligungs-GmbH



- Laboranalytik
- Ingenieurleistungen
- Planung, Projektierung
- Beratung
- Komplexe kaufmännische Leistungen

Schlaatzweg 1A
14473 Potsdam
Postfach 60 16 54
14416 Potsdam
Telefon (03 31) 27 75-0
Telefax (03 31) 27 75-1 06
www.hwg-potsdam.de
HWG-Potsdam@t-online.de

PWU Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH & Co. KG

DAP-akkredit. Prüflaboratorium
AKS Hannover akkredit. Prüflaboratorium

Prüflaboratorium, Beratung, Erkundung, Prüfung, Bewertung, Wasseranalysen (Rohwasser, Trinkwasser, Abwasser, Oberflächenwasser, Regenwasser, Schwimm- und Badebeckenwasser, Wasser aus Grundwasserleitern), Probenahmen, Analysen (Baustoffe, Baustoffgemische, Schlämme, Klärschlämme, Abfall, Bio-Abfälle), Lebensmitteluntersuchungen

Schlaatzweg 1A 14473 Potsdam
Tel. (03 31) 2 77 51 25 Fax (03 31) 2 77 51 22
labor@pwu-potsdam.de www.pwu-potsdam.de



PBV Projektplanung, Betriebsführung u. Verbrauchsabrechnung GmbH & Co. KG

Schlaatzweg 1A
14473 Potsdam

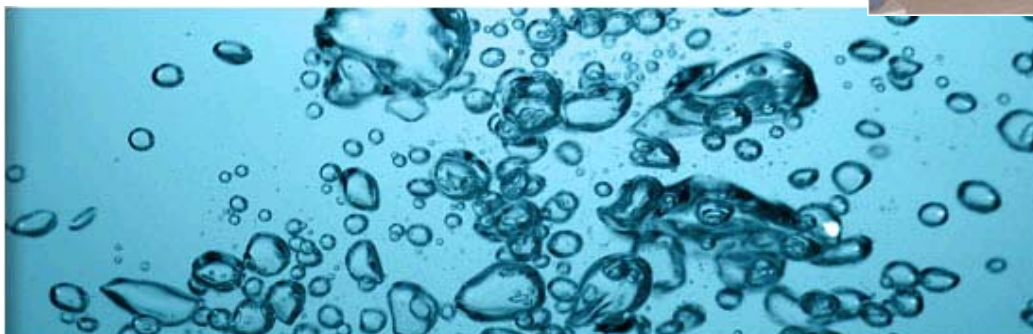


Foto: HWG GmbH

Geschäftsbereich

Wasserver- und Abwasserentsorgung

Firmensitz

Schlaatzweg 1 A
14473 Potsdam
Tel.: 0331/27 75 0
Fax: 0331/27 75 106

e-mail: info@hwg-potsdam.de

Gründung

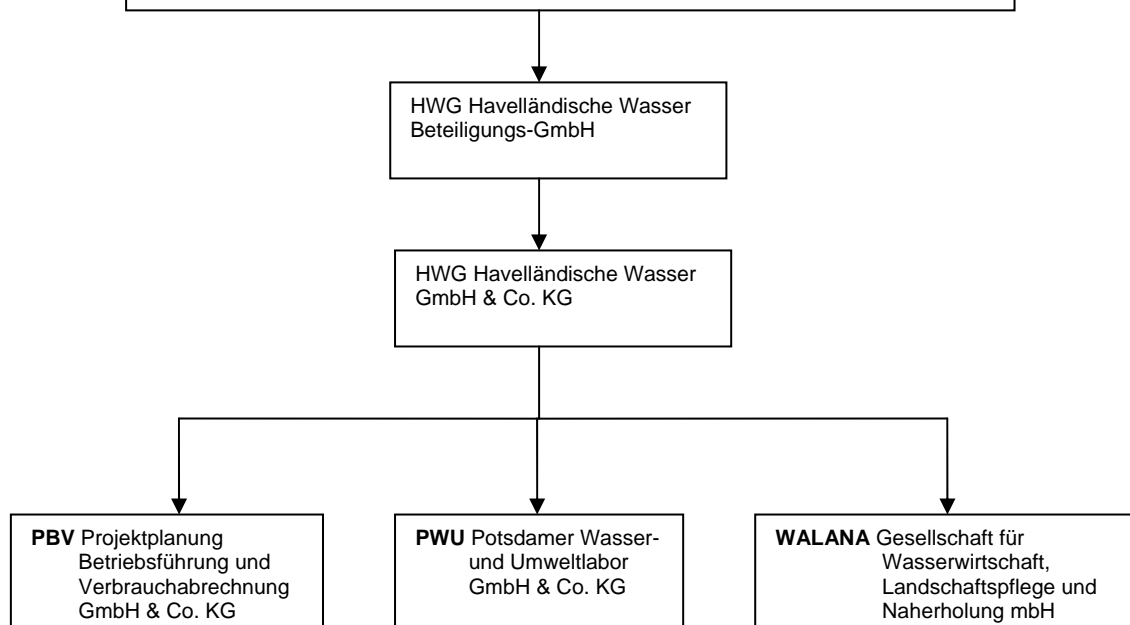
Die HWG Havelländische Wasser Beteiligungs-GmbH (HWG Beteiligungs-GmbH) wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 10.11.1993 gegründet und nahm zum 01.07.1994 ihren Geschäftsbetrieb auf. Die HWG Beteiligungs-GmbH ist im Handelsregister (HRB 6874) beim Amtsgericht Potsdam eingetragen.

Gezeichnetes Kapital/ Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital 255.645,94 €

Das Stammkapital wurde zum 31. Dezember 2006 unverändert von folgenden Gesellschaftern gehalten:

WD Gesellschaft für wasserwirtschaftliche Dienste mbH & Co.KG	28,98 %
Landeshauptstadt Potsdam	17,54 %
Stadt Brandenburg an der Havel	13,34 %
Märkischer Wasser- und Abwasserzweckverband (MAWV)	6,28 %
Osthavelländische Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlungs GmbH	5,12 %
Zweckverband Rathenow	4,46 %
Zweckverband „Der Teltow“	3,42 %
Stadt Luckenwalde	3,22 %
Stadtwerke Neuruppin GmbH	3,08 %
Stadt Oranienburg	2,96 %
Zweckverband Havelland	2,82 %
Wasser- und Abwasserzweckverband Region Ludwigsfelde (WARL)	2,50 %
Verband Jüterbog Fläming	2,14 %
Zweckverband Werder Havelland	2,08 %
Zweckverband Pritzwalk	2,06 %



Unterbeteiligungen

Die Gesellschaft ist alleinige Kommanditistin der beim Amtsgericht Potsdam unter der Registrier-Nr. HRA 1345 eingetragenen Firma HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG.
Das Kommanditkapital der HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG beträgt 3.500.000,00 €.

Angaben zu Unternehmen, an denen die Muttergesellschaft Anteile von mehr als 20% hat:

	Anteil in %	Kommanditkapital in T€
HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG, Potsdam	100	3.500

Gesellschaftsvertrag

Der Gesellschaftsvertrag datiert vom 23. Januar 1995.

Organe der Gesellschaft

- *Geschäftsführung*

Herr Dipl.-Ing. Detlef Höfer (bis 31.12.2006)
Herr Dipl.-Ing. Wolfram Schill (vom 01.01.2007 bis 13.03.2008)
Frau Kerstin-Heike Jäger (ab 13.03.2008)

- *Gesellschafterversammlung*

Vertreter des Gesellschafters in der Gesellschafterversammlung ist seit dem 17.12.2003 Frau Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann.

Im Berichtsjahr fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

- *Verwaltungsrat*

Der Verwaltungsrat bestand im Geschäftsjahr 2006 aus folgenden Mitgliedern:

<u>Verwaltungsrat:</u>	
Als Mitglieder des Verwaltungsrates sind bestellt:	
Herr Winand Jansen	Bürgermeister der Gemeinde Nuthe - Urstromtal Vorsitzender
Herr Lutz Scheidemann	Verbandsvorsteher des Zweckverbandes Wittstock Stellvertretender Vorsitzender
Herr Hans-Reiner Aethner	Verbandsvorsteher des Zweckverbandes WARL
Herr Dipl.-Ing. Günter Fredrich	Geschäftsführer der Osthavelländischen Trinkwasserversorgung und Abwasserbehandlung GmbH
Herr Peter Kiep	Bürgermeister der Stadt Belzig
Herr Steffen Scheller	Bürgermeister der Stadt Brandenburg an der Havel

Gegenstand / Öffentlicher Zweck

Öffentlicher Zweck

Gemäß § 2 Abs.1 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) erfüllt die Gemeinde in ihrem Gebiet alle Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung. Hierzu gehört gemäß § 2 Abs. 2 BbgKVerf auch die Versorgung mit Wasser sowie die Abwasserableitung und -behandlung. Diese wird konkretisiert durch § 59 bzw. § 66 des Brandenburgischen Wassergesetzes. Eine weitere Grundlage ist die Wasserversorgungssatzung der Stadt Brandenburg an der Havel.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind die Planung, der Bau und der Betrieb von Einrichtungen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und -behandlung; die Führung der Geschäfte von Betrieben und Anlagen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und -behandlung; die fachliche Beratung von Unternehmen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und -behandlung sowie alle Werk- und Dienstleistungen für solche Unternehmen.

Gegenstand der Gesellschaft ist insbesondere der Betrieb von Betrieben und Anlagen der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und -behandlung für Dritte aufgrund von Betreiberverträgen oder Dienstleistungsverträgen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle den Gesellschaftszweck fördernde Geschäfte zu tätigen sowie alle Geschäfte, die damit mittelbar oder unmittelbar im Zusammenhang stehen, insbesondere Rechte und andere Gegenstände zu erwerben, zu nutzen, zu übertragen und zu veräußern sowie Grundeigentum und Rechte an Grundstücken zu erwerben, zu veräußern und daran Grundpfandrechte zu bestellen, Grundstücke, Räume oder andere Gegenstände oder Rechte zu pachten, zu verpachten, zu mieten, zu vermieten bzw. Leasingverträge abzuschließen. Sie ist berechtigt, Handelsvertretungen zu übernehmen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Niederlassungen und Tochterunternehmen zu gründen, andere Unternehmen zu erwerben oder zu pachten oder sich an anderen Unternehmen, insbesondere als Kommanditistin an der Firma HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG zu beteiligen sowie Interessengemeinschaftsverträge oder Zusammenarbeitsverträge abzuschließen.

Die tatsächliche Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich auf das Halten der Beteiligung an der Firma HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG und auf die Vermietung von Geländeflächen, einer Lagerhalle sowie von Büro-, Labor- und Werkstatträumen im Wesentlichen an die HWG Havelländische Wasser GmbH & Co KG und die Vermietung von Räumen in Neuruppin an verschiedene Unternehmen. Daneben bewirtschaftet die Gesellschaft ein Objekt auf der Insel Hiddensee.

Geschäftsjahr 2006

Beschäftigte

Die Gesellschaft beschäftigte außer Herrn Höfer keine Mitarbeiter. Die Geschäftstätigkeit wird von dem Betriebsführer HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG durchgeführt.

Verlauf des Geschäftsjahres

Die für die gesamte HWG-Gruppe eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen haben sich im Geschäftsjahr 2006 nicht in den Ergebnissen aller Tochtergesellschaften niedergeschlagen, da deren Umsätze z. T. hinter den bereits zurückgesteckten Erwartungen geblieben sind. Wegen der bei der HWG voraussichtlichen dauerhaften Wertminderung der Beteiligung war eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert erforderlich.

Der Wert der in der Bilanz ausgewiesenen Beteiligung an der Firma HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG musste im Geschäftsjahr 2006 wegen voraussichtlich dauernder Wertminderung auf einen niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben werden.

Ursache hierfür sind insbesondere Verluste ihrer Tochtergesellschaft PBV Projektplanung, Betriebsführung und Verbrauchsabrechnung GmbH & Co. KG wegen eines erheblichen Umsatzrückgangs eines Hauptkunden.

Zwischenzeitlich wurde ein Sanierungsplan erarbeitet, der die Straffung der gesamten HWG-Gruppe und eine Konzentration auf Kernkompetenzen vorsieht, um wieder die volle Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Der Umstrukturierungsprozess soll in 2008 abgeschlossen sein, so dass die HWG-Gruppe danach wieder verlustfrei wirtschaftet.

Im Geschäftsjahr wurde eine Beteiligung von 11,7% der PWA an der WD Gesellschaft für wasserwirtschaftliche Dienste mbH & Co. KG im Wege der Liquidation übertragen, die in die HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG eingelegt wurde. Sie hat den Beteiligungswert um 380 T€ erhöht.

Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
Bilanz	2003	2004	2005	2006
Aktiva				
Anlagevermögen	11.878	11.818	11.549	11.531
Sachanlagen	4.917	5.331	5.294	5.619
Finanzanlagen	6.961	6.487	6.255	5.913
Umlaufvermögen	2.316	508	645	273
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.272	111	212	224
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.045	397	433	50
Rechnungsabgrenzungsposten	16	19	15	19
Passiva				
Eigenkapital	13.287	11.839	11.616	11.318
I. Gezeichnetes Kapital	256	256	256	256
II. Kapitalrücklage	11.046	11.046	11.046	11.426
III. Gewinnvortrag	1.877	985	538	314
IV. Jahresfehlbetrag	108	-447	-224	-678
Rückstellungen	30	14	121	14
Verbindlichkeiten	894	485	473	491
Rechnungsabgrenzungsposten	0	6	0	0
Bilanzsumme	14.211	12.345	12.209	11.823

Die Bilanzsumme verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 386 T€ auf 11.823 T€. Das Anlagevermögen beträgt 97,6% der Bilanzsumme und ist zu 98,2% durch Eigenkapital gedeckt.

Das Anlagevermögen hat sich durch Investitionen von 870 T€ erhöht und durch Abschreibungen von 883 T€ und Abgänge von 5 T€ vermindert. Der Zugang der Investitionen bei den Finanzanlagen von 380 T€ ist auf die Einlage einer 11,7%igen Kommanditbeteiligung bei der WD Gesellschaft für wasserwirtschaftliche Dienste mbH & Co. KG zurückzuführen.

Investitionen konnten mit eigenen Mitteln finanziert werden.

Die Leistungsforderungen von 12 T€ betreffen Abrechnungen gegenüber Mietern nach Abzug von Wertberichtigungen. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um 14 T€ vermindert.

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen und der Rechnungsabgrenzung handelt es sich im Wesentlichen um Guthaben für Körperschaftssteuer von 195 T€, Umsatzsteuer in Höhe von 8 T€, Überzahlungen an Lieferanten in Höhe von 7 T€ und vorausgezahlte Versicherungsbeiträge in Höhe von 19 T€.

Die flüssigen Mittel haben sich um 383 T€ vermindert und betragen zum Bilanzstichtag 50 T€.

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft beträgt 95,8% der Bilanzsumme und ist ausreichend. Das Eigenkapital ist im Wesentlichen im Anlagevermögen und in der Beteiligung gebunden. Finanzierungsprobleme bestehen daher nicht.

Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr um eine Einlage von 380 T€ erhöht und um den Jahresfehlbetrag von 678 T€ auf 11.318 T€ vermindert.

Leistungsverbindlichkeiten haben sich stichtagsbedingt um 12 T€ auf 157 T€ erhöht. Von den Abschreibungen entfielen 723 T€ auf die unter Finanzanlagen ausgewiesene 100%ige Beteiligung an der Firma HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG. Die Abschreibung erfolgte auf den niedrigeren beizulegenden Beteiligungswert der Tochtergesellschaft.

Die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft war auch im Jahr 2006 trotz des ausgewiesenen Jahresfehlbetrages stabil. Der Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit betrug 108 T€.

Ertragslage des Unternehmens

(Angaben in T€)				
GuV	2003	2004	2005	2006
1. Umsatzerlöse	528	527	478	519
2. Sonstige betriebliche Erträge	516	9	83	125
3. Materialaufwand	-350	-380	-370	-426
4. Personalaufwand	-9	0	0	0
5. Abschreibungen	-577	-109	-112	-160
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-79	-77	-65	-186
7. Erträge aus Beteiligungen	111	0	0	0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	33	16	4	3
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-5	-5
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	-475	-232	-723
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	173	-489	-219	-853
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-53	53	0	185
13. Sonstige Steuern	-12	-11	-4	-10
14. Jahresergebnis	108	-447	-224	-678

Die gesamte Betriebsleistung hat sich nach Verrechnung von Weiterberechnungen um 3,4% auf 521 T€ erhöht.

Die Umsatzerlöse setzen sich ausschließlich aus Erlösen aus Vermietung zusammen.

Die Umsatzerlöse aus Vermietung konnten im Geschäftsjahr 2006 um 8,8% trotz weiterhin schwieriger Vermietbarkeit der Objekte gesteigert werden. Dies ist das Ergebnis erhöhter Investitionen in das Grundstück Neuruppin.

Aufgliederung der Umsatzerlöse in T€	2005	2006
gesamt	477,6	518,7
<u>Vermietung</u>	<u>325,3</u>	<u>331,5</u>
HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG	162,9	147,6
Straßenverkehrsamt Ostprignitz-Ruppin, Neuruppin	28,2	0,0
Ferienobjekt Hiddensee	63,7	61,1
Schäfer GmbH, Berlin	3,7	3,7
Bundesamt für Immobilienaufgaben, Neuruppin	0,0	99,6
BSYS Mitteldeutsche Beratungs- und Systemhaus GmbH	0,0	8,4
Thomas Beyer, Potsdam	0,0	1,8
Neuruppiner Schilderdienst Völling / Nichte GbR, Neuruppin	1,3	0,0
Entwicklungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft mbH	4,7	9,3
Berliner Wasserbetriebe	60,6	0,0
<u>Nebenkosten</u>	<u>152,3</u>	<u>187,1</u>
HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG	129,6	142,1
Straßenverkehrsamt Ostprignitz-Ruppin, Neuruppin	5,1	0,0
Neuruppiner Schilderdienst Völling / Nichte GbR, Neuruppin	0,2	0,0
BSYS Mitteldeutsche Beratungs- und Systemhaus GmbH	0,0	5,0
Bundesamt für Immobilienaufgaben, Neuruppin	0,0	20,9
Entwicklungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft mbH	2,2	6,2
Berliner Wasserbetriebe	3,6	0,0
Mietnebenkosten für Vorjahre	11,6	12,9

Der Bestand der dauerhaft vermietbaren Grundstücke sowie deren Auslastungsgrad ergeben sich aus folgender Darstellung:

	Grundstücks- fläche m ²	vermietbare Fläche m ²	vermietete / eigengenutzte Fläche m ²	Auslastung %
Potsdam Babelsberg Schlaatzweg 1 A	5.685	2.545	2.290	90,0
Nauen, Hertefelderstraße	7.293	4.328	288	6,7
Neuruppin, Alte Ruppiner Allee 75	4.391	1.476	1.476	100,0
Staaken, Am Industriegelände	24.563	834	121	14,5

Nach der Kostenstellenrechnung tragen die Objekte wie folgt zum Ergebnis des Unternehmens bei:

	Erträge T€	Aufwendungen T€	Ergebnis T€
Potsdam Babelsberg, Schlaatzweg	293	310	-17
Nauen, Hertefelderstraße	27	25	2
Neuruppin, Alte Ruppiner Allee 75	135	62	73
Staaken, Am Industriegelände	4	32	-28
Schulungs- und Ferienobjekt Hidder Immobilie Wusterwitz	62	105	-43
	0	0	0
nicht verteilte Erträge/Aufwendungen	310	975	-665
gesamt	831	1.509	-678

Im Einzelnen entwickelten sich die Objekte wie folgt:

Potsdam

Das Verwaltungsgebäude in Potsdam Babelsberg wird vermietet an das Tochterunternehmen HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG. Der Auslastungsgrad ist bei diesem Objekt auf 90% zurückgegangen.

Neuruppin

Das Grundstück ist zu 100% an das Bundesamt für Immobilien vermietet. Die Vermietung wurde ermöglicht durch eine Investition von 356 T€.

Nauen

Das Objekt ist nur zu 6,7% vermietet. Sofern sich die Vermietungssituation nicht verbessert, ist auch an einen Verkauf der Immobilie gedacht.

Staaken

Mit dem vom Berliner Senat begonnenen Entwicklungsplan für das Gewerbegebiet Staaken werden die Vermarktungschancen für das Objekt positiv eingeschätzt. Die Entwicklung des Gewerbegebietes Staaken soll im Jahre 2008 abgeschlossen sein. Im Jahr 2006 war das Objekt zu 14,5% vermietet. Nach Abschluss der Entwicklung zum Gewerbegebiet wird mit einer wesentlich verbesserten Vermarktung gerechnet.

Hiddensee

Das Seminar- und Weiterbildungszentrum auf Hiddensee erzielte auch im Geschäftsjahr 2006 ein negatives Ergebnis. Dies wurde verstärkt durch die im Frühjahr 2006 vorherrschende Vogelgrippe sowie einen Rückgang im Juni/Juli 2006 infolge der Fußballweltmeisterschaft. Die Vermietung in der Winter- sowie in der Nebensaison erwies sich auch im Jahr 2006 als sehr schwierig. Im Geschäftsjahr wurden Investitionen für einen Wintergarten in Höhe von 59 T€ vorgenommen. Zukünftig werden neue Vermarktungswege gesucht.

Bredereiche / Wusterwitz

Die brachliegenden Grundstücke in den Gemarkungen Bredereiche und Wusterwitz konnten 2006 nicht vermietet werden. Das Grundstück Bredereiche wurde in 2007 veräußert. Sofern sich die Möglichkeit ergibt, soll das Grundstück Wusterwitz ebenfalls veräußert werden.

Infolge von Instandhaltungsarbeiten beim Objekt Potsdam Babelsberg sind die Materialaufwendungen um 56 T€ gestiegen.

Die Abschreibungen erhöhten sich wegen Investitionen beim Objekt Neuruppin um 27 T€ auf 139 T€, die sonstigen Aufwendungen konnten um 10,8% auf 58 T€ gesenkt werden.

Insgesamt ging das Betriebsergebnis von – 43 T€ auf –102 T€ zurück. Davon entfielen 56 T€ für Instandhaltungsmaßnahmen in Potsdam.

Das Betriebsergebnis hat sich trotz gestiegenem Umsatz und Betriebsleistung um 59 T€ wegen gesteigener Aufwendungen, im Wesentlichen Instandhaltungen in Höhe von 56 T€ vermindert. Es ist mit 102 T€ negativ.

Entscheidend wird das Jahresergebnis beeinflusst durch das Finanzergebnis und dieses durch die Abschreibungen auf den beizulegenden Wert der Tochtergesellschaft HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG von 723 T€

Das Finanzergebnis hat sich infolge der Abschreibungen auf den Beteiligungswert der Firma HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG um 493 T€ vermindert und beträgt – 725 T€. Das Ergebnis ist durch eine Neuregelung zum Körperschaftssteuergesetz, dem durch das SEStEG (Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften) vom 12.12.2006 reformierten § 37 KStG, beeinflusst worden, so dass sich nach Verrechnung mit sonstigen Steuern ein Ertrag aus Steuern von 174 T€ ergibt.

Das Ergebnis der Gesellschaft war im abgelaufenen Geschäftsjahr wesentlich durch die Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert der Tochtergesellschaft HWG Havelländische Wasser GmbH & Co. KG wegen voraussichtlich dauerhafter Wertminderung geprägt. Ursache waren Verluste der HWG und deren Tochtergesellschaften.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Gesellschaft wird in dem Prognosezeitraum von zwei Jahren weiterhin die Bemühungen zur Vermietung verstärken und gleichzeitig nach Möglichkeiten suchen, Objekte, die nicht unmittelbar betriebsnotwendig sind, zu veräußern.

Die Sanierungsmaßnahmen der HWG-Gruppe sind darauf gerichtet, durch Straffung und Konzentration auf die Ertrag bringenden Bereiche Labor (Potsdamer Wasser- und Umweltlabor GmbH & Co. KG) und Vermietung die Gruppe wieder in die Gewinnzone zurückzuführen.

Der Wert der Beteiligung an der HWG hängt wesentlich vom Erfolg der eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen bei der HWG und deren Tochtergesellschaften ab. Die Sanierungsmaßnahmen sind voraussichtlich 2008 abgeschlossen.

III. Abkürzungsverzeichnis

AAF:	Akademie für Außenwirtschaftliche Fortbildung GmbH & Co. KG
ABM:	Arbeitsbeschaffungsmaßnahme
AfB:	Archäologie für Brandenburg
AfL:	Arbeit für Langzeitarbeitslose
AG:	Aktiengesellschaft
AHG:	Altschuldenhilfegesetz
ARGE:	Arbeitsgemeinschaft Integration und Grundsicherung für Arbeitssuchende
ATZ:	Altersteilzeit
AV:	Anlagevermögen
BAT:	Bundesangestelltentarif
BfA:	Bundesanstalt für Arbeit
BF:	Betriebsführer
BGA:	Betriebs- und Geschäftsausstattung
BMU:	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BSHG:	Bundessozialhilfegesetz
CCC:	Cultur- und Congress Centrum Brandenburg an der Havel
CMI:	Case-Mix-Index – Medizinischer Schweregrad
DMBilG:	DM-Eröffnungsbilanzgesetz
DMP:	Disease Management Programme
DRG:	Diagnostic-Related-Groups - Fallpauschalensystem
DSD:	Duales System Deutschland
EK:	Eigenkapital
EMSR:	Elektro-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik
ESF:	Europäischer Sozialfonds
EStG:	Einkommensteuergesetz
EVU:	Energieversorgungsunternehmen
FK:	Fremdkapital
FA:	Finanzanlagen
FAV:	Finanzanlagevermögen
GB:	Geschäftsbereich
GE:	Gewerbeeinheiten
GF:	Geschäftsführer/-ung
GJ:	Geschäftsjahr
GmbH:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH i.L.:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation
GmbHG:	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMF:	Gesellschaft für Management und Entwicklung von Freizeitsystemen mbH & Co. KG, Neuried

GO:	Gemeindeordnung für das Land Brandenburg
GuV:	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG:	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
GzA:	Gemeinnützige zusätzliche Arbeit
HGrG:	Haushaltsgrundsätzegesetz
HH:	Haushalt
HRB:	Handelsregister, Abt. B (Kapitalgesellschaften)
IAT:	Ingenieurbetrieb für Automatisierungstechnik GmbH
IHK:	Industrie- und Handelskammer
ILB:	Investitionsbank des Landes Brandenburg
InvZulG:	Investitionszulagengesetz
ITS:	Intensiv-Therapiestation
KHG:	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KA:	Konzessionsabgabe
KAV:	Kommunaler Arbeitgeberverband
KG:	Kommanditgesellschaft
KonTraG:	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
KStG:	Körperschaftsteuergesetz
KV:	Kassenärztliche Vereinigung
KWK:	Kraft-Wärme-Kopplung
LASA:	Landesagentur für Struktur und Arbeit
LSP:	Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten
LVP:	Leichtstoffverpackungen
MA:	Mitarbeiter
MAE:	Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung
MASGF:	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen
MVZ:	Medizinisches Versorgungszentrum
NWkm:	Nutzwagenkilometer
OTA:	Operationstechnische Assistenten
ÖPNV:	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPP:	Öffentlich-Private-Partnerschaften (PPP – Public Private Partnership)
Pkm:	Personenkilometer
PM:	Landkreis Potsdam-Mittelmark
RAP:	Rechnungsabgrenzungsposten
SAM:	Strukturanpassungsmaßnahme
SGB:	Sozialgesetzbuch
SIREC:	Sicherung und Recycling im Denkmalschutz
SoPo:	Sonderposten
SPNV:	Schienenpersonennahverkehr
SVV:	Stadtverordnetenversammlung

TASi:	Technische Anleitung Siedlungsabfall
T.IN.A:	Technologie- und Innovations-Agentur
TN:	Teilnehmer
UR:	Urkundenrolle
UmwG:	Umwandlungsgesetz
Ust.:	Umsatzsteuer
UV:	Umlaufvermögen
VbE:	Vollbeschäftigte Einheiten
VKA:	Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände
WBG:	Wohnungsbaugesellschaft
WE:	Wohneinheit
WEG - Verwaltung:	Wohneigentumsverwaltung

IV. Erläuterungen

Abschreibungen	Abschreibungen erfassen Wertminderungen der Vermögensgegenstände ergebnismindernd, indem eine erwartete Wertminderung im Voraus auf die entsprechenden Rechnungsperioden verteilt wird (planmäßige Abschreibung), oder eine unerwartete Wertminderung zum Zeitpunkt ihres Eintritts verbucht wird (außerplanmäßige Abschreibung).
Aktiva	Auf der Aktivseite einer Bilanz werden die Gegenstände des Anlagevermögens, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, vor den Gegenständen des nur vorübergehend genutzten Umlaufvermögens ausgewiesen. Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Anhang	Pflichtbestandteil des Jahresabschlusses bei Kapitalgesellschaften gemäß § 264 Abs. 1 HGB. In ihm sind die einzelnen Positionen der Bilanz und GuV und ggf. ihre Ermittlung zu erläutern.
Anlagenabnutzungsgrad	Kumulierte Abschreibungen auf Sachanlagen / Anschaffungs-/Herstellungskosten der Sachanlagen
Anlagevermögen	Die Gesamtheit der Vermögenselemente, die dazu bestimmt ist, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (gemäß § 247 Abs. 2 HGB) und dem wirtschaftlichen Eigentum des Unternehmens zuzurechnen sind. Sie stehen i.d.R. für mehrere Produktionszyklen zur Verfügung. Den Ausschlag für die Zuordnung eines Gegenstandes zum Anlagevermögen gibt somit seine Zweckbestimmung. Ausgewiesen auf der Aktivseite der Bilanz umfasst es immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen), Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, usw.) und Finanzanlagen (z.B. Beteiligungen).
Aufwendungen	Minderungen des betrieblichen Vermögens innerhalb einer Rechnungsperiode. Aufwendungen sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelabflüsse (z.B. Abschreibungen).
Betriebsergebnis	Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen, die sich aus der eigentlichen Betriebstätigkeit ergeben. Das Betriebsergebnis ist neben dem Finanz- und Außerordentlichen Ergebnis Bestandteil der GuV.
Bilanz	Bestandteil des Jahresabschlusses gemäß § 242 Abs. 1 HGB. Ist die Gegenüberstellung aller Aktiva (Anlage- und Umlaufvermögen) und Passiva (Eigen- und Fremdkapital) eines Unternehmens zu einem bestimmten Stichtag (z.B. Ende eines Geschäftsjahres).
Bilanzgewinn/-verlust	Der Ausweis eines Bilanzgewinns oder -verlustes erfolgt unter dem Eigenkapital nach teilweiser Gewinnverwendung. Er errechnet sich aus dem Jahresüberschuss/-fehlbetrag zuzüglich des Gewinn-/Verlustvortrags und Einstellungen/Entnahmen in bzw. aus Rücklagen.
Eigenkapital (EK)	<p>Zum Eigenkapital rechnen alle von den Eigentümern durch Zuführung von außen oder durch Verzicht auf Gewinnansprüche unbefristet zur Verfügung gestellten Mittel.</p> <p>Das EK ist Bestandteil der Passivseite. Es setzt sich aus dem gezeichneten Kapital, (Grund-, Stamm-, Nenn- oder Haftungskapital), den Kapital- und Gewinnrücklagen und dem vorgetra-</p>

	<p>genen Bilanzgewinn/-verlust zusammen. Das in der Bilanz ausgewiesene EK gibt den Buchwert des Unternehmens an.</p>
Eigenkapitalquote	<p>Die Eigenkapitalquote errechnet sich aus dem prozentualen Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme eines Unternehmens. Sie beschreibt den Grad der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität der Unternehmung. Im vorliegendem Bericht gibt die Eigenkapitalquote den Anteil des Eigenkapital, einschließlich der Sonderposten, am Gesamtkapital wieder.</p>
Ergebnis (allgemein)	<p>Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen. In der GuV wird unterschieden zwischen dem Betriebs-, dem Finanz- und dem Außerordentlichen Ergebnis. Der Jahresüberschuss/-fehlbetrag ist die Summe aller drei Ergebnisse.</p>
Erträge	<p>Mehrungen des betrieblichen Vermögens in einer Rechnungsperiode. Erträge sind allerdings nicht zwangsläufig Mittelzuflüsse (betrifft z. B. Wertsteigerungen).</p>
Fälle je Vollkraft (Klinikum)	<p>Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger zu durchschnittlicher Vollkräftezahl</p>
Fremdkapital (FK)	<p>Das Fremdkapital wird umgangssprachlich als Schulden bezeichnet und ist auf der Passivseite ausgewiesen. Es setzt sich aus kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten (Banken, Lieferer, sonstige Kapitalgeber ohne Beteiligungsrechte) sowie den Rückstellungen zusammen und steht dem Unternehmen i.d.R. nur befristet und zu einem festen Zinssatz zur Verfügung.</p>
Gesellschafterversammlung	<p>Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter). Die Rechte der Gesellschafter insbesondere in Bezug auf die Führung der Geschäfte bestimmen sich nach dem Gesellschaftsvertrag (zzgl. §§ 46 - 51 GmbHG). Zum Aufgabenkreis zählen u.a. die Feststellung des Jahresabschlusses, die Ergebnisverwendung und die Bestellung des Aufsichtsrates.</p>
Gewinn- und Verlustrechnung	<p>Bestandteil des Jahresabschlusses gemäß § 242 Abs. 1 HGB. Die GuV gibt Auskunft über die Art, Höhe und Quellen der Erfolgskomponenten Aufwand und Ertrag. Als Erfolgsrechnung steht sie in engem Zusammenhang mit der Jahresbilanz. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, erwirtschaftet das Unternehmen einen Jahresüberschuss, der das Eigenkapital steigert. Übersteigen die Aufwendungen die Erträge, entsteht ein Jahresfehlbetrag, der das Eigenkapital verringert.</p>
Gewinnrücklage	<p>Die Gewinnrücklage gehört zu den sog. offenen Rücklagen. Die Gewinnrücklage setzt sich aus Mitteln zusammen, die im Unternehmen, d.h. durch Einbehalten von Teilen des Unternehmensergebnisses, gebildet wurden (§ 272 Abs. 3 HGB).</p>
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	<p>Teil des Jahresergebnisses, der in den Vorjahren weder zur Ausschüttung noch zur Rücklagenzuführung oder auf sonstige Weise verwendet wurde.</p>
Gezeichnetes Kapital	<p>Das Gezeichnete Kapital bildet einen Unterposten zum Eigenkapital in der Bilanz von Kapitalgesellschaften (§ 266 Abs. 3 HGB). Es weist das im Handelsregister eingetragene Haftungskapital einer Kapitalgesellschaft aus. Bei der AG (Aktiengesellschaft) wird es als <i>Grundkapital</i> und bei der GmbH als <i>Stammkapital</i> bezeichnet.</p> <p>Das Gezeichnete Kapital ist bei Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, ...) der Maximalbetrag, mit dem die Gesellschafter zum Ausgleich von Verbindlichkeiten und Verlusten herangezogen</p>

werden können (beschränkte Haftung), falls die anderen Eigenkapitalanteile (Kapital- und Gewinnrücklage, Gewinnvorräte) aufgebraucht sind. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile am Gezeichneten Kapital bestimmt sich auch die Beteiligungsquote.

Handelsbilanz

Ist die nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) zu erstellende Bilanz. Das Vermögen und der Gewinn sind nach kaufmännischer Vorsicht zu ermitteln. Die Adressaten sind die Gesellschafter, Gläubiger und im gewissen Maße die Öffentlichkeit. Sie ist die Grundlage für die Erstellung der Steuerbilanz (Maßgeblichkeit), wobei sich jedoch Regelungen der Steuerbilanz auch wiederum auf die Handelsbilanz auswirken (umgekehrte Maßgeblichkeit).

Holding

Eine Holding ist eine Gesellschaft, die Anteile an anderen Unternehmen erwirbt und verwaltet, wobei im Unterschied zu Kapitalanlage - bzw. Investmentgesellschaften nicht nur Vermögensanlage, sondern auch Kontrolle, Beeinflussung oder Beherrschung der Unternehmen angestrebt wird.

Inventur

Bestandsaufnahme aller Vermögensgegenstände und Schulden durch zählen, messen, wiegen und wertfeststellen. Gemäß §§ 240 und 241 HGB haben jahresabschlusspflichtige Unternehmen jährlich zum Bilanzstichtag eine Inventur durchzuführen.

Investitionen

Sind die Bindung von Kapital in Vermögensgegenständen, um daraus Erträge zu erzielen. Es wird unterschieden zwischen Sach- und Finanzinvestitionen.

Jahresabschluss (JA)

Besteht lt. § 242 Abs. 1 HGB aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, dem Anhang und dem Lagebericht (Gliederung entsprechend §§ 266, 275 HGB). Große Gesellschaften und Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, GmbH & Co. KG) haben die Pflicht zur jährlichen Erstellung. Grundlage sind überwiegend das HGB und die Steuergesetze.

Jahresüberschuss (JÜ)

Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller Aufwendungen und Erträge. Steht am Ende der Gewinnermittlung nach § 275 Abs. 2 oder 3 HGB.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage umfasst die einer Kapitalgesellschaft von ihren Gesellschaftern neben dem Nominalkapital von außen zugeführten Eigenkapitalanteile (§ 272 Abs. 2 HGB). GmbH's unterliegen bezüglich der Auflösung ihrer Kapitalrücklage bis auf einige Ausnahmen keinen rechtlichen Bestimmungen.

Lagebericht

Ergänzendes Informationsinstrument des Jahresabschlusses. Inhalte des Lageberichts sind die Darstellung des Geschäftsverlaufs in der Rechnungsperiode und der aktuellen Lage, der zukünftigen Entwicklung sowie der Forschungs- und Entwicklungsbericht des Unternehmens. Lageberichterstattungspflichtig sind alle Kapitalgesellschaften.

Liquidität

Ist die Fähigkeit eines Unternehmens, jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können (positiver Zahlungsmittelbestand). Diese wird häufig an den Beständen des Vermögens gemessen, die sich innerhalb von unterschiedlichen Zeiträumen in flüssige Mittel umwandeln lassen (Fristigkeit). Dieser Fristigkeit muss immer die Fälligkeit der einzelnen

	Fremdkapitalpositionen (Verbindlichkeiten) gegenübergestellt werden.
Materialaufwandsquote	Materialaufwand zu Gesamtleistung
Materialaufwand je Fall	Klinikum; Materialaufwand des Jahres zu Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger
Materialintensität	Die Materialintensität (Materialaufwandsquote) gibt den Anteil des Materialaufwands am Umsatz an; Formel: Materialkosten / Umsatz * 100.
Notarielle Beurkundung	Wird bei wichtigen Verträgen vorgenommen, um eine erhöhte Rechtssicherheit für den Inhalt, eine bessere Beweisbarkeit und größere Glaubhaftigkeit zu erhalten. Bei Gesellschaftsverträgen (von Kapitalgesellschaften) und Verträgen, bei denen Immobilien einbezogen sind, ist der Vertrag lt. Gesetz notariell zu beurkunden.
Passiva	Auf der Passivseite der Bilanz wird grundsätzlich das dauernd verfügbare Eigenkapital vor den zu tilgenden Verbindlichkeiten aufgeführt.
Personalaufwandsquote	Personalaufwand / Gesamtleistung
Personalaufwand je Fall	Klinikum; Personalaufwand des Jahres zu Ist-Fälle des Jahres ohne Überlieger
Produktivität	Bezeichnet das Verhältnis zwischen den eingesetzten Produktionsfaktoren (z.B. Arbeit, Kapital: Input) und dem Produktionsergebnis (Output); als Messzahl gibt sie Auskunft über die Effizienz von Produktionsprozessen; Formel: Umsatz / Anzahl Beschäftigter
Prüfung (Jahresabschluss)	Gemäß § 316 HGB sind Jahresabschluss und Lagebericht von Kapitalgesellschaften (sofern sie nicht kleine sind) durch vereidigte Wirtschaftsprüfer zu überprüfen. Prüfungsgegenstand sind unter Einbeziehung der Buchführung die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags oder der Satzung. Der Abschlussprüfer hat über die Ergebnisse schriftlich zu berichten (§ 321 HGB) und das Ergebnis in einem Bestätigungsvermerk zusammenzufassen (§ 322 HGB).
Rücklagen	Zu unterscheiden sind hier im Wesentlichen die offenen und stillen Rücklagen sowie die SoPo (Sonderposten) mit Rücklagenanteil. Zu den offenen Rücklagen zählen die <i>Kapital- und Gewinnrücklagen</i> .
Rückstellungen	Sind Schulden des Unternehmens, die am Bilanzstichtag dem Grunde und/oder der Höhe nach noch nicht konkretisiert sind (§ 249 HGB). Typische Gründe für die Bildung von Rückstellungen sind: ungewisse Verbindlichkeiten, drohende Verluste aus schwebenden Geschäften, Gewährleistungen.
Sachanlagenquote	Sachanlagen / Gesamtvermögen
Sonderposten mit Rücklagenanteil	Sonderposten mit Rücklagenanteil weisen einen Doppelcharakter auf. Einerseits enthält er Rücklagen aus noch nicht versteuertem Gewinn, die nach den Vorschriften der Steuergesetze auszulösen sind (§ 273 HGB). Andererseits können unter dieser Position als Wertberichtigung Beträge ausgewiesen sein, die über die rein handelsrechtlichen Abschreibungen hinausgehen (§ 281 HGB).

Stammeinlage	Ist die von jedem Gründungsgesellschafter einer GmbH zu leistende Einlage auf das Stammkapital (§ 5 GmbHG). Nach dem Verhältnis der übernommenen und später dazu erworbenen Stammeinlagen bestimmt sich der Anteil am Stammkapital und somit auch die Beteiligungsquote.
Stammkapital	Ist das Gezeichnete Kapital und somit das beschränkt haftende Eigenkapital der GmbH. Seine Höhe ist im Gesellschaftsvertrag und in der Satzung festgelegt. Es ist die Summe der von den Gesellschaftern bei der Gründung übernommenen Stammeinlagen.
Steuerbilanz	Ist eine um die steuerrechtlichen Vorschriften (EStG, KStG, Richtlinien, ...) korrigierte bzw. ergänzte Handelsbilanz. Ziel ist die Ermittlung des „wahren“ Gewinns, der dem einzigsten Adressaten, dem Finanzamt, als steuerliche Bemessungsgrundlage dient. Aus Gründen der Einfachheit sind in der Praxis, vor allem bei nicht publizitätspflichtigen Unternehmen, Handels- und Steuerbilanz identisch (Einheitsbilanz).
Stille Rücklagen	Stille Rücklagen sind Teile des Eigenkapitals, deren Höhe aus der Bilanz nicht ersichtlich ist. Stille Reserven ergeben sich aus der Differenz zwischen den Buchwerten und den tatsächlich höheren Werten bei den Aktiva bzw. niedrigeren Werten bei den Passiva. Angemessene stille Reserven verleihen dem Unternehmen Widerstandskraft. Dagegen stehen stille Reserven auch im Dienst der Gewinnregulierung → Schwächung des Vertrauens von Gläubigern und Öffentlichkeit.
Überlieger	Klinikum; hierbei handelt es sich um Patienten, deren Behandlung als Fallpauschale in 2006 noch nicht abgeschlossen war.
Umlaufvermögen	Gegenstände des Umlaufvermögens verbleiben in ihrer ursprünglichen oder verarbeiteten Form nur kurze Zeit im Unternehmen. Ausgewiesen auf der Aktivseite der Bilanz werden Vorräte, Forderungen, Wertpapiere und liquide Mittel.
Umsatz	Ist der wertmäßige Ausdruck für die am Markt abgesetzten Produkte. Der Umsatz ist gleich der verkauften/abgesetzten Menge multipliziert mit dem pro Einheit erhaltenen Verkaufs-/Absatzpreis.
Unbundling	VBB; organisatorische Trennung von Netz und Vertrieb in der Strom- und Gasversorgung
Verlustrück(-vor)trag	Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleichs. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraums können mit steuerpflichtigen Gewinnen aus Vorperioden (max. zwei) verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bietet die gesetzlich zulässige Möglichkeit, gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.
Wirtschaftsplan	Er ist ein individuelles Instrument der Unternehmen. Der Wirtschaftsplan ist die gedankliche Vorwegnahme und aktive Gestaltung zukünftiger Ereignisse mit dem Ziel der Reduktion von Unsicherheit. Er stellt i.d.R. die zahlenmäßige Entwicklung des Unternehmens, unter Berücksichtigung des Ist-Zustandes, der individuellen Ziele, der Voraussetzungen und angenommenen Entwicklungen des Umfelds dar. Einbezogen werden die zu erwartenden Erträge und Aufwendungen sowie die geplanten Investitionen und deren Finanzierung.

Der Wirtschaftsplan entspringt keiner gesetzlichen Regelung (kann jedoch Grundlage für den Lagebericht sein). Ausnahme bilden die Eigenbetriebe und Beteiligungen der Kommunen. Der Wirtschaftsplan ist Bestandteil des Haushalts und von den Gremien zu genehmigen. Hierzu zählen die Bestandteile Erfolgs- und Vermögensplan und die Stellenübersicht. Eine Verpflichtung der Gesellschafter zur Aufstellung eines Wirtschaftsplanes unterliegt der individuellen Regelung.